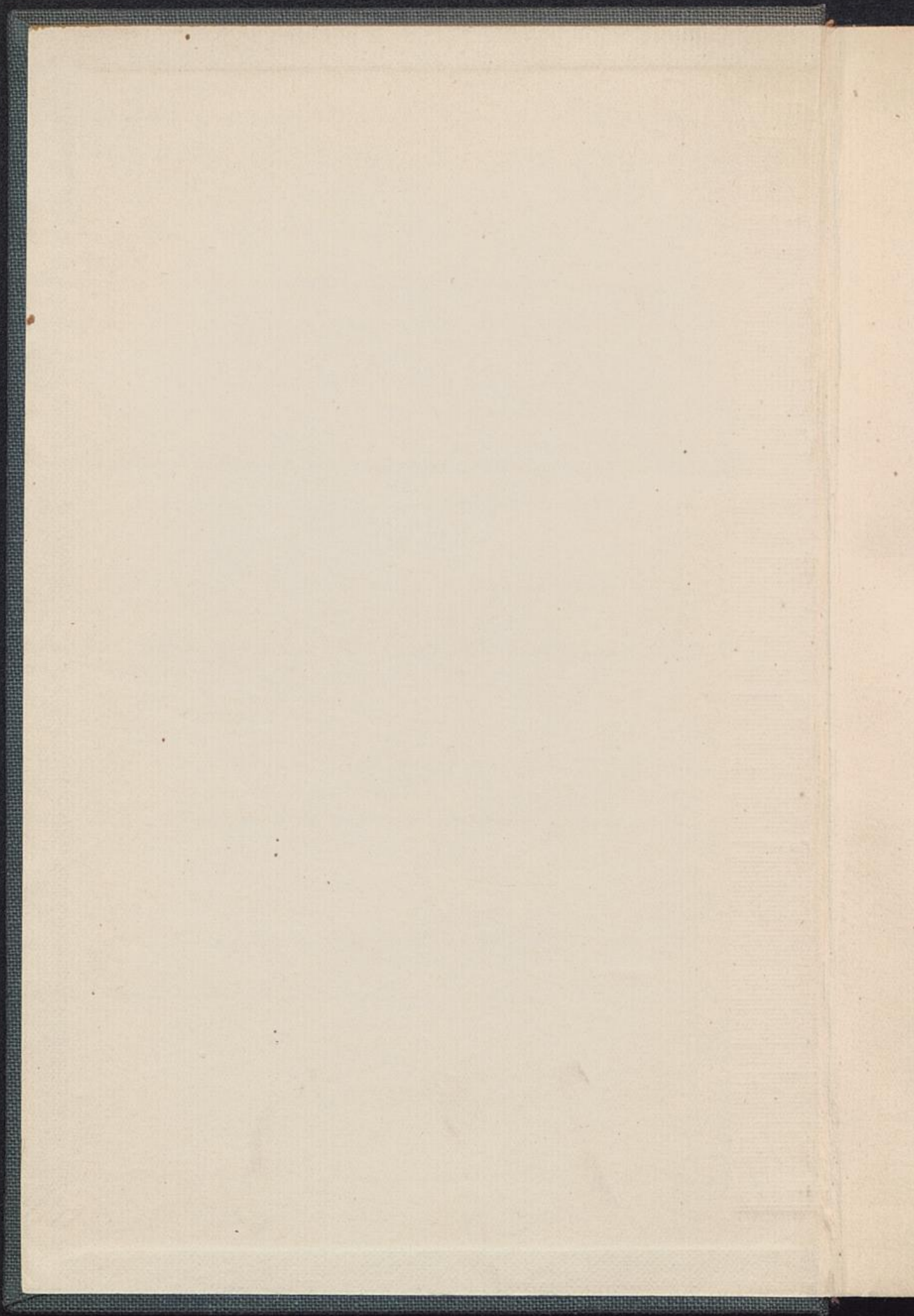
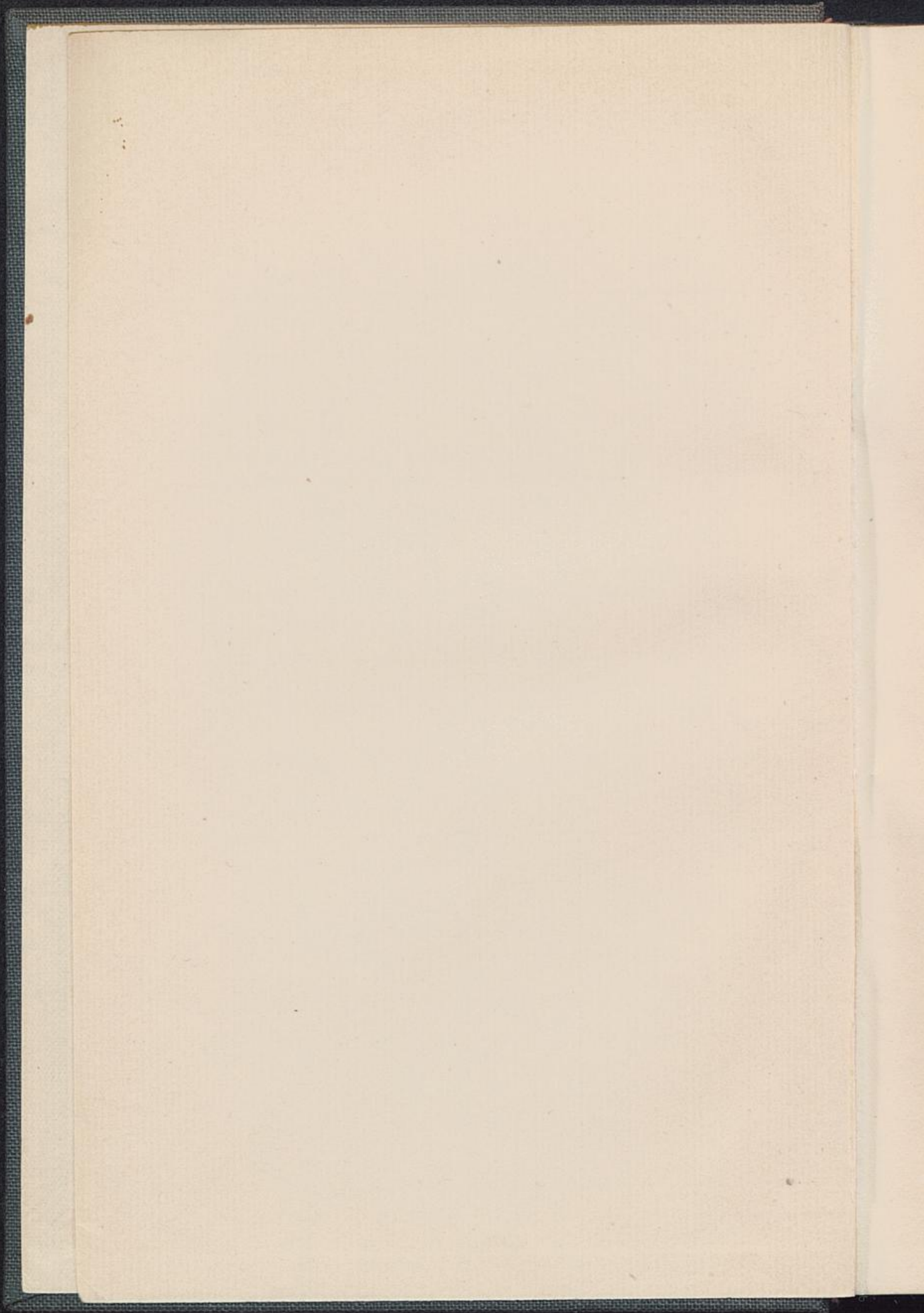


Frans Liebenow

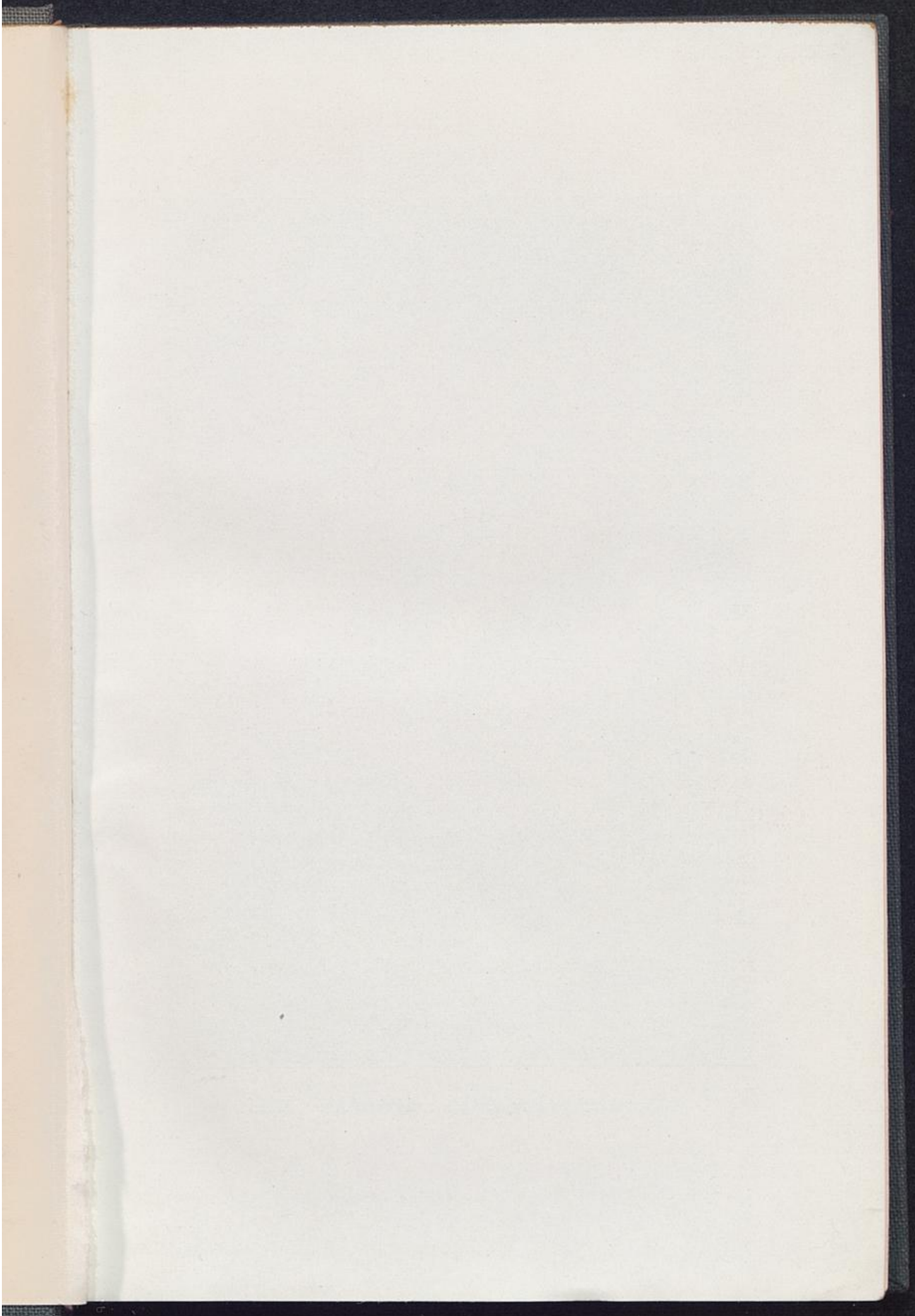


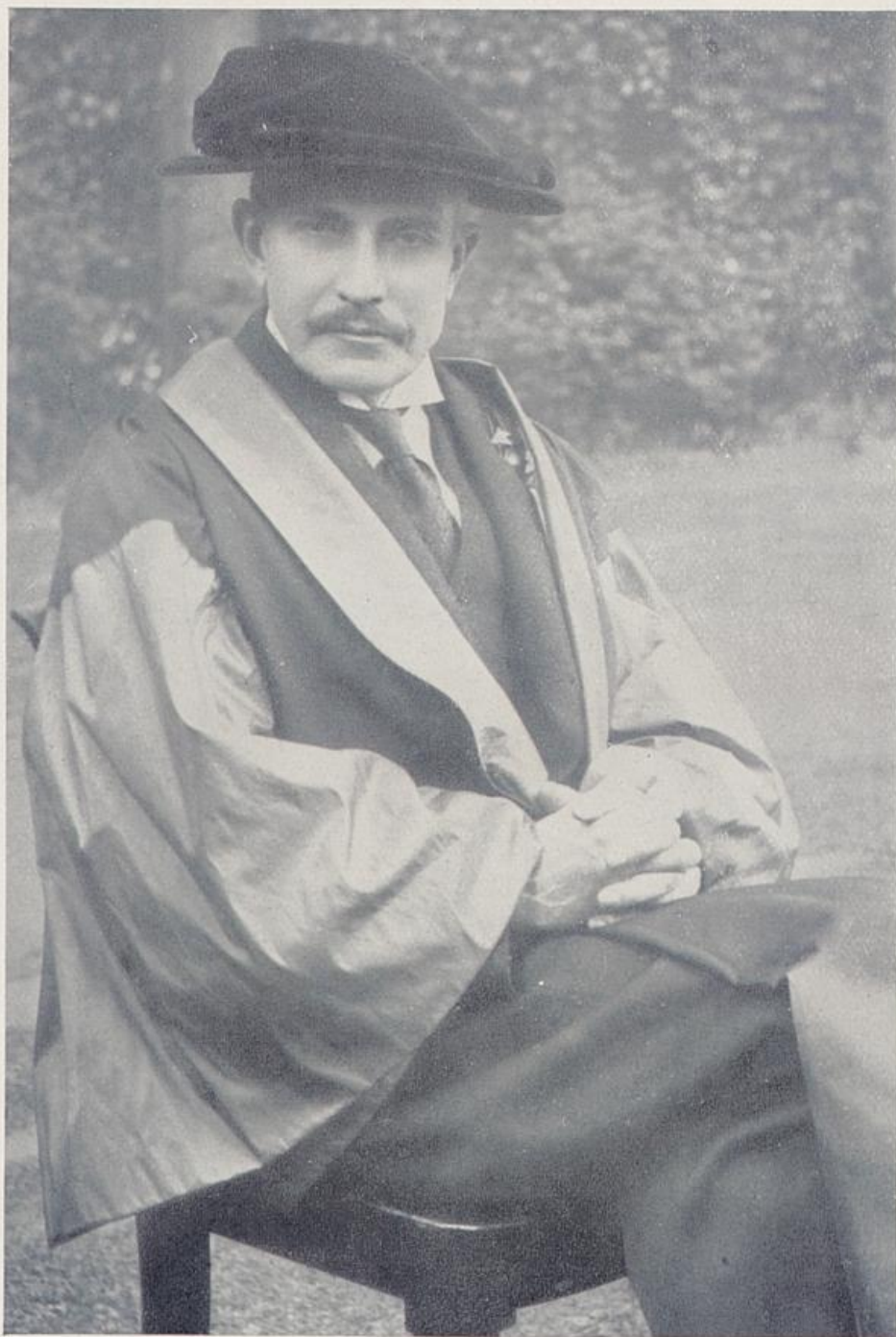












Fürst Lichnowsky als Ehrendoktor von Oxford

F Ü R S T L I C H N O W S K Y

AUF DEM  
WEGE ZUM ABGRUND

LONDONER BERICHTE,  
ERINNERUNGEN  
UND SONSTIGE SCHRIFTEN

Mit 8 Bildern  
Zweiter Band

1927

CARL REISSNER · VERLAG · DRESDEN

FÜRST-LICHNOWSKY

ALFRED

WEGE ZUM ABGRUND

UND ANDERE BEWEGTE

LEBENSERLEBNISSE

UND SONSTIGE SCHRIFTEN

1888

1889

CARL REISSNER - VERLAG - DRESDEN

## WEITERE VERHANDLUNGEN DER LONDONER BOTSCHAFTER-VERSAMMLUNG

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 6. 1913

**W**ie anderwärts gemeldet, haben wir uns heute im wesentlichen mit serbischen Angelegenheiten zu befassen gehabt. Zunächst brachte Herr Cambon den bekannten Wunsch der serbischen Regierung zur Sprache, eine schriftliche Wiederholung des bereits erteilten Versprechens hinsichtlich des Bahnbaus und des Adriahafens zu erhalten, worauf Graf Mensdorff unter Zustimmung des Grafen Benckendorff erklärte, eine Einigung über die strittige Auslegung des vereinbarten Wortlauts, namentlich über die Frage der Zufuhr von Kriegsmaterial in Kriegszeiten, sei im Gange und werde von den beiderseitigen Vertrauensmännern ausgearbeitet. Es möge daher noch etwas gewartet werden, bis man in der Lage sei, der Versammlung einen bestimmten Vorschlag zu unterbreiten. Dieser Anregung wurde zugestimmt. Herr Cambon wiederholte hierbei seine bekannte Auffassung, derzufolge das den Serben gegebene Wort unter allen Umständen eingelöst werden müsse unabhängig von der zwischen den Mächten zu erzielenden Einigung über die Tragweite einzelner Bestimmungen.

Diese Gelegenheit benützte mein österreichisch-ungarischer Kollege, um im Auftrage seiner Regie-

rung und von mir und Marquis Imperiali unterstützt darauf hinzuweisen, daß sie auf die Beibehaltung der ursprünglichen Fassung hinsichtlich des Schutzes der auf den an Serbien und Montenegro abzutretenden Gebieten wohnhaften Muselmanen, Katholiken und Albanesen bestehe. Er müsse daher die auf Wunsch der serbischen Regierung mit Unterstützung Rußlands abgeänderte Fassung: „pour assurer la liberté du culte“ beanstanden. Einmal getroffene Vereinbarungen sollten auch in diesem Falle aufrechterhalten werden und könnten nicht, lediglich weil sie Serbien und Herrn von Hartwig unbequem seien, beliebigen Umwandlungen unterworfen werden. Demgegenüber machte Graf Benckendorff geltend, daß der Wortlaut vom 22. März mit Recht in Belgrad Anstoß erzeuge, weil dadurch nach dem Vorbild türkischer Verhältnisse Voraussetzungen entstehen könnten für die Einmischung fremder Staaten in die inneren Verhältnisse Serbiens. Nach längerer Erörterung wurde auf Vorschlag Sir Arthur Nicolson's ein Wortlaut vereinbart, der in Petersburg und Wien zur Begutachtung vorgelegt werden, den beiderseitigen Wünschen möglichst Rechnung tragen und allen Zweideutigkeiten vorbeugen soll. Nachstehend die vorgeschlagene Fassung:

„Die sechs Mächte könnten es für unerlässlich erklären, daß die serbische und die montenegrinische Regierung dringend Maßnahmen ergreifen, um in den an Serbien und Montenegro abgetretenen Gebieten allen Bevölkerungsteilen ohne Unterschied der Religion die Freiheit und den wirksamen Schutz ihrer Religionsausübung und Lehrtätigkeit zu sichern.“

Ob diese Auslegung in Wien genügen wird, ist ungewiß, da sie, worauf es Serbien ja hauptsächlich ankommt, jede Handhabe für Österreich-Ungarn ausschließt, sich der Interessen der albanischen

Katholiken in Serbien anzunehmen oder gar eine Art von Schutzverhältnis über dieselben anzustreben.

Schließlich brachte Graf Mensdorff auch noch zur Sprache, daß Serbien bei der vertragsmäßigen Räumung albanischen Gebietes sich bedauerlicher Saumseligkeit schuldig mache. Die Versammlung nahm seine Darlegung zur Kenntnis, wobei Herr Cambon seine bekannte Ansicht wiederholte, daß die schleunige Einsetzung einer provisorischen albanischen Regierung allein die völlige Zurückziehung fremder Truppen ermöglichen könne. Sonst laufe das Land Gefahr, der Willkür zu verfallen, und man dürfe nicht warten, bis die Mächte sich über die endgültige Ausgestaltung des albanischen Staatswesens geeinigt hätten.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 23. 6. 1913

Bei der heutigen Sitzung wurde die südalbanische Grenzfrage nicht mehr berührt, da, wie Sir E. Grey uns nachher vertraulich sagte, eine Einigung vorläufig ausgeschlossen sei und er daher abwarten wolle, ob durch Erneuerung kriegerischer Verwickelungen auf dem Balkan nicht eine veränderte Lage entstände, die eine Lösung ermögliche. Sonst müsse er, wie er halb scherzend zu Marquis Imperiali bemerkte, es den Italienern überlassen, die Griechen aus Südalbanien zu vertreiben.

In der Sitzung selbst wurden serbische Fragen verhandelt, worüber ich schriftlich berichte.

Nächste Sitzung Dienstag, den 1. Juli.

Lichnowsky.

London, 23. 6. 1913

Bei der heutigen Sitzung wiederholte Sir Edward Grey die Aufforderung, ehestens die den Serben in Aussicht gestellte schriftliche Erklärung über die Eisenbahn und den Hafen am Adriatischen Meere in Belgrad abzugeben, da dies gewissermaßen eine Ehrenschuld für alle Mächte bilde. Graf Benckendorff und Graf Mensdorff waren jedoch noch nicht in der Lage, eine Vereinbarung über die strittigen Punkte vorzubringen, weshalb die Angelegenheit abermals verschoben wurde.

Hierauf gelangte die bereits in voriger Sitzung besprochene Frage der in Belgrad und mit Cetinje nach dem Wortlaute der Vereinbarung vom 22. März abzugebenden Erklärung über den Schutz der nationalen und kirchlichen Minderheiten in den neu erworbenen Gebieten wieder zur Besprechung. Da das Wiener Kabinett sich mit der in der letzten Sitzung vereinbarten erweiterten Formel nicht einverstanden erklärte und auf der Wiederholung des unveränderten, ursprünglichen Wortlautes besteht, wurde ein Ausweg in dem Sinne verabredet, daß zwar der ursprüngliche Wortlaut aufrechtzuerhalten sei, zugleich mit dessen Übermittlung aber gewissermaßen als Erläuterung, um Mißverständnissen vorzubeugen, eine weitere Erklärung beizugeben sei. Nachstehend der gefaßte Beschluß:

„Bei der Überreichung der von der Versammlung am 22. März vorgeschlagenen Erklärung an die serbische und montenegrinische Regierung meint die Versammlung, daß diese Erklärung in dem Sinne ausgelegt werden muß, daß in den von Serbien und Montenegro infolge des Krieges erworbenen Gebieten die von den Regierungen von Belgrad und Cetinje zu

treffenden Maßnahmen den Zweck haben sollen, die Freiheit der Religionsausübung und der Lehrtätigkeit, den Schutz der Kirchen, Klöster, Moscheen, Schulen und religiösen Einrichtungen jeder Art, sowie die Eigentumsrechte gegen aus dem Krieg entstehende und ihrer Natur nach sie verletzende Handlungen zu garantieren."

Graf Mensdorff erklärte, sich hierüber nicht aussprechen zu können, und wollte an seine Regierung berichten, während Graf Benckendorff wie Sir Edward Grey und die übrigen Kollegen sich für diese Lösung aussprachen. Auch ich hatte diesen Ausweg befürwortet als geeignetes Mittel, um allen Bedenken gerecht zu werden.

Sodann brachte Graf Mensdorff die Beschwerde seiner Regierung über die Besetzung des Ljuma-gebietes durch serbische Truppen und die von ihnen vorgenommenen Übergriffe zur Sprache. Es wurde beschlossen, gleichzeitig mit der bevorstehenden Kundgebung über die Eisenbahn in Belgrad Vorstellungen im Sinne der österreichischen Anregung zu erheben.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 27. 6. 1913

**B**ei der heutigen Unterredung berührte Sir Edward Grey auch die albanische Frage und unsere Botschaftervereinigung. Graf Berchtold habe den Wunsch ausgesprochen, daß wir noch vor den Sommerferien die endgültige Verfassung Albaniens festsetzen sollten. Dies sei, so meinte Sir Edward, vollkommen unmöglich. Denn länger als Ende Juni werde er auf keinen Fall hier bleiben. Er sei infolge eines sehr anstrengenden Winters erholungsbedürftig und wolle

daher, wenn irgend möglich, noch vor Schluß des Parlamentes, das bis Mitte August tagen werde, aufs Land übersiedeln. Die endgültige Festsetzung der albanischen Verfassung werde aber lange Zeit in Anspruch nehmen, und er halte es auch für wenig praktisch, schon jetzt mit der Ernennung eines Fürsten und der Einsetzung einer regelrechten Verwaltung vorzugehen, die bei den zum Teil unbotmäßigen Völkerschaften auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Die Erfahrungen der provisorischen Regierung würden der späteren, die man keineswegs, wie Graf Berchtold anzunehmen schiene, ins Reich der frommen Wünsche verweisen wolle, dann zugute kommen. Außerdem habe man sich ja über die Berufung einer Gendarmerie aus einem neutralen Staate geeinigt, was den österreichischen Wünschen entspreche.

Ich möchte anheimgeben, in Wien in dem Sinne zu wirken, daß man sich dort damit begnüge, daß zunächst eine Verständigung über die grundsätzliche Berufung eines Fürsten erzielt werde, aber aus praktischen Erwägungen darin einwillige, daß neben der sofortigen Berufung einer ausländischen Gendarmerie eine provisorische vorbereitende Regierung etwa im Sinne der letzten Vorschläge des Herrn Cambon gebildet werde. Es wäre dies insofern ein Zugeständnis, als Frankreich bisher die Berufung eines Fürsten überhaupt nicht bestimmt in Aussicht stellen wollte.

In der Anlage erlaube ich mir eine Abschrift eines von Sir Edward Grey mir übergebenen Telegrammes an den britischen Vertreter nach Wien beizufügen.

Dasselbe enthält auch einen Hinweis auf den Streit um die südalbanische Grenze. Sir Edward Grey schlägt vor, daß Graf Berchtold angeben soll, unter welchen Bedingungen er in die Bildung einer Kom-

mission willigen würde, die an Ort und Stelle über die Abgrenzung Vorschläge zu machen hätte. Ich verfehlte nicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß Graf Berchtold sich jedenfalls nur unter Voraussetzungen darauf einlassen würde, die es der Gegenpartei erschweren würden, alsdann zuzustimmen. Der Minister schien jedoch alle Hoffnungen nicht ganz aufgegeben zu haben, was darauf schließen läßt, daß Frankreich unter Umständen den österreichischen Wünschen gegenüber nachgiebiger sein könnte, als es bisher den Anschein hatte. Mit einem bestimmten Abgrenzungsvorschlage will er danach nicht hervortreten, sagte auch nicht, wie weit Frankreich gehen wolle, sondern nur, daß viel von Koriza und Argyrócastron gesprochen worden sei, und daß es für ihn schwer wäre, sich von hier aus ein gerechtes Urteil über die dortigen Verhältnisse zu bilden.

Schließlich erwähnte der Minister noch die Schwierigkeiten, die für die Pariser Finanzberatung entstehen könnten, falls der Krieg zwischen den Verbündeten ausbräche. Es sei nicht gut anständig, daß die Verbündeten sich daran beteiligten, während sie miteinander Krieg führten. Es bliebe dann nur übrig, daß die Mächte ohne die Verbündeten mit der Türkei zusammen die Beratungen fortsetzten. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 1. 7. 1913

Bei der heutigen Sitzung waren mein russischer und österreichisch-ungarischer Kollege in der Lage, uns die früher in Aussicht gestellte Vereinbarung über die Auslegung einiger fraglicher Punkte betreffend die künftige serbische Bahn nach der Adria zu unter-

breiten. Es erhob sich demgemäß kein Widerspruch von irgendeiner Seite. Es wurde beschlossen, die Vereinbarung vom 27. Dezember v. Js. mitsamt der nunmehr zustandekommenen Auslegung durch Sir Edward Grey namens der Mächte dem hiesigen serbischen Geschäftsträger zu übergeben.

Nachstehend der beschlossene Wortlaut: „Bezüglich der Erklärung betreffs der internationalen Eisenbahn und des neutralen Adriahafens, die die Mächte der serbischen Regierung offiziell zu machen sich verpflichtet haben, beschließt die Versammlung, daß Sir Edward Grey beauftragt werden soll, im Namen der sechs Mächte dem serbischen Geschäftsträger die in der Botschafterversammlung vom 17. Dezember 1912 gefaßte Entschließung zu bestätigen. Sie lautet folgendermaßen:

Ein Zugang für seinen Handel wird Serbien mittels eines freien und neutralen albanischen Hafens reserviert, der von einer internationalen Eisenbahn unter europäischer Kontrolle und unter dem Schutz einer besonderen internationalen Truppenmacht bedient wird, mit Beförderungsfreiheit für alle Waren einschließlich Kriegsmaterial.

Sir Edward Grey wird eine diese Erklärung erläuternde Denkschrift mitüberreichen. Die Denkschrift lautet folgendermaßen:

1. Besondere Neutralisierung des Hafens.

Wenn die Neutralität des zukünftigen Albanien die Errichtung von Befestigungen für die Verteidigung des Landes zuläßt, sollte der von der internationalen Bahn bediente Handelshafen einer besonderen Regelung unterworfen werden, die die Verpflichtung auferlegt, diesen Ort nicht zu befestigen.

2. Internationale Eisenbahn und Beförderungsfreiheit.

Die sechs Großmächte sowie Serbien und Albanien werden sich mit ihrem Kapital an der Schaffung einer internationalen Gesellschaft für den Bau und Betrieb der fraglichen, von der albanischen Regierung zugestandenen Eisenbahn beteiligen; sie werden das Mitbestimmungsrecht über das Unternehmen nach Maßgabe dieser Beteiligung genießen.

Die freie Benutzung dieser Eisenbahn sowie des Hafens wird von den Signatar-Großmächten allen Staaten in der gleichen Weise, unter den gleichen Bedingungen und jederzeit garantiert.

### 3. Kontrolle und Schutz der Eisenbahn.

Die internationale Kontrolle wird von einer aus Vertretern der sechs Großmächte, Serbiens und Albaniens zusammengesetzten Kommission ausgeübt in der Art, wie die in Artikel 8 des Suez-Abkommens von 1888 vorgesehene Kontrolle, doch mit den durch die Verschiedenheit der Lage bedingten Abweichungen.

Der Schutz der Eisenbahn wird der Gendarmerie, der Miliz oder jeder anderen öffentlichen albanischen Gewalt unter europäischer Kontrolle (sechs Großmächte) anvertraut werden.

### 4. Beförderung von Kriegsmaterial.

Die Freiheit der Beförderung von Kriegsmaterialien begegnet im Prinzip keinen Einwendungen; das Durchsuchungs- und Prisenrecht wird kriegführenden Staaten mit Bezug auf alle Handelsschiffe vor ihrem Einlaufen in den von der internationalen Eisenbahn bedienten Hafen zuerkannt.

Zugleich wird Sir Edward Grey den serbischen Geschäftsträger an die Mitteilung erinnern, die ihm am 29. März wiederholt worden ist, in der auf der Notwendigkeit bestanden wurde, ohne Verzug zur Räumung der Albanien zugewiesenen Gebiete zu schreiten.

Eine gleichlautende Mitteilung wird der montenegrinischen Regierung gemacht werden.

Sir Edward Grey schlägt vor, daß bei der Überreichung dieser Mitteilung die Vertreter der Mächte in Cetinje bemerken sollen, daß die für die Regelung der Bewässerungsfrage und für eine finanzielle Unterstützung versprochene Beihilfe von der Räumung der Albanien zugeteilten Gebiete abhängig ist."

Auf Wunsch des Grafen Mensdorff und gemäß den in früheren Sitzungen gegebenen Zusicherungen soll die eingangs gedachte Eröffnung von der Aufforderung begleitet werden, das dem albanischen Staate zuerkannte Gebiet umgehend von serbischen und montenegrinischen Truppen zu räumen.

Da hier kein montenegrinischer Vertreter beglaubigt ist, wurde beschlossen, die an die montenegrinische Regierung zu richtende Mitteilung durch die dortigen Vertreter der Mächte erfolgen zu lassen. Auf Anregung Sir Edward Greys sollen die beiden erwähnten, Montenegro bereits in Aussicht gestellten Vergütungen mit obiger Erklärung in Zusammenhang gebracht werden. Ich versuchte, entsprechend der erhaltenen Weisung anzuregen, ob nicht die in Aussicht gestellte Anleihe für die Zwecke der Regelung der Bojana und des Skutarisees Verwendung finden könnte, begegnete aber der einmütigen Auffassung, daß beide Angelegenheiten nicht vereinigt werden könnten, da sie bei verschiedenen Gelegenheiten und ganz gesondert dem König Nikolaus versprochen wurden.

Nunmehr gelangte die in Belgrad und Cetinje über die albanischen Minderheiten abzugebende Erklärung zur Sprache. Da der österreichischen Regierung unsere in voriger Sitzung vereinbarte Erklärung nicht

zusagt, wurden die Euer Exzellenz bekannten neuen Vorschläge vom Grafen Mensdorff unterbreitet. Namentlich der unter 4 stehende Satz: „Das rechtliche Bestehen der albanischen Nationalität wird von Serbien und Montenegro ausdrücklich anerkannt,“ erregte bei Herrn Cambon und Graf Benckendorff Bedenken, da er den Anspruch auf Autonomie zu begründen schien. Sowohl Marquis Imperiali wie ich unterstützten die österreichischen Anregungen, während Graf Benckendorff erklärte, sich vorläufig nicht darüber äußern zu können. Nachstehend der hierüber vereinbarte Wortlaut:

„Graf Mensdorff sagt, daß seine Regierung die Entschliebung vom 23. Juni unvollständig finde, und legt einen detaillierten Plan vor, der, wie er sagt, gegenwärtig Gegenstand einer Erörterung zwischen Wien und Petersburg ist. Die Versammlung hält es für angebracht, das Ergebnis dieser Erörterung abzuwarten. Sir Edward Grey bemerkt, wenn eine Einigung über die detaillierte Auslegung der Entschliebung vom 23. Juni erzielt wird, soll sie die Form einer Beifügung zu dieser Entschliebung annehmen.“

Schließlich übergab uns Sir Edward Grey den anliegenden Bericht des Vizeadmirals Burney über die bisherige Verwaltung von Skutari.

Auch brachte Graf Mensdorff die staatsrechtlichen Verhältnisse des Berges Athos noch zur Sprache, worauf allseitig darauf hingewiesen wurde, daß die von uns in einer früheren Sitzung beschlossene Autonomie unter dem Schutze der Mächte angenommen worden sei und daher zu Recht bestehe.

Nächste Sitzung Montag.

Sir Edward Grey wiederholte mir heute, daß er keinesfalls nach Ende dieses Monats noch Sitzungen

abhalten werde. Alle später auftauchenden Fragen könnten auf dem sonst üblichen Wege der Verständigung zwischen den Kabinetten erledigt werden.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 7. 1913

**B**ei unserer heutigen Unterhaltung kam Sir E. Grey auch auf die albanische Frage zu sprechen und bedauerte, daß sie so wenig Fortschritte machte. Nicht einmal über die Berufung der beschlossenen ausländischen und einem neutralen Staate zu entnehmenden Gendarmerie schiene sich Graf Berchtold schlüssig werden zu können. Mein österreichisch-ungarischer und russischer Kollege hätten zwar Vorschläge für die künftige Verfassung Albaniens unterbreitet, und es sei darin die Rede davon, daß die Commission de contrôle Vorschläge ausarbeiten solle. Über die Notwendigkeit sofortiger und provisorischer Übernahme der Verwaltung durch dieselbe verlaute aber nichts.

Was die südliche Abgrenzung betreffe, so seien nunmehr Vorschläge des Grafen Berchtold eingegangen, die sich auf der Grundlage Phtelia—Koriza bewegten. Sollte hierauf eingegangen werden, so müßte man im Punkt Kutzowalachen entgegenkommen. Ich erwiderte, daß dies durchaus den Auffassungen Eurer Exzellenz entspreche, daß bisher aber auf seiten Rumäniens wenig Geneigtheit bestände nachzugeben, und daß Herr Majorescu den Schwerpunkt der Verhandlungen hierher verlegen wolle. Ich legte ihm nahe, mit Herrn Misu zu sprechen, und hatte den Eindruck, daß der Minister es nicht für ausgeschlossen halte, daß schließlich eine Einigung auf dieser Grundlage erzielt werden könne.

Lichnowsky.

Bezeichneten Inhalt\*) vertraulich mit Sir E. Grey besprochen, der Auffassung teilt. Konnte Angelegenheit auf heutiger Vereinigung aber nicht vertreten, da Graf Mensdorff noch ohne Weisungen. Sir E. Grey hat österreichisch-italienischen Entwurf, der ihm von meinen betreffenden Kollegen übermittelt wurde, mit Gegenvorschlägen beantwortet, die Einsetzung Commission de contrôle als provisorische Regierung unter Festsetzung eines Datums für Fürstenwahl enthalten. Sobald Antwort eingeht, werden gemeinsame Grundsätze Botschafterversammlung vorgelegt, vielleicht schon nächsten Donnerstag.

Neue österreichische Anregung, durch österreichischen und italienischen Bevollmächtigten an Ort und Stelle zukünftige Verfassung Albaniens ausarbeiten zu lassen, wurde von Sir E. Grey zurückgewiesen unter Hinweis auf ungünstigen Eindruck, der dadurch bei anderen Mächten hervorgerufen würde. Er wünscht, daß provisorische Regierung hiermit befasse.

Wiener Kabinett scheint noch immer sich der allgemein gewünschten Einsetzung einer provisorischen Regierung, verkörpert durch die Commission de contrôle bis zur Ernennung des Fürsten und Bildung endgültiger Organisation zu widersetzen, da es darin nur einen Versuch wittert, dauernde Zustände überhaupt zu hintertreiben. Herr Cambon erklärte mir heute, seiner Regierung läge jede solche Absicht fern. Lediglich aus praktischen Gründen halte sie es aber für nötig, vorläufige Regierungsgewalt möglichst umgehend einzusetzen.

Betreffend Koriza wies Sir E. Grey darauf hin, daß Griechenland viel daran gelegen sei, Verbindung

\*) Dieser erwähnte Inhalt betrifft unwesentliche Wünsche Österreichs bezügl. der Südgrenze Albaniens.

mit Serbien zu erhalten, das auch durch Griechenland an das Ägäische Meer zu gelangen wünsche. Dies könne aber vielleicht auch über Saloniki erreicht werden, etwa nach der Art der ehemals von Österreich gewünschten Handelsverbindung. Auf meine Bemerkung, daß Ereignisse auf dem Balkan neue Lösungen der bestehenden Schwierigkeiten bringen könnten, entgegnete der Minister, daß dadurch vielleicht manche erleichtert werden würden, eine Auffassung, der ich auch bei mehreren meiner Kollegen begegnet bin. Hierbei betonte Sir E. Grey, wie er es auch in der Sitzung getan, daß der Streit der ehemaligen Verbündeten nichts an den gefaßten Beschlüssen der Mächte ändern könne. Was Koriza betreffe, so könne das an Albanien gehen, falls dafür die Inseln mit Ausnahme von Imbros und Tenedos, die die Türkei behalten solle, und von Thasos, das Bulgarien bekäme, an Griechenland fielen. Samothrake erwähnte er nicht. Dabei könnten noch einige der kleineren, deren Bevölkerung im wesentlichen mohammedanisch sei, vielleicht bei der Türkei bleiben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 11. 7. 1913

**S**ir E. Grey wird voraussichtlich nächsten Dienstag auf Botschafterversammlung Einsetzung provisorischer albanischer Regierung mit befristeter Fürstwahl und Abgrenzung Südalbanians auf bekannter Grundlage zur Sprache bringen, da durch weitere Verschleppung der Angelegenheit Erledigung derselben vor Ende des Monats immer zweifelhafter erscheint.

Es wäre dringend erwünscht, in Wien darauf hinzuwirken, daß Graf Mensdorff bis dahin in die Lage

gesetzt wird, sich über den Standpunkt seiner Regierung auszusprechen, auch Marquis Imperiali hat noch keine endgültigen Weisungen erhalten und wagt ohne ausdrückliche Anordnung sich nicht an Besprechung zu beteiligen.

Haltung österreichischer Regierung, die immer wieder neue Schwierigkeiten macht und zu keinerlei Entschlüssen gelangen kann, macht peinlichen Eindruck. Sir E. Grey glaubt, daß infolge bulgarischer Niederlagen und nach St. Petersburg gerichteter Bitte um Übernahme des Schiedsrichteramts in Wien hochgradige Nervosität herrscht.

Sasonow werde Vernichtung Bulgariens nicht zulassen, begegne sich aber mit Rumänien und übrigen Balkanstaaten in dem Wunsch, Gleichgewicht möglichst herzustellen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 15. 7. 1913

Bei der heutigen Sitzung sprach zunächst Sir E. Grey die Hoffnung aus, daß vor Ende dieses Monats, also vor Schluß der Sitzungen, es möglich sein werde, sowohl über die Organisation von Albanien als auch über die Abgrenzung Beschlüsse zu fassen, da hierdurch nicht unwesentlich zur Befestigung der Zustände auf der Balkanhalbinsel angesichts neuer Ereignisse beigetragen würde. Es gelangten sodann die österreichisch-italienischen Vorschläge über albanische Verfassungsfragen zur Besprechung, die von meinen beiden Kollegen unter Mitwirkung Sir E. Greys entworfen waren.

Bericht folgt. Nächste Sitzung Montag.

Lichnowsky.

London, 15. 7. 1913

Bei der heutigen Sitzung wurde, wie gemeldet, der von meinem österreich-ungarischen und italienischen Kollegen im Einverständnisse mit ihren Regierungen und teilweiser Mitwirkung Sir Edward Greys verfaßte Entwurf einer Regelung der wichtigsten, die künftige Verfassung Albaniens betreffenden Fragen unterbreitet und eingehend besprochen. In der Anlage beehre ich mich, den Entwurf abschriftlich beizufügen.

Die ersten vier Absätze wurden widerspruchslos angenommen.

Zu Absatz 5 bemerkte Graf Benckendorff, von Herrn Cambon unterstützt, daß er eine Bestimmung vermisse, die den Fortbestand der europäischen Aufsicht gewährleiste. Für ihre Regierungen sei gerade die internationale Kontrolle, die verhindern solle, daß Albanien unter den ausschließlichen Einfluß eines oder des andern fremden Staates gelange, eine Voraussetzung gewesen für die Zustimmung zum Verzicht auf die Oberhoheit des Sultans. Auch sei sie von Anfang an vorgesehen gewesen, und ihre Regierungen würden keinem Entwurfe ihre Zustimmung erteilen, der nicht hinsichtlich des Fortbestandes der Oberaufsicht aller Mächte bindende Zusicherungen enthalte.

Am weitesten ging Herr Cambon, der erklärte, man habe der Einsetzung eines Fürsten nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Gesamtheit der Mächte gewissermaßen die Oberhoheit des Landes bilden werde. An Stelle des Sultans treten nunmehr die Mächte. Er stellt sich die Commission de contrôle als die eigentliche Regierung des Landes vor, der die Oberleitung und das Aufsichtsrecht sowohl über die Finanzen wie über die Verwaltung zusteht, und die

gegenüber dem Fürsten fast die Rechte eines Vormundes zu beanspruchen hätte, so daß dessen Stellung zu der einer dekorativen Spitze herabsinken muß.

Bei beiden Kollegen war die Besorgnis unverkennbar, daß Albanien in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich geraten würde, falls nicht der Einfluß aller Mächte in wirksamer Weise gewährleistet werde. Liefere die Tätigkeit der Kommission nach fünf Jahren ab ohne Zusicherung ihres weiteren Forbestandes, so sei das ganze Einspruchsrecht in Frage gestellt.

Graf Mensdorff gab zu verstehen, daß seine Regierung sich auf eine internationale Kontrolle ad infinitum nicht einlasse, und daß an dieser Frage unter Umständen das ganze Projekt scheitern könne.

Ich betonte, daß ich beauftragt sei, die Vorschläge der beiden verbündeten Kollegen zu unterstützen, und daß ich mich nicht mit dem Gedanken befreunden könne, die tatsächliche Ausübung der Regierungsgewalt sogar nach Einsetzung des Fürsten und für ewige Zeiten einem internationalen Ausschusse anvertraut zu sehen. Dies widerspreche dem Gedanken der Berufung eines Monarchen, der doch selbst befugt sein müsse, seine Regierung zu bilden. Auch sei meines Wissens in keinem anderen Lande der Balkanhalbinsel, auch nicht in dem ursprünglich kaum größeren und wohlhabenderen Griechenland eine ähnliche, die Regierungsgewalt des Herrschers einschränkende Behörde vorgesehen gewesen. Zwischen Schutzmächten und Mächten, die eine so weitgehende Beeinflussung der Regierung eines fremden Staates vornehmen, sei ein gewaltiger Unterschied. Ohne mich auf die grundlegende Frage einlassen zu wollen, ob der Anspruch einer zeitlich unbegrenzten Oberaufsicht zulässig sei, hob ich hervor, daß diese sich auf das Recht der Konsuln oder diplomatischen Vertreter,

nötigenfalls in die Angelegenheiten des Landes Einsicht zu nehmen, beschränken könne. Es käme also vor allem darauf an, sich darüber zu verständigen, was unter der Kontrolle der Mächte gemeint sei. Über diesen Punkt wird es aber, glaube ich, sehr schwer sein, eine Verständigung zu erreichen, da Österreich überhaupt keine Kontrolle will, die länger als fünf Jahre dauert, und Frankreich und Rußland die gesamten Angelegenheiten des Landes, namentlich aber die auswärtige Politik, unter ihre Aufsicht bringen wollen.

Hierzu wurde nachstehender Bericht vereinbart:

„Graf Benckendorff bemerkt, daß man nach der Entschließung vom 20. Dezember übereingekommen war, daß die albanische Unabhängigkeit ausschließlich von den sechs Mächten garantiert und kontrolliert werden und daß diese Kontrolle nicht ihr Ende nehmen sollte, wenn nach Verlauf von fünf Jahren die Befugnisse der Kontrollkommission nicht erneuert werden.

Auf diese Bemerkung von Graf Benckendorff hin sagt Marquis Imperiali als seine persönliche Meinung, daß man vielleicht, statt bei der Fortdauer der Kontrolle zu verbleiben, anstelle einer Dauer von fünf Jahren eine solche von zehn Jahren setzen könnte.“

Mein italienischer Kollege hatte, um dem bedenklichen Streite, ob die Aufsicht ewig oder vorübergehend sein sollte, aus dem Wege zu gehen, eine Verlängerung der Wirkungszeit der Kommission von fünf auf zehn Jahre vorgeschlagen. Ich bemerkte hierzu, daß mir namentlich angesichts der weitgehenden Befugnisse, die von verschiedenen Seiten für die Kommission in Anspruch genommen würden, eine Verlängerung nicht unbedenklich erschiene und schon fünf Jahre mehr als genügend seien.

Absatz 6 veranlaßte aus demselben Grunde wie

Absatz 5 eine längere Erörterung, da der letzte Satz nur von einer Organisation der Kontrolle der Mächte während der Dauer der Tätigkeit der Kommission spricht. Graf Benckendorff beantragte, den Schluß von „pour la durée“ an zu streichen. Da dieser Vorschlag aber auf Widerstand stieß, wurde der Schluß von „et de l'organisation“ an gestrichen. Hiernach ist die Rechtslage und der Wirkungskreis der Commission de Contrôle nach Einsetzung des Fürsten der Vereinbarung unter den Mächten überlassen.

Zu Absatz 7 meinte Graf Benckendorff, es würde sich empfehlen, die Einsetzung des Fürsten statt nach sechs Monaten erst nach einem Jahre vorzunehmen, da der vorgeschlagene Zeitraum nicht genüge, um die für die Übernahme der Regierung als notwendige Voraussetzung zu betrachtende Ordnung der Verhältnisse herbeizuführen.

Herr Cambon beanstandete aufs heftigste den Hinweis auf die bestehenden nationalen Behörden als eine tatsächliche Anerkennung der in Valona befindlichen, sogenannten provisorischen Regierung, die niemand berufen, eingesetzt oder gewählt habe, und die ihre Befugnisse lediglich aus eigener Machtvollkommenheit herleite. Auch hier wieder trat der Gegensatz der österreichischen und französisch-russischen Auffassung schroff zutage, da man in Wien bekanntlich diese Regierung unterstützen und belassen möchte, in Paris und Petersburg aber sie unter keinen Umständen dulden will, da man dort, wie Herr Cambon mir vertraulich sagte, sie in österreichischem Solde wähnt. Herr Cambon machte hierzu den nachstehenden Abänderungsantrag:

„Bis zu der Bestimmung des Fürsten wählt die Kontrollkommission die ausführenden Organe der

Exekutivgewalt und handelt mit der Unterstützung der örtlichen Behörden."

Die folgenden Absätze wurden widerspruchslos angenommen, nur wurden in Absatz 9 alle anderen Länder außer Schweden gestrichen.

Kurz zusammengefaßt, liegen die wesentlichsten Schwierigkeiten in der Frage des Obergewaltrechtes der Mächte, den Befugnissen der Commission de contrôle und ihrer Wirkungszeit sowie in der Frage der Zulassung und Anerkennung der bestehenden provisorischen albanischen Regierung.

#### A n l a g e

„1. Albanien wird als unabhängiges, souveränes und nach dem Erstgeburtsrecht erbliches Fürstentum unter der Garantie der sechs Mächte konstituiert. Der Fürst wird von den Mächten bestimmt werden.

2. Jedes Suzeränitätsverhältnis zwischen der Türkei und Albanien ist ausgeschlossen.

3. Albanien ist neutral; seine Neutralität wird von den sechs Mächten garantiert.

4. Die Kontrolle der zivilen und finanziellen Verwaltung Albaniens wird einer internationalen Kommission anvertraut, die sich aus Delegierten der sechs Mächte und einem Delegierten Albaniens zusammensetzt.

5. Die Machtbefugnisse dieser Kommission dauern fünf Jahre und können im Bedarfsfalle verlängert werden.

6. Diese Kommission soll beauftragt werden, einen detaillierten Organisationsplan für alle Zweige der Verwaltung Albaniens auszuarbeiten. Sie wird den Mächten innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten einen Bericht über das Ergebnis dieser Arbeiten sowie ihre Beschlüsse betreffs der verwaltungs- und

finanztechnischen Organisation des Landes und der Organisation der Kontrolle der Mächte während der Dauer des Mandats der Kommission vorlegen.

7. Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Tätigkeit der nationalen Behörden, die provisorisch und de facto ihr Land verwalten, von der obenerwähnten Kommission kontrolliert werden.

8. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird durch die internationale Organisation der Gendarmerie gesichert werden. Diese Organisation wird ausländischen Offizieren anvertraut werden, die die oberste und tatsächliche Kommandogewalt über die Gendarmerie innehaben werden.

9. Diese Offiziere werden europäischen Heeren entnommen, etwa denen Schwedens, Belgiens, Hollands, der Schweiz, Norwegens, Spaniens, unter Ausschluß der Heere der sechs Mächte, der Balkanstaaten und der Regierungen, die unmittelbar an den Balkanfragen interessiert sind.

10. Die Mission der ausländischen Instruktionsoffiziere berührt weder die Einheitlichkeit des Dienstes noch die Verwendung einheimischer Offiziere, Unteroffiziere und Gendarmen.

11. Die Bezüge dieser Offiziere können aus den Hilfsquellen des Landes mit der Garantie der Mächte sichergestellt werden."

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 22. 7. 1913

**B**ei meinem heutigen Besuch kam Sir E. Grey auch auf die Inselfrage zu sprechen und sagte mir, Italien wünsche anscheinend die besetzten Inseln der Türkei zu erhalten, um bei dem früher oder später

zu gewärtigenden Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in der Lage zu sein, dieselben zu besetzen und als Handhabe zu benutzen für die Geltendmachung weiterer Ansprüche auf das kleinasiatische Festland. Daher käme die schwankende Haltung der italienischen Regierung in der Frage der Verquickung der Inselfrage mit den Grenzfragen in Epirus und Thrazien. Jetzt, wo Griechenland auf dem Festland vollauf befriedigt wird, wird es eine Verbindung gern sehen, früher aber, wo es sich um griechische Einbuße gegen Albanien handelte, war ihm der Gedanke einer Entschädigung durch Abtretung aller Inseln nicht angenehm. Schwierigkeiten würden aber auf jeden Fall dadurch entstehen, daß zum Beispiel Rhodos an die Türkei zurückgegeben alsbald seinen Anschluß an Griechenland erklären würde.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 21. 7. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung kam nach Erledigung der Fragen, über die ich bereits anderweit berichtet habe, wiederum Albanien auf die Tagesordnung. In der vorigen Sitzung hatte, wie berichtet, Herr Cambon zu dem Artikel 7 des österreichisch-italienischen Vorschlags über die Herstellung einer albanischen Regierung, der lautete:

„7. Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Tätigkeit der nationalen Behörden, die provisorisch und de facto ihr Land verwalten, von der oben erwähnten Kommission kontrolliert werden.“

den nachstehenden Abänderungsvorschlag gemacht:

„Bis zur Bestimmung des Fürsten wird die Kontrollkommission die ausführenden Organe der Exekutivgewalt wählen und mit der Unterstützung der örtlichen Behörden handeln.“

Es kam ihm darauf an, unterstützt von Graf Benckendorff, den Hinweis auf die bestehenden provisorischen nationalen Behörden zu vermeiden, da die Mächte der Tripelentente die in Valona bestehende provisorische Regierung des Ismael Kemal nicht anerkennen wollen und Essad Pascha durch Reisen nach Wien und Rom ihr Mißvergnügen erregt hatte. Graf Berchtold aber hatte den Vorschlag meines französischen Kollegen als einen zu weitgehenden Eingriff in die Selbständigkeit des Landes beanstandet. Um allen Bedenken gerecht zu werden, hat Sir Edward Grey den weiter unten befindlichen neuen Vorschlag gemacht.

Außerdem erklärten beide Bundesgenossen sich mit der Verlängerung der Amtsdauer der Commission de contrôle von 5 auf 10 Jahre unter gewissen Voraussetzungen einverstanden.

Nachstehend der hierüber vereinbarte Sitzungsbericht:

„Graf Mensdorff sagt, daß die Abänderung des französischen Botschafters in Absatz 7 von seiner Regierung scheinbar nicht angenommen werden würde. Er erklärt ebenso wie Marquis Imperiali, daß die Verlängerung der Machtbefugnisse der Kontrollkommission auf zehn Jahre angenommen werde, wenn die gesamten Vorschläge angenommen würden. Sir Edward Grey schlägt vor, Absatz 7 folgendermaßen abzufassen:

Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Tätigkeit der Ver-

waltung mit Einschluß der Gendarmerie von der internationalen Kommission mit Unterstützung der örtlichen Behörden kontrolliert werden." Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 24. 7. 1913

Bei der heutigen Sitzung unterbreitete Graf Mensdorff den nachfolgenden Abänderungsvorschlag zu der letzten Greyschen Anregung über die Fassung des Alinea 7 des albanischen Statuts.

Ich lasse der Übersichtlichkeit wegen die bisherigen Vorschläge der Reihe nach folgen:

Graf Berchtold:

„Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Tätigkeit der nationalen Behörden, die provisorisch und de facto ihr Land verwalten, von der oben erwähnten Kommission kontrolliert werden.“

Herr Cambon:

„Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Kontrollkommission die ausführenden Organe der Exekutivgewalt wählen und mit der Unterstützung der örtlichen Behörden handeln.“

Sir Edward Grey:

„Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten wird die Tätigkeit der Verwaltung mit Einschluß der Gendarmerie von der internationalen Kommission mit Unterstützung der örtlichen Behörden kontrolliert werden.“

Graf Berchtold:

„Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu der Bestimmung des Fürsten und der Bildung der endgültigen nationalen Regierung ist die Tätigkeit der provisorischen nationalen Behörden ebenso wie die der Gendarmerie Gegenstand der Kontrolle der internationalen Kommission.“

Der Hinweis auf die „*autorités nationales*“ erregte abermals den Widerspruch des Herrn Cambon, der von Graf Benckendorff unterstützt wurde, da hierin eine Anerkennung der bestehenden sogenannten Regierung des Ismail Kemal liege. Nach längerem Gerede wurde ein Vorschlag zur Übermittlung an die Regierung angenommen, welcher dahin geht, die Worte „*nationales provisoires*“ durch „*existantes*“ zu ersetzen. Graf Mensdorff meinte, nicht in der Lage zu sein, zuzustimmen, doch erklärte er sich damit einverstanden, den Vorschlag, welcher tatsächlich nicht nur einen gangbaren Ausweg, sondern angesichts der Verhältnisse den einzig möglichen darstellt, dem Grafen Berchtold zu übermitteln. Auch ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß es sich empfehlen würde, in Wien in zustimmendem Sinne zu wirken, da sonst mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Verhandlungen sich zerschlagen und wir überhaupt über das albanische Statut zu keinem Ergebnis gelangen werden.

Sir Edward Grey sprach zum Schluß noch die Hoffnung aus, daß die vorliegende Fassung bis zur nächsten Sitzung, die er vorläufig auf Donnerstag anberaumte, und die möglicherweise die letzte sein wird, seitens der Mächte angenommen sein würde, um alsdann das albanische Statut zu erledigen und nach Bildung der *Commission de contrôle* an die schwedi-

sche Regierung heranzutreten, um sie zu veranlassen, in Gemäßheit unserer Beschlüsse vom 15. Juli und auf Grundlage des Absatz 9 des Statuts die für die Bildung der albanischen Gendarmerie benötigten Offiziere zu liefern und namhaft zu machen.

Ob es unter diesen Umständen noch gelingen wird, vor Schluß unserer Sitzungen die südalbanische Grenzfrage und die Inselfrage zu erledigen, erscheint mir überaus zweifelhaft.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 28. 7. 1913

**S**ir E. Grey sagte mir, er wolle außer der morgigen noch eine letzte Sitzung voraussichtlich am Freitag abhalten und alsdann die Sitzungen nicht schließen, sondern vertagen, schon um nicht den Eindruck hervorzurufen, als seien unsere Beratungen an der Uneinigkeit der Mächte gescheitert. Ob freilich die Botschafterberatungen im Herbst oder Winter wieder stattfinden werden, vermag er augenblicklich nicht zu übersehen. Er hofft, daß es wenigstens möglich sein wird, vor der Vertagung das albanische Statut und die Südgrenze Albaniens zu erledigen. Zu weiteren Beratungen hat der Minister augenblicklich schon wegen der neuen Lage auf dem Balkan keine Lust mehr und beabsichtigt, noch nächste Woche auf das Land überzusiedeln und in der ersten Zeit noch gelegentlich auf einige Tage zurückzukehren.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 29. 7. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung wurde zunächst die österreichische Fassung des Alinea 7 des albanischen Statuts „indigène existence“ angenommen und die

Verlängerung der Mandatsdauer der Kommission von fünf auf zehn Jahre nochmals bestätigt. Hiermit ist die Frage des Statuts endgültig erledigt. Ausführlicher Bericht folgt. Nächste Sitzung Freitag, in der die südalanische Grenzfrage und die Inselfrage erörtert werden sollen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 29. 7. 1913

**W**ie anderweit berichtet, wurde auf der heutigen Botschaferversammlung das albanische Statut endgültig erledigt, nachdem dem österreichischen Vorschlag gemäß in Alinea 7 hinter „autorités“ die Worte „indigènes existantes“ aufgenommen wurden.

Es wurde hierüber der nachstehende Wortlaut vereinbart:

„Nachdem die Versammlung sich über die Verfassung Albaniens und besonders über die Bedingungen der Errichtung der internationalen Kontrollkommission geeinigt hat, hält sie es für angebracht, daß die Regierungen zu der Wahl ihrer Vertreter in dieser Kommission und zu den für die Sicherung genügender Bezüge für sie notwendigen Maßnahmen schreiten. Diese Bezüge werden den Mitgliedern der Kommission durch ihre Regierungen gesichert. Die Versammlung hält es für wünschenswert, jedem von ihnen die gleichen Bezüge zuzugestehen.

Die Versammlung hält es für angebracht, sich schon jetzt an die schwedische Regierung zu wenden, um die Benennung von mit der Instruktion und dem Kommando der Gendarmerie zu beauftragenden Offizieren zu erhalten. Es erscheint nötig, zuerst einen höheren Offizier zu bezeichnen, der im Einverständnis mit der Kontrollkommission und nach den Erforder-

nissen des Dienstes die Anzahl der zu bestimmenden Offiziere abschätzt."

Aus den Äußerungen der beiden britischen Vertreter und meiner Kollegen entnehme ich, daß voraussichtlich Mitglieder der konsularischen Laufbahn für die Commission de contrôle auserlesen werden. Nach einer Bemerkung Sir Arthur Nicolson's dürfte möglicherweise ein englischer Generalkonsul in Frage kommen.

Über die Höhe des Dienstinkommens der betreffenden Beamten werden keine bestimmten Vorschläge gemacht, doch ging die allgemeine Ansicht dahin, daß es sich um 25—30000 Franken handeln werde.

Sodann gelangten die an Serbien und Montenegro noch zu machenden Erklärungen zur Erörterung. Zunächst wurde die Frage des Schutzes der albanischen Minderheiten in Serbien und Montenegro erledigt, da mein österreichisch-ungarischer und russischer Kollege in der Lage waren, eine diesbezügliche, in der Anlage gehorsamst beigefügte Vereinbarung ihrer Regierungen vorzulegen.

Es wurde hierüber nachstehender Bericht aufgesetzt:

„Der russische und der österreichisch-ungarische Botschafter unterrichten die Versammlung von der Einigung ihrer Regierungen bezüglich des Schutzes der Serbien und Montenegro einverleibten Minderheiten, deren Vorbereitung sie in der Sitzung vom 1. Juli angekündigt hatten. Die Versammlung stimmt dieser Auffassung zu. Auf Vorschlag von Sir Edward Grey hält sie es für angebracht, durch die Vertreter der Mächte die obige Auffassung der serbischen und montenegrinischen Regierung mitzuteilen.

Auf die Bemerkung des Grafen Benckendorff hin

erkennt sie an, daß die Nutznießung der den Minderheiten zugestandenen Freiheiten den allgemeinen, auf alle serbischen und montenegrinischen Staatsangehörigen anwendbaren Rechten nachgeordnet ist."

Ferner wurde auf Vorschlag meines österreichisch-ungarischen Kollegen die Frage der Räumung albanischen Gebietes durch die serbischen Truppen besprochen. Im Zusammenhang damit wurde gemäß früherer Vereinbarung die den Serben mit Bezug auf ihre Adriabahn zu machende schriftliche Erklärung bestätigt.

Nachfolgend der gefaßte Beschluß:

„Sir Edward Grey schlägt vor, die serbische Regierung durch die Vertreter der Mächte dringlich an ihre Verpflichtung erinnern zu lassen, unverzüglich das albanische Gebiet zu räumen und die Bestimmung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens zu achten, wie sie von den Mächten festgelegt und der serbischen Regierung am 15. April 1913 mitgeteilt wurde.

Gleichzeitig sollen die Vertreter der Mächte die Verpflichtung der Mächte betreffs der Eisenbahn und des Zugangs für den Handel zur Adria gemäß der Erklärung der Versammlung vom 1. Juli und der diese Erklärung erläuternden Denkschrift vom gleichen Datum erneuern und schriftlich bestätigen."

Schließlich wurde auch noch auf Anregung des Herrn Cambon die Frage der montenegrinischen Anleihe besprochen, und zwar in Hinblick auf die Mitteilung der montenegrinischen Regierung, nach welcher die Räumung albanischen Gebietes bereits erfolgt ist. Ich hielt es nicht für zweckmäßig, nochmals auf den Gedanken zurückzukommen, daß es wünschenswert sei, die Anleihe mit der Bojana- und Skutariseeregelungsfrage zu verquicken, da ich voraussah, daß hierfür keine Stimmung vorhanden wäre.

Ich möchte aber anheimgeben, die Einzelheiten der Anleihe mit dem Wiener Kabinett zu besprechen, da auch dort wenig Geneigtheit zu sein scheint, sie bedingungslos zu gewähren. Auf Wunsch des Grafen Mensdorff wurde auch die nachstehende Fassung vereinbart, die nur von „prendre en considération“ spricht und nicht von einer eingegangenen Verbindlichkeit.

„Was Montenegro betrifft, das die völlige Räumung des albanischen Gebietes bekanntgegeben hat, so nimmt die Versammlung Kenntnis von dieser Räumung und meint, daß die Vertreter der Mächte in Cetinje der montenegrinischen Regierung erklären sollen, daß die Mächte die für die Regelung der Frage der Bewässerung und für eine finanzielle Unterstützung notwendigen Maßnahmen in Erwägung ziehen werden.“

Nach Erledigung der Tagesordnung sprach Sir Edward Grey die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, auch die albanische Grenzfrage und im Zusammenhange mit ihr die Inselfrage vor unserer Ver- tagung zu erledigen. Österreich habe bekanntgegeben, daß es unter der Bedingung, daß Stylós und Koriza zu Albanien kämen, in eine Feststellung der Grenze durch eine internationale Abordnung einwillige unter der Voraussetzung, daß der rumänische Vertreter zu den hiesigen Besprechungen zugezogen werde. Durch die Beteiligung Rumäniens an den Balkanwirren im Verein mit Griechenland sei diese Bedingung jedoch hinfällig geworden, da es sonst unabweislich wäre, auch den griechischen Vertreter zuzuziehen.

Was die Inselfrage beträfe, so hätte Marquis Imperiali ihm, Sir Edward Grey, eröffnet, daß seine Regierung gegen die Überlassung der übrigen Inseln an Griechenland nichts einzuwenden habe, falls die von den Italienern in Gemäßheit des Friedens von Lau-

sanne besetzten aus der Erörterung ausschieden. Italien wolle diese Inseln nicht behalten, sei aber gebunden und müsse sie den Türken zurückgeben.

Nach Schluß der Sitzung wurde noch die Frage erörtert, ob es sich nach Erledigung unseres Programmes, wozu nötigenfalls noch in nächster Woche Sitzungen anberaumt werden sollen, empfehle, unsere Beratungen sine die zu vertagen mit dem Bemerkten, daß Sir Edward Grey uns wieder berufen werde, wenn eine Notwendigkeit dafür vorläge, oder aber ob es zweckmäßig sei, um den Eindruck einer Uneinigkeit zwischen den Mächten zu vermeiden, die Vertagung von 14 zu 14 Tagen eintreten zu lassen. Letztere Auffassung vertrat namentlich Herr Cambon, erstere Sir Edward Grey. Während mehrere meiner Kollegen Herrn Cambon unterstützten, bin ich für die Auffassung Sir Edward Greys eingetreten, da ich es nicht für praktisch halte, Sitzungstermine anzusetzen, die man nicht einzuhalten gesonnen ist. Angesichts etwa eintretender wichtiger Ereignisse würde dies erst recht geeignet sein, Aufsehen zu erregen und Mißdeutungen hervorzurufen. Sir Edward Grey betonte außerdem, daß er keinesfalls beabsichtige, weiterhin Sitzungen abzuhalten, teils weil er auf Urlaub gehen wolle, teils weil Sir Arthur Nicolson auch abwesend und nach seiner Rückkehr zu beschäftigt sein würde, um Zeit für Botschafterversammlungen zu erübrigen.

Ich habe schließlich mit Sir Edward Grey vereinbart, und dieser Auffassung ist nachträglich auch Herr Cambon beigetreten, daß eine Verlautbarung erfolgen soll, die feststellt, daß wir nach Erledigung der uns gesetzten Aufgaben uns bis auf weiteres vertagt haben, um wieder zusammenzutreten, sobald die Notwendigkeit hierzu sich einstelle. Hierdurch ist der grundsätzliche Weiterbestand der Vereinigung als

Ausdruck des Zusammenwirkens der Mächte gesichert, ohne daß hinsichtlich des Wiederzusammentritts irgendeine Verbindlichkeit besteht.

Soeben geht mir vom Foreign Office ein Abdruck des jetzigen Wortlautes der Verfassung Albaniens zu, wie er nunmehr endgültig festgestellt ist. Ich beehre mich, ihn anliegend einzureichen.

Vertraulich

Anlage

#### Verfassung Albaniens

Albanien wird als unabhängiges, souveränes und nach dem Erstgeburtsrecht erbliches Fürstentum unter der Garantie der sechs Mächte konstituiert. Der Fürst wird von den Mächten bestimmt werden.

2. Jedes Suzeränitätsverhältnis zwischen der Türkei und Albanien ist ausgeschlossen.

3. Albanien ist neutral; seine Neutralität wird von den sechs Mächten garantiert.

4. Die Kontrolle der zivilen und finanziellen Verwaltung Albaniens wird einer internationalen Kommission anvertraut, die sich aus Delegierten der sechs Mächte und einem Delegierten Albaniens zusammensetzt.

5. Die Machtbefugnisse dieser Kommission dauern zehn Jahre und können im Bedürfnisfalle verlängert werden.

6. Diese Kommission soll beauftragt werden, einen detaillierten Organisationsplan für alle Zweige der Verwaltung Albaniens auszuarbeiten. Sie wird den Mächten innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten einen Bericht über das Ergebnis dieser Arbeiten sowie ihrer Beschlüsse betreffs der verwaltungs- und finanztechnischen Organisation des Landes vorlegen.

7. Der Fürst wird spätestens innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten ernannt werden. Bis zu

seiner Bestimmung und bis zur Bildung der endgültigen nationalen Regierung ist die Tätigkeit der bestehenden einheimischen Behörden ebenso wie die der Gendarmerie Gegenstand der Kontrolle der internationalen Kommission.

8. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird durch die internationale Organisation der Gendarmerie gesichert werden. Diese Organisation wird ausländischen Offizieren anvertraut werden, die die oberste und tatsächliche Kommandogewalt über die Gendarmerie innehaben werden.

9. Diese Offiziere werden dem schwedischen Heere entnommen.

10. Die Mission der ausländischen Instruktionsoffiziere berührt weder die Einheitlichkeit des Dienstes noch die Verwendung einheimischer Offiziere, Unteroffiziere und Gendarmen.

11. Die Bezüge dieser Offiziere können aus den Hilfsquellen des Landes mit der Garantie der Mächte sichergestellt werden.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 31. 7. 1913

Sir E. Grey hat mir soeben die Gründe mitgeteilt, auf denen er morgen und in den Sitzungen der nächsten Woche eine Einigung in der südalbanschen Grenz- und Inselfrage herbeizuführen gesonnen ist. Er beabsichtigt beide Fragen derartig miteinander zu verquicken, daß zunächst Koriza und Stylós bei Albanien bleiben und eine internationale Abordnung das dazwischen liegende Gebiet nach der nationalen Zugehörigkeit untersucht, daß dafür aber die Inseln außer Imbros und Tenedos, die der Türkei vorbehalten bleiben sollen, und Thasos und Samothrake, die zu den Fragen gehören, über die unter den Bal-

kanstaaten mit nachträglicher Zustimmung der Mächte eine Einigung herbeizuführen sei, an Griechenland fallen. Voraussetzung für die Zustimmung zu dieser Vereinbarung, welche die von Italien besetzten Inseln außer Betracht ließe, sei jedoch, daß letztere von Italien gleichzeitig mit der Abtretung von Koriza und Stylós an Albanien an die Türkei ohne Rücksicht auf etwa unerfüllte Bedingungen des Vertrages von Lausanne zurückerstattet würden. Er gab mir zu verstehen, daß England und Frankreich nur unter dieser Bedingung ihre Zustimmung zu der den Wünschen Italiens und Österreichs entsprechenden Abgrenzung Südalbanien erteilen würden. Italien habe so oft seinen Standpunkt in der Frage der von ihm besetzten Inseln gewechselt, daß es dadurch das Mißtrauen anderer Mächte erregt habe, die meinen, es werde überhaupt nicht mehr Inseln räumen.

Ich entgegnete, daß von unserm Standpunkt gegen diesen Plan kaum etwas einzuwenden sei. Wir wollten zwar den Standpunkt unseres Verbündeten insoweit unterstützen, als er Inseln, die er kraft besonderen Vertrags besetzt habe, nicht in den allgemeinen Handel mit einbeziehen wollte. Wir können uns ebensowenig dem italienischen Wunsch widersetzen, die betreffenden Inseln der Türkei zurückzuerstatten, und müßten uns an die wiederholte Versicherung der italienischen Regierung halten, daß sie nicht beabsichtige, die Inseln an sich zu reißen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 31. 7. 1913

Sir E. Grey beabsichtigt, nächste Woche noch Botschaftersitzungen abzuhalten, um die süd-albanische und die Inselfrage zu beendigen. Vor Schluß des Parlaments aber, also Anfang übernächster

Woche, will er eine Erklärung dahin abgeben, daß er nach Erledigung unseres Programms unsere Beratungen vertagt habe, um sie, falls nötig, im Spätherbst wieder aufzunehmen. Er selbst will dann London endgültig verlassen und erst nach Mitte Oktober zurückkehren.

Meine Frage, ob er beabsichtige, die endgültige Regelung der Balkanfrage durch die hiesigen Botschafter vornehmen zu lassen, verneinte er mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, diesen Fragen durch direkten Meinungsaustrausch zwischen den Mächten zu erledigen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 31. 7. 1913

**W**ie ich soeben erfahre, hat Marquis Imperiali, den Sir E. Grey nach mir empfing, um ihm eine entsprechende Mitteilung zu machen, in großer Erregung erklärt, für Italien sei der Gedanke unannehmbar, Inseln zu räumen, ehe nicht die Türkei ihre im Frieden von Lausanne eingegangenen Verpflichtungen erfüllt und Cyrenaica geräumt habe. Sir E. Grey hat hierauf erwidert, dies könne sich sehr in die Länge ziehen wie die meisten türkischen Vertragsverpflichtungen; es sei nicht angängig, darauf zu warten. Unter diesen Umständen, und da mein italienischer Kollege erst Anweisungen aus Rom erhalten muß, wird es nicht möglich sein, schon morgen diese Frage zu erörtern. Es besteht jedoch die Gefahr, daß durch diese neue Schwierigkeit das ganze Ergebnis unserer Beratungen in Frage gestellt wird. Sollten wir bis zum Schluß der Beratungen, also bis spätestens Mitte August, nicht die Grenzfrage geregelt haben, so dürfte auch das Statut, die Gendarmerie und alles übrige gefährdet sein. Man ist, wie Graf Mensdorff

mir sagt, in Wien entschlossen, darauf zu drängen, daß unter allen Umständen die Abgrenzung erledigt werde. Letzteres ist aber wiederum ohne Regelung der Inselfrage nicht möglich.

Es würde sich vielleicht empfehlen, um ein Scheitern unserer Beratungen zu verhindern, in Rom darauf hinzuwirken, den Sir E. Greyschen Vorschlag unter der Bedingung anzunehmen, daß die von Italien besetzten Inseln in den allgemeinen Handel mit eingezogen würden. Gegen Räumung Adrianopels könnten der Türkei die italienischen Inseln zugesprochen werden mit der Maßgabe, daß sie verpflichtet sei, gleichzeitig dem Lausannevertrag gemäß sich aus Afrika zurückzuziehen.

Ich werde versuchen, in diesem Sinne mit Sir E. Grey und Marquis Imperiali zu sprechen, um zu verhindern, daß alles bisher Vereinbarte ins Wanken gerät, und daß das hier und in Paris gegen die italienischen Absichten bestehende Mißtrauen sich noch weiter verschärft.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 1. 8. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung wurde zunächst mit Rücksicht auf die Weigerung Schwedens, die albanische Gendarmerie zu stellen, beschlossen, sich an nachstehende Staaten in angegebener Reihenfolge zu wenden: 1. Holland, 2. Dänemark, 3. Schweiz.

Hierauf wurde auf Anregung des Grafen Mensdorff bezüglich der Montenegro zu gewährenden Vorteile der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Graf Mensdorff sagt, seine Regierung wünsche zu wissen, wo das Abkommen über die Montenegro zu gewährende finanzielle Hilfe zwischen den Mächten und der montenegrinischen Regierung besprochen

werden solle. Nach der Ansicht Graf Benckendorffs könnten die Vertreter der Mächte in Cetinje mit diesen Verhandlungen beauftragt werden. Die Versammlung erhebt gegen dieses Verfahren keinen Einspruch."

Ich bemerkte, daß unserer Ansicht nach auch diese finanzielle Frage vor die Pariser Kommission gehört, die sich allerdings vorläufig vertagt habe, daß aber, da das Wiener und römische Kabinett über obigen Modus einig seien, ich demselben nicht widersprechen wolle.

Hierauf erklärte Sir E. Grey, daß er nur noch nächste Woche Sitzungen abhalten könne und am 12. oder 13. im Parlament vor Schluß desselben eine Erklärung abgeben müsse über unsere bisherige Tätigkeit. Er hoffe aber, daß das Entgegenkommen der Regierungen es uns ermöglichen würde, die südliche albanische Grenzfrage und die Inselfrage bis dahin zu erledigen. Der Minister entwickelte hierauf die weiter unten angeführten Gesichtspunkte als Grundlage einer Verständigung. Er hob hervor, daß von Anfang an die Meinung bestanden habe, Griechenland solle alle Inseln erhalten, falls es auf Stylós und Koriza verzichten müsse.

Die Weigerung Italiens, die besetzten Inseln bedingungslos herzugeben, erschwere eine Verständigung. Marquis Imperiali erklärte hierauf, daß Italien die Inseln nicht behalten wolle, sondern nach Erfüllung der Bedingungen des Friedens von Lausanne sie an die Türkei zurückgeben werde.

Gleich zu Anfang der Sitzung hatte ich als persönliche Ansicht angeregt, einen Ausweg dadurch zu finden, daß die italienischen Inseln zusammen mit gewissen anderen der Türkei zu gewährenden Vorteilen dazu benutzt werden sollten, um die Türken

zur Räumung Adrianopels zu veranlassen, und mit der Gesamtheit aller anderen schließlich zu regelnden Fragen der Entscheidung der Mächte vorbehalten bleiben sollten. Gleichzeitig sei die Türkei aufzufordern, den Vereinbarungen des Vertrags von Lausanne gerecht zu werden. Diese Anregung fand keinen Widerspruch, obwohl Herr Cambon und Graf Benckendorff hervorhoben, daß ihre Regierungen in den Anschluß von Koriza an Albanien nur dann einwilligen wollten, wenn alle Inseln außer Imbros, Tenedos und Thasos an Griechenland kämen. Sir E. Grey hat meiner Anregung, wie im nachstehenden Text ersichtlich, Rechnung getragen.

„Sir Edward Grey drückt die Meinung aus, daß eine Einigung über die folgenden Punkte zustandekommen könnte:

1. Eine internationale Kommission führt die Festsetzung der südlichen und südöstlichen Grenze Albanien aus, mit Anweisung, Koriza, Stylós und die Insel Sasseno Albanien zu lassen.

2. Neutralisierung des Kanals von Korfu.

3. Griechenland bleibt unter gewissen Neutralitätsbedingungen im Besitz der von einer griechischen Bevölkerungsmehrheit bewohnten und von hellenischen Streitkräften besetzten Inseln, mit Ausnahme von Tenedos, Imbros und Thasos.

4. Italien erklärt, daß, sobald gemäß Artikel 2 des Vertrages von Lausanne die ottomanischen Truppen und die ottomanische Artillerie die Cyrenaica verlassen haben, es die von ihm besetzten Inseln räumen und sie der Türkei zurückgeben wird.

5. Bei der endgültigen Regelung entscheiden die Mächte über das Schicksal dieser Inseln.

Fürst Lichnowsky regt als persönliche Meinung an, die Frage der der Türkei zurückzugebenden Inseln

von der Erlangung gewisser Zugeständnisse, wie zum Beispiel der Räumung von Adrianopel, abhängig zu machen. Sir Edward Grey erkennt an, daß eine den oben angeführten fünf Punkten gemäße Regelung die früher von einigen Regierungen ausgedrückten Ansichten modifizieren würde, doch habe er die Hoffnung, vor der Vertagung der Versammlung am Ende der nächsten Woche zu einer Einigung zu gelangen. Er meint, daß gewisse Änderungen in der Lage und besonders die Besetzung Adrianopels durch die Türken es rechtfertigten, daß die Mächte sich ihre Entscheidungen betreffs des zukünftigen Schicksals der von Italien besetzten Inseln nach ihrer Rückgabe an die Türkei vorbehalten."

Marquis Imperiali behielt sich vor, die Zustimmung seiner Regierung einzuholen, doch schien er persönlich mit der vorgeschlagenen Vereinbarung einverstanden zu sein.

Nächste Sitzung Dienstag.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 5. 8. 1913

Über die heutige Sitzung wurde nachstehender Bericht verfaßt:

„Sir Edward Grey fragt die Botschafter, ob sie Antwort von ihren Regierungen betreffs der fünf Punkte erhalten haben, die er in der letzten Sitzung formuliert hatte.

Der französische Botschafter antwortet, seine Regierung sei bereit, ihre Zustimmung zu einer südlichen Abgrenzung Albaniens zu geben, die am Kap Stylós anfinde und bei Koriza endige, unter der Bedingung, daß alle Inseln im Ägäischen Meer mit Ausnahme von Imbros und Tenedos, aber mit Einschluß

der gegenwärtig von Italien besetzten, diese letzteren nach ihrer Räumung, Griechenland zugeteilt würden.

Der italienische Botschafter bemerkt, dieser Standpunkt sei nicht im Einklang mit den Ansichten seiner Regierung. Er beschränke sich auf die folgende Erklärung, die weder eine Verpflichtung betreffs der etwaigen Überlassung der von Italien besetzten Inseln an Griechenland noch die Anerkennung eines Zusammenhanges zwischen der Frage der Inseln und der der Abgrenzung Albaniens herstelle:

„Die Regierung Seiner Majestät hält dafür, daß die Frage der Inseln des Dodekanes, die ihre Entstehung dem italienisch-türkischen Kriege verdankt, juristisch durch die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne geregelt ist. Unter diesen Umständen erklärt die italienische Regierung von neuem, daß sie diese Inseln der Türkei zurückgeben wird, sobald die ottomanische Regierung ihrerseits vollständig die Verpflichtungen erfüllt hat, die ihr nach Artikel 2 des Vertrages von Lausanne zufallen. Es ist unnötig, zu sagen, daß, sobald die Rückgabe der Inseln an die Türkei bewirkt ist, die italienische Regierung mit den anderen Großmächten an den einmütigen Entschlüssen teilnehmen wird, die etwa betreffs des endgültigen Schicksals dieser Inseln im Zusammenhang mit der allgemeinen Regelung aller schwebenden Fragen unter Berücksichtigung des allgemeinen Interesses Europas an der Unversehrtheit und Sicherheit der asiatischen Türkei besprochen und gefaßt werden.“

Der österreichisch-ungarische und der deutsche Botschafter unterstützen die Erklärung des italienischen Botschafters.

Der russische Botschafter sagt, seine Regierung sei bereit, sich den fünf Punkten anzuschließen, wenn alle Mächte ihnen ihre Zustimmung geben, jedoch

unter dem Vorbehalt einer Bemerkung betreffs der Insel Sasseno, die Griechenland gehöre und deren Angliederung an Albanien eine Entschädigungsforderung von seiten Griechenlands hervorrufen könnte.

Marquis Imperiali bemerkt, daß die Rechte Griechenlands auf die Insel Sasseno strittig seien, daß diese Insel als ein Teil der Bai von Valona betrachtet werden und infolgedessen das Schicksal dieser Bai teilen müsse. Graf Mensdorff und Fürst Lichnowsky unterstützten die Bemerkung des Marquis Imperiali betreffs Sasseno.

Fürst Lichnowsky hat Anweisung, das Verbleiben der kleinen Insel Kastellorizo, die zwischen Rhodos und dem Kap Chelidonia an der Südküste Kleinasiens liegt, unter ottomanischer Herrschaft zu fordern.

(Mein italienischer Kollege hatte mich gebeten, den Antrag zu stellen.)

Der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter unterstützen diesen Vorschlag, gegen den die Versammlung angesichts der geringen Wichtigkeit und der Küstennähe des Inselchens, keinen Einwand erheben zu müssen glaubt.

Der deutsche Botschafter sagt, seine Regierung schließe sich den fünf Punkten an.

Der österreichisch-ungarische Botschafter sagt, seine Regierung sei bereit, sich ebenfalls anzuschließen, jedoch unter folgenden Vorbehalten:

1. Das Wiener Kabinett wünscht eine genaue Definition der Linie zwischen Stylós und Koriza.

2. Betreffs der Kutzowalachen fordert es die Einschaltung einer Bestimmung in die zu fassende Entschliebung, die Rumänien die Möglichkeit zu-

erkennt, die Rechte und Interessen der Kutzowalachen im Epirus wahrzunehmen.

3. Das Wiener Kabinett hält außerdem die Festsetzung folgender Punkte für unerlässlich:

1) genaues Datum des Beginns und der Beendigung der Arbeiten der Abgrenzungskommission,

2) für die Ausführung dieser Arbeiten soll die Kommission die abzugrenzenden Gebiete in Sektionen teilen,

3) die Abgrenzung ist nach ethnographischen und geographischen Gesichtspunkten vorzunehmen,

4) es wäre wünschenswert, daß die Versammlung sich einigte, Griechenland aufzufordern, sofort die Albanien zugewiesenen Gebiete und die anderen Gegenden je nach Maßgabe ihrer Zuteilung an Albanien durch die Abgrenzungskommission zu räumen.

Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky unterstützen diese Vorschläge.

Zum 1. Absatz der österreichisch-ungarischen Vorschläge bemerkt Sir Edward Grey, daß es der Kommission zustehe, die Grenze zwischen Stylós und Koriza festzulegen, und daß es sehr schwierig sei, über eine detailliertere und genauere Festlegung zu einer Einigung zu gelangen, da der Versammlung die nötigen Unterlagen nicht zur Verfügung stünden.

Der französische, der russische und der deutsche Botschafter teilen diese Meinung, der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter behalten sich vor, sie ihren Regierungen zu unterbreiten.

Zum 2. Absatz

bemerkt Sir Edward Grey, da Rumänien und Griechenland Verbündete seien, komme es ihnen zu, sich über die Garantien zu verständigen, die den Kutzowalachen in den Griechenland angegliederten

Gebieten zu gewähren seien, ohne daß die Mächte die Initiative ergreifen müßten.

Der französische, der russische und der deutsche Botschafter glauben, daß diese Meinung von ihren Regierungen geteilt werde. Der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter behalten sich vor, sie ihren Regierungen zu unterbreiten.

Zum 3. Absatz:

1) die Versammlung ist sich einig über die Nützlichkeit der Festsetzung von genauen Daten für den Beginn und den Schluß der Abgrenzungsarbeiten; sie schlägt den 1. September und den 30. November vor,

2) die Versammlung erhebt keinen Einwand gegen die Teilung der abzugrenzenden Gebiete in Sektionen,

3) sie ist derselben Meinung,

4) Sir Edward Grey, der französische und der russische Botschafter sind der Meinung, daß nach Beendigung der Abgrenzung Griechenland die Räumung der Albanien einverleibten Gebiete nicht länger aufschieben dürfe.

Sir Edward Grey meint, falls die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung diese Formulierung annehmen, könnte man gemeinsam Griechenland einschärfen, sich jeder Einschüchterung der Bevölkerung der von ihm besetzten Gebiete zu enthalten.

Der österreichisch-ungarische, der italienische und der deutsche Botschafter behalten sich vor, ihre Regierungen von den zu Absatz 3 der österreichischen Vorschläge angeregten Abänderungen in Kenntnis zu setzen."

Graf Mensdorff hatte ein umfangreiches Schriftstück mitgebracht, das die österreichischen Wünsche noch viel eingehender darlegte und namentlich hinsichtlich der Grenze noch weitere Bedingungen stellte,

auf Wunsch Sir Edwards jedoch, welcher darauf hinwies, daß es ihm nur mit Mühe gelungen war, Herrn Cambon davon abzuhalten, auch seinerseits mit Bedingungen hervorzutreten und ihn dazu zu bestimmen, alles Nähere der Kommission zu überlassen, begnügte sich mein österreichischer Kollege mit der auszugsweisen Wiedergabe seiner Weisungen, deren geographische Einzelheiten zum Teil wohl auf die Ratschläge seiner hiesigen Fachleute zurückzuführen sind. Falls man sich in Wien nicht entschließt, den heutigen Vorschlägen zuzustimmen, so dürfte Sir Edward nächsten Dienstag kaum in der Lage sein, befriedigende Eröffnungen über den Abschluß unserer Verhandlungen dem Parlamente zuteil werden zu lassen. Es würde sich vielleicht empfehlen, in Wien in diesem Sinne zu wirken, auch hoffe ich, daß es dem Einfluß Sir Edward Greys gelingen wird, zwischen Paris und Rom in der Inselfrage eine Einigung herbeizuführen.

Die Haltung des Herrn Cambon in der heutigen Sitzung hat jedenfalls von neuem gezeigt, welchen Wert man in Frankreich auf die Erstarkung Griechenlands legt, das man als mittelländische Seemacht nach Möglichkeit entwickeln möchte. Die Sprache der französischen Blätter, namentlich aber des „Temps“, geben einen weiteren wertvollen Hinweis in dieser Richtung. Die französischen Politiker können mit Sicherheit darauf rechnen, daß der immer stärker hervortretende Gegensatz Griechenlands zu Italien und Österreich-Ungarn ersteres mit Naturnotwendigkeit in die Arme Frankreichs treiben wird, und daß daher Frankreich im Falle eines Krieges an der griechischen Flotte und den griechischen Häfen eine wertvolle Stütze gegen Italien und Österreich-Ungarn finden muß. Schon dieser Umstand dürfte, abgesehen von der Rücksichtnahme auf unsere Verbündeten, ge-

nügen, um uns trotz aller griechischen Freundschaftsbezeugungen, die der Macht der Tatsachen gegenüber sich eintretendenfalls als wertlos erweisen werden, zu veranlassen, uns Ansprüchen gegenüber ablehnend zu verhalten, die auf eine allzu große Schwächung Bulgariens hinzielen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 8. 8. 1913

Bei der heutigen Sitzung erregten die letzten österreichischen Vorschläge über die südalbanische Frage nur hinsichtlich der die Kutzowalachen betreffenden Bestimmungen Bedenken. Es wurde hierüber ein neuer Vorschlag vereinbart, der die Feststellung der Grenze selbst den Mächten überläßt auf Grund der von der Kommission gepflogenen Erhebungen, und wonach nur die den Kutzowalachen zu gewährenden Vorrechte einer Vereinbarung zwischen Rumänien und Griechenland anheimfallen.

In der Inselfrage konnte kein Beschluß gefaßt werden, da Marquis Imperiali ohne Weisungen war. Herr Cambon teilte mit, daß zwischen Herrn Pichon und Herrn Tittoni eine Vereinbarung stattgefunden habe.

Nächste und letzte Sitzung Montag.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 8. 8. 1913

Über die heutige Sitzung wurde der nachstehende Bericht aufgesetzt:

„Der französische Botschafter berichtet der Versammlung von einer Unterredung zwischen Herrn

Pichon und dem italienischen Botschafter in Paris vom 6. ds., aus der hervorgeht, daß der französische Minister des Auswärtigen bereit ist, seine Zustimmung zu Artikel 5 der von Sir Edward Grey am 1. August vorgeschlagenen Formel zu geben, wenn bei der endgültigen Regelung die Mächte über das Schicksal der von Italien besetzten Inseln entscheiden. Diese Zustimmung würde unter der Voraussetzung erteilt, daß Italien den Mächten die Aufgabe überließe, über die Zuerteilung des Dodekanes zu beschließen, ohne gegen die einmütig von den sechs Mächten getroffene Entscheidung Einspruch zu erheben. Der italienische Botschafter sagt, er sei ohne Weisungen und könne sich zu dem Gegenstand nicht äußern.

Graf Mensdorff macht folgende Mitteilung: Die Kaiserliche und Königliche Regierung macht ihre Zustimmung zu der Ernennung einer internationalen Kommission, der die Bestimmung der Südgrenze Albaniens anvertraut werden soll, von folgenden Punkten abhängig:

1. Die Gebiete, auf die sich die Arbeiten der Kommission erstrecken, dürfen nicht unbestimmt bleiben. Ihre Grenzen sind im Westen die Bergzüge, die den Albanien zugeteilten Küstenstrich bis Phtelia von dem Tal von Argyrokastron trennen; im Nordosten die Grenzlinie der ehemaligen ottomanischen Kasa Koriza. Dazwischen bildet die in der von Herrn Veniselos überreichten Denkschrift angegebene Linie die nördliche Grenze der Arbeiten der Kommission, während sie sich nach Süden und Südosten bis zu der von Österreich-Ungarn vorgeschlagenen Linie ausdehne.

2. Es wird schon jetzt festgesetzt, daß der Küstenstrich bis Phtelia einschließlich der Insel Sasseno, die Gegenden nördlich der griechischen Linie und die ehemalige ottomanische Kasa Koriza mit dem West- und

Südufer des Ochrida-Sees von dem Dorf Lin bis zu dem Kloster Swet Naum ganz zu Albanien gehören.

3. Die Kommission beginnt ihre Arbeiten am 1. September und beendet sie am 30. November lfd. Jahres.

4. Die Kommission erledigt ihre Arbeiten nach Sektionen, wobei sie der natürlichen Gestaltung der Täler Rechnung trägt.

5. Die Abgrenzung geschieht nach ethnographischen und geographischen Grundlagen; für die ethnographischen Erhebungen gilt die Muttersprache der Bevölkerung, das heißt die in den Familien gesprochene Sprache, als Richtschnur; die Kommission schenkt den Versuchen einer Volksabstimmung oder anderen politischen Kundgebungen keinerlei Beachtung.

6. Was den von Walachen bewohnten Bezirk betrifft, so hat die Kommission ihre Nationalität festzustellen. Die Frage seiner Zuteilung an Albanien oder Griechenland bildet den Gegenstand einer unmittelbaren Verständigung zwischen Griechenland und Rumänien.

7. Spätestens einen Monat nach Beendigung der Arbeiten der Kommission findet die Räumung der Albanien zugewiesenen Gebiete durch die griechischen Truppen statt.

Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky stimmen dieser Mitteilung bei. Der französische und der russische Botschafter behalten sich vor, ihre Regierungen betreffs dieser Mitteilung zu befragen.

Zu Artikel 6 bemerkt Sir Edward Grey, er entziehe den Mächten die Abgrenzung der von den Kutzowalachen bewohnten Gegenden und teile sie Griechenland und Rumänien zu.

Wenn man, wie es schon vorgeschlagen wurde, diesen beiden Mächten überlassen könnte, sich un-

mittelbar über die der Bevölkerung dieser Gegend zu gewährenden Garantien zu verständigen, so wäre es gut, die Frage der territorialen Abgrenzung in den Händen der Mächte zu lassen. Er schlägt infolgedessen für Artikel 6 folgende Abfassung vor:

Was den von Walachen bewohnten Bezirk betrifft, so hat die Kommission ihre Nationalität festzustellen. Seine Zuteilung an Albanien oder Griechenland fällt unter die Entscheidung der Mächte nach Prüfung des Berichtes der internationalen Kommission. Was die der kutzowalachischen Bevölkerung zu gewährenden Garantien betrifft, so bilden sie den Gegenstand einer unmittelbaren Verständigung zwischen Griechenland und Rumänien.

Graf Benckendorff und Graf Mensdorff bemerkten, daß die Auslassung von Thasos in dem in der letzten Versammlung ausgegebenen Bericht nicht bedeute, daß diese Insel ipso facto Griechenland überlassen werde.

Sir Edward Grey erinnert daran, daß im Dezember Thasos Bulgarien zugeteilt wurde, doch bemerkte er, für den Fall, daß die Mächte sich mit dem Schicksal Kawalas zu beschäftigen hätte, wäre es angebracht, die Lage dieser Insel von neuem in Erwägung zu ziehen.

Der französische Botschafter sagt, seine Regierung sei der Meinung, daß der Besitz von Thasos von demjenigen Kawalas abhängt."

Hiernach hat anscheinend zwischen Italien und Frankreich eine Einigung über die Frage der italienischen Inseln dahin stattgefunden, daß die Regelung der Zukunft derselben den Mächten vorbehalten bleibt, und ohne daß hinsichtlich deren Überlassung an Griechenland eine Zusage zu erfolgen braucht.

Ich hatte es mir stets angelegen sein lassen, den Standpunkt meines italienischen Kollegen zu vertreten,

und war sogar soweit gegangen, die Überlassung der italienischen Inseln an die Türkei mit der Adrianopeler Frage zu verbinden. Die Aufforderung des Marquis di San Giuliano, ihn energisch zu unterstützen, beruht, wie mir Marquis Imperiali sagte, auf einem Mißverständnis und einer irrigen Auslegung des letzten Sitzungsberichts.

Was die südalanische Grenzfrage betrifft, so versuchte ich unter Hinweis auf die früher den Rumänen gegebenen Zusicherungen den österreichischen Vorschlag zu unterstützen; die Bedenken aber gegen eine so weittragende Einmischung Rumäniens erweckten den Widerspruch der Mehrheit der Anwesenden, und es wurde als Mittelweg der Vorschlag Sir Edward Greys angenommen, wonach Griechenland und Rumänien sich nur über die den Kutzowalachen zu gebenden Vorrechte einigen sollen, die Entscheidung über die Grenze selbst aber auf Grund der Erhebungen der Kommission den Mächten anheimfallen solle. Würde dieser Vorschlag in Wien angenommen, so ist Aussicht vorhanden, daß auch die übrigen Punkte den österreichischen Wünschen gemäß erledigt werden, wodurch wir in der Lage wären, nächsten Montag die albanische Frage endgültig zu beschließen.

Über die Insel Thasos herrschte im allgemeinen die Auffassung, daß sie mit der Kawalafrage eng zusammenhänge, doch wurde vermieden, diesem Gedanken in bindender Form Ausdruck zu geben.

Nächste und letzte Sitzung Montag.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 11. 8. 1913

Bei der heutigen Sitzung gelangte zunächst die von Sir E. Grey in der letzten Sitzung vorgeschlagene Fassung für Artikel 6 betreffend Kutzowalachen der

österreichischen Bedingungen für die Beteiligung an der internationalen Kommission zur Abgrenzung Süd-albaniens zur Annahme. Damit ist die albanische Frage erledigt, soweit die Mitwirkung der Botschafterversammlung in Betracht kommt.

In der Inselfrage ist zwar keine völlige Einigung zwischen dem französischen und italienischen Standpunkt erzielt worden, da die von Cambon in letzter Sitzung befürwortete Fassung nicht den Beifall der italienischen Regierung gefunden hat. Marquis Imperiali schlug den nachstehenden Wortlaut vor:

„Wenn gemäß dem ersten Teil der italienischen Erklärung vom 5. August der Artikel 2 des Vertrages von Lausanne gleicherweise von beiden vertragsschließenden Teilen ausgeführt ist, werden die sechs Großmächte einmütig über das künftige Schicksal der Inseln des Dodekanes entscheiden unter Berücksichtigung des Interesses Europas an der Unversehrtheit und Sicherheit der asiatischen Türkei.“

Mein italienischer Kollege erklärte sich aber bereit, den letzten Teil von „en tenant compte“ ab fallen zu lassen, wozu er anscheinend ermächtigt worden war. Cambon hofft, bis morgen mittag eine Antwort aus Paris zu erhalten, außerdem hat Sir E. Grey nachstehend einen Vermittlungsvorschlag in Anregung gebracht:

„Wenn . . ., werden sich die sechs Großmächte über die Zuteilung des Dodekanes aussprechen und nach gemeinsamer Übereinkunft die Entscheidung in dieser Hinsicht fällen.“

Beide Botschafter hoffen auch noch vor der morgen nachmittag zu erfolgenden Erklärung Sir E. Greys im Parlament die Antwort ihrer Regierung zu besitzen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so wird Sir E. Grey trotzdem seine Erklärung abgeben mit dem

Hinzufügen, daß es sich nurmehr um kleine, mehr formelle Unterschiede handele in einer einzigen noch ausstehenden Frage.

Beide Kollegen rechnen mit Bestimmtheit auf eine Einigung.

Weitere Sitzungen finden vorläufig nicht statt.

Ausführlicher Bericht folgt.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 11. 8. 1913

Bei der heutigen Sitzung wurde zunächst die süd-albanische Grenzfrage erledigt. Nachstehend der hierüber aufgenommene Sitzungsbericht:

„Graf Mensdorff gibt der Versammlung zur Kenntnis, daß die von Sir Edward Grey vorgeschlagene Abänderung des Artikels 6 der österreichisch-ungarischen Vorschläge betreffs der internationalen Kommission für die Abgrenzung Südalbanians von seiner Regierung angenommen worden sei unter der Bedingung, daß der Rest des Vorschlages angenommen werde. Da alle Botschafter von ihren Regierungen ermächtigt sind, den österreichisch-ungarischen Vorschlag mit der von Sir Edward Grey in der Sitzung vom 8. August vorgeschlagenen Abänderung des Artikel 6 anzunehmen, hält es die Versammlung einstimmig für angebracht, sich diesem Vorschlag anzuschließen.“

Sodann kam Graf Mensdorff auf eine Anregung zurück über die Marktverhältnisse in Diakowa, die er in voriger Sitzung gemacht hatte. Nachstehend der Bericht:

„Graf Mensdorff hatte im Verlauf der letzten Sitzung folgenden Entwurf einer Erklärung mitgeteilt:

Freier Zugang zu den Märkten von Diakowa und

Dibra wird den Bewohnern der angrenzenden Bezirke Albaniens zugesichert, da diese beiden Städte zu allen Zeiten besagten Bewohnern als für ihre wirtschaftliche Existenz unentbehrliche Märkte gedient haben. Sie müssen daher nach diesen Städten kommen, ihre Erzeugnisse zum Verkauf dorthin schaffen und dort auch die von ihnen benötigten Waren kaufen können, ohne daß ihnen irgendwelche Einschränkungen auferlegt werden oder dieser freie Zugang von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht wird. Es herrscht jedoch Einverständnis darüber, daß sie sich den gültigen Gesetzen sowie Zoll- und Polizeiverordnungen zu unterwerfen haben.

Die Versammlung hält es für wünschenswert, diesen Entwurf anzunehmen und ist der Meinung, er solle der serbischen Regierung durch die Vertreter der Mächte mitgeteilt werden."

Sodann gelangte die Inselfrage zur Besprechung, bei welcher es sich eigentlich mehr um formale Unterschiede zwischen den französischen und italienischen Texten handelt. Herr Cambon erklärte, daß seine Fassung auf Zusagen beruhe, die Herr Tittoni Herr Pichon mündlich erteilt habe, und die die Verpflichtung enthielten, für den Fall des französischen Einverständnisses mit der Abtretung Korizas an Albanien gegen die Überlassung der italienischen Inseln an Griechenland keinen Widerspruch zu erheben. Aus dieser Abmachung sei unter Weglassung der Bezugnahme auf Griechenland seine in der letzten Sitzung angeregte Formel entstanden. Von derselben könne er ohne Zustimmung seiner Regierung nicht abgehen.

Sir Edward Grey benutzte den Anlaß, um mit Nachdruck zu betonen, daß die englische öffentliche Meinung sich viel mehr für die Inseln interessiere als für Albanien und es nicht dulden könne, daß sich eine

der Mächte endgültig dort festsetze. Es wurde der nachstehende Bericht aufgesetzt:

„Sir Edward Grey fragt den italienischen Botschafter, ob er eine Antwort seiner Regierung betreffs der in der letzten Sitzung von dem französischen Botschafter bezüglich der gegenwärtig von Italien besetzten Inseln vorgeschlagenen Formel erhalten hat. Marquis Imperiali antwortet, diese Formel schein seiner Regierung einige Widersprüche zu enthalten, und anschließend an den ersten Teil seiner Erklärung vom 5. August schlägt er folgenden Wortlaut vor, der nach Ansicht der italienischen Regierung den von der französischen Regierung geäußerten Ansichten entspricht:

Wenn gemäß dem ersten Teil der italienischen Erklärung vom 5. August der Artikel 2 des Vertrages von Lausanne gleicherweise von beiden vertragsschließenden Teilen ausgeführt ist, werden die sechs Großmächte einmütig über das endgültige Schicksal der Inseln des Dodekanes entscheiden unter Berücksichtigung des Interesses Europas an der Unversehrtheit und Sicherheit der asiatischen Türkei.

Sir Edward Grey bemerkt, wenn man die Türkei erwähne, müsse man auch Griechenland erwähnen. Er ist der Meinung, den letzten Teil von „unter Berücksichtigung . . .“ ab zu streichen.

Ohne ermächtigt zu sein, dieser Streichung zuzustimmen, erklärt der italienische Botschafter, um die Einigung zu erleichtern, von sich aus zuzustimmen, und wird sie seiner Regierung vorschlagen.

Der französische Botschafter ist nicht ermächtigt, eine andere Formel als die, die er der Versammlung in der letzten Sitzung mitgeteilt hat, anzunehmen. Er wird seiner Regierung die von der italienischen Regierung vorgeschlagene Fassung mit der Streichung,

der Marquis Imperiali unter Vorbehalt der Befragung seiner Regierung zustimmt, zur Kenntnis bringen.

Sir Edward Grey schlägt folgende Fassung vor, die ihm den Ansichten beider Regierungen zu entsprechen scheint:

Wenn . . ., werden sich die sechs Großmächte über die Zuteilung des Dodekanes aussprechen und nach gemeinsamer Übereinkunft die Entscheidung in dieser Hinsicht fällen.

Der französische und der italienische Botschafter werden ihren Regierungen diese Anregung übermitteln."

Sodann wurde die Frage des Dienst Einkommens der Mitglieder der Commission de contrôle in Albanien besprochen. Man einigte sich dahin, daß ein Einkommen von etwa 1200 bis 1500 Pfund angemessen erscheine. Sir Edward Grey teilte mit, daß der derzeitige englische Generalkonsul in Saloniki, Lamb, für diese Stelle in Aussicht genommen sei.

Ferner wurde erwähnt, daß Herr Misu, der rumänische Gesandte, im Auftrage seiner Regierung den Wunsch ausgesprochen habe, daß Rumänien bei der süd-albanischen Grenzkommission mit vertreten sei, daß diesem Ansinnen aber mit Rücksicht auf Griechenland nicht könne entsprochen werden.

Schließlich gelangte ein Antrag des hiesigen montenegrinischen Vertreters, Conte Voinowitsch, zur Besprechung über Berücksichtigung montenegrinischer Wünsche bei der Feststellung der montenegrinisch-albanischen Grenze; nachstehend der betreffende Bericht:

„Der montenegrinische Vertreter hat den französischen, russischen, italienischen und deutschen Botschafter gebeten, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Zweckmäßigkeit, bei der Bestimmung der

albanisch-montenegrinischen Grenze den Notwendigkeiten der Be- und Entwässerung Rechnung zu tragen, für die der montenegrinischen Regierung Mithilfe versprochen war, zu lenken. Der französische und der russische Botschafter schlagen vor, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf diese Bitte zu lenken. Die anderen Botschafter sagen, sie werden sie ihren Regierungen unterbreiten.“

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 8. 8. 1913

Sir Edward Grey ist ebenfalls der Ansicht, daß es sich empfehlen wird, von Regierung zu Regierung in einen Meinungs austausch einzutreten über die in Bukarest zwischen den Kriegführenden getroffenen Vereinbarungen und hat den Gedanken, die Angelegenheit den Vertretern der Mächte in Bukarest zu überlassen, wiederum aufzugeben. Den schwierigsten Punkt werde wohl die Frage von Kawala bilden, in der er nach Befragung des hiesigen Kabinetts beschlossen habe, neutral zu bleiben und sich der Mehrheit anzuschließen. Er neige aber der Auffassung zu, daß es schwer sein würde, die Griechen aus Kawala zu vertreiben. Besondere Freude schien ihm die Tatsache zu bereiten, daß über diese Frage eine neue Gruppierung entstanden sei, und er deutet diesen Umstand als einen Beweis der zwischen den Mächten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen sowie dafür, daß die Überzeugung bestehe, die Lösung der orientalischen Frage werde zu keiner Verschärfung der internationalen Lage führen. Jedes Symptom einer Abspannung zwischen den Gegensätzen der Gruppen erweckt bei ihm stets Befriedigung und heitere Stimmung.

Die Türken hat der Minister wissen lassen, daß, falls sie sich in Adrianopel ruhig verhielten und keinen weiteren Vorstoß nach dem bulgarischen Gebiet machten, die Frage der ihnen zu gewährenden Zugeständnisse für die Räumung der Stadt in einem für sie möglichst günstigen Sinne gelöst werden würde. Sollten sie jedoch weiter vordringen, so würden sie aller Vorteile verlustig gehen, die sonst für sie in Aussicht kämen. Wie freilich sich der Minister die gewaltsame Verdrängung der Türken aus Adrianopel denkt, darüber hat er nichts verlauten lassen. Er will die Sache jedenfalls vorläufig abwartend behandeln und hofft, daß nach Erledigung aller übrigen Fragen es leichter sein wird, mit der Türkei zu einer Verständigung zu gelangen.

Lichnowsky.

## Siebenter Abschnitt

### UM DEN ALBANISCHEN KÖNIGSTHRON

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 14. 2. 1914

**E**s würde mir sehr wünschenswert erscheinen, wenn Prinz Wilhelm Wied sich auch hier vorstellen würde, ehe er die Regierung antritt. Ein kurzer Besuch hier würde sicherlich einen guten Eindruck machen und es würde der Anschein vermieden werden, als ob er sich lediglich als Schützling des Dreibundes betrachte. Schon mit Rücksicht auf die unparteiische und vermittelnde Haltung, die Sir E. Grey bei der Schaffung des albanischen Staates an den Tag gelegt hat, dürfte ein solcher Besuch sich empfehlen. Auch glaube ich, daß er persönlich gefallen würde. Vielleicht könnte er die Rückreise über Paris antreten.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 19. 2. 1914

**P**rinz Wilhelm Wied hat hier bei allen maßgebenden Persönlichkeiten, mit denen er während seines kurzen Aufenthaltes in Berührung gekommen ist, einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Sir E. Grey hat mir dies soeben bestätigt, und ich höre aus guter Quelle, daß auch Seine Majestät der König Georg sich über-

aus wohlwollend über den Prinzen ausgesprochen hat. Sir E. Grey hat ihm eröffnet, daß er der Sympathien der britischen Regierung sich vergewissert halten könne, falls namentlich alles vermieden würde, was den Anschein erwecken könne, als ob Österreich-Ungarn und Italien den anderen Mächten gegenüber eine ausgesprochene Vorzugsstellung in Albanien eingeräumt werde. Mir gegenüber betonte der Minister ferner, daß er gern bereit sei, im Parlament dafür einzutreten, daß die britische Regierung ein Sechstel der Garantie für die albanische Anleihe übernehme. Es würde ihm aber schwer sein, dem Einwurf zu begegnen, daß Großbritannien in Albanien keine direkten Interessen habe und daher zum mindesten verlangen müsse, daß, falls es in dieser Hinsicht Verpflichtungen übernehme, es auch gleichmäßig an der albanischen Bank beteiligt sei, an welcher Österreich-Ungarn und Italien die Mehrheit zufallen solle. Auch müsse man verlangen, daß der Vorschuß, der dem Prinzen à conto des Anlehns gewährt würde und der auf diesem zurückgezahlt werden solle, gleichfalls unter die Aufsicht der Commission de contrôle falle. Er beabsichtige, diese Frage nicht mit mir zu besprechen, sondern wolle mir nur vertraulich seinen Standpunkt darlegen. Ich entgegnete, daß ich über die Angelegenheit nicht genau unterrichtet sei, aber annehme, daß alle Mächte das gleiche Interesse an der Entwicklung Albaniens und der Erhaltung des Friedens auf dem Balkan nähmen, und daß diesem Interesse auch die übernommene Verpflichtung entspreche, dem jungen Staate die Mittel zu gewähren und zu gewährleisten, die ihn allein in den Stand setzen könnten, die notwendigsten Einrichtungen zur Bildung eines modernen Staatswesens zu treffen. Durch eine allzu weitgehende Einschränkung seiner Rechte und Befugnisse und

finanzielle Bevormundung durch die Kontrollkommission würde es dem jungen Fürsten aber von Anfang an erschwert werden, seiner sowieso überaus heiklen Aufgabe gerecht zu werden. Sir Edward sah dies auch vollkommen ein, und glaube ich nicht, daß von seiner Seite in beiden ausstehenden Fragen, der Beteiligung an der Bank und der Kontrolle des Vorschusses, ernstere Schwierigkeiten zu gewärtigen sind.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 29. 5. 1914

Sir Edward Grey hatte mir, wie bereits anderweitig gemeldet, deutlich zu verstehen gegeben, daß er nicht in der Lage sei, die Entsendung britischer Truppen aus Skutari nach Durazzo zu befürworten. Ohne Zustimmung des Kabinetts, meinte er, könne der Plan nicht zur Ausführung gelangen, aber er sei nicht gewillt, im Kabinett die Anregung zu unterstützen.

Inzwischen ist der Minister für mehrere Tage verreist und wird erst nächsten Donnerstag zurück erwartet. Angesichts der Zuspitzung der Lage in Durazzo wollte ich feststellen, ob inzwischen eine Veränderung der hiesigen Absichten eingetreten sei. Ich hatte Gelegenheit zu erfahren, daß der Minister erst kürzlich und zwar brieflich dem erneuten italienischen Drängen gegenüber erklärt habe, daß er keinen Grund sehe, seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt zu verlassen. Die hiesige Regierung sieht wohl der Entwicklung der Dinge in Albanien nicht ohne ernste Besorgnisse entgegen, und man ist sich vollkommen darüber im klaren, daß die Großmächte, welche Albanien geschaffen, auch ein Interesse daran haben, es vor dem Chaos zu bewahren, und daß Großbritannien

daher letzten Endes sich nicht auf die passive Rolle des trauernden Hinterbliebenen würde beschränken können. Der britische Vertreter Herr Lamb vertritt die Auffassung, wie ich vertraulich erfahre, daß die Entsendung internationaler Truppen, und zwar in größerem Umfange etwa nach Art der chinesischen Unternehmung sich auf die Dauer nicht werde umgehen lassen. Aber gerade diese Erinnerung an China ist es, die hier etwas abschreckend wirkt und der Regierung nicht gerade Lust macht, vor das Parlament zu treten und vom britischen Volke Soldaten und Geld für Zwecke zu verlangen, die dem eigentlichen britischen Interessengebiet vollkommen fernliegen. Mit der Entsendung einiger Soldaten aus Skutari sei wenig zu erreichen, meint man hier, und zu der Ausschiffung einer größeren Streitmacht dürfte man sich, wenn überhaupt, erst entschließen, wenn alle übrigen Mittel zur Erreichung geordneter Verhältnisse erschöpft sind.

Als eins der geeignetsten Mittel, um die Stellung des Fürsten zu befestigen und eine wirksame Verwaltung zu ermöglichen, erscheint der hiesigen Regierung eine möglichst baldige Regelung der Anleihe und der mit ihr zusammenhängenden Bankfrage. Daß letztere bisher noch so wenig Fortschritte gemacht, glaubt man hier der Starrköpfigkeit der österreichischen Regierung zuschieben zu sollen, durch die eine Einigung mit Frankreich verhindert wird. Auch neigt man hier dazu, dem Auftreten der österreichischen Agenten in Albanien, die nach hiesiger Auffassung ihre amtlichen Weisungen weit überschritten hätten, einen großen Teil der Schuld an den mißlichen Zuständen zuzuschreiben. Die Albanier wollten wohl von der Gesamtheit der Mächte, nicht aber von Österreich und Italien regiert werden. Im

übrigen würde eine österreichisch-italienische Besetzung Albaniens, falls sie notwendig würde, hier sowohl die Regierung wie die öffentliche Meinung ziemlich kühl lassen, nur fürchtet man, das daraus sich österreichisch-italienische Streitigkeiten entwickeln könnten. Alle diese Erwägungen aber werden durch ein Gefühl des Überdrusses am albanischen Problem zurückgedrängt und durch die Unlust, britische Machtmittel mehr als unbedingt notwendig zur Aufrechterhaltung der europäischen Eintracht für albanische Zwecke zu verwenden.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 15. 6. 1914

Sir Edward Grey sagte mir heute, er habe dem Drängen der italienischen Regierung, Truppen in Albanien zu landen, nicht nachgegeben, da die britischen Interessen daselbst zu geringe seien, und es unabsehbar wäre, zu welchen Folgen ein militärisches Eingreifen führen könne. Zuerst würden 500 Mann verlangt und alsbald, wenn diese sich als ungenügend erwiesen, würde weiterer Nachschub benötigt werden. Habe man erst angefangen, so sei es schwer, nachher Verstärkungen zu verweigern, und noch schwerer, sich wieder aus dem Lande zurückzuziehen. Er habe sich daher damit begnügt, ein britisches Kriegsschiff hinzuschicken, um nötigenfalls zur Sicherheit der fürstlichen Familie einzugreifen. Mehr wollte er nicht tun.

Ich hatte nicht den Eindruck irgendeiner Verstimmung, die zu dieser Haltung des Ministers geführt haben könnte. Ich glaube vielmehr, er meint, in Ermangelung wirklicher britischer Interessen sich nicht weiter als unbedingt nötig in die albanischen Wirren einlassen zu sollen.

Lichnowsky.

London, 15. 6. 1914

Sir Edward Grey kam im Laufe meines heutigen Besuches wieder auf Albanien zu sprechen, dessen Zustände ihn dauernd zu beschäftigen scheinen. Im wesentlichen sagte er wieder dasselbe wie erst kürzlich, daß England keine direkten Interessen dort habe und es daher nicht gewillt sei, Truppen hinzuschicken, um sich an einer internationalen Besetzung des Landes zu beteiligen. Italien und Österreich wollten nicht allein vorgehen aus Furcht vor Mißheiligkeiten, und andere Mächte würden wohl ebensowenig wie England sich beteiligen wollen. Unter diesen Umständen sei guter Rat teuer. Er persönlich würde gegen eine Verlegung der Regierung nach Skutari nichts einzuwenden haben, doch wolle er, um nirgends Anstoß zu erregen, mit keiner Anregung hervortreten. Namentlich seien die Österreicher diesem Gedanken abhold.

Auf meinen Einwurf, daß eine solche Maßnahme wie eine Flucht vor den Aufständischen aussehen und daher dem Ansehen des Fürsten schaden würde, mußte der Minister dies zugeben. Er meinte, hierdurch nur der Abdankung des Fürsten vorbeugen zu wollen.

Hinsichtlich der Anrede, die letzterem gebühre, meinte Sir Edward, daß englischerseits „Highness“ gebraucht werde, und daß er diesen Titel auch für angemessen halte, falls wir ihm zustimmten.

Lichnowsky.

London, 24. 6. 1914

Sir Edward Grey hatte mich heute zu sich bitten lassen, um noch vor meiner Abreise sich mit mir über die politische Lage zu unterhalten. Er erwähnte zunächst den drohenden griechisch-türkischen Zusammenstoß und meinte, die Aussichten seien augenblicklich wieder günstiger, so daß die Hoffnung bestehe, daß das äußerste sich werde vermeiden lassen. Wie er mir bereits auseinandergesetzt, wünsche er namentlich vermieden zu sehen, daß durch Sperrung der Dardanellen erneute Schwierigkeiten entstünden, doch sehe er sich außerstande, den Türken eine solche Maßnahme zu verbieten, da wir nicht in der Lage seien, entsprechende Gegenleistungen zu übernehmen; aber er hoffe, wie gesagt, daß der Krieg sich noch werde vermeiden lassen.

Auf Albanien übergehend, bemerkte der Minister ganz im Sinne seiner neulichen Ausführungen, daß er es nicht dem Lande gegenüber übernehmen könne, britische Streitkräfte gegen die albanischen Aufständischen kämpfen zu lassen. Die hiesige öffentliche Meinung würde ein solches Vorgehen nie dulden, und das Parlament würde nicht ermangeln, sofort hiergegen Stellung zu nehmen. Unter diesen Umständen bliebe nur übrig, ruhig zuzusehen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Sollte der Fürst zur Abdankung genötigt werden, so sei der Plan aufgetaucht, die Regierung der Commission de contrôle zu überlassen. Er würde auch hiergegen nichts einzuwenden haben, man müsse sich nur klar darüber sein, daß ohne Machtmittel die Commission de contrôle nicht in der Lage sei, ihren Willen durchzusetzen. Von seinem Standpunkte aus würde er keine Bedenken erheben, wenn Österreich und Italien als die meistbeteiligten

Mächte sich zusammen der Aufgabe, in Albanien Ordnung zu schaffen, widmen wollten. Der Gedanke scheiterte aber an dem Widerstand der beiden Mächte, welche in Albanien nicht allein gelassen sein wollten.

Lichnowsky.

## Achter Abschnitt

### DAS DEUTSCH-BRITISCHE KOLONIALABKOMMEN

Anmerkung: Von Anfang an stellte die britische Regierung die Veröffentlichung des neuen und der gesamten alten Verträge als eine unumstößliche Bedingung für einen neuen Vertrag hin, und zwar sowohl aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik. Auch lag Sir E. Grey sehr viel daran, daß „durch diesen Vertrag die Einmütigkeit der beiderseitigen Regierungen bekundet und der Welt gezeigt wird, daß es möglich sei, sich auf ähnlichen Gebieten zu verständigen“. Trotz dieser unzweideutigen Äußerung war es erst kurz vor Kriegsausbruch möglich, die Zustimmung des Auswärtigen Amtes zur Veröffentlichung und zur Vollziehung des längst fertigen neuen Vertrages zu erlangen! Immer neue Vorwände wurden gesucht, um den Vertrag, wenn irgend möglich, zum Scheitern zu bringen. — Aus der ganzen Haltung des britischen Ministers ging jedenfalls sein aufrichtiger Wunsch nach einer Annäherung an uns hervor.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 20. 11. 1912

Ich hatte soeben im Unterhause eine eingehende Besprechung mit Sir E. Grey über das portugiesische Kolonialabkommen, zu welcher auch Mr. Lewis Harcourt zugezogen war. An der Hand der mir mitgegebenen Karten und der Unterweisungen, die ich in Berlin erhalten habe, suchte ich alle Gesichtspunkte zu verwerten, welche für die Berechtigung unserer Forde-

rung auf das linke Sambesiufer sprechen konnten. Ich erwähnte den geringen wirtschaftlichen Wert der Angolaenklave, die Minderwertigkeit des Hafens von Loanda, nicht minder aber das Entgegenkommen, das wir der britischen Regierung durch unseren Verzicht auf Timor erwiesen hätten, da sonst aus diesem Teil des Vertrages für das Londoner Kabinett eine Quelle von Unbequemlichkeiten hätte entstehen können. Die Herren entgegneten, daß Timor für sie bedeutungslos sei und auch sie darauf verzichteten. Ich wurde bald gewahr, daß ein längeres Verweilen bei dieser Frage die beiden Minister nur verstimmt hätte, ohne daß die Aussicht bestand, auf diesem Wege irgend etwas zugunsten desjenigen Punktes zu erreichen, auf den es uns hauptsächlich ankommt, auf das Gebiet nördlich des Sambesi.

Die Enklave in Angola, so erklärten sie, sei für England durchaus nicht wertlos, schon weil sie die Ambaccabahn enthalte und den Hafen von Loanda. Sie bilde außerdem den Zugang zum Atlantischen Ozean für Nordrhodesia. Es sei unmöglich, auch noch auf den zweiten Zugang zum Meere, zum Indischen Ozean, zu verzichten. Das strittige Gebiet solle Britisch-Nyassaland angegliedert werden, der Rest von Mosambique aber bekanntlich der südafrikanischen Kolonie. Einen Vertrag im Sinne unserer letzten Wünsche könne die Regierung nicht vor der Öffentlichkeit vertreten. Beständen wir auf dem Sambesidreieck, so sei die Angelegenheit gefallen; es sei denn, daß wir in die von Herrn von Kühlmann bereits gemeldete Verlegung der südlichen Grenze der Angolaenklave nach Norden einwilligten, wodurch der nördliche Teil von Angola den Engländern erhalten bliebe.

Ich glaubte, im Sinne der mir erteilten Weisung zu handeln, als ich ohne auf dieses letztere Angebot

näher einzugehen, und in der Überzeugung, daß ein weiteres Verharren auf unseren Wünschen hinsichtlich des Sambesidreiecks nicht nur die Angelegenheit zum Scheitern bringen, sondern auch eine gewisse Verstimmung bei der jetzigen Regierung gegen uns zurücklassen würde, mich damit einverstanden erklärte, daß die hiesige Regierung den Entwurf von Noten ausarbeitet, in welchen der alte Vertrag samt den jetzigen Zusätzen zum Gegenstand eines neuen Übereinkommens gemacht wird. Nach Eingang dieses Entwurfes werde ich nicht verfehlen, denselben zur Kenntnisnahme Euerer Exzellenz zu bringen.

Was São Thomé und Principe betrifft, so erklärten die Minister, daß diese Inseln nicht in den bestehenden Vertrag aufgenommen werden dürften, da sie die Verpflichtung der gemeinsamen Abwehr fremder Eingriffe auf die genannten Inseln nicht ausgedehnt zu sehen wünschten. Es genügt, meinten sie, eine Desinteressesmenterklärung von der britischen Regierung in einer besonderen Note, wofür wir unsererseits auf Timor verzichten sollten, was dann aus dem alten Vertrage ausschiede.

Als eine weitere Bedingung, die sie als eine unumstößliche Voraussetzung zu einem neuen Vertrag bezeichneten, stellten die Minister die Veröffentlichung des gesamten Vertrages hin, und zwar sowohl aus Gründen der inneren wie der äußeren Politik. Es sei unmöglich, meinten sie, den ferneren Anfragen über den Inhalt des Vertrages auf die Dauer auszuweichen. Der südafrikanischen Regierung habe man den Hauptinhalt bereits mitteilen müssen, und die Geheimhaltung erschwere, wirtschaftliche Übergriffe der einen Nation in das Gebiet der anderen auf die Dauer zu verhindern. Auch läge ihm sehr viel daran, betonte Sir

E. Grey, daß durch diesen Vertrag die Einmütigkeit der beiderseitigen Regierungen bekundet und der Welt gezeigt werde, daß es möglich sei, sich auf ähnlichen Gebieten zu verständigen.

Es kommt also, wie ich gleich bemerken möchte, nicht nur die Mitteilung an die portugiesische Regierung, sondern auch die Veröffentlichung des Vertrages im hiesigen Parlament in Frage, und ich glaube nicht, daß man hier darauf eingehen würde, den Termin dieser Bekanntmachung wesentlich hinauszuschieben. Es mögen auch Gründe parteipolitischer Natur dabei im Spiele sein, da die Regierung unter den Angriffen der eigenen Partei und namentlich der „National Liberal League“ zu leiden hat, welche ihr vorwirft, zugunsten ihrer französischen Freundschaft die deutschen Beziehungen zu vernachlässigen.

Nach Lage der Verhältnisse glaube ich nicht, daß es sich empfehlen würde, an den englischen Vorschlägen wesentliche Änderungen vornehmen zu wollen. Ein solches Beginnen wäre aussichtslos und würde nicht nur den neuen Kolonialvertrag selbst hinfällig machen, sondern auch eine günstige Gelegenheit zerstören, um die beiderseitigen Beziehungen nicht unwesentlich zu verbessern. Auch möchte ich mir erlauben, der hochgeneigten Erwägung anheimzugeben, ob es nicht erwünscht wäre, in Anbetracht der jetzigen politischen Gesamtlage und des dringenden Wunsches, den das hiesige Kabinett augencheinlich hat, die Angelegenheit möglichst rasch mit uns zu erledigen, in dieser Hinsicht entgegenzukommen. Mehr läßt sich, wie gesagt, nicht erreichen, auch wird man hier auf die Veröffentlichung unter keinen Umständen verzichten

wollen. Ebenso habe ich die Empfindung, daß eine beschleunigte Erledigung dieser Angelegenheit Sir E. Grey sehr viel empfänglicher für unsere sonstigen politischen Wünsche stimmen würde.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß die Minister mir die Zusicherung gaben, daß die Südafrikanische Union nichts ohne Zustimmung des Mutterlandes gegen Mosambique unternehmen werde, und daß jeder Schritt von dieser Seite im Sinne des Vertrages als eine Verwirklichung desselben aufzufassen sei. Über die Art, wie er sich die Verwirklichung aber denkt, hat sich der Minister nicht ausgesprochen, und hatte ich den Eindruck, daß es ihm lieber wäre, vorläufig sich in dieser Richtung nicht festzulegen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 17. 1. 1913

Sir Edward Grey hat mir vor einigen Tagen den Sbeiliegenden Entwurf einer neuen Vereinbarung über die portugiesischen Kolonien übergeben, welche den früheren Vertrag, den geheimen Vertag und die geheime Note des Jahres 1898 ersetzen soll.

Was zunächst die Gebietsfrage anlangt, so ist dieselbe in Artikel II dahin geregelt, daß derjenige Teil der Provinz Mosambique, welcher südlich von einer Linie liegt, die von der Mündung des Flusses Lukugu oder Likungo längs dieses Flusses läuft bis zur Verbindung desselben mit dem Flusse Lugera oder Luzhella und dann entlang diesem Flusse bis zu seiner Quelle und hierauf nördlich bis zum 16. Breitengrad und dann längs dieses Breitengrades bis zum britischen

Protektorate von Nyassaland an England fallen solle. Ebenso in der Provinz Angola alle Gebiete östlich des 20. Längengrades und südlich des 11. Breitengrades. Alle übrigen Gebiete der beiden portugiesischen Kolonien bilden den deutschen Anteil.

Artikel VI enthält die Verzichtserklärung Englands auf obige Gebiete, ebenso aber auf die Inseln São Thomé und Principe; dasselbe wird von Deutschland entsprechend erwartet hinsichtlich des an England fallenden Gebietes mit Einschluß des portugiesischen Teiles der Insel Timor.

Artikel IX enthält mit Rücksicht auf die Veröffentlichung insofern eine Abschwächung, als nurmehr die Rede ist von der Erlangung von Einfluß oder Aufsicht über die Verwaltung, während in dem ursprünglichen Vertrage gesagt war „in case Portugal renounces her sovereign rights over Mozambique, Angola and Portuguese Timor or loses this territory in any manner.“

Alle Einzelheiten hinsichtlich der vorgeschlagenen Veränderungen sind sowohl aus dem in Abschrift gleichfalls beigefügten Briefe Sir E. Greys an mich, wie auch aus der in der Anlage befindlichen Zusammenstellung ersichtlich. Schließlich erlaube ich mir noch, den mir gleichfalls übergebenen Entwurf einer an die niederländische Regierung zu richtenden Note über Timor zu unterbreiten.

Bei dieser Gelegenheit, die aber zu keiner eingehenden Erörterung Anlaß gab, versuchte ich, mich im Sinne der mir erteilten Weisung auszusprechen und darauf aufmerksam zu machen, daß gegen die Veröffentlichung bei uns nach wie vor nicht unerhebliche Bedenken beständen. Ich ließ dabei durchblicken, daß wir jedoch unter gewissen Voraussetzungen nicht abgeneigt wären, den Wünschen der britischen Regierung näherzutreten. Als

solche bezeichnete ich vor allem eine Abmachung, wonach, falls eine der beiden Regierungen oder deren Kolonien gezwungen wäre, zur Wahrung ihrer Interessen portugiesisches Kolonialgebiet zu besetzen oder dessen Verwaltung in die Hand zu nehmen, der andere vertragschließende Teil zu analogem Vorgehen in dem ihm durch das Abkommen zugewiesenen Teil berechtigt sein solle.

Sir E. Grey ließ meine Bemerkung unerwidert, und ich hatte den Eindruck, daß er vorläufig einer Erörterung dieser Frage ausweichen wollte oder nicht genügend für eine Verhandlung vorbereitet war. Auch schien er Wert darauf zu legen, daß zunächst einmal der britische Entwurf geprüft und angenommen werde.

Schon jetzt aber glaube ich darauf hinweisen zu sollen, daß es mir zweifelhaft erscheint, ob die hiesige Regierung einer Fassung zustimmen wird, welche beiden Staaten die gleiche Freiheit zum Einschreiten mit entsprechendem Recht zu analogen Maßnahmen einräumt. Das politische Gewissen Sir E. Greys würde es doch vielleicht als eine offenkundige Verletzung des britisch-portugiesischen Vertrages empfinden, wenn hierdurch das Schicksal der Kolonien in unsere Hand gelegt und unserem Ermessen anheimgegeben würde.

Da es aber unseren Interessen nicht entsprechen würde, wenn wir für die spätere Verwirklichung des Vertrages ausschließlich darauf angewiesen wären, zu warten, ob und wann die Kapkolonie ein energisches Vorgehen gegen Mosambique für angemessen hält, so schiene es mir zweckmäßig, für diesen Fall noch zwei weitere Abmachungen in Form des Notenwechsels festzulegen, die beide von Sir. E. Grey mit dem Grafen Metternich und Freiherrn von Marschall andeutungsweise besprochen worden sind. Die erste würde festsetzen, daß, falls eine portugiesische Kolonie

oder ein Teil einer solchen sich selbständig erklärte, Verträge zwischen England und dem Mutterlande auf dieses selbständig gewordene Gebiet keine Anwendung finden, während alle Punkte des deutsch-britischen Abkommens in voller Kraft verblieben. Die andere aber, daß, falls Mißwirtschaft der Portugiesen in ihren Kolonien dritten Mächten Grund zum Einschreiten geben würde, Portugal gegen ein solches Einschreiten nicht den Schutz der Bündnisverträge anrufen oder englische Hilfe erwarten könne. Ich glaube, daß Sir E. Grey hiergegen nichts einzuwenden hätte und diese Punkte in Form eines Notenwechsels festlegen und sich auch verpflichten würde, den letzten der drei Punkte bei Bekanntgabe unserer Vereinbarung Portugal mitzuteilen.

Falls die hiesige Regierung auf den ersten Vorschlag nicht eingeht, würde durch die drei obigen Abmachungen die Möglichkeit für uns, zur Selbsthilfe zu greifen, trotzdem vorhanden sein. Falls wir in Angola durch Errichtung einer Charterkompagnie oder in Mosambique durch Erwerbung einer Majorität in der Nyassakompagnie Einfluß auf die Verwaltung größerer Gebiete gewinnen, würde vielleicht der Paragraph über Selbständigmachung von Gebieten oder Gebietsteilen Anwendung finden können. Auch der Paragraph über Bedrohung wichtiger Interessen durch Mißwirtschaft dürfte leicht praktisch anwendbar sein, sobald wir mit Energie die Schaffung wirtschaftlicher Interessen besonders auf dem Eisenbahngebiete, in die Hand genommen haben. Die wirtschaftliche Durchdringung ist wohl zunächst überhaupt ins Auge zu fassen als Vorbereitung für die mögliche spätere politische Erwerbung. Sir E. Grey und den Engländern gegenüber ist es wohl vorläufig besser, die politische Erwerbung nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen.

Denn obwohl sich niemand im unklaren darüber ist, was der Vertrag praktisch bedeutet, so widerstrebt es doch ihrem Gefühl, ein kleines und wehrloses Volk, mit dem sie noch dazu verbündet sind, einer anderen Macht zu offensichtlich preiszugeben, und es könnte der Förderung unserer allgemeinen Beziehungen nur zugute kommen, wenn wir bei der Durchführung dieser kolonialen Besitzveränderungen auf ihre Vorurteile und Empfindlichkeiten einigermaßen Rücksicht nähmen.

Da ich immer mehr den Eindruck gewinne, daß Sir E. Grey und die britische Regierung auf kolonialem Gebiete uns möglichst entgegenzukommen wünschen, teils um ihren guten Willen zu zeigen, teils um dem vermeintlichen Bedürfnis des deutschen Volkes nach Ausdehnung und Erwerb gewissermaßen eine Ablenkung zu verschaffen, so meine ich, daß die Annahme des britischen Entwurfs in seinen wesentlichsten Punkten eine günstige Gelegenheit schaffen wird, um für unsere weiteren Wünsche verständnisvolles Entgegenkommen zu finden.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 21. 2. 1913

Sir Edward Grey ließ mir zur vertraulichen Mitteilung durch Sir Eyre Crowe folgendes sagen:

Der portugiesische Gesandte habe im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die in einzelnen Organen der europäischen Presse aufgetauchten Nachrichten betreffend deutsch-englische Verhandlungen über portugiesische Kolonien große Beunruhigung hervorgerufen hätten, zumal da zahlreiche Anzeichen

für eine politische Annäherung zwischen Deutschland und England vorlägen.

Der Gesandte fragte dann im einzelnen, ob tatsächlich die Revision des Vertrages von 1898 ins Auge gefaßt sei, ob die Preßnachrichten über Berufung einer Konferenz zur Erörterung über afrikanische Fragen richtig seien, ob Sir Edward Grey beabsichtigte, gemäß seinem früher im Unterhause abgegebenen Versprechen den Geheimvertrag vom Jahre 1898 in dem jetzt in Vorbereitung befindlichen Blaubuch zu veröffentlichen, endlich ob die gemeinsame deutsch-englische Deklaration vom März 1912 noch als rechtsverbindlich angesehen werden könne. Sir Edward Grey habe hierauf dem Gesandten wie folgt antworten lassen: Gewisse Veränderungen in dem angezogenen Vertrage hätten sich als nötig erwiesen und würden erwogen. An Berufung einer Konferenz der bezeichneten Art habe England niemals gedacht und auch keine andere Regierung, soweit das Foreign Office unterrichtet sei. Der Minister halte auch jetzt noch die Veröffentlichung aller Geheimverträge im Prinzip für wünschenswert; ob und wann der Vertrag vom Jahre 1898 veröffentlicht werden solle, könne er jetzt nicht sagen, keinesfalls in dem in Vorbereitung befindlichen Blaubuche, das sich ausschließlich mit der Frage der Kontraktarbeiter befasse. Keine der möglicherweise in Aussicht genommenen Änderungen der bestehenden Abmachungen von 1898 sei auf die Stellung Portugals zu diesem Vertrage von dem geringsten Einfluß, deshalb sei auch kein Grund anzunehmen, daß die obenerwähnte gemeinsame deutsch-englische Deklaration nicht mehr zu Recht bestünde.

Der Gesandte fragte endlich, ob die portugiesische Regierung parlamentarische Anfragen in diesem Sinne

beantworten dürfe, worauf Sir Edward Grey antworteten ließ, es stehe der portugiesischen Regierung frei, zu erklären, was sie für gut finde.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 3. 1913

**H**alte baldige Beantwortung der Note Sir E. Greys vom 11. Januar über koloniale Fragen dringend erwünscht. Erfolgreicher Abschluß dieser Verhandlungen würde die Stimmung leitender Kreise weiter verbessern, längeres Zögern aber könnte leicht zu Mißdeutungen und Verstimmungen führen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 20. 3. 1913

**I**ch hatte soeben auf dem Foreign Office eine Besprechung mit Sir Edward Grey über die Frage der portugiesischen Kolonien, der auch der Kolonialsekretär Mr. Lewis Harcourt beiwohnte. Zunächst brachte ich in Gemäßheit der mir erteilten Weisungen die Zusatzartikel zur Sprache, welche uns als Ergänzung des von der englischen Regierung ausgearbeiteten Vertragsentwurfs wünschenswert erscheinen.

Die Zugrundelegung der Stanfordschen Karte von Afrika erregte keine Bedenken. Was Kabinda betrifft, so behielten sich beide Minister eine endgültige Erklärung vor, da ihnen das Gebiet unbekannt zu sein schien.

In Artikel II stimmten sie der Streichung der Worte „or Likungo“ und „or Luzhella“ zu.

Auch die andere Abänderung in Artikel II Seite 1 fand keinen Widerspruch.

Was die Annahme des Kassaitales als Grenze betrifft, so erregte dieselbe keine Bedenken. Mr. Harcourt meinte nur, es wisse niemand genau, wo der Oberlauf des Flusses läge.

Die Streichung des auf die Insel Timor bezüglichen Satzes wurde abgelehnt, und zwar mit Hinsicht auf die Bedeutung, welche man in Australien diesem Gebiet zuspricht. Man beabsichtigt nämlich, den alten Vertrag selbst zwar nicht zu veröffentlichen, wohl aber eine kurze Inhaltsangabe hinsichtlich der durch denselben getroffenen Gebietsbestimmungen. Es geschieht dies wohl aus parlamentarischen Rücksichten, um dem Vorwurf, der von unionistischer Seite erhoben werden könnte, als habe die Regierung den wichtigen Zugang zum Westmeer, welcher die bequemste Verbindung mit Rhodesia und der Kapkolonie bilden sollte, leichtfertig preisgegeben, unter Hinweis auf Timor zu begegnen.

In obigem Sinne habe ich einen mit den nötigen Abänderungen versehenen Gesetzentwurf den beiden Ministern übergeben und den in der Anlage abschriftlich eingereichten Brief hinterlassen, in welchem ich die Gründe auseinandersetzte, die unsere Wünsche veranlaßt haben. Derselbe enthält aber auch noch die beiden Artikel, deren Annahme Euere Exzellenz als Bedingung hinstellten für unsere Zustimmung zur Veröffentlichung des Vertrages.

Artikel I erregte sogleich entschiedene Bedenken. Beide Herren erklärten, daß der Begriff der Mißwirtschaft schwer zu bestimmen sei, und daß es dem Geiste des britisch-portugiesischen Vertrages widerspräche, das Schicksal der portugiesischen Kolonien der Willkür zu überantworten. Ich entgegnete, daß

die Selbsthilfe bereits in Unterredungen mit Baron Marschall vorgesehen gewesen sei, nur daß, falls die britische Regierung an dieser Form Anstoß nehme, die Möglichkeit vielleicht vorläge, die gegenseitige Benachrichtigung durch gegenseitige Zustimmung zu ersetzen. Beide Herren erwiderten, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten müßten, aber auf keinen Fall einer Form zustimmen könnten, die die Geheimhaltung eines Teiles unserer Abmachungen in sich schließen müßte. Die Voraussetzung des ursprünglichen Vertrages sei ein freiwilliger Verzicht Portugals auf seine Hoheitsrechte durch Verpfändung gewesen bezw. der Abfall der Kolonien vom Mutterlande. Ein Gewaltakt aber widerspräche den bisherigen Grundlagen des Vertrages.

Artikel II wurde von beiden Herren gutgeheißen, aber mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß die Gegenseitigkeit nur auf die betreffende Kolonie selbst Anwendung finden solle. Wenn also der südliche Teil von Mosambique sich an das Kapland anschließen würde, müßte der nördliche Teil unserem Kolonialbesitz angegliedert werden. Der Anschluß der gesamten Kolonie an das Kapland wurde von der Hand gewiesen, ebenso aber die Möglichkeit, in einer anderen Kolonie sich für einen derartigen Anschluß schadlos zu halten.

Beide Minister versprachen, unsere Wünsche einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und mich demnächst von dem Ergebnis zu benachrichtigen.

Lichnowsky.

London, 13. 5. 1913

In der Anlage beehre ich mich, einen mir soeben zugewandten Entwurf einzureichen für ein neues, die portugiesischen Kolonien betreffendes Abkommen zwischen uns und Großbritannien\*) nebst erläuterndem Begleitschreiben als Antwort auf meine letzte Anregung. Wie Euer Exzellenz entnehmen wollen, kommt die britische Regierung unseren Wünschen in der Hauptsache entgegen. Nur hinsichtlich Timors besteht sie auf der Beibehaltung des von uns gestrichenen Satzes und begründet ihren Wunsch namentlich damit, daß der Verzicht auf Timor als eine Gegenleistung für die Überlassung von São Thomé und Príncipe gelten müsse.

Die wichtigste Neuerung aber bildet die Annahme der von uns in Vorschlag gebrachten beiden Zusatzartikel, welche die Verwirklichung des Vertrages unter gewissen Umständen anbahnen sollen. In dem ersten wünscht die britische Regierung allerdings die Fortlassung des letzten Satzes, welcher sich auf die Anrufung der englisch-portugiesischen Bündnisverträge bezieht, doch meine ich, daß wir angesichts der übrigen Fassung, die der Möglichkeit, bei Mißwirtschaft zu einer Verständigung über gemeinsames Vorgehen zu gelangen, den weitesten Raum läßt, auf den gedachten Zusatz unbedenklich verzichten können, welcher hier als eine Verletzung des bestehenden Abkommens mit Portugal betrachtet wird.

Auch der zweite Artikel ist von der hiesigen Regierung angenommen worden, nur mit der Einschränkung, daß dem anderen Teil nur das Recht eingeräumt wird, den entsprechenden, ihm vertragsmäßig zu-

---

\*) Siehe Anlage.

stehenden Teil derselben Kolonie alsdann sich anzugliedern.

Sir Edward Grey will, wie er mir bereits früher gesagt hat, die Abmachungen von 1898 im Auszug zur Kenntnis der portugiesischen Regierung bringen und dann diesen Auszug zugleich mit dem neuen Vertrage veröffentlichen. Er legt hierauf besonderen Wert, da ihm daran liegt zu beweisen, daß der gegenwärtige Vertrag keine neue Politik einleitet, vielmehr die von den Unionisten unter Balfour eingeschlagene Politik fortsetzt. Der Minister wird hiervon auf keinen Fall abzubringen sein.

Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, Timor ganz unerwähnt zu lassen, und ich möchte befürworten, daß wir auch dem zur gemeinsamen Mitteilung an die holländische Regierung bestimmten Notenentwurf zustimmen. Eine Anerkennung des niederländischen Vorkaufsrechts wird voraussichtlich in Deutschland viel weniger verstimmen als etwa der Gedanke einer Erwerbung der Hälfte Timors durch England oder Australien.

Zweifellos hat die britische Regierung auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, wie sehr sie bestrebt ist, unseren Wünschen entgegenzukommen und mit uns in allen wichtigen Fragen zu einer Verständigung zu gelangen. Der baldige Abschluß des gedachten Übereinkommens wird auch sicherlich zu einer weiteren Befestigung der in letzter Zeit erfolgten Annäherung zwischen beiden Ländern nicht unwesentlich beitragen, und ich möchte daher schon aus allgemein politischen Gründen sowie im Hinblick auf die Möglichkeit des Ausbruchs von ernstest Unruhen in Portugiesisch-Mosambique bzw. Lourenço Marques es dringend befürworten, daß der

obige Entwurf von uns in zustimmendem Sinne ehestens beantwortet wird.

#### Anlage: Vertragsentwurf

In Anbetracht der Möglichkeit, daß Portugal finanzielle Unterstützung einer fremden Macht oder fremder Mächte benötigen könnte und zu dem Zweck, den internationalen Verwicklungen, die eine solche Lage der Dinge hervorrufen könnte, vorzubeugen und die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Portugals zu erhalten, sind die von ihren Souveränen gebührend bevollmächtigten Unterzeichneten übereingekommen wie folgt:

#### Artikel I

1. Sobald entweder die britische oder die deutsche Regierung es für angebracht hält, einem Ersuchen Portugals nach einer Anleihe unter Verpfändung der Zoll- oder sonstigen Einkünfte von Mosambique oder Angola stattzugeben, wird sie von dieser Tatsache der anderen Regierung Mitteilung machen, und die andere Regierung soll das Recht haben, einen Teil der benötigten Gesamtsumme vorzustrecken.

2. Falls die andere Regierung ihre Absicht kundgibt, dieses Recht auszuüben, werden die beiden Regierungen über die Bedingungen der beiden Anleihen beraten, und diese Anleihen sollen unter Verpfändung der Zolleinnahmen von Mosambique und Angola möglichst gleichzeitig ausgegeben werden. Die Anleihen sollen, soweit wie möglich, in demselben Verhältnis zueinander stehen wie die Beträge der für sie verpfändeten Zolleinnahmen.

3. Die Anleihen sollen zu Bedingungen ausgegeben werden, die für Portugal so günstig sind, wie es die Lage des Geldmarktes und die Sicherheit der An-

leihen erlaubt, im übrigen sollen sie soweit wie möglich gleichartigen Bedingungen unterliegen.

#### Artikel II

Wenn der in dem vorstehenden Artikel erwähnte Fall eintritt, sollen für die britische Anleihe verpfändet werden: die Zolleinnahmen des Teiles der Provinz Mosambique südlich einer Linie, die von der Mündung des Lukugu-Flusses ausgeht, diesem Fluß bis zur Einmündung des Luger-Flusses, dann diesem bis zu seiner Quelle, dann dem Meridian dieser Quelle bis zum 16. Grad südl. Breite und schließlich diesem Breitengrad bis zur Grenze des britischen Nyassaland-Protectorates folgt; sowie die Zolleinkünfte des Teiles der Provinz Angola östlich des 20. Grades östlicher Länge und südlich des Kassai-Flusses. Dagegen sollen die Zolleinnahmen der übrigen Teile der Provinzen Mosambique und Angola (einschließlich des Verwaltungsbezirkes Kongo, dessen Regierungssitz Cabinda ist) für die deutsche Anleihe verpfändet werden.

#### Artikel III

Falls Großbritannien oder Deutschland Vertreter senden, um die Erhebung der für die betreffenden Anleihen verpfändeten Einnahmen zu überwachen, soll die portugiesische Regierung ersucht werden, diesen Vertretern nur Inspektionsrechte, doch keine Verwaltungs-, Eingriffs- oder Kontrollrechte zuzugestehen, solange kein Verzug in der Zinszahlung oder Amortisation eintritt.

#### Artikel IV

Im Fall eines Verzugs in der Zinszahlung oder Amortisation einer der beiden Anleihen soll mit der portugiesischen Regierung vereinbart werden, daß sie die Verwaltung der verschiedenen Zollstationen in

den beiden Provinzen abgibt, und zwar die für die deutsche Anleihe verpfändeten an Deutschland, die für die britische Anleihe verpfändeten an Großbritannien.

#### Artikel V

1. In dem im vorstehenden Artikel erwähnten Fall sollen alle vor dem Tage des Abschlusses des vorliegenden Abkommens in den in Frage kommenden Provinzen erworbenen Rechte, seien es britische oder deutsche, ihrem vollen Umfange nach sichergestellt bleiben, vorausgesetzt, daß sie rein privater Natur sind und weder politische Rechte noch territoriale Gerichtsbarkeit oder Verwaltungsbefugnisse in sich schließen.

2. Es herrscht Einverständnis darüber, daß in Zukunft weder die britische noch die deutsche Regierung Einfluß ausüben wird, um neue Konzessionen zu erlangen, ausgenommen in den Teilen der Provinzen, deren Zolleinkünfte nach dem vorliegenden Abkommen für die betreffende Anleihe verpfändet werden würden.

#### Artikel VI

Vom Tage des Abschlusses des vorliegenden Abkommens ab wird Großbritannien sich enthalten, einen Anspruch irgendwelcher Art auf den Besitz, die Besetzung oder die Kontrolle der Teile der portugiesischen Provinzen, deren Zolleinnahmen nach dem vorliegenden Abkommen an Deutschland verpfändet werden würden, sowie der Inseln São Thomé und Principe, oder auf die Ausübung politischen Einflusses in diesen Gebieten oder auf diesen Inseln zu erheben; in gleicher Weise wird Deutschland sich enthalten, einen Anspruch irgendwelcher Art auf den Besitz, die Besetzung oder die Kontrolle der Teile der portugiesischen Provinzen, deren Zolleinnahmen

nach dem vorliegenden Einkommen an Großbritannien verpfändet werden würden, sowie des portugiesischen Teiles der Insel Timor, oder auf die Ausübung politischen Einflusses in diesen Gebieten oder auf dieser Insel zu erheben.

#### Artikel VII

1. Im Falle, daß eine der beiden Regierungen von der portugiesischen Regierung eine Gebietsabtretung oder die Gewährung besonderer Vorrechte nicht vorübergehenden Charakters in den Teilen der Provinzen Mosambique oder Angola, deren Zolleinkünfte ihr zugeteilt werden würden, erhalten sollte, so sollen diese Gebietabtretungen oder Gewährungen von Vorrechten nicht wirksam werden, bevor nicht entsprechende und, soweit wie möglich, gleichwertige Zugeständnisse der anderen Regierung in den Teilen der Provinzen, deren Zolleinkünfte nach dem vorliegenden Abkommen ihr verpfändet werden würden, gewährt worden sind.

2. Im Falle, daß eine der beiden Regierungen sich in den Teilen der portugiesischen Provinzen, deren Zolleinkünfte nach dem vorliegenden Abkommen ihr zugeteilt werden würden, um besondere Vorrechte vorübergehenden Charakters bewerben sollte, so wird sie unverzüglich die andere Regierung davon unterrichten, und wenn diese Vorrechte gewährt werden und wenn die andere Regierung es wünschen sollte, wird sie ihren Einfluß benutzen, um für die andere Regierung ähnliche besondere und gleichwertige Vorrechte vorübergehenden Charakters zu erlangen.

#### Artikel VIII

Wenn in irgendeinem Teil der Provinzen Mosambique oder Angola Leben oder Eigentum britischer oder deutscher

Staatsangehöriger durch örtliche Wirren oder durch die Handlungen der örtlichen Behörden gefährdet wird und die portugiesische Regierung nicht in der Lage ist, den notwendigen Schutz zu gewähren, oder aber dies aus anderen Gründen zu tun unterläßt, so werden die britische und die deutsche Regierung in gemeinsamer Beratung und nach gemeinschaftlicher Verständigung der portugiesischen Regierung die Art, Dauer und den Umfang der Maßnahmen bestimmen, die etwa zum Schutz der gefährdeten Interessen für nötig gehalten werden.

#### Artikel IX

Wenn eine der fraglichen portugiesischen Kolonien, nachdem sie unabhängig geworden und ihre Unabhängigkeit von den beiden hohen vertragschließenden Teilen anerkannt worden ist, oder wenn ein Teil einer solchen unabhängigen Kolonie seinen Anschluß an das Gebiet einer der beiden vertragschließenden Mächte erklären sollte, so soll die andere vertragschließende Macht ihrerseits nach vorhergehender Benachrichtigung der ersten Macht berechtigt sein, die Teile einer solchen unabhängig gewordenen Kolonie, deren Zolleinkünfte ihr nach dem vorliegenden Abkommen verpfändet werden würden, sich anzugliedern.

Seiner Majestät Regierung erkennt an, daß die Bündnisverträge zwischen ihr und der portugiesischen Regierung sich nicht

auf Kolonien oder Teile von Kolonien erstrecken, deren Unabhängigkeit erklärt und von den beiden hohen vertragsschließenden Teilen anerkannt worden ist.

#### Artikel X

Unter Berücksichtigung der Interessen ihrer an die portugiesischen Provinzen angrenzenden Besitzungen in Südafrika, die durch das Eingreifen einer dritten Macht in diesen Provinzen wesentlich in Mitleidenschaft gezogen würden, kommen Großbritannien und Deutschland überein, einem derartigen Eingreifen, sei es eine Anleihe an Portugal unter Verpfändung der Einkünfte der besagten Provinzen, sei es Erwerbung von Land durch Übertragung, Abtretung, Kauf, Pacht oder auf andere Weise, gemeinsam entgegenzutreten.

#### Artikel XI

Soweit Großbritannien oder Deutschland in Zukunft etwa die Verwaltung von Mosambique oder Angola oder eines Teiles dieser Provinzen beeinflussen oder beherrschen sollte, besteht Einverständnis darüber, daß die Staatsangehörigen und die Eingeborenen der Schutzgebiete des einen vertragsschließenden Teiles mitsamt ihren Gütern und Schiffen sowie die Landesprodukte und Fabrikate seiner Dominien, Besitzungen, Kolonien und Schutzgebiete in den in dem vorliegenden Abkommen angeführten Gebietsteilen, die unter den Einfluß oder die Herrschaft des anderen vertragsschließenden Teiles fallen, an allen besonderen Vorteilen, Befreiungen und Vorrechten in bezug auf Handel und Verkehr, Besteuerung und Schifffahrt teilnehmen sollen, deren sich die Staatsangehörigen und die Eingeborenen der Schutzgebiete des anderen vertragsschließenden Teiles dort erfreuen.

## Artikel XII

Das vorliegende Abkommen soll nach gebührender Ratifizierung zwischen den vertragschließenden Mächten das Abkommen, das geheime Abkommen und die geheime Note, die am 30. August 1898 in London abgeschlossen und unterzeichnet wurden und die hiermit für kraftlos erklärt werden, ersetzen.

## Artikel XIII

Das vorliegende Abkommen soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich ausgetauscht werden. Das Abkommen soll unmittelbar nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, mit gebührenden Vollmachten versehen, das Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift zu London,  
den . . . . . 1913. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 13. 6. 1913

Soeben hatte ich eine Besprechung mit Sir Edward Grey und Mr. Lewis Harcourt über unsere Wünsche bezüglich des letzten englischen Entwurfes für die neue zur Veröffentlichung bestimmte Fassung des deutsch-britischen Geheimvertrages über das portugiesische Kolonialgebiet. Ich hatte gleich nach meiner Rückkehr dem Staatssekretär des Äußeren unsere Vorschläge schriftlich übergeben und begründet und wurde heute zu ihm gebeten, um die Antwort der britischen Regierung entgegenzunehmen.

Was zunächst die Einleitung betrifft, so lehnen beide Herren es ab, einer Änderung des bisherigen

Wortlautes zuzustimmen. Es empfehle sich nicht, so meinen sie, den Endzweck des Planes (scope) weiter auszudehnen und zu verallgemeinern. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit eines finanziellen Zusammenbruches nicht naheliegen sollte, so sei doch der Hauptzweck des Abkommens, getrennte Gebiete zu schaffen für die Betätigung des deutschen und britischen Kapitals und Unternehmungsgeistes. Die in der Einleitung erwähnte finanzielle Unterstützung beziehe sich also nicht bloß auf die Verpfändung der Kolonien selbst oder von Teilen derselben, sondern auch auf private Betätigung in den genannten Gebieten, die die Erschließung und Entwicklung derselben zum Zwecke hätten. In diesem Sinne hat Sir Edward Grey auch schon mit dem früheren portugiesischen Gesandten Marquis de Soveral gesprochen, der über die Einzelheiten des Vertrages genau unterrichtet zu sein schien. Der Minister ist nach wie vor bestrebt, dem Vertrage jede gegen Portugal gerichtete Spitze zu nehmen, und möchte ihn lieber als eine Unterstützung der Kolonialwirtschaft Portugals erscheinen lassen. Auch will er dem Parlamente gegenüber in der Lage sein, sagen zu können, daß sich an den Voraussetzungen des Vertrages nichts geändert habe. Beide Minister erklärten daher, auf eine Abänderung der Vorrede nicht eingehen zu können.

Hingegen wollen beide Herren unseren Wünschen mit Bezug auf Artikel VIII insofern entgegenkommen, als sie der Aufnahme des Zusatzes „or the vital interests of the adjoining British and German Colonies and Protectorates“ beistimmen. Hiermit hätten wir also den wichtigsten Punkt unseren Wünschen entsprechend bei der hiesigen Regierung durchgesetzt. Die Aufnahme einer die Antisklaverei betreffenden Klausel wurde jedoch unter Hinweis auf deren Fehlen

im früheren Vertrage verworfen; vermutlich um in Lissabon nicht mehr als notwendig zu verletzen.

In Artikel IX stimmten die Herren der Streichung des letzten Absatzes unseren Wünschen gemäß zu.

Hiermit wäre das äußerste erreicht, was bei der britischen Regierung in dieser Angelegenheit zu erlangen war, und ich möchte die Ansicht vertreten, daß es sich empfehlen würde, zu der nunmehr vorliegenden Form endgültig unsere Zustimmung zu erteilen. Über das Datum der Veröffentlichung und der Mitteilung an die portugiesische Regierung ließe sich wohl noch eine nähere Vereinbarung treffen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 1. 7. 1913

**N**achdem der portugiesische Kolonialvertrag völlig durchverhandelt ist, und auch in der Fassung wesentliche Änderungen nicht mehr zu erreichen sind, wäre es im politischen Interesse dringend erwünscht, wenn ich möglichst bald zur Unterzeichnung bevollmächtigt werden könnte.

AN DEN STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 2. 7. 1913

**H**eute nur wenige Worte, um Ihnen zunächst für den soeben eingegangenen Brief vom 29. zu danken. Ich werde heute oder morgen mit Grey die armenische Frage noch einmal besprechen und glaube, daß er gerne bereit sein wird, übertriebenen russischen Projekten für die Neugestaltung Armeniens mit uns entgegenzutreten, da er nach wie vor alle Teilungsabsichten zurückweist.

Der Hauptzweck meines Briefes aber ist, Sie zu

bitten, dafür sorgen zu wollen, daß sowohl der Kolonialvertrag als das Bagdadabkommen, die sich beide in Berlin zur Begutachtung befinden, ehestens erledigt werden. Ich habe über beide Fragen gestern telegraphiert und halte es für unerläßlich, daß wir die britische Regierung nicht mehr lange auf Antwort warten lassen. Und es ist dringend erwünscht, daß noch vor meinem Urlaub bzw. vor der Abreise von Grey — das heißt noch im Laufe dieses Monats — beide Angelegenheiten ihre Erledigung finden und die Schriftstücke unterzeichnet werden. Wir haben in beiden Fragen so ziemlich alles erreicht, was zu erreichen ist. Es kann sich also höchstens noch darum handeln, in der Bagdadsache einige kleinere Verschönerungen anzubringen. Durch Verschleppung wird die Sache nicht besser; im Gegenteil, es würde hier nur einen peinlichen Eindruck hervorrufen. Im portugiesischen Handel aber ist nichts mehr herauszuschlagen. Je eher ich zur Unterzeichnung bevollmächtigt werde, desto besser.

Wie ich Ihnen schon früher gesagthabe, bestehthier die ausgesprochene Tendenz, unserer kolonialen Ausbreitung nicht nur keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sondern ihr möglichst die Bahn zu ebnen, schon um uns von der Nordsee abzulenken und unseren vermeintlichen Landhunger auf Gegenden zu lenken, die für die britische Machtstellung unbedenklich erscheinen. Man wird aber nicht in den Vertrag irgend etwas aufnehmen wollen, was England Portugal gegenüber ins Unrecht setzt, und daher alles zu vermeiden suchen, was als eine Preisgabe portugiesischen Besitzstandes gedeutet werden könnte.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 7. 7. 1913

**H**abe Inhalt soeben eingehend mit Sir E. Grey besprochen und dabei Einleitung und Artikel 3 geheimer Konvention vom Jahre 98 ihm vorgelesen. Der Minister meinte lachend, die betreffenden Stellen seien allerdings nur schwer mit dem seither erneuerten Bündnisvertrag mit Portugal in Einklang zu bringen, und es läge ihm daran, nichts zu veröffentlichen, was zu letzterem sich in einem allzu schreienden Widerspruch befände. Unsere letzten Absichten schienen ihm vollkommen verständlich. Er vermeidet es aber auch dieses Mal, zu ihnen Stellung zu nehmen, und schweigt wieder auf meine diesbezüglichen Andeutungen.

Man wünscht hier, wie ich nochmals wiederholen möchte, unserem Kolonial-Ausbreitungsdrang nichts in den Weg zu legen und sieht es sogar aus naheliegenden Gründen nicht ungern, wenn unsere Kräfte in fernen Weltteilen nach Betätigung suchen.

Man möchte aber nicht gern gezwungen werden, einen offenkundigen Gegensatz zu anderweitigen Verpflichtungen zu verkündigen. Um meinem Wunsche aber entgegenzukommen, wollte Sir E. Grey die Sache noch einmal mit Harcourt besprechen. Vielleicht läßt sich ein Ausweg dadurch finden, daß beide Fassungen vereinigt werden.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 7. 1913

**W**ie bereits gemeldet, hat mir Sir E. Grey mitteilen lassen, daß er nach Rücksprache mit Mr. L. Harcourt bereit sei, in die Einleitung zu dem letzten Vertragsentwurf über die portugiesischen Kolonien

die von uns vorgeschlagene neue Fassung aufzunehmen. Die letztere würde sich demnach an die bisherige bestehende anzuschließen haben, so daß die gesamte Einleitung folgendermaßen lautet:

„In Anbetracht der Möglichkeit, daß Portugal finanzielle Unterstützung einer fremden Macht oder fremder Mächte benötigen könnte, und zu dem Zweck, den internationalen Verwicklungen, die eine solche Lage der Dinge hervorrufen könnten, vorzubeugen und die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Portugals zu erhalten, und in Anbetracht der bestehenden besonderen Interessen Deutschlands und Großbritanniens in ihren an portugiesische Gebiete angrenzenden kolonialen Besitzungen und Schutzgebieten in Ost- und Westafrika, sind die von ihren Souveränen gebührend bevollmächtigten Unterzeichneten übereingekommen wie folgt:“

Ich hatte diesen Ausweg in Vorschlag gebracht, um der britischen Regierung ein Entgegenkommen auf unsere Wünsche zu erleichtern, da ich glaubte, daß die dadurch entstandene Form den beiderseitigen Wünschen vollauf Rechnung trägt, und ich meine, daß die Annahme einen neuen Beweis dafür bietet, daß man hier bestrebt ist, unseren kolonialen Wünschen möglichst entgegenzukommen, wenn nur gleichzeitig diejenigen Formen gewahrt werden, welche das politische Anstandsgefühl und die Rücksichten auf bestehende ältere Verbindlichkeiten erheischen.

Hinsichtlich der Veröffentlichung glaube ich nicht, daß unsere Wünsche erheblichen Schwierigkeiten begegnen werden. Um nicht zugleich mit zu vielen Anliegen zu kommen, hatte ich Sir Edward Grey bei unserer letzten diesbezüglichen Unterredung nur von der Abänderung der Einleitung gesprochen. Seither habe ich aber feststellen können, daß man bereit sein

wird, mit der Veröffentlichung noch einige Zeit zu warten, falls die Paraphierung des Vertrages schon jetzt erfolgt, und ich vermute, daß man jedenfalls bis nach Zusammentritt des Parlaments, das sich erst im neuen Jahre wieder versammelt, sich wird gedulden wollen. Euere Exzellenz möchte ich daher bitten, mich sobald als möglich zur Paraphierung zu ermächtigen, und inzwischen werde ich mich mit dem Foreign Office in Verbindung setzen, um eine genauere und übereinstimmendere Fassung des Wortlautes in beiden Sprachen zu veranlassen, möchte aber schon jetzt bemerken, daß es sich wohl empfehlen wird, den bestehenden englischen Entwurf soweit als irgend möglich als Grundlage dienen zu lassen, da jede Änderung desselben zu Weitläufigkeiten führen müßte.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 28. 7. 1913

Sir E. Grey damit einverstanden, daß Veröffentlichung des Vertrages erst nach erfolgter näherer Vereinbarung erfolgt. Der nächste Winter war als frühester, nicht als spätester Zeitpunkt in Aussicht genommen, ohne bindende Verpflichtung für uns. Bericht folgt demnächst.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 31. 7. 1913

Wie bereits gemeldet, hatte mir Sir E. Grey erklärt, er sei damit einverstanden, daß die Zeichnung und Veröffentlichung unseres Vertrages über die portugiesischen Kolonien erst nach erfolgter näherer Vereinbarung erfolgen solle. Er hatte auch, wie aus

meiner Berichterstattung hervorgeht, den nächsten Winter nicht als spätesten, sondern als frühesten Zeitpunkt ins Auge gefaßt, so daß für uns keineswegs eine zwingende Verpflichtung in dieser Richtung besteht. Unter diesen Umständen erscheint es mir zweifelhaft, ob es sich empfehlen würde, noch auf einen diesbezüglichen Notenwechsel zu bestehen. Die bereitwillige Zusicherung des Ministers, unseren Wünschen und Interessen Rechnung zu tragen, dürfte genügen, abgesehen von dem Umstand, daß die Unterzeichnung vorläufig noch nicht zu erfolgen braucht.

Sir Edward Grey ließ mir am selben Tage mit dem abschriftlich beigefügten Schreiben den anliegenden, im Foreign Office festgestellten englischen Text zugehen.

Die deutsche Übersetzung ist mittlerweile einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen und mit dem zuständigen Referenten im Foreign Office in unverbindlicher Weise eingehend besprochen worden. Zwei Abschriften des verbesserten deutschen Textes, den die hiesige Regierung voraussichtlich auch amtlich anerkennen würde, beehre ich mich beizufügen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 13. 8. 1913

Soeben hat zwischen Sir E. Grey und mir Paraphierung portugiesischen Kolonialvertrags stattgefunden. Ich habe hierbei nochmals hervorgehoben, daß deutsche Übersetzung vielleicht geringfügige Änderungen notwendig machen würde, die sich aber lediglich auf einzelne Worte beschränken würden, um einen entsprechenden deutschen Ausdruck zu ermöglichen.

Lichnowsky.

## Anlage: Vertragsentwurf

Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Portugal der finanziellen Unterstützung einer oder mehrerer fremder Mächte bedürfen könnte, und um etwaigen aus einer derartigen Sachlage entstehenden internationalen Verwickelungen vorzubeugen, und um Portugals Unversehrtheit und Unabhängigkeit zu erhalten, sowie im Hinblick auf die besonderen Interessen Deutschlands und Großbritanniens in ihren an gewisse portugiesische Besitzungen angrenzenden beiderseitigen Besitzungen und Schutzgebieten in Ost- und Westafrika, haben sich die Unterzeichneten, mit gehörigen Vollmachten ihrer hohen Souveräne versehen, über nachstehendes geeinigt:

I. 1. Sobald entweder die deutsche oder die großbritannische Regierung es für angezeigt hält, einem Ersuchen Portugals um ein Darlehen gegen Verpfändung der Zoll- und sonstigen Einnahmen von Mosambique oder Angola Folge zu geben, wird sie von dieser Tatsache der anderen Regierung Mitteilung machen, und die andere Regierung soll das Recht haben, einen Teil der benötigten Gesamtsumme darzuleihen.

2. Für den Fall, daß die andere Regierung die Absicht kundgibt, dieses Recht auszuüben, werden beide Regierungen über die Bedingungen der beiden Anleihen beraten, und diese Anleihen werden gegen Verpfändung der Zolleinnahmen von Mosambique und Angola möglichst gleichzeitig zur Ausgabe gelangen. Die Anleihen sollen so genau als möglich in demselben Verhältnisse zueinander stehen, wie die für jede derselben als Sicherheit zugewiesenen Zolleinnahmen sich ihrer Höhe nach zueinander verhalten.

3. Die Anleihen sollen zu Bedingungen ausgegeben werden, die für Portugal so günstig sind, als es die Lage des Geldmarktes und die Sicherheit der Anleihen

gestatten, und sollen im übrigen soweit als möglich gleichartigen Bestimmungen unterliegen.

II. Bei Eintritt der in dem vorstehenden Artikel vorgesehenen Umstände sollen dem britischen Darlehen zugewiesen werden: In Mosambique die Zolleinnahmen desjenigen Teiles der Provinz, welcher südlich einer Linie liegt, die von der Mündung des Lukugu ausgeht, dann diesem Fluß entlang läuft bis zur Einmündung des Lugera, dann dem letzteren Flusse bis zu seiner Quelle folgt, dann entlang dem Meridian dieser Quelle bis zum 16. Grad südlicher Breite führt und schließlich diesem Breitengrad bis zur Grenze des britischen Nyassaland-Protectorates folgt; in Angola die Zolleinnahmen desjenigen Teiles der Provinz, welcher östlich vom 20. Meridian östlicher Länge und südlich vom Kassaifluß liegt. Dagegen sollen die Zolleinkünfte der übrigen Teile der Provinzen Mosambique und Angola (mit Einschluß des Kongobezirks, dessen Regierungssitz sich in Kabinda befindet) dem deutschen Darlehen zugewiesen werden.

III. Im Falle, daß Deutschland oder Großbritannien Vertreter entsenden, um sich von der Erhebung der für die Sicherheit der betreffenden Anleihen verpfändeten Einnahmen zu überzeugen, soll die portugiesische Regierung ersucht werden, diesen Vertretern nur Inspektionsbefugnisse zu geben, jedoch kein Recht auf Verwaltung, Einmischung oder maßgebenden Einfluß, solange keine Einstellung der Zins- oder Amortisationszahlung eintritt.

IV. Für den Fall einer Einstellung der Zins- oder Amortisationszahlung einer der beiden Anleihen soll mit der portugiesischen Regierung vereinbart werden, daß sie die Verwaltung der verschiedenen Zollstellen in den beiden Provinzen überantwortet, und zwar die der deutschen Anleihe zugewiesenen Zollstellen an

Deutschland, die der englischen Anleihe zugewiesenen an Großbritannien.

V. 1. Bei Eintritt der im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Umstände sollen alle Rechte, seien es deutsche oder britische, welche vor dem Tage des Abschlusses dieses Abkommens in den in Frage kommenden Provinzen erworben worden sind, in ihrem vollen Umfange sichergestellt sein, vorausgesetzt, daß sie rein privaten Charakter besitzen und weder politische Rechte noch Justizhoheit oder Verwaltungsbefugnisse in sich schließen.

2. Es herrscht Einverständnis darüber, daß künftig weder die deutsche noch die britische Regierung Einfluß zur Erlangung neuer Konzessionen ausüben wird, es sei denn in denjenigen Teilen der Provinzen, deren Zolleinnahmen nach dem gegenwärtigen Abkommen den betreffenden Darlehen zugewiesen werden würden.

VI. Vom Datum des Abschlusses des gegenwärtigen Abkommens ab, wird sich Großbritannien enthalten, einen Anspruch irgendwelcher Art zu erheben auf Besitz, Besetzung, maßgebende Einwirkung oder Ausübung politischen Einflusses in den Teilen der portugiesischen Provinzen, in welchen die Zolleinnahmen nach dem gegenwärtigen Abkommen Deutschland zugewiesen werden würden, sowie auf den Inseln São Thomé und Príncipe; Deutschland wird sich in gleicher Weise enthalten, einen Anspruch irgendwelcher Art zu erheben auf Besitz, Besetzung, maßgebende Einwirkung oder Ausübung politischen Einflusses in den Teilen der portugiesischen Provinzen, in welchen die Zolleinnahmen nach dem gegenwärtigen Abkommen England zugewiesen werden würden, sowie auf dem portugiesischen Teil der Insel Timor.

VII. 1. Sollte eine der beiden Regierungen in denjenigen Teilen der Provinzen Mosambique oder Angola, deren Zolleinnahmen dieser Regierung zugewiesen werden würden, von der portugiesischen Regierung eine Gebietsabtrennung oder die Einräumung besonderer Vorteile erlangen, die nicht bloß gelegentlicher Art, das heißt von geringer Wichtigkeit und zeitlich begrenzt wären, so sollen derartige Gebietsabtretungen oder Einräumungen von Vorteilen nicht eher in Wirksamkeit treten, als bis entsprechende Zugeständnisse von möglichst gleichem Werte der anderen Regierung in denjenigen Teilen der Provinzen eingeräumt worden sind, deren Zolleinnahmen ihr durch das gegenwärtige Abkommen zugewiesen werden würden.

2. Für den Fall, daß eine der beiden Regierungen in denjenigen Teilen der portugiesischen Provinzen, deren Zolleinkünfte ihr nach dem gegenwärtigen Abkommen zugeteilt werden würden, besondere Vergünstigungen gelegentlicher Art, das heißt von geringer Wichtigkeit und zeitlich begrenzt nachsucht, wie sie unverzüglich die andere Regierung benachrichtigen und wird, wenn diese Vergünstigungen bewilligt werden und wenn die andere Regierung dies wünschen sollte, ihren Einfluß dahin geltend machen, um für die andere Regierung gleichartige besondere Vergünstigungen von gleichem Werte zu erlangen.

VIII. Werden in irgendeinem Teile der Provinzen von Mosambique oder Angola Leben oder Eigentum deutscher oder englischer Untertanen, oder Lebensinteressen der angrenzenden deutschen oder englischen Gebiete oder Schutzgebiete durch örtliche Unruhen oder durch das Vorgehen der Ortsbehörden gefährdet, und ist die portugiesische Regierung nicht in der Lage, den nötigen Schutz zu gewähren oder ver-

absäumt sie dies aus irgendeinem anderen Grunde, so werden die deutsche und die britische Regierung nach gemeinsamer Beratung und nach einer gemeinsamen Mitteilung an die portugiesische Regierung Bestimmungen treffen über Art, Dauer und Umfang der Maßregeln, welche zum Schutze der gefährdeten Interessen für nötig gehalten werden.

IX. Erklärt eine der genannten portugiesischen Kolonien, nachdem sie unabhängig geworden und als solche von den beiden hohen Vertragschließenden anerkannt worden ist, oder ein Teil einer solchen unabhängigen Kolonie ihren Anschluß an das Gebiet der einen vertragschließenden Macht, so soll die andere Macht ihrerseits das Recht haben, nach vorheriger Mitteilung an die andere Macht diejenigen Teile einer solchen unabhängig gewordenen Kolonie sich anzugliedern, deren Zolleinkünfte nach dem gegenwärtigen Verträge ihr zugewiesen werden würden.

X. Mit Rücksicht auf die Interessen ihrer beiderseitigen an die portugiesischen Provinzen Angola und Mosambique grenzenden Besitzungen in Ost- und Westafrika, welche durch die Einmischung einer dritten Macht in diesen Provinzen wesentlich beeinträchtigt werden würden, kommen Deutschland und Großbritannien überein, jeder derartigen Einmischung vereint entgegenzutreten, sei es, daß diese Einmischung erfolgt auf dem Wege einer Anleihe an Portugal gegen Verpfändung der Einkünfte dieser Provinzen oder auf dem Wege der Landerwerbung durch Verleihung, Abtretung, Kauf, Pacht, oder auf irgendeine andere Weise.

XI. Sollten Deutschland oder Großbritannien künftig einmal die Verwaltung von Mosambique oder Angola oder von Teilen dieser Provinzen beeinflussen

oder beherrschen, so besteht Einverständnis darüber, daß die Untertanen und die Schutzgebietseingeborenen der einen vertragschließenden Partei mitsamt ihren Gütern und Schiffen, sowie die Erzeugnisse und Fabrikate ihrer Gebiete, Besitzungen, Kolonien und Schutzgebiete in denjenigen Teilen der in dem gegenwärtigen Abkommen einbegriffenen Territorien, welche unter dem Einfluß und die Herrschaft des anderen vertragschließenden Teiles fallen sollten, teilnehmen sollen an allen Vorrechten, Befreiungen und Vergünstigungen in bezug auf Handel, Verkehr, Besteuerung und Schifffahrt, deren sich dort die Untertanen und Schutzgebietseingeborenen des anderen vertragschließenden Teiles erfreuen.

XII. Über die Bedeutung der in dem gegenwärtigen Abkommen getroffenen Bestimmungen gibt der anliegende Abdruck von Stanfords Map of Africa, London, 1911, in großen Zügen Aufschluß.

XIII. Das gegenwärtige Abkommen soll zwischen den vertragschließenden Mächten die Konvention, geheime Konvention und geheime Noten ersetzen, die am 30. August 1898 in London abgeschlossen und gezeichnet worden sind und die hiermit außer Kraft gesetzt werden.

XIV. Das gegenwärtige Abkommen soll ratifiziert werden, und die entsprechenden Ratifizierungsurkunden sollen so bald als möglich ausgetauscht werden. Das Abkommen soll sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Zur Urkund dessen haben die Unterzeichneten, mit den nötigen Vollmachten versehen, dieselbe unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London, den . . . . . 1913.

DER GESANDTE IN LISSABON ROSEN AN DEN REICHS-  
KANZLER VON BETHMANN HOLLWEG Lissabon, 9. 11. 1913

Das am 20. Oktober in London paraphierte deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien, welches Eure Exzellenz mir zur ganz vertraulichen Kenntnisnahme mitzuteilen die Geneigtheit hatten, ist in seiner nunmehrigen endgültigen Form ein Vertragsinstrument, dessen weittragende Bedeutung und erhebliche dem Deutschen Reiche gesicherte Vorteile für jeden einigermaßen politisch Geschulten auf den ersten Blick erkennbar sind. Wer auf die oft unerfreulichen Beziehungen der letzten 12 Jahre zwischen Deutschland und England zurückblickt und der mannigfachen Enttäuschungen gedenkt, die unsere Bestrebungen nach expansiver wirtschaftlich-politischer Betätigung erfahren mußten, wird geradezu überrascht sein, daß das endliche Ergebnis der langen Verhandlungen ein für uns so günstiges geworden ist. Dieser Eindruck wird noch bestätigt und verstärkt, wenn man das Abkommen einer genaueren Prüfung und einer Vergleichung mit dem Abkommen des Jahres 1898 unterzieht. Eine solche Vergleichung der beiden Abkommen muß, der Natur der Sache nach, nach zwei Richtungen erfolgen, der der Verteilung der Interessensphären und der Realisierbarkeit. Der Verlust der portugiesischen Hälfte der Insel Timor — deren Gewinn für uns übrigens immer schon mehr als problematisch war — und des Streifens am linken Sambesiufer wird meiner Ansicht nach mehr als reichlich aufgewogen durch den Gewinn des mittleren Angola und durch das englische Desinteressement an São Thomé und Principe, den beiden Inseln, die wohl den wertvollsten Teil des ganzen portugiesischen Kolonialbesitzes ausmachen. Was wir in Afrika aufgeben, das wirtschaftlich von Engländern

ganz beherrschte Gebiet am Sambesi und einen verhältnismäßig kleinen Teil des östlichen Angola, fällt kaum ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß nunmehr unsere Einflußsphäre in Angola mit Deutsch-Südwestafrika ein kompaktes Kolonialgebiet mit einer Küstenausdehnung von 20 Breitengraden bilden wird, dessen gute Häfen und fruchtbare, zur Ansiedelung geeignete Hochländer eine äußerst gedeihliche Entwicklung für die Zukunft verheißen.

Noch größer als auf dem Gebiete der Länderverteilung erscheinen mir die Vorzüge des neuen Abkommens im Hinblick auf die Möglichkeit seiner Verwirklichung. Das Abkommen vom Jahre 1898 war ganz auf den Voraussetzungen aufgebaut, daß Portugal nahe vor einem unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruch stände und froh sein werde, seine Kolonialzölle gegen ein von Deutschland und England zu gewährendes Darlehen zu verpfänden. Diese Voraussetzung hat sich als irrig erwiesen. Portugal hat seit jener Zeit keine größere Anleihe aufgenommen. Es hat sich finanziell — wenn auch nur mit Not — über Wasser gehalten und hat neuerdings sogar, wie es scheint, der Defizitwirtschaft ein Ende gemacht und sein Budget ins Gleichgewicht gebracht. Die rechtzeitige Erkenntnis dieser Tatsache hat Euer Exzellenz dazu geführt, in das neue Abkommen einige Klauseln hereinzubringen, welche unseren Bestrebungen auch ohne ein Anleihebedürfnis Portugals Rechnung tragen, so daß wir nicht wieder zu befürchten brauchen, daß uns das vertragsmäßig Gewonnene in der Praxis verlorengeht.

Schließlich — last not least — ist die ganze Vereinbarung zwischen der Kaiserlichen und Großbritannischen Regierung nach allen Richtungen derartig abgewogen und ausgeglichen und trägt den

beiderseitigen Bedürfnissen und Interessen so sehr Rechnung, daß beide Teile das Gefühl haben müssen, ein günstiges Geschäft gemacht zu haben. Es ist nicht zu befürchten, daß, wie bei anderen Auseinandersetzungen in älterer und neuerer Zeit, bei dem einen ein Stachel zurückbleibt. Vielmehr kann man zuversichtlich erwarten, daß die Bekanntgabe des Abkommens zu einer dauernden Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen wesentlich beitragen wird.

Soweit sich von hier aus beobachten läßt, liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß andere Mächte, beispielsweise Frankreich, der deutsch-englischen Verständigung gegenüber eine feindliche Haltung anzunehmen gedenken. Infolge einiger Indiskretionen der Presse ist naturgemäß die Wißbegierde meiner Kollegen stark gesteigert, indessen äußert sich diese bisher nicht in Formen, die auf eine bedenkliche Aufregung ihrer Regierungen schließen lassen, und es fällt mir nicht schwer, die nur schüchternen Anfragen ohne Unfreundlichkeit abzuweisen.

Was schließlich den leitenden Teil, Portugal selbst betrifft, so ist der Augenblick des Bekanntwerdens des Abkommens ein verhältnismäßig günstiger. Das Land ist durch Parteikämpfe und innere Verschwörungen so sehr in Anspruch genommen, daß die dem Kolonialbesitz drohende Gefahr bis jetzt nicht die Erregung verursacht, die man sonst hätte erwarten müssen. In der hiesigen Presse erscheinen nicht einmal täglich Artikel, die sich mit der Kolonialfrage beschäftigen, und auch diese wenigen Artikel besprechen sie nur in einem ruhigen, mehr oder weniger resignierten Tone, indem sie die Regierung auffordern, dieser wichtigen Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen, ohne aber positive Vorschläge

zur Abwendung der Gefahr zu bringen. Bei dem Bekanntwerden des Textes des Abkommens müssen wir freilich mit einer gesteigerten Erregung der öffentlichen Meinung rechnen. Aber auch diese wird, bei den bevorstehenden heftigen Kämpfen nach Eröffnung der Kammern, wohl kaum so nachhaltig sein, wie es in normalen Zeiten der Fall sein würde.      R o s e n.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 15. 12. 1913

Bei meinem heutigen Besuche bei Sir Edward Grey brachte ich die Unterhaltung auch auf das portugiesische geheime Abkommen. Ich erwähnte, daß nach gewissen uns zugegangenen Nachrichten hier die Absicht zu bestehen schiene, gleichzeitig mit unserem Vertrag auch den sogenannten Windsor-Vertrag zu veröffentlichen. Uns sei der Inhalt unbekannt. Falls derselbe aber etwa einen Paragraphen enthielte, durch welchen England den gesamten portugiesischen Besitzstand aufrechtzuerhalten sich verpflichte, so würde die Veröffentlichung unseres Vertrages den gewünschten Erfolg, den Beweis eines guten Einvernehmens zwischen beiden Regierungen auch auf kolonialpolitischem Gebiete zu erbringen, in keiner Weise erreichen. Unsere öffentliche Meinung würde im Gegenteil gegen die Kaiserliche Regierung den Vorwurf erheben, daß sie sich habe aufs Glatteis führen lassen, und gegen England, daß es mit uns nicht aufrichtig verfahren sei.

Sir Edward Grey entgegnete, daß der neue Vertrag nichts weiter enthalte, als eine Bekräftigung des alten, in welchem allerdings von einem Schutze des portugiesischen Besitzstandes die Rede sei. Dem wiederholten Drängen der portugiesischen Regierung, den

Vertrag zu veröffentlichen, habe er nicht eher entsprechen wollen, als bis er auch in der Lage sei, den unsrigen bekanntzugeben. Ehe er aber an die portugiesische Regierung herantreten und ihr Mitteilung machen werde von dem Inhalt unserer Abmachungen, wolle er das gesamte Material zu meiner Kenntnis bringen, so daß wir in der Lage sein würden, vorher in der Frage Stellung zu nehmen.

Unter diesen Umständen habe ich geglaubt, von weiteren Schritten abstehen zu sollen, da wir dadurch in die Lage versetzt werden, unsere Zustimmung zur Veröffentlichung von dem Inhalte des Windsor-Vertrages abhängig zu machen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 7. 1. 1914

Ich benutzte meinen heutigen Besuch bei Sir Edward Grey, um nochmals darauf hinzuweisen, daß die gleichzeitige Veröffentlichung des deutschen und des portugiesischen Geheimvertrages bei unserer öffentlichen Meinung den übelsten Eindruck hervorrufen müßte und bei uns daher zu den ernstesten Bedenken Anlaß gäbe.

Sir Edward entgegnete abermals, daß der sogenannte Windsor-Vertrag nur eine Bekräftigung des früheren alten enthielte und auf Drängen der Portugiesen geschlossen worden sei, die von dem Abschluß unseres geheimen Vertrages Wind bekommen hätten. Den wiederholten Wunsch der Portugiesen auf Veröffentlichung ihres Vertrages habe er immer unter Hinweis darauf zurückgewiesen, daß er nur gleichzeitig mit dem unsrigen veröffentlicht werden könne.

Ich entgegnete, daß es doch zweierlei sei, ob der Besitzstand vom Jahre 1661 oder der Besitzstand vom

Jahre 1899 gewährleistet werde. Der Minister war von diesem Einwand sichtlich überrascht und sagte, dieser Gedanke sei ihm ganz neu, und er wolle sich daraufhin die Verträge noch einmal ansehen. Als ich ihn hierauf fragte, ob er in der Lage sei, mir Einsicht in den letzten Vertrag zu gestatten, da dessen Inhalt unsere Stellungnahme sehr wesentlich beeinflussen würde, stellte er mir eine baldige Antwort in Aussicht. Anscheinend kennt er die Verträge selbst nicht mehr genau und will sie nochmals gründlich studieren.

Übrigens gab er mir noch zu verstehen, daß auch für ihn die Frage der Veröffentlichung durchaus keine brennende sei.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 27. 1. 1914

Bei meinem heutigen Besuche bei Sir Edward Grey kam der Minister auf unser geheimes Abkommen über die portugiesischen Kolonien zu sprechen und sagte, er wolle mir den Inhalt des sogenannten Windsor-Vertrags unserem Wunsche gemäß mitteilen. Dieser letzte Vertrag mit Portugal bestätige ihm im wesentlichen alle früheren, nehme aber insbesondere Bezug auf zwei frühere Artikel, und zwar auf den Artikel 1 des Londoner Vertrags vom 29. Januar 1642 und auf den geheimen Artikel des Vertrags vom 28. April 1660. Nach letzterem, auf den mich Sir Edward besonders aufmerksam machte, verspricht England „to defend and protect all conquests or colonies belonging to the crown of Portugal against all its enemies as well future as present.“ Neue Zusätze enthalte der Windsor-Vertrag nicht, wohl aber habe die britische Regierung die Verpflichtung übernommen, den portugiesischen Besitzstand jederzeit zu schützen, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Ausdehnung.

Sir Edward meinte nun, daß er unsere Bedenken vollkommen würdige, und schien einzusehen, daß die gleichzeitige Veröffentlichung beider Verträge bei uns einen unerwünschten Eindruck hervorbringen würde. Er habe sich die Sache daher überlegt und glaube, daß ein Ausweg zu finden sei, wenn zunächst nur die Verträge von 1898 und 1899 veröffentlicht würden, also der bisherige deutsch-englische und der letzte britisch-portugiesische; die Veröffentlichung unseres jüngsten Vertrages aber erst später nachfolge.

Auf diese Weise würde der Angelegenheit die Spitze genommen, da die jetzigen Staatsmänner nicht verantwortlich gemacht werden könnten für frühere Verträge; unser neuester Vertrag würde alsdann später nur als eine naturgemäße Weiterentwicklung des früheren erscheinen und könne daher zu Angriffen und Mißdeutungen keinen Anlaß bieten.

Der Minister, der die beiden genannten Verträge, das heißt, die von 1898 und 1899, möglichst bald veröffentlichen möchte, wird sicherlich für die Bekanntgebung unserer jüngsten Abmachung einen uns genehmen Zeitpunkt abwarten wollen. Er bat mich, seinen Vorschlag Eurer Exzellenz zur Prüfung zu übermitteln. Ich versprach dies zu tun, und enthielt mich vorläufig der Erwiderung. Ich darf daher bitten, mich bald in die Lage setzen zu wollen, Sir Edward zu antworten. Erwähnen möchte ich noch, daß der Windsor-Vertrag die beiden angegebenen Paragraphen wörtlich anführt, sie also der Öffentlichkeit, auch ohne besonderes Aktenstudium, bekanntgegeben werden. Trotz mancher Bedenken glaube ich mich aber dem diesseitigen Vorschlage anschließen zu sollen, da er gewissermaßen eine historische Grundlage schafft und die Gegenwart entlastet. Zu einem völligen Verzicht auf die Veröffentlichung aber wird

die hiesige Regierung, schon weil sie sich durch Versprechungen gebunden fühlt, die sie den Portugiesen gegenüber eingegangen ist, wohl kaum zu veranlassen sein.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 7. 2. 1914

Für Herrn Staatssekretär von Jagow.

**B**rief erhalten. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß man hier darauf eingeht, in das preamble unseres letzten Vertrages eine ausdrückliche Außerkraftsetzung des Windsor-Vertrages aufzunehmen. Es wäre daher zwecklos, mich zu beauftragen, mit einem solchen Anliegen an Sir E. Grey heranzutreten. Hier wünscht man, wie ich wiederholt auseinandergesetzt habe, den seit Jahrhunderten mit Portugal bestehenden Bündnisvertrag, der ja lediglich in Windsor erneuert wurde, wenigstens der Form nach mit unserem Vertrag in Einklang zu bringen. Kein englischer Minister würde sich dazu verstehen, unter Außerachtlassung dieser Form, das heißt unter offenkundiger Verletzung der souveränen Rechte Portugals einen Vertrag zu schließen, der die Beraubung einer befreundeten, und in diesem Fall noch dazu verbündeten Macht offenkundig zum Zwecke hätte. Selbst die über Marokko abgeschlossenen Verträge haben meines Wissens zunächst die volle Souveränität des Sultans gewährleistet. Alle mit England über die portugiesischen Kolonien abgeschlossenen Verträge behandeln formal im wesentlichen die Schaffung beiderseitiger Interessensphären. Unsere eigentlichen Absichten sind hier genau bekannt, und ist denselben in beiden Verträgen dadurch Rechnung getragen, daß Verhältnisse berücksichtigt wurden, welche die Möglichkeit schaffen, die alte englisch-portugiesische Vertragsgrundlage zu umgehen und gewaltsame Eingriffe in

portugiesische Hoheitsrechte gelegentlich herbeizuführen. Ich vermag daher nicht einzusehen, wie das deutsche Publikum, namentlich, falls die Veröffentlichung unter entsprechendem Hinweis auf die vorhandenen Aussichten und Möglichkeiten erfolgen, an dem Fortbestand und der Erneuerung alter Verträge Anstoß nehmen könnte in der Erwartung, daß zwischen uns und England in Friedenszeiten die Eroberung des Besitzstandes einer befreundeten Macht verabredet wurde.

Lichnowsky.

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON  
JAGOW AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON FÜRSTEN  
VON LICHNOWSKY

Berlin, 26. 2. 1914

Ich hätte in meinem letzten Brief an Sie den Vorschlag, die Engländer in dem preamble zu unserem portugiesischen Vertrag den Windsor-Vertrag abschwören zu lassen, gewiß nicht gemacht, wenn ich hätte voraussehen können, daß der Gedanke, diese Anregung bei Grey vertreten zu sollen, Sie so alarmieren würde. Ich dachte natürlich nur an eine gelegentliche Bemerkung in dem Sinne, daß, wie die Dinge nun einmal lägen, wohl nichts anderes übrig bleibe, als den Windsor-Vertrag wieder rückgängig zu machen, wie ja auch seinerzeit England durch diesen Vertrag unsere Abmachungen von 1898 annulliert hat. An eine solche halb im Ernst, halb im Scherz gemachte Bemerkung ließe sich ja dann eine weitere Diskussion der ganzen Frage leicht anknüpfen. Denn, wie ich Ihnen schon schrieb, bildet der Vorschlag Greys, die Verträge von 1898 und 1899 gleichzeitig zu veröffentlichen, keine geeignete Lösung des Problems. Unsere öffentliche Meinung geradezu mit der Nase darauf zu stoßen, daß unsere Verein-

barungen von 1898 durch England im Jahre 1899 bereits illusorisch gemacht wurden, würde doch nicht sehr zweckmäßig sein. Grey hat es wiederholt — ich glaube auch öffentlich — ausgesprochen, wieviel ihm daran gelegen ist, die englische Politik von dem auf ihr lastenden Odium der Unzuverlässigkeit zu befreien. Es ist kaum zweifelhaft, daß sein zähes Festhalten an der Entente und speziell auch die weitgehende, durch den Wortlaut der Abmachungen von 1904 nicht bedingte Gefolgschaft, die der Minister Frankreich in der Marokkofrage hat zuteil werden lassen, nicht zum wenigsten auf die Besorgnis zurückzuführen war, anderenfalls den Ruf „perfidious Albion“ wieder erschallen zu hören. Ich glaube, daß, wenn Sie ihm Ihre Besorgnisse über die Beurteilung zum Ausdruck bringen, die der englische Schachzug im Jahre 1899 in der Öffentlichkeit finden könne, das seinen Eindruck nicht verfehlen würde. Grey ist ja, wie im Privatleben so auch politisch, zweifellos ein Sonderling und bedarf einer sehr vorsichtigen und geschickten Behandlung. Auf die scheinen Sie sich aber doch gerade zu verstehen. Ich erinnere Sie zum Beispiel an die Episode, als wir im vergangenen Frühjahr noch gewisse Zusätze zu dem preamble unseres Vertrages durchzusetzen wünschten. Sie waren damals sehr unzufrieden mit uns und haben, wie ich weiß, Ihrem Unmut über den hier herrschenden „Bureaukratismus“ und das uns mangelnde Augenmaß für das in England Erreichbare freien Lauf gelassen. Um so erleichteter atmeten wir auf, als Sie bald darauf melden konnten, Grey habe lachend das Zutreffende Ihrer Argumente anerkannt. So wurde das preamble unseren Wünschen entsprechend amendiert und damit eine für unsere öffentliche Meinung sehr wesentliche Verbesserung des Vertrages erzielt. Um

dieselbe Zeit schrieben Sie mir in einem Privatbrief vom 2. Juli, der mir vorliegt, in der Bagdadbahnfrage und der portugiesischen Frage hätten wir so ziemlich alles erreicht, was zu erreichen sei. Sie rieten dringend zum Abschluß. Was haben Sie nicht in der Zwischenzeit noch alles durchgesetzt durch ruhiges, zähes Festhalten an unseren Forderungen, ohne daß unsere Beziehungen zu England darunter gelitten hätten! Gute Beziehungen sind ja schließlich auch nicht Selbstzweck, sondern nur dann von Wert, wenn dabei etwas Positives herauskommt. Die englische Politik läuft auf eine nüchterne, konsequente, von jeder Sentimentalität sich fernhaltende Verfolgung der englischen Interessen hinaus. Es ist kein Grund vorhanden, warum wir nicht dasselbe System zur Anwendung bringen sollen. Es bedarf aber keiner näheren Begründung, daß die Veröffentlichung unserer Verträge über die portugiesischen Kolonien unserem Interesse nicht entspricht, wenn man die Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägt. (!) Ein gewisser Vorteil liegt ja gewiß darin, daß wir nach Bekanntwerden der beiderseitigen Interessensphären das Eindringen englischen Kapitals in unsere Interessensphäre weniger zu besorgen haben. Dem steht aber als schwerer Nachteil der von portugiesischer Seite zu erwartende Widerstand gegen das Eindringen unseres eigenen Kapitals in den betreffenden Teilen des portugiesischen Kolonialbesitzes gegenüber. Wir haben schließlich — wie Sie wissen, mit großem Widerstreben — dem englischen Wunsch nachgegeben und uns zu der Veröffentlichung bereit erklärt. Allerdings konnten wir damals unmöglich annehmen, daß uns die englische Regierung eine so gewichtige Tatsache wie den Abschluß des Windsor-Vertrages verschweigen würde. Ich kann Grey den Vorwurf nicht

ersparen, daß er in dieser Hinsicht nicht ganz loyal gehandelt hat. Natürlich hat es keinen Zweck, darüber mit ihm rechten zu wollen. Aber wir haben anderseits keinen Anlaß, uns zu seiner Entlastung sein Argument zu eignen zu machen, der Windsor-Vertrag sei nichts anderes als die alten Bündnisverträge. Das ist eben durchaus nicht der Fall. In dem Vertrage von 1660 steht kein Wort davon, daß die englische Regierung sich verpflichtet, den portugiesischen Besitzstand jederzeit zu schützen, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Ausdehnung. Wenn sich diese Verpflichtung aus dem Windsor-Vertrag ergibt, so müßte darin mehr enthalten sein, als Artikel 1 des Londoner Vertrages von 1642 und der Geheimartikel des Vertrages von 1660 besagt. Es ist aber doch kaum anzunehmen, daß England im Jahre 1899 die grausame Ironie gehabt haben sollte, dem portugiesischen Bundesgenossen etwaige künftige koloniale Erwerbungen zu garantieren! Stand das aber nach englischer Auffassung schon in den alten Verträgen, wozu bedurfte es dann überhaupt deren Erneuerung im Jahre 1899? Die englische These ist eben ganz unhaltbar, wenn auch Diskussionen darüber vielleicht zwecklos sind. Aber ein Festhalten an unserer Auffassung Grey gegenüber empfiehlt sich zur Stärkung unserer Position.

Was nun die weitere Behandlung der Angelegenheit betrifft, so bitte ich Sie, sobald dieselbe wieder zur Sprache kommt — wir haben ein Interesse an einer dilatorischen Behandlung im Hinblick auf unsere wirtschaftlichen Pläne in Angola und Nyassaland, deren Verwirklichung immerhin noch geraume Zeit erfordern wird —, Grey nochmals sehr nachdrücklich zunächst den Verzicht auf die Veröffentlichung der Verträge überhaupt nahelegen. Sollte sich der Minister, wie

vorauszusehen, hierauf nicht einlassen wollen, so sagen Sie ihm, das äußerste, was Sie glaubten, hier erwirken zu können, sei, daß wir der Veröffentlichung zustimmen würden, wenn die Veröffentlichung des Windsor-Vertrages unterbliebe. Ich bemerkte hierzu, daß aus keinem der Berichte aus Lissabon — die der Botschaft mitgeteilt sind — hervorgeht, daß England der portugiesischen Regierung gegenüber eine Verpflichtung zur Veröffentlichung übernommen hat. Auch ist es schließlich die Sache der englischen Regierung, wie sie sich darüber mit Portugal auseinandersetzen will. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns darüber den Kopf zu zerbrechen. Einem gleichzeitigen Hinweis auf die alten Bündnisverträge steht ja nichts im Wege. Enthält nach Ansicht Sir E. Greys der Windsor-Vertrag nichts, was nicht schon in diesen Verträgen enthalten war, so ist auch die Veröffentlichung des Windsor-Vertrages überflüssig. Es genügt ja vollständig die Bezugnahme auf die alten Vereinbarungen! Besser ist es natürlich, auch diese Bezugnahme unterbleibt, weil man bei uns auch daraus wieder folgern wird, daß après tout unsere ganzen Vereinbarungen ziemlich wertlos papierne Abmachungen sind. Bei dem großen Einfluß, den Sie bei Grey haben, und der Vollendung, mit der Sie die englische Sprache beherrschen, kann ich mir kaum vorstellen, daß es Ihnen nicht schließlich gelingen sollte, ihn zu überreden. Liegen ihm die Beziehungen zu uns wirklich am Herzen, so muß er doch auch einmal zu einem Opfer bereit sein, das doch wirklich nicht sehr groß ist, wenn man die Stellung Englands in Portugal in Betracht zieht, wo die Engländer doch schließlich alles tun können, was sie wollen.

Also seien Sie etwas optimistischer in Beurteilung unserer englischen Freunde.

Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfall werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut, und man wird sich meiner Überzeugung nach im gegebenen Falle in England doch sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob es denn ganz so einfach und ungefährlich ist, den Schutzengel Frankreichs gegen uns zu spielen. (!)

Recht unerfreulich ist übrigens die tendenziöse Berichterstattung Ihres Marineattachés. Können Sie ihn nicht etwas mehr an die Leine nehmen? Diese ewigen Hetzereien und Verdächtigungen der englischen Politik sind außerordentlich störend, besonders weil en haut lieu damit immer gegen mich argumentiert wird. Letzteres natürlich streng vertraulich. Jagow.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 3. 3. 1914

Wie bereits kurz gemeldet, ist es mir gelungen, Sir E. Grey dazu zu bestimmen, auf die Veröffentlichung der geheimen Verträge, und zwar sowohl auf die mit uns wie auf den mit Portugal vorläufig zu verzichten. Ich legte dem Minister dar, wie der sogenannte Windsor-Vertrag, selbst wenn er nur die Bekräftigung der früheren britisch-portugiesischen Verträge enthielte, bei unserer öffentlichen Meinung dennoch einen ungünstigen Eindruck hervorrufen und jedenfalls die erfreuliche Wirkung, die unser Übereinkommen verursachen würde, beeinträchtigen könnte. Es würde sich daher empfehlen, wenn es ge-

länge, die gesamte Veröffentlichung hinauszuschieben oder zu unterlassen, zum mindesten aber den Windsor-Vertrag auszuschalten.

Der Minister entgegnete, daß er von den Portugiesen gedrängt werde, auch den letzten Vertrag zu veröffentlichen, daß er sich aber unseren Wünschen nicht verschließen wolle, da er gern alles vermeiden möchte, was vielleicht geeignet wäre, einen Schatten auf die öffentliche Stimmung zu werfen. Er sei aus zweierlei Gründen seinerzeit auf die Neubearbeitung des Vertrages eingegangen. Erstens, weil er durch Veröffentlichung desselben damals, wo unsere Beziehungen nicht so günstig gewesen seien wie heute, der Welt haben den Beweis erbringen wollen, daß wir uns in wichtigen gemeinsamen Interessen verständigen könnten, um dadurch auch unsere beiderseitigen Beziehungen zu verbessern, und zweitens, weil es ihm daran gelegen sei, mit Rücksicht auf Australien die Insel Timor aus dem Vertrage herauszubringen.

Unsere Beziehungen hätten sich inzwischen wesentlich gebessert, so daß es nicht mehr notwendig sei, durch Veröffentlichung des Vertrages Stimmung zu machen. Unsere beiderseitige Interessensphäre sei festgelegt, und wir könnten zum Beispiel in der Benguellabahnfrage unsere Zwecke verfolgen. Unter diesen Umständen läge auch für ihn augenblicklich kein Grund vor, zur Veröffentlichung zu schreiten.

Streng vertraulich erfahre ich, daß von französischer Seite heftige Vorstellungen hier erhoben wurden über den Inhalt unseres Vertrages, über den Einzelheiten in Paris bekanntgeworden sind. Man nimmt dort namentlich Anstoß daran, daß São Thomé und Principe in den Vertrag eingeschlossen wurden, da

diese Inseln nördlich des Äquators liegen und daher zur französischen Interessensphäre gehörten. Überhaupt ist man in Paris über die zunehmende Innigkeit unserer Beziehungen mit England verstimmt, und mögen wohl Rücksichten auf französische Empfindlichkeiten bei der Bereitwilligkeit Sir Edwards, von einer Veröffentlichung jetzt abzusehen, mitgespielt haben. Der bevorstehende Königsbesuch wird hiernach unseren Wünschen in dieser Richtung förderlich gewesen sein.

Lichnowsky.

AN DEN STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 7. 3. 1914

Wie Sie aus meiner Berichterstattung wissen, ist die portugiesische Angelegenheit vorläufig im Sinne Ihrer Wünsche erledigt worden. Es erübrigt sich daher für mich, auf die Einzelheiten Ihres Briefes vom 26. v. Mts. näher einzugehen, obwohl ich nicht mit allen Ausführungen vollkommen übereinzustimmen vermag. Ob es nun freilich gelingen wird, die Veröffentlichung überhaupt zu verhindern, ist eine andere Frage, die sich vorläufig noch nicht übersehen läßt, und zunächst wird Grey jedenfalls auf die Veröffentlichung nicht zurückkommen, und zwar, wie ich angedeutet habe, teilweise aus Rücksicht auf französische Empfindlichkeiten. Ist aber der Besuch in Paris einmal vorüber, und ist es ihm gelungen, die Franzosen über unsere Abmachungen zu beruhigen, so halte ich es nicht für unmöglich, daß er alsdann darauf zurückgreift. Ich sehe auch nicht recht ein, wie wir, nachdem schon so viel in der Öffentlichkeit von diesen Abmachungen die Rede gewesen ist, und der Herr Reichskanzler im Reichstage davon gesprochen hat, auf die Dauer über den Inhalt unserer Vereinbarungen

nichts mitteilen sollen. Ich neige ferner der Auffassung zu, daß der Vertrag nach der Veröffentlichung eine weit größere Bedeutung besitzt als vor derselben. Denn daß derselbe tatsächlich die Aufteilung der portugiesischen Kolonien bedeutet, geht doch ziemlich deutlich aus ihm hervor, wenn auch die Form hinsichtlich der Unversehrtheit des portugiesischen Besitzstandes gewahrt ist und die Beraubung Portugals nicht direkt ausgesprochen wurde. Es würde auch zweifellos in allgemeinpolitischer Hinsicht nicht bedeutungslos sein, wenn ein derartiges Abkommen zwischen uns und England vor die Öffentlichkeit träte, und gerade aus diesem Grunde scheint man hier aus Rücksicht auf Paris die Veröffentlichung gerade jetzt nicht recht zu wünschen. Auch vermag ich mich, wie Sie wissen, der Auffassung, daß der sogenannte Windsor-Vertrag vom Jahre 1899 unsere Abmachungen „annulliert“ hätte, durchaus nicht anzuschließen. Auch vor der Erneuerung haben die englisch-portugiesischen Verträge vollkommen in Kraft gestanden, was von allen englischen Kabinetten zu den verschiedensten Zeiten immer wieder betont worden ist. Und der Geheimartikel des Vertrages vom Jahre 1660 enthält, wie ein Blick in die Akten Ihnen zeigen wird, tatsächlich die Zusicherung der Verteidigung aller Besitztümer der Krone Portugals für Gegenwart und Zukunft. Dieser Vertrag war uns ja bekannt im Jahre 1898, und niemand ist es damals eingefallen zu verlangen, daß er außer Kraft gesetzt werden sollte. Eine derartige Zumutung würde also wohl sicherlich hier als ein schlechter Scherz aufgefaßt werden. Daß die Portugiesen, als sie von unserem ersten Verträge Wind bekamen, unter der Führung Soverals\*) auf eine Neu-

\*) Portugiesischer Gesandter in London.

belebung ihres vergilbten Bundes drängten, läßt sich begreifen, tatsächlich haben unsere Vereinbarungen mit England im Jahre 1898 aber genau unter denselben Voraussetzungen stattgefunden, wie in den Jahren 1912 und 1913, und unser Publikum kann doch nicht gut erwarten, daß wir mit einem befreundeten Staate über den Besitz eines dritten uns befreundeten und mit dem anderen Kontrahenten verbündeten Staates Vereinbarungen treffen, die die Beraubung dieses Dritten mitten im Frieden offenkundig aussprechen.

Doch hierüber brauchen wir uns jetzt nicht zu ereifern, denn die Angelegenheit ist, vorläufig wenigstens, Ihren Wünschen entsprechend geregelt, und ich glaube nicht, daß Grey sobald wieder auf die Veröffentlichung zurückkommt. Eine andere Frage ist freilich, ob wir die endgültige Ausfertigung des Vertrages, der bisher bekanntlich nur paraphiert worden ist, für angezeigt halten. Ich habe in dieser Richtung, da ich Ihre Wünsche nicht kannte, mit Grey noch nicht gesprochen. Meiner Ansicht nach wäre eine baldige Unterzeichnung schon deshalb erwünscht, weil sie allen späteren Abänderungen, die etwa französischen Klagen Rechnung trügen, einen Riegel vorschieben würde. Ich glaube ja nicht, daß Grey einen Vertrag, den er so gut wie abgeschlossen hat, nachträglich verstümmeln würde. Das wäre ganz gegen seine sonst so ehrliche und gerade Natur, aber man kann doch nicht wissen, ob nicht doch vielleicht die Unionisten mal herankommen, und ob Lord Curzon oder Lord Lansdowne oder wer sonst alsdann die äußeren Angelegenheiten übernehme, sich mit ihm einverstanden erklärt. Nach gewissen Andeutungen, die mir geworden sind, ist es allerdings nicht unmöglich, daß man hier nicht wünschen wird, den Vertrag eher zu unterschreiben, als bis er zur Veröffentlichung gelangt. Ich möchte

aber, falls es Ihnen recht ist, Grey gelegentlich auf die Unterzeichnung anreden, und zwar in der Form, daß ich ihm sage, es läge mir persönlich viel daran, unser Abkommen zum Abschluß zu bringen, um auf diesem Gebiete etwas Ganzes geleistet zu haben.

Sehr erleichtert würde mir meine Aufgabe in diesem Falle wie im allgemeinen, wenn es Ihnen gelänge, angesichts des bevorstehenden Besuches in Paris unsere Presse in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie sich einer unfreundlichen und schulmeisterlichen Kritik sowohl des Besuches wie der englisch-französischen Beziehungen überhaupt enthielte. Sir Edward Grey wird, wie Sie wissen, die Majestäten begleiten, da auch Herr Pichon mit Herrn Poincaré hier war. Sonst würde Sir Arthur Nicolson mitreisen. Es würde nun Grey natürlich sehr verstimmen, wenn diese Tatsache zu ausfälligen Bemerkungen führen würde, nach Art etwa des jüngsten Artikels der „Kölnischen Zeitung“ über Rußland. Wie ich wiederholt ausgeführt habe, liegt der hiesigen Regierung daran, sowohl mit uns als auch mit Frankreich auf gutem Fuße zu stehen. Die erfolgte Annäherung an uns ist von den meisten englischen Politikern, in erster Linie aber auch von der Geschäftswelt mit lebhafter Genugtuung begrüßt worden. Man wünscht hier aber nicht, daß die Besserung unseres Verhältnisses auf Kosten der französischen Entente erfolge, und Sir Edward Grey würde sich sowohl von seinen Freunden wie auch von seiten der Opposition, bei welcher zum Beispiel Mr. Balfour, Lord Lansdowne und Mr. Chamberlain lebhaftes Befürworter des Zusammengehens mit Frankreich sind, heftigen Angriffen ausgesetzt sehen, falls eine Entfremdung mit Paris einträte.

Streng vertraulich erfahre ich, daß man in amtlichen französischen Kreisen beunruhigt ist über die zunehmende Herzlichkeit unserer Beziehungen zu England und über den Einfluß, den wir hier besitzen. Namentlich scheint auch das Kolonialabkommen, dessen Inhalt im wesentlichen wohl in Paris bekannt sein dürfte, dort Mißfallen erregt und zu lebhaften Vorstellungen bei Sir Edward Grey geführt zu haben. Er wird also zunächst versuchen, die Franzosen zu beruhigen und ihrer Eitelkeit zu schmeicheln; auch liegt ihm viel daran, seinen bisherigen Einfluß dort zu erhalten, schon weil die innere Entwicklung dieses Landes ihm kein großes Vertrauen einflößt, und die Rückkehr Rußlands zur Reaktion ihn außerdem beunruhigt. Je weniger unsere Presse nun in den leider bei uns so beliebten Polterton verfällt, oder gar Frankreich gegenüber eine anmaßende oder kriegerische Sprache führt, um so weniger wird er sich genötigt sehen, von uns abzurücken. Denn darüber dürfen wir uns nicht im Zweifel sein, daß, wenn er zu wählen hat, er sich für Frankreich entscheiden wird, ähnlich wie wir, vor die Wahl gestellt zwischen Österreich und Rußland, uns für ersteres entscheiden würden. Die ungeschmälerte Erhaltung Frankreichs gilt den Engländern ebensosehr als eine politische Notwendigkeit wie uns die Erhaltung Österreich-Ungarns, und sie würden daher, wie ich nochmals hervorheben möchte, in einem Kriege zwischen uns und Frankreich unter allen Umständen ihre schützende Hand über letzteres halten, und ich bedauere lebhaft, daß trotz meiner wiederholten und eingehenden Darlegungen über diesen wichtigen Punkt diese Tatsache immer noch Zweifeln begegnet. Da man hier eben den Frie-

den will und nicht genötigt zu werden wünscht, an einem Kriege teilzunehmen, um eine Verschiebung der bestehenden Machtverhältnisse zu verhindern, so bildet die Enthaltung von allen Kundgebungen, die dahin gedeutet werden, daß wir Unruhe stiften wollen, die Grundlage für die Geneigtheit Greys, unseren Wünschen entgegenzukommen und die deutsche Freundschaft zu pflegen. Ich sage hier bei jeder passenden Gelegenheit, daß wir gegen die britisch-französische Freundschaft durchaus nichts einzuwenden haben, da der Einfluß Englands in Paris sich stets im Sinne der Mäßigung und des Friedens betätigt hat, und wir daher keinen Grund hätten, uns über die britisch-französische Intimität zu beklagen. Unseren hiesigen Interessen und Zwecken wäre am besten gedient, wenn die deutsche Presse aus Anlaß des bevorstehenden Besuches eine ähnliche Note anschlagen wollte.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 26. 3. 1914

Bei der Entwicklung, welche die irische Angelegenheit durch das Versagen der englischen Offiziere genommen hat, dürfte ein baldiger Rücktritt des gesamten Kabinetts durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen. Unter diesen Umständen möchte ich anheimstellen, ob nicht die politische Lage eine baldige Unterzeichnung des Kolonialvertrags unbedingt erwünscht erscheinen läßt. Der Rücktritt des Sir E. Grey könnte das Zustandekommen des vorläufig nur paraphierten Vertrages auf das schwerste gefährden. Die Bagdadverhandlungen können aber noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Was die Veröffentlichung des Windsor-Vertrags betrifft, so geht aus meiner Berichterstattung hervor:

1. daß Sir E. Grey die Veröffentlichung beider Verträge auf ganz unbestimmte Zeit vertagt und nie daran gedacht hat, ohne unsere Zustimmung irgend etwas zu veröffentlichen, und

2. daß er nur beide Verträge, nicht aber einen allein, veröffentlichen will, daß daher auch die Veröffentlichung des Windsor-Vertrags solange unterbleibt wie die des unseren. Sollte aber unserer später einmal auf Grund beiderseitigen Einvernehmens veröffentlicht werden, so wird dies nur unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Windsor-Vertrags geschehen können.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 1. 4. 1914

Ich hatte heute Gelegenheit, Sir Edward Grey vor seiner morgigen Abreise zu sprechen. Der Minister wollte eigentlich schon gestern verreisen, da jetzt der gegebene Augenblick für den Angelsport gekommen ist und außerdem die parlamentarischen Osterferien vor der Tür stehen, sah sich aber genötigt, seine Abreise um einige Tage mit Rücksicht auf die parlamentarische Geschäftslage zu verschieben. Er dürfte voraussichtlich kurz nach Ostern nach London zurückkehren.

Ich sagte ihm, ich sei gekommen, um ihn zu fragen, ob er Bedenken trüge, unsern bisher nur paraphierten Geheimvertrag nunmehr auch zu unterschreiben. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn nach soviel beiderseitiger Mühe und Arbeit das Werk, welches seinem Abschluß so nahe sei, nicht zur Vollendung gelange. Das bisherige Ergebnis gewähre zwar eine moralische, nicht aber eine rechtliche Sicherheit, und es schiene mir nicht erwünscht, diesen Zustand anstehen und den

Wechselfällen der Politik ausgesetzt sein zu lassen. Ich ließ hierbei mit einfließen, daß wir uns zwar darüber geeinigt hätten, die Veröffentlichung der Verträge vorläufig zurückzustellen, daß ich aber dennoch glaubte, daß sich vielleicht in der Zukunft ein für beide Teile gangbarer Weg, der zur Lösung dieser Frage führe, werde finden lassen, falls die Frage der Veröffentlichung hindernd im Wege stehen sollte.

Sir Edward Grey erwiderte, daß er nicht in der Lage sei, den Vertrag zu unterzeichnen, falls derselbe nicht veröffentlicht werde. Er habe wiederholt öffentlich erklärt, daß er keine neuen geheimen Abmachungen einzugehen gewillt sei, und es sei ihm daher unmöglich, einen geheimen Vertrag abzuschließen. Er habe nicht nur durch mich, sondern in noch weit stärkeren Ausdrücken durch die Vermittlung Sir E. Goschens\*) vom Herrn Staatssekretär selbst erfahren, welche verhängnisvollen Wirkungen das Bekanntwerden des Windsor-Vertrages bei unserer öffentlichen Meinung hervorrufen würde, und nichts läge ihm ferner, als eine Trübung unserer Beziehungen herbeiführen zu wollen. Er wiederholte, was er mir schon bei unserer letzten Unterredung gesagt, daß der Hauptzweck, den er bei der Neuregelung unseres Vertrages im Auge gehabt hätte, die Besserung unserer Beziehungen gewesen sei, welche damals nicht die erfreuliche heutige Temperatur hätten aufweisen können. Wenn also, wie er erfahre, unsere öffentliche Meinung an dem Windsor-Vertrag Anstoß nehmen würde, so würde der ganze Zweck verfehlt sein. Es sei ihm aber aus bekannten Gründen unmöglich, den portugiesischen Vertrag nicht zu veröffentlichen, falls der unsrige das Licht der Welt erblicke. Würde unterschrieben, so

\*) Britischer Botschafter in Berlin.

müßten beide Verträge veröffentlicht werden, und zwar möglichst gleichzeitig. Im übrigen sei unser locus standi ja der Vertrag von 1898, der sich ganz gut bewähre, wie die Benguellabahn zeige.

Ich erwiderte, daß der Vertrag von 1898 für beide Teile viel weniger befriedigend sei, wie die neuesten Abmachungen, und daß er dringend einer Revision bedürfe, und zwar aus geographischen, praktischen wie politischen Rücksichten. Es würde daher höchst bedauerlich sein, wenn die ganze mühevollen Arbeit an der Veröffentlichungsfrage zunichte würde, und ich glaubte sagen zu können, daß vielleicht Aussicht vorhanden wäre, daß wir nach Schluß des Reichstages ihr vielleicht wieder nähertreten könnten trotz aller Bedenken, die wir hinsichtlich der Wirkung des Windsor-Vertrages hegten. Ich betonte bei dieser Gelegenheit nochmals, daß meiner Auffassung nach beide Teile durch die Paraphierung bereits moralisch, wenn auch nicht juristisch, an den Inhalt des Vertrages gebunden wären, und daß es deshalb doch nicht gut anginge, die Krönung des Ganzen im letzten Augenblick zu unterlassen. Es war für mich natürlich sehr schwer, nach allem, was ich ihm gegen die Veröffentlichung der Verträge bisher hatte sagen müssen, unsere plötzliche Schwenkung einigermaßen zu maskieren; ich konnte mich aber davon überzeugen, daß meine Befürchtung, daß der ganze Vertrag infolge unserer Weigerung und mit Rücksicht auf französische Empfindlichkeiten hinfällig werden würde, durchaus nicht unbegründet war. Ich hielt es für besser, mich vorläufig aller Vorschläge hinsichtlich der Form der Veröffentlichung zu enthalten und abzuwarten, daß die hiesige Regierung, falls sie überhaupt zu bewegen ist, die verlassenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, ihrerseits mit Vorschlägen hervortritt.

Sir Edward beschränkte sich darauf, mir mit Nachdruck zu wiederholen, daß er unsere Bedenken gegen die Veröffentlichung vollkommen würdige, daß aber damit natürlich auch die Unterzeichnung des Vertrages zu Falle komme. Im übrigen nahm er meine Anregungen in gewohnter freundschaftlicher Stimmung entgegen, meinte jedoch, er müsse die Angelegenheit mit dem Prime Minister besprechen; vorläufig könne er mir keine bestimmte Antwort geben. Ich betonte schließlich nochmals, daß ich hoffte, wir würden über den Zeitpunkt der Veröffentlichung zu einer Einigung gelangen, da wir grundsätzlich nicht gegen die Veröffentlichung wären, sie nur vorläufig für unzweckmäßig gehalten hätten.

Mein Gesamteindruck war, daß er nur ungern an die ganze Sache wieder herantritt, da er sich wohl den Franzosen gegenüber schon verpflichtet und anscheinend im Kabinett erklärt hat, daß er teils aus Rücksicht auf unseren Widerstand gegen die Veröffentlichung, teils wegen französischer Empfindlichkeiten den Vertrag habe fallen lassen. Wenigstens bin ich von verschiedenen Mitgliedern der Regierung, die allerdings hierbei die französischen Wünsche nicht erwähnten, in diesem Sinne angeredet worden.

Lichnowsky.

DER STAATSSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON  
JAGOW AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON FÜRSTEN  
VON LICHNOWSKY

Berlin, 4. 4. 1914

**E**w. pp. darf ich bitten, die Frage der Vertragsunterzeichnung einstweilen ruhen zu lassen und jedenfalls von sich aus vorläufig nicht darauf zurückzukommen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein

paraphierter Vertrag zum mindesten eine moralische Bindung bedeutet, und daß auch der alte Vertrag von 1898 uns die Wahrnehmung unserer Interessen in dem portugiesischen Kolonialbesitz ermöglicht.

Sollte Sir. E. Grey die Angelegenheit erneut anregen, so bitte ich als allgemeine Richtlinie festhalten zu wollen, daß eine Veröffentlichung überhaupt nicht in Frage kommen kann, solange unser Reichstag versammelt ist. Ich glaube die Verantwortung hierfür nicht übernehmen zu können. Was aber die Veröffentlichung unserer Abmachungen mit England betrifft, so würde eine solche, bevor ein positives Ergebnis unserer Expedition nach Angola vorliegt, den Erfolg eines mit einem unendlichen Aufwand von Mühe und Arbeit eingeleiteten Unternehmens in Frage stellen, das den ersten Schritt zur Verwirklichung unserer Absichten bedeuten würde. Wir würden es daher gegebenenfalls vorziehen, die Sache auf sich beruhen zu lassen und uns mit dem paraphierten Abkommen zu begnügen.

Ich teile durchaus die Ansicht Ew. pp., daß für die Haltung Sir E. Greys die Rücksicht auf Frankreich wesentlich mitbestimmend ist. Ich frage mich, ob wir der entstandenen Schwierigkeiten etwa dadurch Herr werden können, daß wir der englischen Regierung unsere Bereitwilligkeit zu erkennen geben, gegen anderweitige Kompensationen auf São Thomé und Principe zu verzichten. Ich darf Sie bitten, mir eventuell nach vorsichtiger Sondierung an maßgebender Stelle, Ihre Ansicht hierüber mitteilen zu wollen.

Jagow.

DER STAATSSSEKRETAR DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON  
JAGOW AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON FÜRSTEN  
VON LICHNOWSKY

Berlin, 17. 4. 1914

**U**nter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 554 vom  
4. dieses Monats.

Sir E. Goschen sagte mir heute, daß es ihm gelungen sei, Sir E. Grey von Untunlichkeit Veröffentlichung Windsor-Vertrags zu überzeugen, und las mir Brief des Ministers vor, der Meldungen Eurer Durchlaucht bestätigte.

Ich habe dem Botschafter erklärt, daß wir zeitlich getrennten Veröffentlichung von Windsor- und Angola-Vertrag aus Entgegenkommen gegen Sir E. Grey zwar angeboten hätten, dagegen gänzliche Nichtveröffentlichung vorzögen und paraphierten Vertrag als obligation morale ansähen. Ich hoffte, daß der Zeitpunkt kommen werde, wo wir in unserer portugiesischen Interessensphäre genügend Fuß gefaßt hätten, und unsererseits England Veröffentlichung vorzuschlagen.

Ich sehe Angelegenheit hiermit definitiv als geregelt an und bitte, von jedem weiteren Schritt abzusehen. Jagow.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 23. 5. 1914

**M**r. Harcourt war gestern abend unser Gast, und benutzte ich die Gelegenheit, um nach Tisch mit ihm die Frage des Kolonialvertrages vertraulich zu besprechen. Ich hob zunächst hervor, daß wir durch die erfolgte Paraphierung uns sowohl wie die britische Regierung für moralisch gebunden betrachteten, und daß wir daher keineswegs zugeben wollten, daß

das mühevollte Ergebnis einer zweijährigen Arbeit, das den beiderseitigen Interessen weit mehr Rechnung trage als der frühere Zustand, hinfällig würde. Über die Frage der Veröffentlichung glaubte ich, würde sich vielleicht späterhin eine Verständigung erzielen lassen.

Mr. Harcourt entgegnete, er bedauere lebhaft, daß die bei uns gegen den Windsor-Vertrag bestehenden Bedenken die Erledigung der Angelegenheit bisher verzögert und einen Zustand der Unsicherheit geschaffen hätten, der auf die Dauer unmöglich fortbestehen könne. Die britischen Unternehmer und Kapitalisten wüßten jetzt gar nicht mehr, woran sie sind, denn niemand könne ihnen bestimmt sagen, welches die britische und welches die deutsche Interessensphäre sei. Ein paraphierter Vertrag sei so gut wie gar keiner und könne nicht als Grundlage dienen, werde auch von einer neuen Regierung, falls die jetzige fallen sollte, nicht anerkannt werden. Es sei also nur die Möglichkeit vorhanden, entweder zu dem alten Vertrage zurückzukehren und den neuen als ungültig zu betrachten, oder aber den neuen mit dem Windsor-Vertrag zusammen zu veröffentlichen. Der jetzige Zustand aber sei auf die Dauer wegen der damit verbundenen Ungewißheit unerträglich.

Hierzu möchte ich bemerken, daß auch ich nicht glaube, daß uns eine andere Wahl bleibt als die Veröffentlichung oder Rückkehr zum Vertrage 1898. Eurer Exzellenz ist es bekannt, daß ich mich der Auffassung nicht anschließen vermag, daß die Bedenken gegen den Windsor-Vertrag die Vorteile aufzuwiegen vermögen, die sich aus dem neuen Vertrag

ergeben und aus dem Eindruck, den die erfolgte deutsch-britische Verständigung auf diesem Gebiete hervorrufen muß.\*)

Lichnowsky.

DER REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG AN DEN  
BOTSCHAFTER IN LONDON FÜRSTEN VON LICHNOWSKY

Berlin, 29. 5. 1914

Aus dem gefälligen Bericht vom 23. d. M. ersehe ich, daß Ew. pp. die Frage der Veröffentlichung des deutsch-englischen Kolonialabkommens von sich aus bei Mr. Harcourt zur Sprache gebracht haben. Ich bedauere das um so mehr, als dieses Vorgehen der Ew. pp. erteilten bestimmten Weisungen widersprach, von jedem weiteren Schritt in der Angelegenheit abzusehen, und überdies die sehr unerwünschte Folge hat, die befriedigende und den Bedürfnissen der nächsten Zeit durchaus genügende Sachlage (?) erneut kompromittieren, die die hier von Sir E. Goschen im Auftrage Sir E. Greys gegebenen Erklärungen geschaffen hatten. Jedenfalls deutet nichts darauf hin, daß Ew. pp. den Darlegungen des englischen Kolonialministers mit irgendwelchen Gegenargumenten entgegengetreten wären und ihn auf den äußerst peinlichen und ungünstigen Eindruck hingewiesen hätten, den es hier würde machen müssen, wenn die englische Regierung sich nachträglich den Standpunkt

\*) In einem Privatbrief vom 26. Mai an Staatssekretär von Jagow suchte ich die Berliner Bedenken gegen eine ungünstige Wirkung der Veröffentlichung des Windsor-Vertrags auf die deutsche öffentliche Meinung zu zerstreuen. Es hieß in dem Schreiben: „Ich möchte Ihnen nochmals zu bedenken geben, ob man nicht etlichen alldeutschen Schreibern nach Veröffentlichung der Verträge entgegenhalten könnte, daß durch den 99er Vertrag (Windsor) kein novum geschaffen wurde, und daß unser Vertrag schon angesichts des Bundesverhältnisses zwischen England und Portugal und mit Rücksicht auf den elementarsten politischen Anstand nicht die

Mr. Harcourts zu eigen machen wollte. Sollte, wie das zu befürchten steht, nunmehr auch Sir E. Grey wieder Ew. pp. gegenüber auf die Sache zurückkommen, so wollen Sie dem Minister sagen, daß die Kaiserliche Regierung die Frage der Veröffentlichung zurzeit als erledigt angesehen habe, Sie infolgedessen ohne Instruktionen seien und ihn, ohne sich auf weitere Erörterungen einzulassen, gegebenenfalls bitten, etwaige neue Anregungen oder Gesichtspunkte durch Vermittlung Sir E. Goschens an mich gelangen zu lassen.

Bethmann Hollweg

AUFZEICHNUNG DES GESANDTEN IN LISSABON ROSEN

Berlin, 30. 5. 1914

Die Gründe, welche für oder gegen die Unterzeichnung, und die dadurch unvermeidliche Veröffentlichung des deutsch-englischen Abkommens sprechen, müssen von zwei Gesichtspunkten aus geprüft werden, dem der Wirkung auf die internationale Politik und dem des Rückhaltes, den die Bekanntgabe voraussichtlich in Deutschland wecken würde.

Unter den Wirkungen nach außen ist in erster Linie die Frage zu prüfen, ob bei gleichzeitiger Bekanntgabe des Windsor-Vertrages das deutsch-englische Abkommen überhaupt noch realisierbar wäre, das heißt, ob es anzunehmen ist, daß England

Teilung der Kolonien im Sinne der Annexionen aussprechen könnte. In den Rahmen dieser Form passe der Windsor-Vertrag durchaus hinein, für zukünftige Entwicklungen, die durch das Bündnis aber nicht berührt würden, biete unser Vertrag eine passende Handhabe. Mit gleichzeitiger geschickter Einweihung der Presse und entsprechendem Kommentar, der hervorhebt, daß die Unversehrtheit des portugiesischen Kolonialbesitzes gewahrt bleibe, müßte sich die Sache doch machen lassen, und der Gesamteindruck wäre sicherlich zu unseren Gunsten. Der Reichstag ist nun geschlossen, die Möglichkeit neuer Wahlen im Sommer ist

einer allmählichen auf Festsetzung in den portugiesischen Kolonien abzielenden Politik Deutschlands Hindernisse in den Weg legen oder dieselbe nach Möglichkeit unterstützen würde. Der Windsor-Vertrag garantiert den Besitzstand Portugals, also auch dessen Kolonien. Daß dieser Vertrag zu dem Geist und Wortlaut des ein Jahr früher abgeschlossenen deutsch-englischen Abkommens in flagrantem Widerspruch steht und somit auf den ersten Blick einen Beweis englischer Perfidie zu liefern scheint, liegt auf der Hand. Man geht wohl nicht zu weit, wenn man sagt, daß er das deutsch-englische Abkommen aufhebt. Wenn aber der neuere Vertrag den älteren aufhebt, so ist dies bei dem jetzigen deutsch-englischen Abkommen gegenüber dem Windsor-Vertrag ebenfalls der Fall. Das Abkommen hebt eben jenen Vertrag unter bestimmten Voraussetzungen und an bestimmten Punkten auf. Es ist eine Einschränkung des Windsor-Vertrages und aller ähnlichen voraufgegangenen englisch-portugiesischen Bündnisverträge. Das, und nichts anderes kann nur der Sinn des deutsch-englischen Abkommens sein. Würden wir nicht von dieser Voraussetzung ausgehen, dann wäre es überhaupt sinnlos, ein derartiges Abkommen abzuschließen.

Soweit die formale Seite. Es fragt sich aber nun weiter, welches wohl voraussichtlich die Haltung Englands sein würde, wenn, nach Unterzeichnung des

---

hier noch immer vorhanden, und man kann nicht wissen, wie die Dinge sich später entwickeln; also ich möchte dringend zur Eile raten. Alles kommt doch bei solchen Dingen auf die Sauce an, mit der der Braten serviert wird. Mir will es oft scheinen, als ob bei uns die Angstmeierei vor der öffentlichen Meinung etwas zu weit ginge. Die Briten haben doch schließlich dasselbe Interesse daran wie wir, daß einer der im Vertrage vorgesehenen Fälle ihnen die Möglichkeit zum Einschreiten bietet. Auch sie wünschen ihre Interessensphäre auszudehnen und zu befestigen."

Abkommens, eine der in demselben vorgesehenen Möglichkeiten akut würde. Nichts könnte irreleitender sein, als von den Umständen der Jahre um die Jahrhundertwende einfach auf die jetzige Zeit zu schließen. Damals war die Verstimmung zwischen England und Deutschland auf ihrem Höhepunkte, und zugleich war Portugal infolge der Freundschaft seines Königs mit König Eduard und der damit zusammenhängenden Ausnahmestellung des Marquis von Soveral gegenüber dem englischen Hofe und dem englischen Kabinett in weit größerer Abhängigkeit von seinen Bundesgenossen, als dies heute der Fall ist. Weder hat England für die portugiesische Republik dieselben Gefühle wie damals König Eduard für die Monarchie, noch auch betrachtet sich das republikanische Portugal in irgend annäherndem Grade wie damals das monarchische als Vasall des Britenreiches. Vor allem aber steht die öffentliche Meinung in England der portugiesischen Kolonialherrschaft in Afrika heute keineswegs freundlich gegenüber. Die Agitation der Antislavery and Aborigines Protection Society gegen die „Sklaverei“ der Portugiesen in São Thomé und in Angola, ferner der Feldzug der Herzogin von Bedford gegen die Behandlung der politischen Gefangenen seitens der Republik, und, bis zu einem gewissen Grade auch die antirepublikanische Stimmungsmache des Exkönigs in der höheren englischen Gesellschaft, haben den Boden für die Verständigung mit Deutschland vorbereitet und würden der Veröffentlichung und auch der Verwirklichung des Abkommens eine günstige Aufnahme sichern. Die englische Regierung wird aber zweifellos den Weg gehen, der mit der öffentlichen Meinung im Lande übereinstimmt. Es fragt sich nun nur noch, ob vielleicht Erwägungen der auswärtigen Politik das Kabinett von St. James bewegen

könnten, bei einem etwaigen Konflikt zwischen Deutschland und Portugal sich, trotz des Abkommens, auf die Seite Portugals zu stellen. Auch dies ist nicht anzunehmen. Von den Mächten, die in Südwesteuropa und in Afrika interessiert sind, nämlich Frankreich und Spanien, steht das letztere der portugiesischen Republik geradezu feindlich gegenüber und würde Ereignisse mit Freude begrüßen, welche geeignet scheinen, das republikanische Regiment in Portugal zu erschüttern. Daß auf der anderen Seite Frankreich jeder deutschen Machterweiterung und auch jeder deutsch-englischen Annäherung mißgünstig gegenübersteht, ist sicher. Indessen hat die englische Regierung schon jetzt mehrfach bewiesen, daß sie gegenüber den Einsprüchen Frankreichs gegen das Abkommen mit uns festzubleiben entschlossen ist. Zieht man alle diese Erwägungen in Rücksicht so liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, daß England sich als Schutzwehr der portugiesischen Kolonialmacht gegen uns aufwerfen und das Risiko eines dann unvermeidlichen Konfliktes mit Deutschland Portugal zuliebe auf sich nehmen würde.

Wir kommen jetzt zu der Frage, welche Wirkung eine eventuelle Bekanntgabe des Abkommens voraussichtlich auf Portugal selbst ausüben würde. Die erste Wirkung würde zweifellos die einer großen Bestürzung sein. Portugal würde sich von seinem alten Bundesgenossen verraten und beraubt sehen. Es ist möglich, daß die Beunruhigung so weit ginge, daß dadurch die republikanische Staatsform erschüttert würde. In jedem Falle müssen wir uns auf einen Entüstungsturm gefaßt machen und auch darauf, daß sich dieser Sturm mehr gegen Deutschland als gegen das ungetreue England wenden würde. Eine solche Bewegung wird vielleicht heftig, aber sicher nicht von

Dauer sein, wenn die beiden Großmächte ihr mit einer Kaltblütigkeit entgegentreten. Ihr wird zweifellos ein Gefühl der Resignation in das unvermeidliche Schicksal der Kolonien folgen, ein Gefühl, das schon jetzt in weiten Kreisen der politisch Denkenden bemerkbar ist. Man wird sich sagen, daß es besser ist, den wirtschaftlichen Ausdehnungsbestrebungen der beiden großen Kolonialnachbarn freien Spielraum zu lassen, als Konflikte mit ihnen heraufzubeschwören, die nach Bekanntwerden des Abkommens bei einer Verweigerung von Konzessionen unvermeidlich scheinen würden. Man würde bei jeder zu erteilenden Konzession einen mehr oder weniger ernstgemeinten Vorbehalt bezüglich der portugiesischen Hoheitsrechte machen und mit den hierauf erlangten Erklärungen der beiden Regierungen die öffentliche Meinung im Lande zu beruhigen trachten. — Ganz anders aber würde eine Fortdauer des jetzigen Zustandes wirken. Schon jetzt macht sich in Portugal die Tendenz bemerkbar, 1. in dem vermuteten deutschen Interessengebiet möglichst viele und bedeutende englische Unternehmungen zu konzessionieren; 2. in demselben Gebiet alle bereits begonnenen Unternehmungen auf „internationale“, das heißt wohl auf französische finanzielle Grundlage zu stellen. Gelänge dies, so würden wir mit dem Abkommen gerade das Gegenteil dessen erreicht haben, was wir anstreben, wir würden ein großes und aussichtsreiches Absatzgebiet für unsere Industrie verlieren, statt es zu gewinnen. Es kommt noch hinzu, daß erfahrungsgemäß englische Unternehmer sich scheuen, sich in Gebieten zu betätigen, die nicht englisch sind oder dem englischen Einfluß unterliegen.

Wenn es nach diesen Ausführungen kaum zweifelhaft erscheinen kann, daß die Realisierung des Ab-

kommens durch seine Unterzeichnung und Bekanntgabe nur gefördert werden würde, so bleibt doch die wichtige Seite der Frage zu untersuchen, welche Wirkung eine solche Veröffentlichung aller Voraussicht nach auf die öffentliche Meinung Deutschlands ausüben würde. Hier ist von vornherein zuzugeben, daß der Eindruck des Windsor-Vertrages, der nach so kurzer Zeit dem Abkommen vom Jahre 1898 folgte und anscheinend sein Gegenteil besagte, nur ungünstig erscheinen kann. Man wird darin, wie bereits oben angedeutet, einen Beweis für die Unzuverlässigkeit der britischen Politik erblicken, die es fertig brachte, innerhalb eines Jahres zwei einander widersprechende Verträge abzuschließen. Man wird daraus den Schluß ziehen können, daß auch das jetzige Abkommen für uns wertlos sein würde. Man könnte sogar in gewissen Lagern der Regierung den Vorwurf machen, als hätte sie sich trotz aller gemachten Erfahrungen düpiieren lassen. Man könnte auch in seinen Befürchtungen noch weitergehen und annehmen, daß die zarte Pflanze der deutsch-englischen Verständigung durch den Sturm einer durch die deutschen Zeitungen gehenden Entrüstung vielleicht vernichtet werden würde. Solchen Eventualitäten gegenüber müßte es natürlich ratsam erscheinen, das Abkommen lieber in seinem gegenwärtigen halbfertigen Zustande zu belassen, als es durch Veröffentlichung des Dargelegten Gefahren auszusetzen.

Es würde leichtfertig sein, diese Gefahren, welche tief in unseren parlamentarischen Verhältnissen wurzeln, zu gering einzuschätzen. Auf der anderen Seite aber würde es ein nicht minder großer Fehler sein, sie höher anzuschlagen, als sie es tatsächlich verdienen. Es läßt sich ja auch durch geeignete Vorarbeit bei den Parteien und namentlich bei der Presse

auf eine richtige Beurteilung der Bedeutung des Abkommens hinwirken, ohne daß es dabei nötig wäre, den Inhalt desselben vorzeitig zu verraten. Es müßte vor allen Dingen in einer Reihe von Zeitungsartikeln gezeigt werden, wie ganz anders die Verhältnisse vor 14 Jahren lagen als heute. Die Vorgänge jener Zeit liegen noch nicht so weit zurück, als daß der deutsche Zeitungsleser diesen Unterschied nicht verstehen sollte. Dem Abschluß des Abkommens vom 30. August 1898 folgte auf dem Fuße der drohende Ausbruch des Südafrikanischen Krieges, in welchem bekanntlich die Stimmung in Deutschland den Engländern im höchsten Grade feindlich war. Die Beschlagnahme deutscher Postdampfer und so manche andere Zwischenfälle verbitterten noch die Stimmung zwischen den beiden Ländern. Der ungünstige Verlauf des Burenkrieges zwang die Engländer, die Dienste des portugiesischen Bundesgenossen in Anspruch zu nehmen. Der Krieg konnte nicht zum glücklichen Ende geführt werden, wenn nicht Portugal den Transport englischer Truppen von Lourenço Marques nach dem nördlichen Transvaal gestattet und erleichtert hätte. Hierin lag jedoch ein augenscheinlicher Bruch der Neutralität, für dessen Folgen sich Portugal entsprechende Garantien ausbedingen mußte, um gegen Angriffen derjenigen Mächte geschützt zu sein, welche damals England feindlich gegenüberzustehen schienen. Es lag vom portugiesischen Standpunkte gesehen damals durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß zwischen Deutschland und England sich ein Konflikt zuspitzte, wobei Deutschland leicht in Mosambique oder auch in Angola einfallen und portugiesisches Gebiet besetzen konnte. Rechnet man hierzu die ganze Menge persönlicher Mißverständnisse und Verstimmungen zu beiden Seiten der Nordsee, so läßt

sich der Abschluß des Windsor-Vertrages jedenfalls aus der damaligen Lage erklären, wenn auch freilich nicht rechtfertigen.

Anderthalb Jahrzehnte sind nötig gewesen, um die üble Wirkung jener Zeit einigermaßen zu überwinden und das Zustandekommen einer Verständigung überhaupt möglich zu machen. Würden wir jetzt dem definitiven Abschluß des neuen Abkommens gegenüber weiterhin eine ablehnende Haltung einnehmen, so würden wir die günstige Wirkung des Heilungsprozesses zunichte machen, den die Zeit ermöglicht und die unausgesetzte Bemühung der Kaiserlichen Regierung beschleunigt hat. Man könnte zwar sagen, daß durch die Paraphierung des Abkommens beide Teile sich als moralisch gebunden ansehen müßten, doch erscheint es mir im höchsten Grade zweifelhaft, ob eine englische Regierung ein eventuelles, von ihrer Vorgängerin nur paraphiertes Abkommen als bindend ansehen würde. Wenn der im Abkommen vorgesehene Fall einträte, daß Deutschland an England den Antrag stellte, gemeinsam wegen eines kolonialen Vorkommens bei Portugal vorstellig zu werden und diese Schritte bis zu einer Art Ultimatum durchzuführen, so erscheint es mehr als fraglich, ob sich ein britisches Kabinett auch bei bestem Willen in der Lage sehen würde, einem solchen Antrag Folge zu geben beziehungsweise ihn vor dem Parlament zu motivieren und zu rechtfertigen. Es würde sich der Anfrage aussetzen, auf Grund welcher Vereinbarung ein derartiger ungewöhnlicher diplomatischer Schritt erfolgte, und würde dann vor das Dilemma gestellt, entweder zu erklären, daß tatsächlich eine Vereinbarung bestände, die aber dem Parlament verheimlicht worden wäre,

oder daß keine Abmachung bestände, womit dann die Grundlage für das gemeinsame Vorgehen der beiden Regierungen wieder entfiel. Ich glaube daher in meinen Befürchtungen nicht fehlzugehen, daß das englische Kabinett — das jetzige und noch mehr ein künftiges — es ablehnen müßte, einen derartigen, auf Verwirklichung des nichtunterzeichneten Abkommens zielenden Schritt zu tun. In diesem Falle wäre dann das ganze Abkommen hinfällig und zwecklos, und die bei einem solchen Vorkommnis unvermeidliche Verstimmung würde die von uns so sorgsam gehegte Besserung der Beziehungen weit ernstlicher gefährden als der Lärm, dem im vorhin gedachten Falle einige unverantwortliche Zeitungen und Parlamentarier möglicherweise erheben könnten.

Diesen Einwänden könnte noch allenfalls mit dem Hinweis begegnet werden, daß auf alle Fälle das erste Abkommen noch in Kraft sei, solange das zweite nicht als perfekt anzusehen ist. Dieses ist aber ein Argument, dem kaum ernst genug entgegengetreten werden kann. Die ganze Voraussetzung für die Nichtunterzeichnung des neuen Abkommens ist ja die, daß das erste Abkommen durch den Windsor-Vertrag hinfällig geworden wäre. Außerdem aber ist in dem Abkommen vom Jahre 1898 die Verteilung der Interessensphären, namentlich in Westafrika, eine derartig verschiedene, daß seine Anwendung auf die jetzige Lage zu bedeutender Verwirrung Anlaß geben müßte, vorausgesetzt, daß es, wie gesagt, überhaupt noch anwendbar erscheint.

Hierzu kommt noch eine andere, auch mit Hinblick auf unsere öffentliche Meinung sehr beachtenswerte Erwägung. Es werden und sind bereits so bedeutende deutsche Kapitalien in den verschiedenen kolonialen Unternehmungen engagiert, daß es zu erheblichen

Verlusten und einer nicht ungerechtfertigten Verstimmung unserer Finanz führen müßte, wenn alle ihre Aufwendungen und Arbeiten sich eines Tages als vergeblich herausstellen sollten. Es wäre dann die weitere Frage, welche Stellen beziehungsweise welche Personen für diese Verluste verantwortlich oder sogar ersatzpflichtig sein würden. Denn es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Finanz nur dadurch zu ihrem Vorgehen ermutigt worden ist, daß ihr die Annahme beigebracht wurde, als sei an dem Zustandekommen des Staatsvertrages mit England überhaupt nicht zu zweifeln.

Weit wichtiger noch als bezüglich seiner Verwirklichung erscheint die Frage der Unterzeichnung des Abkommens mit Bezug auf die großen Linien unserer Politik. Mit diesem Abkommen steht Deutschland an einem Wendepunkte seines Geschickes. Daß es ohne oder gegen England auf die Dauer nicht möglich ist, eine erfolgreiche Weltpolitik zu treiben, hat uns wohl die Erfahrung gelehrt, die wir bei allen überseeischen Unternehmungen, nicht allein bei der Bagdadbahn und bei der Marokkofrage, gesammelt haben. Weit darüber hinaus handelt es sich hier um unser künftiges Verhältnis zu England und um unsere Stellung innerhalb der Mächtegruppen Europas. Nachdem wir mehrere Male — so 1901 und 1912 — eine uns angebotene nähere Verständigung, eventuell ein Bündnis mit England ausgeschlagen haben, würde zweifellos die Wirkung eines nochmaligen Zurückziehens unseres Vertrauens eine tiefe und nachhaltige Verstimmung jenseits der Nordsee hervorrufen. England, das von den Ententemächten heiß umworben wird, würde nicht dauernd widerstehen können, wenn es einem ihm mißtrauischen und unfreundlichen Deutschland gegenüberstände. Bis jetzt hat

sich bekanntlich Sir Edward Grey allen Bemühungen des Botschafters Paul Cambon\*) gegenüber fest gezeigt, als dieser namens seiner Regierung eine große Beruhigung wegen der deutsch-englischen Verständigung an den Tag legte. Desgleichen hat er den Lockungen widerstanden, die ihm Herr Sasonow im April durch seinen Vertrauensmann Prinz Trubetzkoi in Gestalt eines Bündnisantrages und damit zusammenhängender Marinekonvention hat zukommen lassen. Bei seiner Entscheidung hat neben dem selbstverständlichen Interesse Englands auch die Rücksicht auf uns mitgesprochen. Wenn wir aber auf die Verständigung verzichten, dann bekommt das englische Kabinett freie Hand, und noch weniger als dieses würde ein künftiges Kabinett sich an die nichtabgeschlossenen Abmachungen mit uns gebunden halten.

Auf der anderen Seite aber gehen die Vorteile, die uns der definitive Abschluß des Abkommens bringen würde, aller Voraussicht nach weit über dessen unmittelbares Ziel hinaus. Es kommen hier eine Menge politischer Imponderabilien in Betracht, wie sie sich beispielsweise für die Entente cordiale aus dem englisch-französischen Abkommen des Jahres 1904 über Ägypten und Marokko ergeben haben. Schon allein der Artikel des Abkommens, welcher besagt, daß Deutschland und England gemeinsam dritte Mächte von der Lösung der portugiesischen Kolonialfrage fernhalten wollen, wird automatisch zu einem engeren Zusammengehen der beiden Staaten auch in anderen Fragen führen, ähnlich wie dies bei der Be-

\*) Französischer Botschafter in London.

handlung der Balkankrise in so erfreulicher Weise der Fall gewesen ist. Es liegt wohl kaum zu viel Optimismus in der Erwartung, daß der endgültige Abschluß und auch die Veröffentlichung aller unserer Vereinbarungen mit England — trotz des uns ja mitgeteilten Windsor-Vertrages — eine weitgehende Entspannung und erfolgreiche Ära unserer Politik einleiten würden, deren Rückwirkung im Deutschen Reiche in Gestalt eines vermehrten Zutrauens zu den Zielen und Methoden der Kaiserlichen Regierung nicht ausbleiben würde. Das Abkommen mit England ist das Beste, was die Kaiserliche Politik — soweit sie eine schaffende und erwerbende sein kann — seit den großen Zeiten der Gründung des Reiches geleistet hat.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 4. 6. 1914

**E**uer Exzellenz beehre ich mich in Erwiderung des Erlasses vom 29. v. Mts. nachstehendes zu melden:

Zunächst beruht die Annahme, als ob ich von mir aus die Frage der Veröffentlichung bei Mr. Harcourt angeregt hätte, auf einen Irrtum. Wenn diese Frage auch im Laufe der Unterredung, die nach Tische in durchaus zwangloser Weise stattfand, naturgemäß berührt werden mußte, so war es doch nicht die Veröffentlichung, sondern, wie aus meinem Bericht hervorgehen dürfte, die Frage der Gültigkeit der neuen Vereinbarung, die ich dem Kolonialminister gegenüber berührte. Aus verschiedenen Andeutungen hatte ich entnommen, daß sowohl das Foreign Office wie das Kolonialamt, vorausgesetzt, daß nicht unterschrieben wird, den alten Vertrag vom Jahre 1898 auch fernerhin als Grundlage unserer beiderseitigen

Rechtsverhältnisse in den portugiesischen Kolonien betrachtet, und daß dem neuen Verträge hier nur insofern ein moralisch bindender Wert beigemessen wird, als Sir E. Grey sich persönlich verpflichtet fühlt, im Falle eines von uns ausgehenden Wunsches unter den bekannten Bedingungen seine Unterschrift nicht zu versagen.

Daß Sir E. Goschen in Berlin eine mit dieser Auffassung ausdrücklich in Widerspruch stehende Erklärung abgegeben haben sollte, muß ich bezweifeln, jedenfalls befindet sich nichts in dem mir zur Verfügung stehenden Aktenmaterial, was darauf hindeutet. Sir E. Grey hat es mir gegenüber immer ängstlich vermieden, auf die Frage, welcher von den beiden Verträgen nunmehr als Grundlage für unser ferneres kolonialpolitisches Verhältnis zu betrachten sei, irgendwie einzugehen. Sir W. Tyrrell hat mir aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß der neue Vertrag vorläufig wenigstens nichtig ist. Bei meinen früheren Unterredungen hat sich der Minister immer nur darauf beschränkt, ähnlich wie er es in dem Briefe an Sir E. Goschen getan zu haben scheint, zu sagen, „then it is better to let things as they are.“ Welche Deutung er aber diesen Worten zugrunde legte, war nicht schwer zu erkennen, obwohl er nichts näheres hinzufügte. Auch hatte ich seit meiner letzten Unterredung mit ihm, die am 1. April stattfand und über die ich damals berichtet habe, keine Veranlassung zu erneuten amtlichen Schritten.

Sir Edward Grey wird es wohl auch fernerhin vermeiden, die diesseitige Auffassung, daß für die Zukunft nicht der neue, sondern der alte Vertrag in Wirksamkeit bleibt, in klarer Form zum Ausdruck zu bringen. Denn er möchte die ganze Angelegenheit am liebsten einschlafen lassen, schon um aus der Ver-

legenheit herauszukommen, in der er sich durch die Haltung der Franzosen befindet. Er wird mich daher voraussichtlich auch nicht mehr auf den Gegenstand anreden, schon deshalb nicht, weil eine Veränderung in der Lage seit der Unterredung Sir E. Goschens mit dem Herrn Staatssekretär sich nicht zugetragen hat. Sollten die Äußerungen Sir E. Goschens jedoch eine entgegenstehende Auffassung rechtfertigen, so dürfte dies wohl auf seine geringe Vertrautheit mit den einschlägigen Verhältnissen zurückzuführen sein.

Ich glaubte im dienstlichen Interesse zu handeln, wenn ich gelegentlich und gesprächsweise den Kolonialminister darauf hinwies, daß wir an den materiellen Abmachungen des neuen Vertrages festhielten, und mich gleichzeitig davon überzeugte, welche Auffassungen über die tatsächliche Rechtslage an der maßgebenden Stelle besteht. Diese Unterhaltung kann daher nicht im Widerspruch stehen zu der mir erteilten Weisung, mich jedes ferneren amtlichen Schrittes in der Frage der Veröffentlichung zu enthalten. Ich hätte viel eher geglaubt, daß Euer Exzellenz es begrüßen würden, wenn es mir gelänge, die wirkliche Auffassung der hiesigen Regierung über diese wichtige Frage einwandfrei festzustellen und über einen anscheinend bestehenden Irrtum Aufklärung zu verschaffen.

Besonders überraschend ist jedoch der Vorwurf, ich hätte durch meine Unterhaltung die befriedigende und den Bedürfnissen der nächsten Zeit durchaus genügende Sachlage erneut kompromittiert. Unsere Unterhaltung müßte hiernach bei dem Minister eine uns unvorteilhafte Sinnesänderung herbeigeführt, nicht aber lediglich ihm Gelegenheit gegeben haben, seine Ansichten auszusprechen. Jedenfalls war ich nicht in der Lage, mit Gegenargumenten entgegenzutreten,

die nur dann wirksam gewesen wären, wenn ich ihm hätte beweisen können, daß in den Anschauungen der hiesigen Regierung sich eine Änderung vollzogen habe. Hierzu aber hatten Euer Exzellenz mich nicht befähigt, ich konnte ihm nicht erwidern, daß die im Auftrage Sir E. Greys durch den Berliner Botschafter abgegebenen Erklärungen seinen Ansichten direkt widersprächen.

Zu meinem Bedauern sehe ich mich schließlich noch genötigt darauf hinzuweisen, daß ich die im Schlußsatz des eingangs genannten Erlasses mir erteilte Weisung mit meiner hiesigen Stellung nicht in Einklang zu bringen vermag.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 14. 7. 1914

**E**ure Exzellenz hatten mich bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin ermächtigt, Sir Edward Grey zu erklären, daß wir nunmehr bereit seien, das Abkommen mit Großbritannien über die portugiesischen Kolonien zu unterzeichnen und in die Veröffentlichung des neuen sowie der beiden alten Verträge, des deutsch-britischen vom Jahre 1898 sowie des britisch-portugiesischen vom Jahre 1899, zu bewilligen. Mit der Veröffentlichung sollte aber bis zum Spätherbst gewartet werden, um unserer in Südafrika befindlichen Abordnung die nötige Zeit zu gewähren zur Beendigung ihrer den Bahnbau betreffenden dortigen Studien.

Ich brauchte nicht erneut auf die Bedeutung unseres neuen Vertrages hinzuweisen und dabei hervorzuheben, daß hierdurch eine dauernde Grundlage geschaffen wird für die zukünftige Erweiterung der

beiderseitigen Kolonialinteressen in Afrika, und Reibungsflächen beseitigt werden, die zwischen den beiderseitigen Bestrebungen auf kolonialpolitischem Gebiet entstehen könnten. Im Gegensatz zu dem alten Verträge, welcher geographisch schwer abgrenzbares Gebiet in Angola feststellte, weist er uns den größten Teil der gedachten Kolonie mit einer günstig abgerundeten Fläche zu. Er übergibt uns ferner die wertvollen Inseln São Thomé und Principe, welche in dem alten Abkommen überhaupt nicht erwähnt waren, sowie das Stück der Benguellabahn, das bisher der englischen Enklave angehörte.

Bei obigem Anlaß hatte ich berichtet, daß die hiesige Regierung den größten Wert auf das Zustandekommen des neuen Vertrages legt, teils der Mängel wegen, die der alte auch vom britischen Standpunkte aus enthält, teils aber mit Rücksicht auf die Ungewißheit, die der heutige Zustand für alle wirtschaftlichen Bestrebungen schafft. Ich durfte hinzufügen, daß erst kürzlich Mr. Asquith<sup>\*)</sup>, als ich ihn auf dem Lande besuchte, an mich die Frage von sich aus richtete, was nun eigentlich aus unserem Verträge würde, und der Hoffnung unzweideutigen Ausdruck verlieh, daß wir zum Abschluß gelangen würden.

Den Bedenken, die Eure Exzellenz eine Zeitlang gegen die Veröffentlichung des Windsor-Vertrages gehegt hatten, glaubte ich entgegenhalten zu können, daß dieser Vertrag nichts weiter enthalte als eine Bekräftigung der Rechtslage, welche seit den Zeiten Karls II. vertraglich festgelegt ist. Ich erlaubte mir zu bemerken, daß, falls wirklich, was ich nicht für ausgeschlossen halte, von alldeutscher oder anderer Seite unter Hinweis auf die doppelzüngige Haltung Eng-

<sup>\*)</sup> Damals britischer Premierminister.

lands unsere Staatsleitung der politischen Einfalt gezogen werden sollte, dieser Vorwurf nicht unschwer durch die Erwägung zu entkräften sei, daß es Euerer Exzellenz gelungen ist, durch das neue Abkommen einen Weg zu finden, der es ermöglicht, ohne Verletzung politischer Anstandsbegriffe und Jahrhunderte alter Verträge gerade diejenigen Bestimmungen, welche anscheinend im Widerspruch zu dem Geiste unserer Vereinbarungen stehen, zu umgehen und unter Umständen sogar außer Kraft zu setzen. Denn während die bisherige Konvention, die ganz im Geiste des englisch-portugiesischen Abkommens sich die „Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit Portugals“ zum Ziele setzt, nur die Voraussetzungen schafft für die beiderseitige Gewährung von Darlehen, spricht das neue Abkommen von den besonderen Interessen, die beide Staaten an den angrenzenden Gebieten und Schutzgebieten haben. Von größter Bedeutung aber für die Verwertung des neuen Abkommens dürfte der unter Euer Exzellenz persönlicher Mitarbeit entstandene Artikel VIII zu betrachten sein, der die Möglichkeit der Gefährdung von Leben und Eigentum deutscher oder britischer Staatsangehöriger in den portugiesischen Kolonien und sogar von Lebensinteressen in den angrenzenden deutschen oder britischen Besitzungen ins Auge faßt. Es liegt auf der Hand, daß die Bestimmungen dieses Artikels eine sehr weitgehende Auslegung zulassen, da er voraussieht, daß die portugiesische Regierung nicht in der Lage ist, den nötigen Schutz zu gewähren, und die betreffenden Maßregeln einer beiderseitigen Vereinbarung überläßt, und daß sie daher eine Handhabe schaffen für die Verwirklichung des Abkommens, wie sie die alten Abmachungen nicht enthielten. Es erübrigte sich noch, auf die Vorteile des Artikels IX hinzuweisen, der die

Lostrennung einer Kolonie oder eines Teiles einer solchen betrifft.

Weit entfernt also, eine berechtigte Handhabe zu Angriffen gegen die Kaiserliche Regierung zu bieten, glaubte ich mich mit Euerer Exzellenz in der Anschauung zu begegnen, daß der neue Vertrag als ein bedeutender Erfolg Euerer Exzellenz hingestellt werden kann, und zwar nicht nur im Sinne eines weiteren Schrittes in der Richtung unserer kolonial-politischen Wünsche, sondern auch als praktisches und bedeutendes Ergebnis der viel besprochenen Annäherung.

Da ich annehmen darf, daß Euere Exzellenz nicht beabsichtigen, aus Rücksicht auf leicht zu widerlegende Einwendungen das zur Vollendung gediehene patriotische Werk scheitern zu lassen, so erlaube ich mir um Weisung zu bitten, ob ich nunmehr in Gemäßheit mit den mir erteilten und eingangs erwähnten Befehlen an Sir Edward Grey herantreten darf.

Über den Zeitpunkt der Veröffentlichung dürfte alsdann eine Einigung zu erzielen sein. Eile scheint mir aber insofern geboten, als Sir Edward Grey im August nach Schluß des Parlaments London verlassen wird und ich auch vor Antritt meines Urlaubs die Angelegenheit erledigen möchte. Lichnowsky.

Neunter Abschnitt  
UM DIE BAGDADBAHN\*)

AN DEN STAATSEKRETAR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 2. 6. 1913

Den Ausführungen Ihres Briefes vom 29. v. Mts. vermag ich vollkommen zuzustimmen. Auch ich würde es für äußerst bedenklich halten, mit Cambon oder Pichon sich in Unterhaltungen einzulassen, die eine Einteilung Kleinasiens in Interessensphären zum Ziele hätten, oder bei denen wir gar durchblicken ließen, daß wir dem Gedanken einer späteren Aufteilung des türkischen Besitzstandes nähertreten wollten. Daß die Franzosen Absichten auf Syrien haben, ist ebenso bekannt, als daß von englischer Seite diesen Absichten entgegengetreten worden ist. Wenn Kitchener von Ägypten aus versucht hat, englische Propaganda in Syrien zu machen und die dort vorhandenen starken britischen Sympathien zu beleben, so ist das sicherlich in Paris übel vermerkt worden. Aber auch von hier aus hat man ihm bedeutet, daß die britische Regierung derartigen Plänen ablehnend gegenübersteht und wünscht, wie ich wiederholt festgestellt habe, in Gemeinschaft mit uns an der Erhaltung der asiatischen Türkei zu arbeiten.

\*) Mit Rücksicht auf den großen Umfang des diesbezügl. Materials haben sich hierbei wesentliche Abstriche als notwendig erwiesen. Der Verfasser.

Der Zerfall der letzteren würde den britischen Wünschen schon deshalb nicht entsprechen, weil sie unsere Festsetzung als Mittelmeermacht ungern sehen würde, und es auch schon aus geographischen Gründen schwer fiele, ein für Großbritannien geeignetes Stück herauszuschälen. Nachdem wir nun immerfort hier betont haben, daß die Erhaltung des türkischen Besitzstandes in Kleinasien uns unbedingt erforderlich erscheint, würde es den allerungünstigsten Eindruck machen, wenn es bekannt würde, daß wir hinter dem Rücken der Engländer mit Frankreich in Unterhandlungen uns einlassen, die die Teilung Kleinasiens bezweckten. Bei dem Abhängigkeitsverhältnis, in dem Frankreich sich zu England befindet, ist, wie Sie auch sagen, kaum anzunehmen, daß derartige Besprechungen geheim bleiben. Grey ist gerade im Begriff, sich mit uns über die Bagdadbahnfrage zu verständigen und unseren Wünschen ein weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, und würde es als unfair betrachten, wenn wir gleichzeitig geheime Unterhandlungen hinter seinem Rücken mit Frankreich führten.

Wenn wir also mit Frankreich in Besprechungen eintreten, so können dieselben nur allgemein wirtschaftliche Fragen, namentlich aber die Bagdadbahn und deren Finanzierung betreffen. Hier wünscht Grey, daß wir uns mit Paris einigen, und hat auch in diesem Sinne sich Cambon gegenüber ausgesprochen. Jedenfalls dürfte der Augenblick hierfür sehr günstig sein, da die Franzosen wohl teils auf die englische Anregung hin, teils aber vielleicht auch aus Furcht, daß wir uns allein mit England verständigen, einer Einigung nicht abgeneigt zu sein scheinen. Was Sie aber auch tun mögen, vermeiden Sie vor allem, sich auf Dinge einzulassen, die angeblich hinter dem Rücken der Engländer verhandelt werden sollen. Damit wür-

den wir bestimmt hereinfliegen, denn es ist doch ganz klar, daß man in Paris, ganz abgesehen von der von Ihnen erwähnten Unzuverlässigkeit der dortigen Machthaber, nur auf eine Gelegenheit lauert, um wieder Mißtrauen zwischen uns und den Engländern zu säen. Greys Natur liegt die Intrige vollkommen fern, aber gerade deshalb würde er sie auch uns besonders verübeln.

P. S. Eben kommt Ihr zweiter Brief. Ich habe Grey nur gesagt, die Franzosen scheinen sich mit uns seinen Wünschen entsprechend über Bagdadbahn und Finanzfragen verständigen zu wollen. Es liegt ihm dies sehr am Herzen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 16. 7. 1913

Sir Edward Grey hält, wie ich vertraulich erfahre, weiter an dem Gedanken fest, eine befriedigende Regelung der gesamten mit der Bagdadbahn zusammenhängenden Fragen auch dadurch zu erreichen, daß gleichzeitig zwischen den deutschen und französischen Interessen ein Ausgleich herbeigeführt wird. Er hat daher ganz vertraulich Schritte unternommen, um zu erfahren, welches die französischen Wünsche in bezug auf Eisenbahnbauten und Konzessionen in Türkisch-Asien sind, und wie weit der direkte Gedankenaustausch deutscher und französischer Interessenten in Paris gediehen sei.

Aus den französischen Mitteilungen hat der Minister anscheinend den Eindruck gewonnen, daß die französischen Wünsche weitgehend seien und zum Teil mit deutschen Bestrebungen in Widerspruch ständen, daß aber ein Ausgleich wohl möglich wäre. Der Minister ist, da ihm sehr viel daran liegt, daß das

Bagdadbahngeschäft nicht zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich führt, gern bereit, falls dies den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspräche, von unseren gesamten Wünschen und Forderungen in Türkisch-Asien Kenntnis zu nehmen, um sich dann in Paris im Sinne eines billigen Vergleiches verwenden zu können, falls der bisherige direkte Meinungs-austausch daselbst keinen Erfolg erzielen sollte.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 4. 2. 1914

**W**ie ich streng vertraulich unter der Hand höre, hat Herr Cambon bei Sir Edward Grey angefragt, ob England den Abschluß seiner Verhandlungen mit uns über die Bagdadbahn und verwandte Fragen nicht aufschieben könne, bis die Franzosen ihre Parallelverhandlungen in Berlin abgeschlossen hätten, weil sich sonst die Lage Frankreichs ungünstig gestalten würde. Das Foreign Office hat der französischen Botschaft schriftlich erwidert, daß der wenigstens vorläufige Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland nötig sei, um die schon mehrfach aufgeschobene Ratifikation der Verträge mit der Türkei vornehmen zu können. Es sei für England unmöglich, den Abschluß mit Deutschland im Hinblick auf die deutsch-französischen Verhandlungen noch hinauszuziehen.

Ebenso wurde eine weitere Anfrage M. Cambons, wie sich England zu einer Beteiligung Frankreichs an der mesopotamischen Flußschiffahrtsgesellschaft stellen würde, ablehnend beantwortet.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 7. 5. 1914

**H**akki Pascha, den ich zufällig im Foreign Office traf, bat mich um eine kurze Besprechung, der auch der Eisenbahnsachverständige Muchtar Bey beiwohnte. Hakki Pascha erzählte, es sei Dschawid Bey wegen der großen Arbeitslast unmöglich, jetzt von Konstantinopel abzukommen. Nachrichten von dort zufolge sei er ausersehen, um die Berliner Verhandlungen zu führen. Soweit er sich nach Mitteilungen Dschawid Beys und Muchtar Beys ein Bild machen könne, hoffe er zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Nur ein Punkt mache ihm Sorgen, und das sei Rußland. Dies habe sich auf der Forderung eines Delegierten in der Dette publique so stark festgelegt, und es sei auch in der Öffentlichkeit so viel von diesem Delegierten als der wichtigsten Errungenschaft Rußlands bei Beendigung der Balkankrise gesprochen worden, daß ein Zurückweichen des Petersburger Kabinetts und Aufgabe dieses Wunsches ihm praktisch unmöglich erscheine. Soweit er den deutschen Standpunkt kenne, machten wir hinwiederum unsere Zustimmung zur Ernennung eines russischen Delegierten davon abhängig, daß ein zweiter deutscher Delegierter ernannt werde und das Präsidium zwischen Deutschland, England und Frankreich abwechsle. Seinen Nachrichten zufolge setze dagegen Frankreich diesen deutschen Wünschen erheblichen Widerstand entgegen, während Rußland ohne Gewährung eines Delegierten sicher nicht der Zollerhöhung zustimmen würde. Aus dieser Frage drohe, so schloß Hakki Pascha, seiner Auffassung nach dem ganzen mühsamen Vertragswerk, soweit es die Zollerhöhung anbetreffe, Gefahr.

Hakki Pascha will nach Berlin gehen, sobald er mit den hiesigen Verhandlungen zu Ende ist; er hofft, in etwa 14 Tagen.

Über die Forderung der Smyrna-Aidin-Bahn, für einen Teil ihres Netzes Garantien zu erhalten, falls die italienische Adaliabahn wirklich gebaut wird, ist eine Einigung gestern zustande gekommen. Muchtar Bey reist heute nach Konstantinopel, um die schleunige Annahme des Vergleiches durch die Pforte zu betreiben.

In der Frage der englischen Reklamationen ist eine Einigung bisher nicht zustande gekommen. Hakki Pascha bietet Barzahlung einer Pauschalsumme an, die 50 Prozent aller Reklamationen beträgt. Die englische Regierung ist aber nicht geneigt, dies anzunehmen, sondern würde schiedsgerichtliche Behandlung der einzelnen Reklamationen vorziehen.

Die englische Zustimmung zum türkischen Petroleummonopol ist durch die Erörterung technischer Einzelfragen, über die ich an anderer Stelle berichtet habe, erneut verzögert.

Lichnowsky.

## Zehnter Abschnitt

### KLEINASIATISCHE PROBLEME

AN DEN STAATSEKRETAR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 26. 6. 1913

**W**ie ich vertraulich erfahre, wird heute Sir Edward Grey dem Präsidenten Poincaré sagen, daß man hier nicht willens ist, sich auf irgendwelche Teilungspläne für Kleinasien einzulassen und den türkischen Besitzstand in seiner heutigen Gestalt unversehrt zu erhalten wünscht. Man rechnet hierbei auf unsere Unterstützung und darauf, daß wir den gleichen Standpunkt einnehmen. Ich habe, wie Sie wissen, im Einverständnis mit Ihnen und dem Herrn Reichskanzler wiederholt Sir Edward Grey erklärt, daß wir, solange die britische Regierung in gleichem Sinne vorgeht, die Türkei als Ganzes erhalten wollen; daß wir aber, falls andere Mächte Ansprüche an die türkische Erbschaft stellen sollten, auch verlangen würden, unsere Interessen und Rechte zur Geltung zu bringen.

Leider scheint Herr von Gwinner während seines hiesigen Aufenthalts Äußerungen gemacht zu haben, die den Eindruck erweckten, als beabsichtigten wir schon jetzt, dem Gedanken der Teilung Kleinasiens näherzutreten. Diese Auslassungen haben hier Aufsehen erregt und zu Beunruhigung Anlaß gegeben. Ich bin seither von verschiedenen Seiten (nicht von Sir

Edward Grey) auf diese Tatsache hingewiesen worden, und ich habe, schon um zu verhindern, daß Sir Edward Grey in seiner Aussprache mit den französischen Staatsmännern unter dem Einfluß der Meinung, daß unser Standpunkt sich verändert habe, den französischen Wünschen Vorschub leiste, von neuem erklärt, daß eine Wandlung unserer Anschauungen in keiner Weise Platz gegriffen habe.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß hier nicht der Verdacht entsteht, als ob wir der britischen Regierung gegenüber es an der nötigen Aufrichtigkeit fehlen ließen. Meine Stellung zu Sir Edward Grey würde empfindlich darunter leiden, wenn er zu der Meinung käme, daß er sich nicht auf meine Erklärungen verlassen kann. Ich möchte Sie daher bitten, Gwinner oder anderen Persönlichkeiten, die hier Fühlung haben, gelegentlich zu bedeuten, daß unsere Haltung sich in keiner Weise verändert hat, und daß es daher bedenklich wäre, entgegenstehende Auffassungen zu begünstigen.

Eigenhändige Nachschrift: Ich werde zu verhindern suchen, daß man mit dem naval holiday an uns herantritt, verhindern Sie aber, daß in Berlin über die Sache allzu viel geredet und geschimpft wird!

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 4. 7. 1913

**W**ie ich auch von einem gut unterrichteten Gewährsmann höre, hat Sir Edward Grey im Laufe einer politischen Besprechung dem Präsidenten Poincaré und Herrn Pichon gegenüber besonders betont, daß er die Erhaltung der asiatischen Türkei als eines der wichtigsten Ziele seiner Politik ansehe, und von

beiden französischen Politikern die Zusage erhalten, daß auch Frankreich mit allen Kräften diese Politik unterstützen wolle. Der englische Minister leitete das Gespräch auf die besten Mittel zur Stützung der Türkei über und bezeichnete, wie er dies auch im Parlament getan, bessere Justiz und gesunde Finanzen als die zwei wichtigsten Erfordernisse. Anschließend daran erklärte er ausdrücklich, er könne einer Kriegsentschädigung an die Balkanmächte nicht zustimmen.

Nach einer Äußerung Pichons scheint dieser über die ausgesprochene Stellungnahme Sir Edward Greys eher erfreut gewesen zu sein, da er selbst im Interesse des französischen Kapitals der Kriegsentschädigung ablehnend gegenüberstehe, bisher aber aus Rücksicht auf russische Wünsche diesen Standpunkt nicht zur Geltung gebracht habe. Sir Edward Greys ausgeprägte Stellungnahme werde es ihm erleichtern, zu weitgehenden russischen Wünschen sich zu versagen.

Ich habe den Eindruck, daß Sir Edward Grey in der Frage der Kriegsentschädigung durchaus fest bleiben wird, so daß wir in dieser Angelegenheit auf eine Unterstützung des deutschen Standpunktes durch England rechnen können.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 21. 2. 1914

**O**bwohl von Zeit zu Zeit Meldungen durch die Presse gehen, wonach die italienisch-englischen Verhandlungen über die Ausbreitungspläne Italiens im Hinterlande von Adalia befriedigende Fortschritte machen sollen, wird mir von vertrauenswürdiger englischer Seite mitgeteilt, daß von solchen Fortschritten nicht die Rede sei, da die Italiener sich noch immer nicht hätten entschließen können, klar auszusprechen,

was sie eigentlich wollten. Es schein sich um den geplanten Bau einer Bahnlinie von Adalia bis Burdur zu handeln. Nach dem Urteil des Generaldirektors der Smyrna-Aidin-Bahn ist ein solcher Bahnbau technisch möglich, würde aber große Schwierigkeiten bieten und ohne bedeutende Bürgschaften undurchführbar sein.

Die Türken haben bei der genannten englischen Bahn vertraulich angefragt, ob sie selbst geneigt wäre, den Bahnbau zu übernehmen. Englischerseits ist man geneigt, dies für eine türkische Finte zu halten, um später gegenüber den zweifellos vorhandenen Vorrechten der englischen Linie geltend zu machen, die Smyrna-Aidin-Bahn habe den Bau abgelehnt. Die Herstellung eines einigermaßen brauchbaren Hafens in Adalia würde nach einem Gutachten der englischen Admiralität keinesfalls unter 50 000 000 M. kosten, bei einigermaßen guter Ausführung aber erheblich mehr. Man neigt englischerseits daher zur Auffassung, daß der ganze Adaliaplan nicht wirklich ernst sei, sondern nur dem Bestreben entspringe, Rechte zu erwerben, die sich unter Umständen später zur Begründung politischer Ansprüche auf eine Einflußzone verwerten ließen. Die englische Admiralität ist der Ansicht, daß Makri der einzige Punkt an jener Küste sei, wo sich mit nicht allzu großen Kosten ein guter Hafen herstellen ließe. Es besteht daher die Vermutung, daß Italien versuchen werde, seine Hand auf diesen Hafen zu legen, um erforderlichenfalls von hier aus mit einer Bahn nach dem Hinterland bei Burdur vorzustößen. Dies sind aber nur Vermutungen. Nach der Ansicht der beiden gegenwärtig hier weilenden Vertreter der Deutschen Bank-Interessen wäre eine Linie von Adalia nach Burdur vorzüglich der Smyrna-Aidin-Bahn abträglich, weiterhin aber auch unseren eigenen Interessen, da bei der Kürze der Linie bis zum

Meere der Abfluß eines gewissen Anteiles am Handel des Seengebietes nach Süden zu erwarten wäre. Die Schädigung der Verkehrsinteressen der Smyrna-Aidin-Bahn würde voraussichtlich ziemlich bedeutend sein.

Da die Italiener es bisher vermieden haben, sich mit mir wegen ihrer kleinasiatischen Pläne in Verbindung zu setzen, habe ich mich seinerzeit darauf beschränkt, im Foreign Office eine allgemein gehaltene Erklärung abzugeben, daß wir die italienischen Pläne unterstützten, bin aber seitdem auf die Frage nicht wieder zurückgekommen.

Lichnowsky.

## Elfter Abschnitt

### DIE LIMAN-SANDERS-AFFÄRE

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 15. 12. 1913

Sir E. Grey empfing mich heute, indem er seine Genugtuung über die auswärtige Rede Euerer Exzellenz\*) zum Ausdruck brachte. Er habe sich über die Ausführungen, die England betrafen, besonders gefreut, und entsprächen diese Gesinnungen auch vollkommen den seinigen.

Im Laufe einer längeren Unterhaltung, während welcher ich mich davon überzeugen konnte, daß der Minister sich in der denkbar besten Stimmung befindet, kam Sir E. Grey auch auf die Angelegenheit der deutschen Offiziere in Konstantinopel zu sprechen. Die Frage schien ihn sehr zu beschäftigen, und er sagte, er freue sich, mit mir hierüber sich aussprechen zu können. Noch nie habe er die russische Regierung über eine Frage derart erregt gefunden. Infolge wiederholter und dringender Vorstellungen, die von Petersburg aus hier erhoben wurden, habe er sich bereit erklärt, in Konstantinopel mündlich und vertraulich Er-

---

\*) In seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember 1913, in der er die außenpolitische Lage eingehend darlegte, gedachte der Reichskanzler mit besonderer Betonung der „Gleichartigkeit in dem Grundgedanken der deutschen und englischen Politik rücksichtlich der weiteren Entwicklung der Türkei“ und der „in so erfreulicher Weise fortschreitenden Besserung unseres Verhältnisses zu England“.

kundigungen über die den deutschen Offizieren einzuräumenden Befugnisse einzuziehen. Es schien ihm vor allem darauf anzukommen, ob die General Liman eingeräumte Stellung mit der früher von General Freiherrn von der Goltz innegehabten übereinstimme oder ob in dieser Hinsicht ein Novum eingetreten sei. Ihm persönlich würde auch dies gleichgültig sein. Er müsse aber befürchten, daß, falls die den jetzigen Offizieren erteilten Befugnisse eine wesentliche Erweiterung in der Exekutive darstellten, von russischer Seite in Konstantinopel Entschädigungen verlangt werden könnten, die etwa in Übertragung eines Kommandos in Armenien gipfelten. Eine solche Lösung schein ihm, dem Minister, höchst bedenklich, da dies der Anfang vom Ende, der Beginn der Aufteilung der asiatischen Türkei bedeute. Er werde alles tun, um eine solche Wendung zu verhindern, doch könne er angesichts der erregten Stimmung, die in Petersburg herrsche, den Erfolg seiner Schritte nicht verbürgen.

Vorläufig versprach der Minister, nichts tun zu wollen, als die gedachten mündlichen und vertraulichen Erkundigungen, die gesondert und nicht in corpore erfolgen würden, einzuziehen. Über das Ergebnis wolle er mit mir Rücksprache nehmen, ehe er irgend etwas weiter unternehme.

Auf meine Entgegnung, daß die Stellung des britischen Admirals, der die gesamte türkische Flotte zu befehligen berufen sei, noch weit über die des Generals Liman hinausginge, entgegnete der Minister, daß Admiral Limpus genau dieselbe Stellung einnehme, die früher seine Vorgänger gehabt hätten, eine Veränderung der Lage durch seine Berufung also nicht eingetreten sei, während anscheinend General Freiherr von der Goltz keinen eigentlichen Oberbefehl gehabt hätte. Auch sei man in Rußland hinsichtlich der

Flotte viel weniger empfindlich als gerade wegen Konstantinopel. Hätte der deutsche General das Korps in Adrianopel erhalten, so würde man sich viel eher beruhigt haben. Aber gerade Konstantinopel sei für Rußland die empfindlichste Stelle und die englisch-russische Verständigung sei auf der Grundlage erfolgt, daß Konstantinopel den Türken bleiben solle und keine andere Macht dort einen überwiegenden Einfluß erhalte. Es sei nun schwer für ihn, an dieser für das beiderseitige Einvernehmen so wichtigen Verständigung zu rütteln und einer anderen Macht indirekt behilflich zu sein, dort einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Ich suchte dem Minister klarzumachen, wie wenig Wert die ganze Offiziersendung für uns besitze und wie unwahrscheinlich es sei, daß einige Offiziere auf den Gang der auswärtigen Politik in Konstantinopel Einfluß gewännen. Wir hätten uns lediglich aus Gefälligkeit und mit Rücksicht auf die Überlieferung dazu verstanden, der türkischen Regierung einige Offiziere namhaft zu machen. Alles übrige sei zwischen ihr und den betreffenden Herren ohne unser Dazutun abgemacht worden. Die in Petersburg anscheinend bestehende Erregung könne ich mir daher nur aus einer gewissen Ängstlichkeit der russischen Machthaber gegenüber den nationalistischen russischen Blättern erklären.

Die Unterredung fand, wie gesagt, in einer durchaus verbindlichen und freundschaftlichen Form statt, und hatte ich den Eindruck, daß die ganze Angelegenheit dem Minister sehr unangenehm war, und daß er nicht recht weiß, wie er sich den, wie er wiederholt betonte, drängenden und erregten Vorstellungen des Petersburger Kabinetts entziehen soll, ohne seine dortige Stellung auf das Spiel zu setzen. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 23. 12. 1913

Sir E. Grey verweist, zurückkehrt keinesfalls vor Feiertagen. Halte es auch für besser abzuwarten, daß er mit Vorschlägen an mich herantritt, und nicht durch vorzeitige Ablehnung aller noch ungeborenen Projekte den Anschein der Schroffheit und schlechten Willens zu erwecken. Er käme auch dadurch in die Lage, unbequeme Anregungen von russischer Seite unter ausschließlicher Verwertung unserer Haltung zu beantworten.

Da ihm die ganze Sache höchst peinlich ist, schon weil sie geeignet erscheint, das Einvernehmen zwischen den Mächten zu stören, so wird er versuchen, eine Lösung zu finden oder aber den Streit allmählich versumpfen zu lassen. Übrigens ist auch Graf Benckendorff auf vierzehn Tage nach Neapel gefahren. Vor seiner Abreise sagte er mir, er hoffe, es werde uns hier gelingen, irgendeinen Ausweg zu finden, da die Unterhaltung zwischen Berlin und Petersburg abgebrochen sei. Welchen wisse er selbst nicht. Kaiser Nikolaus fühle sich persönlich verletzt und sei sehr verstimmt.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 7. 1. 1914

Sir Edward Grey, der gestern hier eintraf und heute Abend wieder abreist, um erst am 19. zurückzukehren, ließ mich soeben kommen, um mit mir nochmals die Frage der Konstantinopeler Militärmission zu besprechen. Er sagte mir, die russische Regierung habe sich keineswegs beruhigt und werde außerdem von der öffentlichen Meinung zu weiteren Schritten gedrängt. Er, Sir Edward Grey, habe bisher alles getan, um in Petersburg zu mäßigen, und werde auch fortfahren, in

diesem Sinne zu wirken, besonders da er den Eindruck habe, daß wir bestrebt seien, den russischen Wünschen einigermaßen entgegenzukommen und eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu finden. Sollte dies jedoch nicht gelingen, so könne er sich der Befürchtung nicht entschlagen, daß Rußland eigenmächtig vorgehe und von der Türkei eine Gegenleistung verlange. Ein derartiger Schritt werde natürlich sehr unerwünschte Folgen haben.

Auf meine Frage, welche Maßnahmen russischerseits seiner Ansicht nach wohl in Frage stünden, entgegnete Sir Edward, er halte es nicht für unmöglich, daß Rußland das Verlangen stelle, ein russischer General solle das Kommando in Armenien erhalten unter der Mitwirkung einer entsprechenden Anzahl russischer Offiziere, auch sei es nicht ausgeschlossen, daß Rußland unter Umständen zur Besetzung türkischen Gebietes schreite, um mehr Nachdruck auf die ottomanische Regierung ausüben zu können. Konstantinopel sei nun einmal der heikelste Punkt für das russische Empfinden, und er glaube nicht, daß man sich in Petersburg beruhigen werde, falls nicht unsererseits ein Ausweg gefunden werde.

Ich entgegnete unter Verwertung der mir übermittelten Gesichtspunkte, daß ich nicht daran zweifelte, daß die Kaiserliche Regierung gern bereit sein würde, den russischen Wünschen etwas entgegenzukommen, obwohl ich die Berechtigung des russischen Standpunktes keineswegs anzuerkennen vermöge, daß aber die unerläßliche Voraussetzung hierfür sei, daß alle ferneren amtlichen Schritte seitens des Dreiverbandes in Konstantinopel unterblieben. Einem formellen Druck gegenüber würde es unmöglich sein, nachzugeben beziehungsweise auch nur das geringste Zugeständnis zu machen.

Sir Edward versprach mir wiederum, vorläufig nichts zu unternehmen. Er hoffe aber, daß bis zu seiner Rückkehr am 19. zwischen uns und Rußland eine Verständigung erreicht werde. Bis dahin sei auch Graf Benckendorff zurück, und es würde sonst schwer fallen, die russische Regierung noch weiter hinzuhalten und zu beruhigen.

Vorläufig also scheint die hiesige Regierung nichts unternehmen und weiter abwarten zu wollen. Auch die Zurückziehung der britischen Seeoffiziere scheint nicht beabsichtigt zu sein, da Sir Edward nichts davon erwähnte, und sich auf die Bemerkung beschränkte, russischerseits werde immer darauf hingewiesen, daß die Gegenüberstellung der britischen Marine- und der deutschen Militärmission deshalb unzutreffend sei, weil es nur ein türkisches Heer, aber keine türkische Flotte gebe, eine Bemerkung, die ich durch den Hinweis auf den eben erst angekauften „Rio de Janeiro“ zu entkräften suchte.

Meine Eindrücke möchte ich abermals dahin zusammenfassen, daß Sir Edward, der übrigens durchaus nicht aufgeregt war, und in heiterster Stimmung die Angelegenheit mit mir besprochen hat, nur sehr ungerne sich an irgendwelchen erneuten Schritten beteiligen würde, daß er aber fürchtet, durch die Haltung Rußlands in eine Zwangslage versetzt zu werden, und es unter Umständen nicht wagen würde, die Russen in dieser Frage vollkommen im Stiche zu lassen.

Lichnowsky.

## Zwölfter Abschnitt

### DIE DEUTSCH-ENGLISCHE FLOTTENPOLITIK

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 8. 2. 1913

Die telegraphisch hierher gemeldeten Erklärungen über die Flottenfrage, die der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts angeblich in der Budgetkommission des Reichstags abgegeben hat, erregen in der hiesigen Presse das größte Aufsehen und werden von fast sämtlichen führenden Blättern in Leitartikeln besprochen.

Nach den hier vorliegenden Meldungen soll der Großadmiral von Tirpitz auf die Flottenrede, die Herr Churchill im März v. Js. gehalten hat, eingegangen sein und geäußert haben, daß ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte annehmbar erscheine, und daß auch er als Chef des Reichsmarineamts dagegen keinerlei Bedenken geltend zu machen habe.

Die „Times“ begrüßt zwar diese Feststellung, da sie offenbar von freundschaftlichen Gefühlen gegenüber England Zeugnis ablege, mißt aber im übrigen den Worten des Herrn von Tirpitz keine große Tragweite bei. Herr Churchill habe seinerzeit das Angebot gemacht, daß, wenn Deutschland seinen Bauplan nicht vergrößern, England den seinigen auch nicht vergrößern wolle; eine bindende Annahme dieses

Angebots könne in den Äußerungen des Herrn von Tirpitz nicht erblickt werden. Jedenfalls dürfe man sich durch diese Äußerung nicht zu der Annahme verführen lassen, daß Deutschland nun ohne weiteres eine auf eine Einschränkung der Rüstungen hinlaufende Politik treiben werde. Tatsächlich könnten sich auch weder England noch Deutschland bei der Entwicklung ihrer Flotten unbedingt und für immer die Hände binden. Sei aber Deutschland wirklich bereit, sich mit England über die Flottenfrage in gewissem Umfange zu verständigen, so werde ein solcher Entschluß in England mit Freuden begrüßt werden; das Wachsen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, das in den letzten Monaten durch das einmütige Zusammengehen der beiden Regierungen eine starke Förderung erfahren habe, sollte die beiden Länder dazu bringen, die Flottenpolitik fortan ohne Bitterkeit und gegenseitigen Argwohn zu erörtern.

Die liberale „Westminster Gazette“\*) betont, daß die Flottenfrage nur im Zusammenhang mit den politischen Fragen behandelt werden könne. Die Bemessung der Flottenstärke der beiden Länder werde immer von den allgemeinen politischen Beziehungen abhängig bleiben, die zwischen ihnen beständen.

Unter diesem Gesichtspunkte werde es in erster Linie darauf ankommen, zu verhindern, daß die natürliche und gesunde Rivalität der zwei mächtigen Handelsvölker zu einer politischen Reibung führe. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man sich auf beiden Seiten über gewisse wichtige Grundsätze klar werden. Vor allem sei zu beachten, daß England die über-

---

\*) Der Herausgeber der „Westminster Gazette“ Alfred Spender gehörte zu den intimsten Freunden Sir E. Greys. Es war daher anzunehmen, daß diese Auslassung über die Flottenfrage den Ansichten des Ministers entsprach.

seeische Ausbreitung Deutschlands nicht hemmen könne, ohne sich die Feindschaft Deutschlands in Europa zuzuziehen. Es sei besser für England, wenn Deutschland seine Interessen und seine Macht in derselben Weise wie England über die ganze Welt gleichmäßig verteile, als wie wenn Deutschland seine ganze Flotte an einer Stelle gegen die Macht versammelt halte, die ihr den Ausgang versperre. Auf der anderen Seite sei es besser für Deutschland, daß England eine Seemacht mit kleiner Armee bleibe, und soviel als möglich freie Hand in der europäischen Politik behalte, als wie wenn England durch die deutschen Flottenrüstungen dazu getrieben würde, eine Kontinentalmacht mit großer Armee und kontinentalen Bündnissen zu werden. Gelänge es Deutschland, England seiner Vorherrschaft zur See zu berauben, so werde das Ergebnis sein, daß praktisch der Kanal verschwinden und daß England gezwungen werden würde, zum Schutze seines Territoriums definitive militärische und Flotten-Bündnisse mit anderen Mächten einzugehen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 14. 3. 1913

Gestern abend hat Mr. Churchill, etwas früher als im Parlament erwartet wurde, das Marinebudget für 1913/14 zusammen mit einem erklärenden Kommentar ausgeben lassen. Das Budget sieht 5 Schlachtschiffe, 8 kleine Kreuzer und 16 Zerstörer vor — also ein Schlachtschiff mehr und vier Zerstörer weniger als das vorjährige Budget — und rechnet mit einer Ausgabe von etwas über 46 000 000 Pfund Sterling, was gegen das Vorjahr eine Vermehrung von rund 1 200 000 Pfund Sterling darstellt.

Der Voranschlag bewegt sich innerhalb der Grenzen, die ziemlich allgemein in politischen Kreisen als wahrscheinlich angenommen wurden. Die hauptsächlich auf der unionistischen Seite des Hauses vertretenen Anhänger gesteigerter Rüstungen hätten es lieber gesehen, wenn statt fünf sechs Schlachtschiffe verlangt worden wären. Dieser Wunsch findet vielfach in der Presse, unter anderem auch in der „Times“, Ausdruck. In den radikalen Blättern klagen Friedensfreunde und Abrüstungsschwärmer über die wenn auch geringe Erhöhung der Ausgabe für die Seewehr. Soweit man aus dem ersten Eindruck schließen darf, ist man aber auf beiden Seiten mit dem Entwurf leidlich zufrieden, so daß stürmische Erörterungen kaum zu erwarten sind. Vielfach wird die für das Flugwesen ausgesetzte Summe als zu gering bemängelt. Manche Parlamentarier halten eine Nachforderung hierfür für wahrscheinlich.

Erinnert man sich an die erbitterten Preßfehden und aufreizenden Erörterungen der englisch-deutschen Flottenverhältnisse und des Verhältnisses beider Länder zueinander, die in den letzten Jahren eine anscheinend unvermeidliche Begleiterscheinung der Beratungen über das Flottenbudget waren, so muß diesmal die allgemein herrschende Ruhe, die Abwesenheit jedes aufreizenden Hinweises auf die deutsche Seewehr als besonderes Kennzeichen der gegenwärtigen Stimmung verzeichnet werden. Verschiedene Politiker haben gesprächsweise auf diesen geradezu auffallenden Gegensatz im Verhalten der öffentlichen Meinung hingewiesen. Es steht zu hoffen, daß auch während der Debatten jedes Wiederaufleben der alten deutschfeindlichen Stimmung vermieden werden wird.

Lichnowsky.

London, 27. 3. 1913

In der gestrigen Parlamentssitzung gab der Erste Lord der Admiralität, Mr. Winston Churchill, seine jährliche ausführliche Erklärung über das englische Flottenprogramm ab. Die Kostenvoranschläge, sagte er, wiesen eine bedeutende Steigerung auf, die nicht so sehr auf die Konstruktion von Dreadnoughts zurückzuführen sei als auf fünf andere Gründe. Die Zahl der Schiffe hätte infolge des neuen deutschen Flottengesetzes zugenommen, womit ein entsprechendes Anwachsen der Besatzungen und der Gehälter verbunden sei. Zweitens sei ein weiteres Anwachsen in Größe, Schnelligkeit, Panzerung und Kosten aller Schiffsgattungen zu verzeichnen. Drittens verlangten neue Dienstzweige, Ölheizung, Luftschiffahrt und Verbesserungen in der drahtlosen Telegraphie bedeutende Mittel. Viertens seien die Preise für Material und die Löhne noch weiter gestiegen. Fünftens seien noch rückständige Ratenzahlungen für Schiffsbauten der letzten zwei Jahre zu zahlen, die daher herrührten, daß die Werften ihre Kontrakte nicht rechtzeitig ausgeführt hätten. Die Anschläge für dies Jahr würden noch beträchtlich höher gewesen sein, wenn die Werften nicht so außerordentlich überlastet wären. Es hätte deshalb keinen Zweck, große Summen vom Parlament zu verlangen, die dann doch nicht verbaut werden könnten. Er habe deshalb seinem Voranschlag nicht so sehr die Ausführung des Flottenprogramms als vielmehr das Maximum der Leistungsmöglichkeiten der Werften zugrundegelegt. Falls sich noch im Laufe des Jahres eine schnellere Ausführung des Flottenprogramms ermöglichen lassen sollte, so würde er gezwungen sein, dem Parlament einen Nachtrag zu seinem Voranschlag zu unterbreiten. Sowie sich ein

Nachlassen in der Schiffsbauindustrie bemerkbar mache, würden die rückständigen Kriegsschiffsbauten sofort in die Hand genommen werden, und diese automatische Steigerung hätte das Gute, daß sie den Werften eine ständige Beschäftigung garantiere. Mr. Churchill fuhr dann fort, es sei keine Aussicht vorhanden, daß die Ausgaben für die Marine sich in Zukunft würden herabsetzen lassen, wenn nicht der scharfe internationale Wettstreit ein Ende nehme. Von allen Ländern sei wohl England am besten in der Lage, diesen Anforderungen zu genügen, denn in keinem anderen Lande sei so viel Reichtum aufgehäuft, und England brauche auch nicht wie die kontinentalen Länder ein großes stehendes Herr zu unterhalten, und es könne, ohne die Lebenshaltung der ärmeren Klassen zu verteuern, seine Steuern noch leicht ausbauen. Aber trotzdem England keine Schwierigkeiten hätte, Geld und Leute zu beschaffen, so müßte doch die bedauerliche Unsinnigkeit dessen, was in der ganzen Welt geschehe, selbst den Unverständigsten so klar sein, daß eine gemeinsame Anstrengung, diese Unsinnigkeit anzuhalten oder wenigstens abzuschwächen, als eines der wichtigsten Ziele anzusehen sei. Es stände aber glücklicherweise noch ein Ausweg offen, der keinen Einfluß auf die relative Stärke der Flotten hätte. Warum, frug er, sollen wir nicht für ein Jahr wenigstens in der Konstruktion von Schlachtschiffen eine Pause machen? Dies sei die Frage, die er schon voriges Jahr angedeutet habe, und die er jetzt wiederhole. Dieser Vorschlag bedeutet keinen Verzicht auf irgendeine geplante Marineorganisation oder Flottenvermehrung, er widerspreche auch keinem Flottengesetz, könnte zu keinem Mißverständnis Anlaß geben und würde den Finanzen aller Länder zugute kommen. Dieser Appell sei an alle Länder gerichtet, aber an keines in einer

aufrichtigeren Weise als an den großen Nachbar jenseits der Nordsee. Der ruhige und freundliche Ton der letzten deutschen Flottendiskussionen hätte in England sehr angenehm berührt, aber man müsse sich davor hüten, den deutschen Erklärungen einen Sinn zu unter-schieben, den sie nicht hätten. Man dürfe auch nicht danach trachten, die deutsche Flottenpolitik durch eine zu wörtliche Auslegung freundschaftlicher Reden im Reichstage an englische Wünsche zu ketten. Man könnte zum Beispiel sagen, Admiral von Tirpitz habe sich mit einer englischen Überlegenheit von 16:10 Dreadnoughts einverstanden erklärt, und da dies Ver-hältnis zurzeit etwa stimme, dürfe Deutschland keine Schiffe mehr bauen. Dies wäre vielleicht logisch, aber würde sicherlich viel Unheil anrichten, und wenn man auf diplomatischem Wege versuchen würde, Deutsch-land zu veranlassen, in diesem Jahre keine Schiffe zu bauen, so würde dies sicherlich zu einer Ablehnung und gegenseitigen Vorwürfen führen. Englands Flotten-politik gegenüber Deutschland beruhe auf Stärke, Offenheit und Klarheit. Beide Nationen müßten freie Hand haben, ihre Flotten auszubauen, wie sie es für nötig hielten. Deutschland habe schon seit langem sein Programm immer für eine Reihe von Jahren im voraus festgelegt. England sei jetzt auch dazu über-gegangen, soweit es möglich im voraus zu erklären, welcher Einfluß durch das deutsche Programm auf die englische Bautätigkeit ausgeübt würde. Hierdurch würden gefährliche Bestrebungen und Beklemmungen ausgeschaltet. Es hätte sich nichts ereignet, weshalb das englische, auf verhältnismäßiger Stärke beruhende Programm geändert werden müßte. Da für die näch-sten sechs Jahre in Deutschland zwei Schiffe mehr gebaut würden, sehe sich England gezwungen, für die-selbe Zeit vier Schiffe mehr zu bauen. Für jedes

weitere deutsche Schiff würden zwei weitere englische Schiffe auf Stapel gelegt werden und allenfalls noch andere Schiffe, falls neue Entwicklungen im Mittelmeer stattfinden sollten. Hierzu kämen noch außerdem die von den Kolonien gebauten Schiffe. Es werde geplant, diese Schiffe in ein einheitliches Geschwader zusammenzuziehen und in Gibraltar zu stationieren. Die Admiralität werde die Kolonien zu veranlassen suchen, Flottenstützpunkte anzulegen. Diese Entwicklungen würden auch nicht die von ihm vorgeschlagenen Flottenferien unmöglich machen. Ein derartiger Vorschlag müßte natürlich auf ein bestimmtes Jahr beschränkt bleiben. Für 1913 sei dies schon zu spät, aber wenn Deutschland sein Programm für 1914 oder, falls dies zu früh sei, für 1915 aufheben wolle, so brauche es dies nur zu sagen. Die Flottenbauprogramme der anderen Mächte müßten natürlich auch berücksichtigt werden, aber dies dürfte wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten. Den Einfluß, den es haben würde, wenn Deutschland und England im Interesse des Weltfriedens zusammengingen, wäre nicht so leicht zu überschätzen. Falls ein gegen diese unsinnige Verschwendung gerichteter Vertrag zustandekäme und dann einen weiteren nationalen Einfluß ausüben sollte, so wäre dies nur mit größter Freude zu begrüßen. England sei in der besten Lage, diese Vorschläge zu machen, denn es habe in den letzten Jahren gezeigt, daß es seine Superiorität gegen jedermann zu behaupten wisse.

Mr. Winston Churchill ging dann zu der Besprechung einer Reihe von rein technischen Fragen über. Er erwähnte dabei auch die geplante Bewaffnung der größeren englischen Handelsschiffe, wobei die Reeder ein großes Entgegenkommen gezeigt hätten. Auch der Luftschiffahrt würde die größte Auf-

merksamkeit gewidmet, und es läge kein Grund vor für eine Beunruhigung.

Der Entwicklung der deutschen Flotte widmet Mr. Churchill Worte des höchsten Lobes. Was England ihr entgegenstellen müsse, habe er schon voriges Jahr auseinandergesetzt. Er freue sich über die Erklärung des Admiral von Tirpitz, daß dies Verhältnis von 8:5 Geschwadern auch für Deutschland annehmbar sei. Das Verhältnis bliebe auch dasselbe, falls jedes Geschwader anstatt acht nur sechs oder sieben Schiffe enthielte, und England würde auch bereitwillig auf dieser Basis zu einer Verständigung zu kommen suchen. Zum Schlusse seiner Rede bemerkte Mr. Churchill, Großbritannien könne keine andere Seemacht so dicht an sich herankommen lassen, daß diese durch Flottendruck die englische Politik beeinflussen könne. Eine derartige Situation würde zweifellos zum Kriege führen. Eine Superiorität, die nicht genüge, um den Erfolg zu erringen, sei auch nicht groß genug, um den Frieden zu erhalten.

Mr. Winston Churchill verfolgte bei seinen Ausführungen offenbar den Zweck, soweit wie möglich allen den widerstreitenden Anschauungen gerecht zu werden, die hier in der Flottenfrage bestehen. Er befand sich insofern in einer schwierigen Lage, als bei dem linken Flügel seiner eigenen Partei eine starke Neigung für eine Einschränkung der Flottenrüstungen vorhanden ist, während die Opposition zum großen Teil energisch für einen möglichst schnellen und umfangreichen Ausbau der Flotte eintritt. Für die radikalen Flottengegner im eigenen Lager war der Vorschlag bestimmt, im Einvernehmen mit Deutschland eine Pause in den Rüstungen eintreten zu lassen; der Vorschlag ist lediglich ein Schaugericht und dürfte von niemand hier allzu ernst genommen worden sein,

am wenigsten von Mr. Churchill selbst. Der Opposition suchte Herr Churchill entgegenzukommen, indem er betonte, daß die britische Regierung auf jeden Fall bei etwaigen Flottenbauten anderer Mächte ihr Übergewicht zur See aufrechterhalten werde. Indem er versuchte, auf diese Weise beide Parteien zufriedenzustellen, hat Herr Churchill einen geschickten Schachzug getan; dies dürfte schon aus der Haltung der heutigen Presse hervorgehen. Denn wenn auch die Oppositionsblätter mancherlei an der Rede auszusetzen haben und es beispielsweise bedenklich finden, daß das Bauprogramm des nächsten Jahres statt sechs nur fünf Schlachtschiffe vorsehe, so findet doch selbst die unionistische „Daily Mail“ die Erklärungen des Marineministers zufriedenstellend, während andererseits die radikalen „Daily News“ mit Genugtuung feststellen, daß Herr Churchill in seiner Rede sich gegen das vorige Wettrüsten ausgesprochen habe.

Die Rede dürfte der hiesigen öffentlichen Meinung schwerlich zu großen und aufgeregten Erörterungen Veranlassung geben, wie sie in früheren Zeiten mit jeder Besprechung des englischen Flottenvoranschlags verbunden zu sein pflegten. Dies wäre im Interesse des weiteren Ausbaues unserer Beziehungen zu England nur zu begrüßen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 1. 4. 1913

In der gestrigen Generaldebatte über den Voranschlag für die Flotte, die im allgemeinen ruhig verlief, ergriff Mr. Winston Churchill noch einmal das Wort, um sein diesjähriges Flottenprogramm gegen die von der Opposition erhobenen Angriffe zu ver-

teidigen, ohne dabei etwas wesentlich Neues zu sagen. Mr. Churchill erklärte, sein Vorschlag einer einjährigen Unterbrechung im Flottenbau sei von ihm vollständig ernst gemeint gewesen, und er sei hierzu auch keineswegs durch die Überlastung der englischen Werften veranlaßt worden. Mr. Winston Churchill widerlegte dann im einzelnen die Behauptung des Lord Charles Beresford, daß die englische Marine nicht über ein genügendes Personal verfüge, um die Schiffe vollzählig zu bemannen. Er suchte ferner in einer längeren Ausführung zu beweisen, daß für die nächsten Jahre die Überlegenheit der englischen über die deutsche Flotte um 60 Prozent reichlich aufrecht erhalten werden würde. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 30. 4. 1913

**M**r. Winston Churchill, mit dem ich bei einem Diner zu Ehren der Majestäten bei Lord Granard zusammentraf, benutzte die Gelegenheit, um mit mir über die Flottenfrage zu sprechen. Mit dem naval holiday sei es ihm vollkommen ernst, und er halte den Gedanken für zweifellos durchführbar. Auch wolle er versuchen, die übrigen Seemächte ebenfalls dafür zu gewinnen. Die Rüstungen seien allmählich zu groß und zu kostspielig geworden, und kein Staat könne auf die Dauer das angestrengte Wettbauen ertragen. Ein großer moderner Panzer koste bereits 3 000 000 Pfund Sterling. Es wäre besser, das Geld auf nützlichere Dinge zu verwenden. Unsere Flotte bilde außerdem den einzigen Grund, der einem wirklich intimen Einvernehmen zwischen den beiden Ländern im Wege stehe. Denn durch das Entstehen unserer Seemacht sei eine Art zweites Elsaß-Lothringen ge-

schaffen, eine Frage, die uns ebenso trenne, wie das Reichsland eine wirkliche Annäherung zwischen uns und Frankreich verhindere.

Ich entgegnete ihm, daß ich zwar mich grundsätzlich in Flottenfragen nicht einmische, daß ich aber gesehen habe, daß es trotz der Flottenfrage möglich sei, mit Großbritannien zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen, und daß ich mit Genugtuung festgestellt habe, daß sich hier das Verständnis dafür, daß unsere Flotte nicht gegen Großbritannien gebaut sei, immer mehr zu vertiefen beginne. Euere Exzellenz hätten übrigens Ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, etwaigen britischen Anregungen entgegenzukommen und dieselben zu prüfen, ich glaubte aber nicht, daß das deutsche Volk, das in der Flotte ein nationales Werk und eine Verkörperung des nationalen Gedankens erblicke, jemals auf eine kräftige Förderung dieser Schöpfung werde verzichten wollen.

Der Minister sah dies vollkommen ein, kam aber immer wieder auf seinen Gedanken des „naval holiday“ zurück und besprach die ganze Angelegenheit in durchaus freundschaftlichem und gemütlichem Ton; es scheint ihm aber jedenfalls sehr viel, vermutlich aus technischen und anderen Gründen, an einer Pause zu liegen. Aus seiner ganzen Art ging jedoch ein gewisses Mißtrauen gegen unsere auswärtige Politik hervor, die zum Teil wohl auf seiner etwas phantastischen Natur beruht, zugleich aber auch eine unverkennbare Bewunderung für unsere Flotte. Ich glaube, daß es mir gelungen ist, ihn etwas zu beruhigen und seine Bedenken zum Teil wenigstens zu zerstreuen, denn zum Schlusse sagte er, ich hätte mich wohl schon hier davon überzeugen können, daß es sich mit den Engländern leben ließe (that we are not difficult people to deal with). Da er sehr eitel ist und

unter allen Umständen eine glänzende Rolle spielen will, so wird es notwendig sein, seine Eigenliebe zu schonen und alles zu vermeiden, was als eine Blamage für ihn erscheinen könnte, selbst wenn der tatsächliche Erfolg seiner Anregungen, wie ich voraussehe, dem von ihm vertretenen Plane nicht entsprechen sollte. Seinen Einfluß auf die auswärtige Politik der Regierung möchte ich im übrigen nicht überschätzen. Für letztere sind Sir Edward Grey und Mr. Asquith maßgebend, und ich glaube nicht, daß Mr. Churchills Ansichten sehr schwer ins Gewicht fallen, schon weil man ihn für unberechenbar und sprunghaft hält.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 23. 6. 1913

**W**enn ich mich auch mit den Schlüssen, zu denen der diesseitige Marineattaché am Ende seines interessanten Berichtes Nr. 461 vom 20. d. Mts. über den naval holiday gelangt, vollkommen einverstanden erklären kann und ebenso wie Kapitän von Müller die Ansicht vertrete, daß es sich nicht empfiehlt, auf einen diesbezüglichen Vorschlag Mr. Churchills, falls er an uns damit herantreten sollte, einzugehen, so möchte ich doch den genannten Ausführungen einige Begleitworte hinzufügen.

Seit meiner Berufung auf den hiesigen Posten habe ich den Standpunkt zu vertreten gesucht, daß es möglich sein wird, zwischen uns und Großbritannien trotz der Tripelentente und trotz der Flottenfrage vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen anzubahnen, falls wir hier nicht den Verdacht erwecken, daß wir innerhalb Europas Ausdehnungspolitik betreiben und insbesondere Frankreich gegen-

über kriegerische Absichten verfolgen. Ich bin hierbei von der Voraussetzung ausgegangen, daß unser Flottengesetz im wesentlichen in der bestehenden Fassung erhalten bleibt und nicht etwa durch plötzliche, unvorhergesehene Neubildungen und Neuforderungen der hiesigen öffentlichen Meinung Anlaß zur Beunruhigung gegeben werde. Auch ohne Einschränkung unseres bestehenden Bauprogramms glaube ich auch heute noch, daß sich die im Laufe des vorigen Winters vollzogene Annäherung ohne Preisgabe irgendwelcher deutscher Interessen wird weiter befestigen und vertiefen lassen.

Als eine weitere Grundlage ungestörter politischer Zusammenarbeit betrachte ich gleichfalls eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber allen Versuchen, zu einem sogenannten Flottenabkommen zwischen beiden Ländern zu gelangen. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, wie schwierig es ist, für die Grundlagen eines solchen eine beide Teile befriedigende, vollkommen einwandfreie Formel zu finden, die nicht verschiedenen Auslegungen zugänglich und deren Durchführung möglich wäre, ohne daß auf der einen oder anderen Seite der Verdacht der Unredlichkeit und Unaufrichtigkeit entstünde. Wie Kapitän von Müller überzeugend nachweist, sollte auf britischer Seite die für die world protection bestimmte Flotte für die Verhältniszahl gar nicht in Betracht kommen, wohl aber für den Krieg.

Wenn Herr Churchill nunmehr plötzlich mit dem Gedanken eines naval holiday, also einer Einschränkung der Rüstungen hervortritt, so ist wohl anzunehmen, falls wir nicht geneigt sind, ihn etwa mit Herrn Carnegie auf dieselbe Stufe zu stellen, daß er hierfür einen Zeitpunkt gewählt hat, der den britischen Interessen besonders entspricht, und daß er sich

nicht lediglich durch freundschaftliche Gefühle einer Macht gegenüber hat bestimmen lassen, gegen deren wachsende Entwicklung die Verstärkungen der britischen Flotte trotz gelegentlicher Ableugnung doch als Sicherungsmittel und als Gegengewicht in erster Linie gedacht sind. Je günstiger der Vorschlag bei richtiger Bewertung aller in Frage kommenden Verhältnisse sich schließlich für England gestalten würde, um so größer das Verdienst des britischen Marineministers, und ich vermag einen Vorwurf gegen einen Staatsmann nur dann zu erheben, wenn er die Interessen seines eigenen Landes nicht gebührend wahrnimmt oder Naivität an den Tag legt bei Beurteilung der Absichten fremder Kollegen. Der Vorwurf der Unredlichkeit wäre wohl dann besonders zutreffend, wenn es erwiesen wäre, daß Mr. Churchill uns bewußt unwahre Angaben gemacht hätte.

Die geographische Lage Englands uns gegenüber und das günstige Urteil, das hier im allgemeinen über die Leistungsfähigkeit unserer Seemacht besteht, machen es begreiflich, daß einem britischen Minister der Wunsch vorschwebt, eine Bresche in unser Flottengesetz zu legen. Je größer und stärker unsere Flotte, um so lästiger wird die Pflicht der britischen Regierung, ein Machtmittel stets bereit zu halten, dessen bloßes Vorhandensein schon genügt, um ihren politischen Einfluß unter allen Umständen und mit Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Aus obigen Erwägungen würde ich es bedauern, wenn die britische Flottenpolitik bei uns ab irato beurteilt und das Vorgehen des Herrn Churchill zu Verstimmungen führen würde. Ich möchte es vielmehr im Interesse einer ungestörten Weiterentwicklung der politisch so überaus wichtigen Annäherung für erwünscht halten, wenn wir eine entsprechende An-

regung möglichst freundlich und ausweichend beantworten würden, etwa unter Hinweis auf technische oder wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch ließe sich vielleicht die letzte Erklärung des Herrn Churchill über den beschleunigten Bau der drei diesjährigen Schiffe verwerten.

Im übrigen bin ich, falls Euere Exzellenz es wünschen, auch in der Lage, Sir Edward Grey gelegentlich und vertraulich entweder direkt oder durch eine Mittelsperson zu bedeuten, daß es uns lieber wäre, wenn Herr Churchill mit dem Gedanken des naval holiday nicht wieder hervorträte.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 7. 1913

Bei seiner gestrigen, anlässlich der Flottenvoranschlagsverhandlungen im Unterhaus gehaltenen Rede hat Mr. Winston Churchill erklärt, er habe die ganze Lage, insbesondere das englisch-deutsche Verhältnis, im März so ausführlich erörtert, daß er gegenwärtig zur Frage des Schiffbaues nichts hinzufügen könne. Was die Kräfteverteilung im Mittelmeer anlange, so wäre bis jetzt über keine Änderung in den Bauprogrammen der Mittelmeermächte zu berichten. Zweifellos erörtere man sowohl in Österreich wie in Italien neue Programme, aber es handelt sich nicht um Tatsachen, sondern um Absichten und Gerüchte. Ihm sei zurzeit nichts bekannt, das eine Erweiterung des englischen Bauprogramms nötig mache, und er glaube nicht, daß Machtverschiebungen im Mittelmeer für diesen Herbst zu erwarten seien, denen englischerseits vor dem Bauprogramm von 1914/15 begegnet werden müsse.

Ein für den englischen Schiffsbauplan wichtiges Ereignis sei die Ablehnung der kanadischen Schiffsbauvorlage durch den dortigen Senat seit seiner Programmrede im März. Es sei aber durchaus unrichtig, anzunehmen, daß Kanadas Wunsch, an seiner eigenen und der Reichsverteidigung tätigen Anteil zu nehmen, damit tot sei. Äußerungen von Führern der Regierungs- sowie der Oppositionspartei ließen vielmehr erkennen, daß man gegenwärtig kein Recht habe, zu glauben, England werde die Last zukünftiger Rüstungen allein und ohne Unterstützung Kanadas zu tragen haben.

Die Regierung habe sich deshalb zu einer nur vorläufigen Maßnahme entschlossen. Die durch den Ausfall der kanadischen Schiffe geschaffene Lücke solle nicht durch eine Vermehrung der geplanten Neubauten, sondern durch Beschleunigung des Baus der bereits in das Programm eingestellten Schiffe ausgefüllt werden. Deshalb sei der Bau von drei Schiffen die sonst erst am Ende des Jahres in Angriff genommen worden wären, bereits jetzt in die Wege geleitet, und diese Schiffe würden, wenn alles ordnungsmäßig gehe, im dritten Viertel des Jahres 1915 fertig sein. Sie würden in Abwesenheit von österreichischen oder italienischen Neubauten das Stärkeverhältnis im Mittelmeer und auf der ganzen Welt voll wahren, das er im März für erforderlich erklärt habe. Freilich schaffe die Beschleunigung der Neubauten nur eine zeitweise Aushilfe, aber ihr Ergebnis sei, daß für sieben oder acht Monate am Ende des Jahres 1915 und zu Beginn des Jahres 1916 derselbe Zustand erreicht werde, der bei Annahme der kanadischen Schiffsbauvorlage erzielt worden wäre. Im nächsten Jahre werde die Lage in Kanada sich voraussichtlich geklärt haben, und er werde eher imstande sein, zu beurteilen, ob

eine weitere Beschleunigung des Baus nächstjähriger Schiffe oder eine Erweiterung des englischen Bauprogramms Platz zu greifen habe.

Am Schluß seiner Rede wies der Minister darauf hin, daß die kommenden Monate die bei weitem zahlreichsten Ablieferungen von Kriegsschiffen an die Marineverwaltung bringen würden, die in der Geschichte der englischen Flotte je vorgekommen seien. Es werde nämlich für die nächsten neun Monate durchschnittlich jede Woche ein Torpedoboot — abgesehen von zahlreichen Unterseebooten —, für die nächsten 12 Monate durchschnittlich alle 30 Tage ein leichter Kreuzer und für die nächsten 18 Monate durchschnittlich alle 45 Tage ein Superdreadnought zur Ablieferung gelangen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 12. 1913

**D**er Widerstand des radikalen Flügels der Regierungspartei gegen das Steigen der englischen Flottenausgaben beginnt der Regierung ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Gestern suchten Vertreter einer bedeutenden Anzahl liberaler Abgeordneter den Premierminister auf, um ihn die in gewissen Kreisen der liberalen Partei herrschende Unzufriedenheit über die in Aussicht stehende Vermehrung des Flottenvoranschlags zum Ausdruck zu bringen.

Eine gestern abend veröffentlichte amtliche Erklärung über den Verlauf der Unterredung besagt, daß die Abordnung die Notwendigkeit einer Beschränkung der Flottenrüstungen betont und auf das wachsende Mißbehagen im Lande über das dauernde Steigen der Ausgaben hingewiesen habe. Mr. Asquith habe ge-

antwortet, er verstehe die Besorgnisse der liberalen Abgeordneten durchaus, und die Angelegenheit werde von der Regierung dauernd ernstlich geprüft.

Es dürfte der Regierung nicht leicht werden, die radikalen Wünsche mit den Plänen Winston Churchills in Einklang zu bringen. Man darf jedenfalls damit rechnen, daß der sich immer mehr zum „enfant terrible“ in der Regierung auswachsende Marineminister, gestützt auf sein als First Lord of the Admiralty erworbenes Ansehen, sich nicht so leichten Kaufes ergeben wird. Sein viel bemerkter intimer Verkehr mit Mr. Austen Chamberlain und seine entgegenkommende Haltung in der irischen Frage, die ihm in der liberalen Presse schon manche Rüge eingetragen hat, zeigen, daß Mr. Churchill nicht davor zurückschreckt, seine eigenen Wege zu gehen. Es fehlt daher auch nicht an Stimmen, die sogar die Möglichkeit seiner Rückkehr in das unionistische Lager in Erwägung ziehen und ihm eine große Zukunft daselbst voraussagen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 2. 1. 1914

**M**r. Lloyd George hat ganz unerwartet von seinem Weihnachtsaufenthalt in Wales aus die innerpolitische Feiertagsstimmung durch eine Kundgebung gestört, die gestern in Form eines Gesprächs mit einem Bekannten im „Daily Chronicle“ an führender Stelle veröffentlicht worden ist.

Der Minister betonte die Notwendigkeit einer Erleichterung des ungeheuren Steuerdruckes und meinte, daß man nur durch eine Einschränkung der übertriebenen Rüstungsausgaben zu einer wirklich durch-

greifenden Besserung gelangen könne. Kein Land habe aus der Vermehrung seiner Streitkräfte Nutzen gezogen, wohl aber hätten alle die Nachteile davon zu spüren bekommen.

Der gegenwärtige Augenblick sei für eine Verminderung der Rüstungsausgaben der günstigste, der sich seit 20 Jahren geboten habe.

Einmal seien die Beziehungen Englands zu Deutschland unendlich freundschaftlicher als seit Jahren. Beide Länder schienen endlich eingesehen zu haben, daß sie durch Zank nichts zu gewinnen und alles zu verlieren, hingegen durch eine Rückkehr zu dem alten, durch Jahrhunderte gepflegten Freundschaftsverhältnis nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten. Der Zwischenfall von Agadir habe beiden Ländern die Gefahren, die aus einer künstlich geschaffenen Atmosphäre des Mißtrauens entstehen könnten, zu günstiger Zeit vor Augen geführt.

Die kontinentalen Mächte richteten ferner ihr Augenmerk mehr und mehr auf die Verstärkung ihrer Landmacht. Deutschland habe in den letzten zwei Jahren die bekannte Erfahrung machen müssen, daß ein Land sich nicht auf den Ausbau eines Zweiges seiner Wehrmacht werfen könne, ohne daß der andere darunter zu leiden hätte. Die Armee sei für Deutschland bei seiner Lage inmitten gleich stark gerüsteter Nebenbuhler eine Lebensfrage. Die Anforderungen, welche die militärische Kräfteverteilung zu Lande an Deutschland stelle, müßten jeden Gedanken an einen Wettbewerb um die Vormachtstellung zur See aus dem Hirn der deutschen Staatsmänner verdrängen. Unter diesen Umständen könne England sich wohl damit begnügen, seine gegenwärtige Überlegenheit aufrechtzuerhalten, ohne fieberhafte Anstrengungen

für eine weitere Vergrößerung derselben machen zu müssen.

Die Möglichkeit einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich erscheint dem Minister ausgeschlossen, und weit entfernt, eine Schwächung der „Entente“ zu wünschen, tritt er für eine Kräftigung der die beiden Länder verknüpfenden Bande ein.

Schließlich erscheint der gegenwärtige Augenblick zu einer Einschränkung der Rüstungsausgaben Herrn Lloyd George deshalb geeignet, weil in allen christlichen Staaten, insbesondere in Westeuropa, gegen den Druck der militärischen Lasten ein wachsender Widerstand sich geltend mache.

Ergreife der Liberalismus nicht die sich bietende Gelegenheit, so werde er seinen vornehmsten Überlieferungen untreu werden.

Das unerwartete Hervortreten Lloyd Georges, dessen antimilitaristische Tendenzen seinen sonstigen demokratischen Auffassungen entsprechen, wird dazu beitragen, den innerhalb der Regierungsgesellschaft über die Rüstungsfrage entstandenen Zwiespalt noch erheblich zu verschärfen. Es wird den vom Schatzkanzler geführten radikalen Flügel noch mehr in Gegensatz zu Mr. Winston Churchill und zu seinen Anhängern setzen. Das Kabinett hatte, wie ich streng vertraulich höre, die Entscheidung über die Höhe des Flottenvoranschlages bis nach den Feiertagen vertagt. Daß die radikale Linke ohnehin entschlossen ist, der Flottenpolitik des Marineministers einen Riegel vorzuschieben, beweist ferner eine Zuschrift, die der Vorstand der „National Liberal Federation“, Sir John Brunner, gleichfalls gestern in mehreren Blättern hat erscheinen lassen. Der aus der Schweiz stammende bekannte Mitarbeiter an den deutsch-englischen An-

näherungsbestrebungen fordert darin die liberalen Vereinigungen im ganzen Lande auf, noch vor Ende des Monats Erklärungen zugunsten einer Verminderung der englischen Rüstungsausgaben abzugeben, damit die Regierung noch vor Abschluß des Voranschlages für Heer und Flotte frische Beweise für die Wünsche ihrer Partei erhalte.

Die Kundgebung Lloyd Georges sowie die Zugschrift Sir John Brunners finden in der liberalen Presse freudigen Widerhall. Insbesondere wird in mehreren Blättern mit lebhafter Genugtuung auf die Wandlung im deutsch-englischen Verhältnis hingewiesen.

Der Ton der fraglichen Artikel macht es wahrscheinlich, daß die Regierung gezwungen sein wird, bei ihrer Flottenpolitik auf die Stimmung der radikalen Linken Rücksicht zu nehmen. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 3. 1914

**D**er Erste Lord der Admiralität hat in der gestrigen Parlamentssitzung in sehr eingehender Weise das diesjährige Flottenprogramm der Regierung begründet, das dem Unterhause vor einigen Tagen zugegangen war.

Die Gesamtsumme der veranschlagten Ausgaben beläuft sich danach auf 51 550 000 Pfund Sterling; der Flottenetat weist somit gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung von 2 740 700 Pfund Sterling auf.

Im ersten Teile seiner Rede beschäftigte sich Mr. Winston Churchill mit der ausführlichen Darlegung der marinetchnischen Erwägungen, welche die Regierung bei der Ausarbeitung des Etats geleitet haben. Bei der Fülle des Materials, welches der Marine-

minister vorbrachte, möchte ich darauf verzichten, auf diesen Teil der Rede näher einzugehen. Ich will nur anführen, daß Herr Churchill hervorhob, daß England und Deutschland sich bei der Aufstellung der beiderseitigen Bauprogramme einer weisen Mäßigung befleißigten. Er erwähnte, daß Großadmiral von Tirpitz sich im Reichstage kürzlich in diesem Sinn ausgesprochen habe. Es wäre an sich möglich gewesen, die englischen Neubauten früher fertigzustellen, als es nunmehr vorgesehen sei; die Regierung habe sich aber für eine langsamere Durchführung des Bauprogramms entschieden, weil der Ausbau der deutschen Flotte sich nicht so schnell vollzogen habe, als er vor zwei Jahren angenommen habe.

Im zweiten Teile seiner Rede ging Herr Churchill auf die politischen Fragen ein, die bei der Aufstellung des neuen Flottenprogramms mitgesprochen haben. Er hob hervor, daß die Regierung nach wie vor an dem Grundsatz festhalte, daß die englische Flotte, soweit Schlachtschiffe in Betracht kämen, eine Überlegenheit von 60 Prozent über die nächststärkere Seemacht haben müsse. Dieser Grundsatz sei jedoch natürlich in keiner Weise bindend und schließe vor allem dem Auslande gegenüber keinerlei Verpflichtung in sich. Was im übrigen die Frage anlange, ob die von den Dominien gestellten Schiffe bei Aufstellung dieses „60-Prozent-Standards“ mitgezählt werden sollten oder nicht, so beabsichtige die Regierung nicht, diese Frage auf theoretischem Wege zu lösen. Sie werde nach wie vor bei der Durchführung ihres Bauprogramms lediglich von praktischen Gesichtspunkten ausgehen. Vor zwei Jahren sei in Berücksichtigung der deutschen Baupläne ein englisches Flottenprogramm aufgestellt worden. In der Zwischenzeit sei die „New Zealand“

für den Dienst in den heimischen Gewässern verfügbar geworden, die „Malaya“ sei der englischen Regierung zum Geschenk gemacht worden, und es sei die Rede davon gewesen, daß Kanada ebenfalls zur Vergrößerung der Reichsflotte beitragen werde; das englische Bauprogramm habe hierdurch keine Veränderungen erfahren, da die Regierung nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen sei, daß für eine solche Änderung kein Bedürfnis vorliege.

Eine besondere Berücksichtigung verdiene allerdings Englands Stellung im Mittelmeer. Im Jahre 1912 sei das englische Kabinett zu der Ansicht gekommen, daß die englischen Interessen im Mittelmeer durch das bisher dort stationierte Kreuzergeschwader nicht in genügendem Maße geschützt würden; es sei daher beschlossen worden, spätestens Ende 1915 ein Schlachtschiffgeschwader für das Mittelmeer in Dienst zu stellen. Diese Maßnahme sei hauptsächlich deshalb getroffen worden, weil die Regierung es für dringend nötig gehalten habe, daß England ganz selbständig für den Schutz seiner bedeutenden Interessen im Mittelmeer Sorge tragen müsse und zum Schutze dieser Interessen in keiner Weise irgendwelche außergewöhnlichen Verpflichtungen eingehen dürfe. Die Admiralität habe die nötigen Vorbereitungen für die Indienststellung eines entsprechenden Geschwaders getroffen. Da das kanadische Flottengesetz nicht durchgedrungen sei, sei im vergangenen Jahre mit dem Bau von drei in dem Bauprogramm von 1913/14 vorgesehenen Schiffen acht oder neun Monate früher begonnen worden, als dies ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Da auch in diesem Jahre mit der Annahme des kanadischen Flottengesetzes nicht zu rechnen sei, so werde man erneut zu dem im vorigen Jahre angewendeten Aushilfsmittel greifen, wenn auch

in geringerem Maßstabe, indem man abermals mit dem Bau von zwei Schiffen des Programms von 1914 sobald als möglich beginnen werde. Falls Kanada auch im Jahre 1915 sich nicht am Flottenbau beteilige, werde man dann wohl mit der Beschleunigung des Baues eines Schiffes auskommen. Es sei aber Aussicht dafür vorhanden, daß Kanada seine bisherige Stellung in der Flottenfrage ändern werde. Kanada habe schließlich so wichtige und weitverzweigte Interessen zu vertreten, daß es selbst wenigstens teilweise Vorkehrungen für eine entsprechende Verteidigung zur See treffen sollte. Würde Kanada von den Vereinigten Staaten annektiert, so würde es ohne Zweifel seinen Teil zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Namens beitragen; wäre Kanada selbständig, so würde es sicherlich bei der Bewilligung von Mitteln für die Landesverteidigung den südamerikanischen Staaten nicht nachstehen wollen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigte sich Herr Churchill mit der englischen Stellung im pazifischen Ozean. Australien und Neuseeland seien, so führte er aus, aufs lebhafteste an der Erhaltung der britischen Vormachtstellung zur See interessiert. Bevor nicht die englische Flotte vernichtet sei, könne keine europäische Macht an die Eroberung Australiens und Neuseelands denken. Die überlegene Stellung, welche die britische Flotte in den heimischen Gewässern einnehme, verleihe den beiden Kolonien mittelbar aber auch den Schutz gegen Japan. Mit Hilfe seiner Flotte könne England jedem Angriffe einer europäischen Macht gegen Japan wirksam entgegenreten; Japan ziehe daher aus dem Bündnisse mit Großbritannien große Vorteile und habe durch die Erneuerung des Bündnisvertrages bewiesen, wie hoch es diese Vorteile einzuschätzen wisse. Eben dieses

englisch-japanische Bündnis sei daher ein Unterpfand für die Sicherheit der englischen Besitzungen im pazifischen Ozean und dieses Bündnis wiederum basiere offenbar auf der Erhaltung der englischen Überlegenheit zur See.

Mr. Churchill setzte sodann auseinander, in welcher Weise sich die englischen Dominien am zweckmäßigsten an den Seerüstungen beteiligen würden. Neuseeland habe sehr weise daran getan, daß es dem Mutterland ein Schlachtschiff für den Dienst in den heimischen Gewässern zur Verfügung gestellt habe. Die Entscheidung über die politische Lage im pazifischen Ozean werde doch nur in europäischen Gewässern ausgefochten werden. Ein neuseeländisches Schiff könne bei einem solchen Kampfe mit großem Vorteil eingreifen, während es in australischen Gewässern ohne Nutzen sein würde. Andererseits sei vollkommen zu verstehen, wenn die Dominien den Wunsch hätten, ihre Schiffe, auf die sie stolz seien, unter eigener Kontrolle zu haben. Der Wunsch, eine auf strategischen Grundsätzen aufgebaute Flottenpolitik zu betreiben und zugleich die berechtigten patriotischen Gefühle der Dominien zu befriedigen, habe dazu geführt, die Gründung eines Reichsgeschwaders anzuregen, das in regelmäßiger Folge die verschiedenen Dominien aufzusuchen hätte. Zur Durchführung dieses Planes sei es nötig, daß in den kanadischen, australischen und südafrikanischen Gewässern Flottenstützpunkte mit Docks und Reparaturwerkstätten geschaffen würden, um dem Reichsgeschwader dort einen längeren Aufenthalt zu gestatten. Ferner müßten in den verschiedenen Dominien lokale Verteidigungsflottillen, bestehend aus Torpedobooten und Unterseebooten geschaffen werden, die bei einem Besuche des Reichsgeschwaders mit diesem gemeinsame

Manöver auszuführen hätten. Endlich sollten die Dominien in ihren heimischen Gewässern Kleine Kreuzer zum Schutze des Handels stationieren. Wenn dann die Dominien zu gleicher Zeit Schlachtschiffe für das Reichsgeschwader stifteten, so werde erreicht werden, daß in den Dominien das Interesse für die Flotte entwickelt und zugleich für die Schaffung einer einheitlichen, allen Dominien zugute kommenden Streitmacht gesorgt würde.

Am Schlusse seiner Ausführungen hob Herr Churchill mit Nachdruck hervor, daß für England die Erhaltung seiner Überlegenheit zur See eine Lebensfrage bedeute. In anderen Ländern fielen der Flotte weit weniger wichtige Aufgaben zu als in England. Die englische Flotte habe nicht nur fast ausschließlich die Verteidigung des Landes zu übernehmen, sie habe auch den sehr ausgedehnten Handel des Mutterlandes zu beschützen, das nicht einmal seine Bevölkerung aus eigener Kraft ernähren könne. Nur indem es auf eine starke Flotte hinweisen könne, sei England imstande, sich des ungestörten Besitzes seiner überseeischen Kolonien zu erfreuen, bei der Regelung internationaler Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen und in wirksamer Weise zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen.

Lichnowsky.

AN DEN STAATSEKRETAR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 10. 5. 1914

**A**lles, was Sie über Flottenbesuch pp. schreiben, ist mir aus der Seele gesprochen. Nur keine Theaterkouds, die sind den Engländern auch höchst zuwider. Überhaupt liegt eine gewisse Gefahr darin, daß man bei uns leicht zu viel will. Man wünscht keine Verbrüderung hier, die in Paris verstimmen

könnte, wird aber, wie wir soeben gesehen, auch alles vermeiden, was bei uns Anstoß erregt.

Churchill scheint nach allem, was ich höre, nun doch mitzukommen und zwar an Bord seiner Jacht, vermutlich mit einigen Seelords und seiner schönen und sehr anmutigen Frau\*). Wenn dabei nicht zuviel dummes Zeug geredet wird und wir etwas taktvoll Maß halten, so kann die Sache nicht so übel werden. Churchill ist ein sehr geriebener Fuchs und wird sicherlich versuchen, mit irgendwelchen Vorschlägen zu kommen. Hoffentlich bleiben Sie die Zeit über in Kiel und gelingt es Ihnen, ausweichend zu antworten oder die Sache auf die lange Bank zu schieben. Sonst ist er ganz angenehm und zweifellos ein bedeutender Mensch. Als Politiker etwas phantastisch und unzuverlässig. Er kommt mir aber viel offener jetzt entgegen als im Anfang. Ich glaube, er hat das Miß-

---

\*) In meinen Berichten ist von einem eventuellen Besuch Sir E. Greys in Kiel nicht die Rede; dagegen kam ich in einem Privatbrief an Staatssekretär von Jagow vom 26. Mai nochmals auf den Churchillschen Besuch, nebenbei auch auf Londoner Gerüchte über eine beabsichtigte neue deutsche Flotten-novelle zu sprechen: „Hier heißt es, Churchill ginge nicht mit nach Kiel. Er speiste kürzlich mit seiner Frau und Mutter bei uns, sprach mir aber nicht von der ganzen Angelegenheit, und ich hütete mich auch, ihn darauf anzureden. Nur seiner Mutter, die neben mir bei Tische saß, sagte ich, als sie mir andeutete, daß er wahrscheinlich nicht nach Kiel ginge, daß wir ihn begreiflicherweise nicht hätten einladen wollen, daß aber, falls er sich ansagte, er einer herzlichen Aufnahme vergewissert sein könne. Er stellt sich in letzter Zeit sehr freundlich zu mir und ist weniger verschlossen und zurückhaltend als früher. Sollte er doch hingehen, so kann ich mir einen Schaden davon nicht gewärtigen, falls nicht unsererseits unnötiges Zeug mit ihm erörtert wird. Ich könnte ihm vielleicht auch zu verstehen geben, daß er mit naval holiday und ähnlichem Unsinn nicht kommen soll. Fataler wäre mir schon die Anwesenheit des Battenbergers, schon wegen seiner Freundschaft mit Prinz Heinrich und weil er als Deutscher

trauen gegen uns überwunden, das bis vor kurzem die meisten jetzigen Politiker beherrschte. Bethmann, Sie und ich sind ihnen sympathisch, und sie haben sich beruhigt. Der empfindlichste Punkt bleibt Frankreich, dessen Erhaltung hier als Axiom gilt, und ich warne vor allen Maßnahmen, die als eine Herausforderung der Franzosen gedeutet werden könnten. Das würde sofort einen gründlichen Umschwung hervorrufen!

Unser Verhältnis zu England ist so gut — als es überhaupt sein kann. Mehr zu verlangen wäre unklug und vergeblich. Man kommt uns doch auf allen Gebieten entgegen.

Sehr bedauere ich die Nichtveröffentlichung des Kolonialabkommens und möchte doch vorschlagen, in einiger Zeit wieder der Sache näherzutreten. Ich habe Angst, die ganze Sache fällt sonst unter den

---

und als Fachmann mehr erfährt, als wünschenswert wäre. Gegen die Anwesenheit Churchills, falls er sich selbst ansagt, hätte ich aber keine ernstesten Bedenken, falls die Sache nicht etwa in Pikiertheiten oder aber in Überschwenglichkeiten ausartet. Beides ist freilich nicht ausgeschlossen. . . . Übrigens herrschte vor kurzem wieder im Foreign Office Beunruhigung über eine angebliche Flottennovelle. Tyrrell, der ganz das Vertrauen Greys besitzt, redete mich kürzlich darauf an. Ich entgegnete, ich könnte ihm versichern, daß unsere Rüstungen zur See den Rahmen des Flottengesetzes innehielten und daß von einer Überschreitung derselben nicht die Rede sei. Unser Marineattaché bestätigt mir diese Auffassung und versichert mir, daß auch Tirpitz nichts im Sinne habe, was über das Flottengesetz hinausgeht. Alles, was durch das Flottengesetz vorgesehen wurde und sich nicht als eine dasselbe überschreitende Neuerung darstellt, wird hier ruhig hingenommen werden. Daran müssen wir festhalten. Neuforderungen aber in Gestalt einer Novelle würde an den hiesigen maßgebenden Stellen lebhafteste Beunruhigung und Verstimmung hervorrufen und alles wieder in Frage stellen, was wir in letzter Zeit erreicht haben."

Tisch. Auch würde der Eindruck in der Öffentlichkeit sicherlich ein sehr günstiger sein. Der Windsorvertrag läßt sich doch mit der nötigen Sauce servieren.

Warnen möchte ich auch vor Quengeleien à la Sansibar. Erreichen werden wir doch nichts, es verstimmt bloß und die Auslegung des Protektoratsbegriffs ist in Afrika verfassungsgemäß doch recht dehnbar. Gerade mit Bezug auf unsere eigenen Zukunftsabsichten ist es doch wichtig, die Engländer bei guter Laune zu erhalten und derartige Verträge nicht zu wörtlich zu nehmen.

Man hat mir hier zu verstehen gegeben, daß man Seine Majestät dieses Jahr lieber noch nicht hier haben möchte. Die innere Lage und die bevorstehenden Wahlen bieten ja eine gute Ausrede. Man wünscht hier möglichst in Ruhe gelassen zu werden, höfisch und politisch, und auf dieser Grundlage mit uns zusammen zu arbeiten. Je später er kommt, um so besser. Georg fühlt sich durch ihn auch erdrückt.

Lichnowsky.

## Dreizehnter Abschnitt

### ENGLAND IN EINEM EUROPÄISCHEN KRIEGE

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 3. 12. 1912

Lord Haldane besuchte mich heute, um mit mir die politische Lage zu besprechen. Während der längeren Unterredung betonte er wiederholt die Notwendigkeit, in der orientalischen Krisis zu einem Ausgleich der Gegensätze zu gelangen, da es unabsehbar sei, welche Folgen eine kriegerische Verwicklung, in die eine oder mehrere der Großmächte hineingezogen würden, haben könnte. England sei unbedingt friedlich und kein Mensch wolle hier den Krieg, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Aber bei einem allgemeinen europäischen Wirrwarr, der sich doch aus dem Einmarsch Österreichs in Serbien ergeben könnte, falls Serbien nicht gutwillig die besetzte Adriaküste räumte, sei es kaum wahrscheinlich, daß Großbritannien der stille Zuschauer werde bleiben können.

Ich entgegnete, ich wolle nicht die Frage an ihn richten, ob das soviel hieße, als ob England alsdann gegen uns feindlich vorgehen würde. Er erwiderte, daß das gewiß nicht die notwendige, wohl aber die mögliche Folge eines Krieges sein würde zwischen beiden kontinentalen Gruppen. Die Wurzeln, so drückte er sich aus, der englischen Politik lägen in der hier allgemein verbreiteten Empfindung, daß das

Gleichgewicht der Gruppen einigermaßen aufrechtzuerhalten sei. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können, die er, ein großer Bewunderer unseres Heerwesens und unserer militärischen Einrichtungen, mit einiger Sicherheit voraussieht. England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen.

Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte und deren Folgen ganz unberechenbar wären. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt. Er könne mir verbürgen, daß man hier das beste Verhältnis mit Deutschland wünsche, und die Aufnahme, die zum Beispiel die Ausführungen Euerer Exzellenz und des Herrn von Kiderlen im Reichstage sowie meine neuliche Rede beim Festmahl der Royal Society gefunden, müßten mir die Richtigkeit dieser Ansicht beweisen. Auch würde uns niemand hier den Krieg machen wollen, solange keine europäischen Verwicklungen einträten. Die Folgen eines europäischen Krieges aber seien ganz unberechenbar, und könne er alsdann für gar nichts eintreten.

Lord Haldane kam auch auf die Politik Sir E. Greys und seinen Vorschlag zu sprechen. Er ist bekanntlich mit dem Foreign Secretary intim befreundet, und dieser wohnt sogar zeitweise bei ihm. Er bestätigte mir, daß Sir Edward nach Möglichkeit danach trachte, eine vermittelnde Haltung einzunehmen und es ver-

meide, als Parteigänger der Ententegruppe in dieser Krisis zu erscheinen. Lord Haldane meint, die angeregte Vorbesprechung werde Russen und Österreicher zwingen, mit greifbaren Anträgen hervorzutreten, was bisher nicht geschehen, und befürwortet die Wahl von London als den geeignetsten Ort. Inzwischen müsse aber alles vermieden werden, was zu einer scharfen Sonderung der Gruppen (harden the groups) führen könnte. Dieselben müßten sich vielmehr möglichst in „Gelatine“ verwandeln.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 25. 3. 1913

**W**ie gemeldet, hatte bei der Verhandlung über die Thronrede Lord Hugh Cecil vor kurzem die Frage an den Premierminister gerichtet, ob geheime Abmachungen zwischen England und einer anderen Macht bestünden, welche das Inselreich zwingen würden, an einem kontinentalen Kriege teilzunehmen, die dieser mit der Erklärung beantwortete, daß solche Abmachungen nicht bestünden.

Gestern richtete der Abgeordnete King eine ähnliche Frage an Mr. Asquith, indem er wissen wollte, ob die auswärtige Politik Englands gegenwärtig durch irgendwelche Verträge, Abkommen oder Verpflichtungen gebunden sei, denen zufolge britische Militärkräfte unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet sein würden, auf dem Festlande an militärischen Unternehmungen sich zu beteiligen. Mr. Asquith antwortete, daß keinerlei Verpflichtungen bestünden, welche sie zwingen würden, bei irgendeinem Kriege mitzuwirken, mit anderen Worten, falls Krieg entstünde zwischen den europäischen Mächten, so wären keine un-

veröffentlichten Verträge vorhanden, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments einengen könnten hinsichtlich der Entscheidung, ob oder ob nicht Großbritannien an einem Kriege sich beteiligen sollte. Der Gebrauch aber, der gemacht werden würde von den See- oder Landkräften, falls die Regierung und das Parlament sich entschlössen, an einem Kriege teilzunehmen, könne aber aus naheliegenden Gründen nicht zum Gegenstand einer vorhergehenden öffentlichen Erklärung gemacht werden.

Die heutige „Times“ bespricht die obige Auslassung des Premierministers in einer Form, die deutlich erkennen läßt, daß sie die Ansichten der hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten über die Stellung Englands zu einem europäischen Kriege wiedergibt. Ihre Auslassungen entsprechen den Auffassungen, die ich über diese Frage wiederholt die Ehre gehabt habe zu vertreten, und verdienen ein besonderes Interesse, weil sie ein genaues Bild geben von den Grundlinien der britischen Außenpolitik. Das genannte Blatt schreibt: „Wir sind fest entschlossen, jetzt wie in der Vergangenheit das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, weil dieses Gleichgewicht für dieses Land ein Lebensinteresse darstellt. Jeder ernsthafte Angriff mit der Absicht, dieses Gleichgewicht zu zerstören, wird mit Sicherheit dem Widerstande nicht nur der britischen Diplomatie, sondern, wenn nötig, auch der britischen Waffen mit aller Macht begegnen, und zwar nicht als eine Folge diplomatischer Verbindlichkeiten, sondern im wesentlichen als ein Akt der Selbstverteidigung. In den letzten Jahren war mehr als eine Gelegenheit, wo so ein Umstand zu drohen schien. (Dies dürfte wohl ein Hinweis auf Agadir sein.) Bei jedem solchen Anlaß und für die Zwecke der damaligen Lage hat Großbritannien sich

entschlossen auf die Seite der bedrohten Macht gestellt. Wenn wieder Dinge sich ereignen sollten, welche das europäische Gleichgewicht bedrohen könnten, so würde die britische Haltung dieselbe sein. Great Britain bleibt ein fester und dauernder Bestandteil der Gruppe, der es angehört, da dies eine Voraussetzung des Gleichgewichts der Gruppen bildet, welches ihre Lebensinteressen erheischen, und wir glauben nicht, daß diese Grundlagen unserer Politik weder hier noch anderswo zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten."

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 6. 8. 1913

**L**ord Haldane hat nach heutiger „Times“ gestern gesagt: „Wir haben keine Bündnisse; aber ich gebe zu, daß man die sich bildenden Gruppen besonders in Voraussagen für die Zukunft nicht außer acht lassen darf. Unsere Beziehungen zu den Ländern, die zu der anderen Gruppe gehören, sind von der freundschaftlichsten Art. Ich hoffe, daß es so bleiben wird. Ich glaube, daß bei den Gruppen die Neigung besteht, sich enger zusammenzuschließen.“

Hieraus geht hervor, daß er gemeint hat, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen im Schwinden begriffen sind. Er hat damit jedenfalls auf die besseren deutsch-englischen Beziehungen anspielen wollen. Seine Erklärung, England habe keine Bündnisse, stimmt übrigens vollkommen mit den diesbezüglichen Erklärungen des Premierministers vom 10. März d. J. im House of Commons überein. England braucht auch, wie ich mir wiederholt darzulegen erlaubt habe, kein vertraglich festgelegtes Verhältnis zu Frankreich,

da es auch ohne jeden Pakt die Franzosen, falls wir sie angreifen, unter allen Umständen schützt, ebenso aber andererseits bestrebt sein wird, allen Regungen des französischen Revanchegedankens entgegenzutreten.

Was die Rede des Herrn Asquith in der Frage der Untertunnelung des Kanals betrifft, so hat er lediglich von neuen Faktoren gesprochen, welche neuerdings bei Beurteilung der früheren ablehnenden Haltung der britischen Regierung ins Gewicht fielen. Der bedeutendste hiervon sei „die Errichtung unserer Freundschaft mit Frankreich auf einer soliden und, wie ich glaube, unerschütterten Grundlage.“

Ich vermag hierin ebensowenig wie in den Äußerungen des Lord Chancellors einen Hinweis auf etwaige Abmachungen zu erblicken, schon weil der Minister sodann bemerkte, daß die Gegnerschaft des Lord Wolseley gegen den Tunnel die Möglichkeit eines französischen Angriffs in Erwägung zog, daß diese Gefahr aber durch die ausgezeichneten und herzlichen Beziehungen, welche mit Frankreich seit dem Abschluß des Abkommens von 1904, also seit beinahe zehn Jahren beständen, vollkommen verblaßt sei.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 19. 2. 1914

Der Bericht des diesseitigen Marineattachés, welcher die Frage erörtert, ob zwischen England und Frankreich für den Fall eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland und den Dreibund Abmachungen bestehen, die sich auf die gegenseitige Unterstützung der beiden Flotten beziehen, berührt

insofern das Gebiet der Politik, als Kapitän von Müller den anscheinenden Widerspruch erwähnt, der zwischen den von den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden etwa getroffenen Vereinbarungen und den bekannten Erklärungen der britischen Regierung bestehen würde. Ohne der Frage nähertreten zu wollen, ob es wahrscheinlich ist, daß hinsichtlich eines etwaigen Zusammenwirkens beider Flotten ein Plan verabredet ist, möchte ich darauf hinweisen, daß ich zutreffendenfalls ein derartiges Abkommen für vereinbar hielte mit den amtlichen Erklärungen der hiesigen Regierung. Denn bei letzterem handelt es sich im wesentlichen um die Frage, ob diesseits eine Verpflichtung besteht, dem französischen Freunde im Fall eines Krieges mit Deutschland beizuspringen. Daß diese Verpflichtung vertraglich nicht besteht, steht für mich außerhalb jedes Zweifels. Es widerspricht dem englischen Charakter und namentlich dem Wesen der jetzigen Machthaber, öffentlich eine bewußte Unwahrheit auszusprechen. Es widerspricht aber ferner auch der Sinnesrichtung der jetzigen Regierung, sich mit neuen Geheimverträgen und noch dazu in einer für die Zukunft des Landes so wichtigen Frage zu belasten. Für eine vertragliche Festsetzung der englischen Unterstützung läge aber auch keine logische Notwendigkeit vor, da man in Frankreich genau weiß, daß keine britische Regierung, wie ich wiederholt darzulegen mir erlaubt habe, eine zweite Demütigung und Verkleinerung Frankreichs zulassen und daß England, um auf dem Kontinent gewissermaßen das Gleichgewicht der Gruppen zu wahren, seine schützende Hand über Frankreich unter allen Umständen halten würde. Andererseits weiß man hier auch

zu genau, daß die Franzosen eine ihnen günstige Gelegenheit zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens mit oder ohne schriftlichen Vertrag benutzen, sich aber ohne Unterstützung Rußlands in keinen Krieg mit uns einlassen werden. Die Notwendigkeit eines Vertrages liegt also für beide Seiten nicht vor, und uns kann es überdies gleichgültig sein, ob ein solcher besteht oder nicht, da wir im Fall eines Krieges mit Frankreich sowieso damit zu rechnen haben, daß die englische Flotte die Franzosen schützt. Da aber dem englischen Interesse die Aufrechterhaltung des Friedens und des status quo in Europa entspricht und England einen kontinentalen Krieg schon deshalb zu verhindern sucht, weil es befürchten muß, in ihn hineingezogen zu werden, so hat es wohl mehr eine theoretische Bedeutung, ob zwischen den beiderseitigen Marinebehörden Verabredungen bestehen, welche für den Fall ihres Zusammenwirkens die beiderseitige Tätigkeit geregelt haben. Es wäre jedenfalls überraschend, wenn hierüber noch kein Gedankenaustausch stattgefunden hätte.

Lichnowsky.

## Vierzehnter Abschnitt

### DIE DEUTSCHE WEHRVORLAGE

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 5. 6. 1913

**D**er in Frankreich mit großer Heftigkeit geführte Streit über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hat eine starke deutschfeindliche Hetze im Gefolge. Diese Vorgänge werden hier in England andauernd mit großem Interesse verfolgt. Heute bringen sowohl die „Daily News and Leader“ als auch die „Westminster Gazette“ Leitartikel über diese Angelegenheit. Beide Zeitungen erklären, daß die Einbringung der französischen Gesetzesvorlage von Rußland angeregt worden sei, und daß dieselbe schon vor Einbringung der deutschen Armeevorlage beschlossene Sache gewesen sei. Am Schlusse ihres Artikels weist die „Westminster Gazette“ darauf hin, daß die Mehrzahl des französischen Volkes friedlich gesinnt sei, und daß auch in Frankreich die Einsicht vorherrsche, daß ein vorübergehender Sieg doch keinen dauernden Erfolg haben könnte. Frankreich wisse außerdem sehr gut, daß seine Nachbarn friedlich gesinnt seien, und daß es bei einem Angriffskrieg auf keine Unterstützung würde rechnen können.

Lichnowsky.

London, 27. 12. 1913

Mr. Caillaux äußerte in einem vertraulichen Gespräch mit einem Angehörigen der Presse, man habe ihn ganz mit Unrecht als Gegner Englands und Gegner eines herzlichen Einvernehmens zwischen England und Frankreich hingestellt. Er habe allerdings über die Art, wie die Entente aufzufassen sei, Anschauungen, die von denen seiner Vorgänger etwas abwichen; aber seine Auffassung werde auch vom Präsidenten der Republik geteilt. Die Entente habe einer „tutelle“ zu ähnlich gesehen. Frankreich müsse seine volle Bewegungsfreiheit haben und in der Lage sein, eine Politik in erster Linie nach seinen eigenen Interessen einzurichten. Sir Francis Bertie, der englische Botschafter mische sich fortwährend in französische innerpolitische Fragen ein. Dies könne nicht geduldet werden. Er werde, falls sich derartiges wiederholen sollte, unmittelbar bei Sir Edward Grey Beschwerde führen.

Auf Personalien übergehend, erwiderte er dem Journalisten auf seine Frage, es sei allerdings beabsichtigt, Herrn Cambon aus London abzurufen, doch müsse man einem Manne von seinen Verdiensten und seiner Vergangenheit gewisse Rücksichten erweisen. Man könne ihm nicht ohne weiteres den Stuhl vor die Tür setzen. Als geeignete Nachfolger erschienen ihm Jusserand oder Barrère. Letzterer spreche glänzend Englisch und besitze Beziehungen in England. Die Meldungen über die Ernennung von Margerie nach Petersburg seien mit Vorsicht aufzufassen. Ihm selbst scheine General Lyautey eine gute Wahl für Rußland.

Die Äußerungen des französischen Finanzministers, für deren Echtheit eine große innere Wahrscheinlichkeit spricht, zeigt, daß seine Abneigung gegen den

englischen Botschafter in Paris noch ebenso stark ist wie früher. Die Unbeliebtheit, deren sich Herr Caillaux in englischen Regierungskreisen und in der englischen Presse erfreut, beruht nicht so sehr, wie in deutschen Blättern manchmal angenommen wird, auf seinem Versuche, durch das Kongoabkommen mit Deutschland die marokkanische Frage aus der Welt zu schaffen, als auf seinen Zusammenstößen mit Sir Francis Bertie, die ihren Höhepunkt in der Äußerung Caillaux' erreichten, er pfeife auf die entente cordiale; eine Äußerung, deretwegen sich der englische Botschafter über ihn beim Präsidenten der Republik beschwerte. Sir Francis Bertie hat seitdem unermüdlich in seiner Berichterstattung und in seinem Verkehr mit dem Pariser Korrespondenten der großen englischen Blätter Herrn Caillaux so schwarz als möglich gemalt. Offenbar hat der englische Botschafter den Wunsch des Herrn Caillaux, Paul Cambon vom Londoner Posten zu entfernen, auch zum Gegenstand seiner amtlichen Berichterstattung gemacht. Denn Mr. Asquith äußerte einem Bekannten gegenüber vor einigen Tagen, es gebe Leute in Paris, die Herrn Cambon gern beseitigt sehen möchten. Dieser sei aber ein bedeutender Mann, den man nicht ohne weiteres verabschieden könne, und das Ministerium Caillaux werde wohl zu kurzlebig sein, um seine Pläne in dieser Hinsicht zur Ausführung zu bringen.

Lichnowsky.

## Fünfzehnter Abschnitt

### DIE DEUTSCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 10. 3. 1914

Der heutige Leitartikel der „Times“ mit der Überschrift „What does it mean“ befaßt sich mit der seit kurzem bei uns gegen Rußland gerichteten Preßfehde und darf als ein gutes Bild der Stimmung betrachtet werden, welche durch die Angriffe unserer Blätter hier erzeugt worden ist. Man vermag sich die kriegerische Note, die gegen den Dreiverband und namentlich gegen Rußland angeschlagen wird, nicht recht zu erklären und fühlt sich auf jeden Fall durch die rätselhaft erscheinende Sprache unserer Blätter beunruhigt. Sehr bezeichnend ist aber der Schluß, zu dem die „Times“ gelangt, und ich vermag ihr nur vollkommen beizustimmen, wenn sie sagt, daß, falls irgend etwas vonnöten wäre, um die Bande des Dreiverbandes enger zu ziehen oder um den Franzosen zu ihrer dreijährigen Dienstzeit zu verhelfen, es hierfür kein wirkungsvolleres Mittel gäbe, als die Art von Aufsätzen, die sich gegenwärtig in der deutschen Presse hervorwagen dürften. Ich meinerseits möchte noch hinzufügen, daß, wenn unsere maßgebenden Blätter in dem seit kurzem beliebten Poltertone fortfahren, alles bisher im Sinne einer Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses Erreichte sehr bald

wieder verloren sein wird, und daß keinerlei persönliche Einflüsse es alsdann werden verhindern können, daß die britischen Staatsmänner sich wieder enger als bisher an Frankreich und Rußland anschließen. Mißtrauen in unsere Auslandspolitik und deren unbedingte Friedfertigkeit muß notwendigerweise abermals zu einer Entfremdung der beiden Nationen führen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 10. 3. 1914

**I**m Laufe einer längeren vertraulichen Unterhaltung mit Sir Edward Grey kam auch die Fehde zur Sprache, die gegenwärtig von einem Teil unserer Presse gegen Rußland geführt wird. Ich erwähnte, daß meines Wissens die amtlichen Beziehungen beider Regierungen durchaus freundschaftlich seien, und daß seit Beilegung der Militärmissionsfrage sich nichts zugetragen hätte, was zu Verstimmungen Anlaß geben könne. Ich meinte daher, daß den Auslassungen einzelner Organe unserer öffentlichen Meinung keine übertriebene Bedeutung innewohne, und daß sich vielleicht ein Teil der Nervosität, die die Österreicher bei Beurteilung russischer Dinge so leicht befällt, auf unsere Presse übertragen habe. Begreiflich sei jedenfalls, daß die starken russischen Rüstungen und die Vermehrung der Truppen an der Westgrenze Unruhe verursacht hätten und im Sinne unfreundlicher Absichten gedeutet würden. Sir Edward sagte mir, er habe weder aus den Berichten des Botschafters oder des Militärattachés in Petersburg noch aus sonst ihm zugegangenen Mitteilungen den Eindruck gewinnen können, daß in der russischen Haltung uns gegenüber irgendeine Wandlung eingetreten sei, oder gar daß

feindliche Absichten beständen. Er könne daher nicht den geringsten Anlaß sehen, der zu Befürchtungen berechtigen würde. Die russischen Truppenvermehrungen seien eine Folge der Bevölkerungszunahme und verfolgten keinerlei bedrohliche Absichten. Falls die gedachten Auslassungen nicht in Übereinstimmung ständen mit der amtlichen Meinung, so würde sich ja wohl bei Erörterung des Anchlages für das Auswärtige Amt Gelegenheit finden, die Stellung der Regierung zu kennzeichnen.

Die ganze Unterhaltung wurde zwischen uns in durchaus ungezwungener, freundschaftlicher Form geführt, und ich glaube, daß es mir gelungen ist, den peinlichen Eindruck, den die gedachten Auslassungen hier erweckt hatten, einigermaßen wieder zu verwischen.

Lichnowsky.

## Sechzehnter Abschnitt

### DIE ENTENTE VOR DEM WELTKRIEG UND DIE RUSSISCH-ENGLISCHE MARINEKONVENTION

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 17. 4. 1914

**E**in englischer Journalist besuchte heute Sir W. Tyrell, um von ihm für die Haltung den englischen Presse während des bevorstehenden Besuches der englischen Majestäten in Paris einige Richtlinien zu erbitten. Nach den streng vertraulichen Mitteilungen meines Gewährsmannes führte der Privatsekretär (Kabinettchef) Sir E. Greys etwa folgendes aus:

Die Entente mit Frankreich sei aus dem Abkommen vom Jahre 1904 und den daran sich anschließenden politischen Ereignissen entstanden. Sir Edward Grey habe die Bedeutung und Tragweite des Verhältnisses häufig öffentlich in Reden erörtert. Diese sollten als Grundlage benützt werden. Die Presse solle möglichst vermeiden, bei Besprechung des Besuches in Paris dritte Mächte überhaupt zu erwähnen, vor allem aber alles aus dem Spiele lassen, was so gedeutet werden könne, als habe die Entente oder der Besuch in Paris eine Spitze gegen irgendeine andere Macht. Dies sei keineswegs der Fall. Die Entente hindere England durchaus nicht an einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Staaten, die außerhalb stünden. Frankreich habe offiziell niemals er-

kennen lassen, daß es einen geschriebenen Vertrag mit England wünsche. Es seien aber Anzeichen dafür vorhanden, daß französische militärische Kreise eine Militärkonvention für erstrebenswert hielten. Dies sei aber wohl unmöglich, da eine Militärkonvention immer eine politische Bindung irgendwelcher Art einschließe. Die meisten kontinentalen Beurteiler vergäßen ganz, daß nicht mehr England allein, sondern das ganze britische Weltreich bei militärischen und Marinefragen mitspreche, und daß das englische Kabinett auf die Wünsche und Bedürfnisse der Dominien weitgehende Rücksicht nehmen müsse. Die „Times“ habe in den letzten Tagen in einem Leitartikel diesen Gesichtspunkt glücklich hervorgehoben: er könne weiter benutzt werden. Der in der „Times“ veröffentlichte Brief des französischen Professors Lavissee enthalte vollständig falsche Auffassungen über das Wesen der Entente. Es seien die Anschauungen eines französischen Chauvinisten, glücklicherweise nicht die der wirklich maßgebenden Kreise in Frankreich.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 4. 1914

Der bekannte französische Historiker Ernst Lavissee hat anlässlich des bevorstehenden Besuchs des englischen Königspaares in Paris in einer am 16. d. Mts. zum Abdruck gelangten Zuschrift an die „Times“ in ausführlicher Weise sich über die Bedeutung, das Wirken und die Ziele der englisch-französischen Entente geäußert. Unter Betonung der friedlichen Bestrebungen der Entente hat Herr Lavissee gleichzeitig dem Wunsch nach einer Stärkung des englisch-französischen Freundschaftsverhältnisses Ausdruck

gegeben. Er hat in vorsichtiger Form an der Lauheit Englands Kritik geübt und mit Hinweis auf die schweren Opfer Frankreichs auf militärischem Gebiete die Frage aufgeworfen, ob nicht für England die Zeit zum Ausbau seiner Heeresmacht gekommen sei. Er hat ferner die militärischen Vorbereitungen des Dreibundes und des Dreiverbandes für den Kriegsfall in Vergleich gestellt und dabei zwar der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die englischen und französischen Militär- und Marineleitungen in Verbindung ständen und ihre Pläne gemeinsam festgelegt hätten, hat aber zweifelnd gefragt, ob England auch mit Rußland in gleicher Verbindung sei.

Die „Times“ hat den Ausführungen des Professors am gleichen Tage einen Leitartikel gewidmet, in dem sie in sorgfältig gesetzten Worten dessen kritische Bemerkungen beleuchtet.

England, so heißt es unter anderem in dem Artikel, erkenne gleichfalls die Gefahren, die den Mächten des Dreiverbandes drohten, aber es halte sie nicht für so unmittelbar greifbar und für weniger sicher. Ein ungerechtfertigter Angriff auf Frankreich würde England stets auf der Seite seines Freundes finden.

Eine Erörterung der von Herrn Lavisse angeschnittenen Fragen der militärischen Bereitschaft Englands und seiner diplomatischen Haltung lehnt das Blatt mit dem Hinweis ab, daß diese Fragen der Besprechung zwischen den beiden Regierungen vorbehalten bleiben müßten. Hingegen wendet sich das Blatt gegen den Vorwurf der Lauheit Englands und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß England für eine gerechte Sache ebenso mutig kämpfen werde wie in vergangener Zeit.

Freilich, so heißt es weiter, müsse die Berechtigung und die Notwendigkeit des Kampfes dem englischen

Volke völlig überzeugend sein. Es werde keine Präventiv- oder Angriffskriege billigen. Es hasse kein anderes Volk und wolle keinem Unrecht tun. Außerdem könne das britische Reich nur in seiner Gesamtheit handeln, das heißt unter Zustimmung und mit Unterstützung seiner überseeischen Bestandteile, die nur die feste Überzeugung von erlittenem Unrecht dem Kriegsgedanken geneigt machen könnte. Die Dominien seien Anhänger der Ententepolitik, weil sie dem Frieden diene. Aber damit sie ihre Wurzeln befestigen könne, müsse sie den Grundsätzen treu bleiben, auf die sie gegründet sei.

Die Zuschrift des Herrn Lavissee sowie der Artikel der „Times“ haben wie im Ausland so auch hier zu Äußerungen der Presse Anlaß gegeben. Dabei hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, erneut herausgestellt, daß die englische öffentliche Meinung jeder Anregung, dem Ententeverhältnis einen bündnisartigen Charakter zu geben, durchaus abgeneigt ist.

In ganz besonders scharfen Worten wendet sich die „Daily News“ in ihrem gestrigen Leitartikel gegen die in Frankreich zutage tretenden Bestrebungen, den Königsbesuch zu chauvinistischen und antideutschen Machenschaften auszubeuten, die Parteizwecken dienen sollen. Das radikale Blatt erklärt den Lavissee'schen Ausführungen über das militärische Zusammenwirken der Ententemächte gegenüber, die englische öffentliche Meinung werde kein Heer- und Flottenbündnis mit Frankreich dulden, während die bloße Anregung eines solchen Bündnisses mit Rußland einen Sturm der Entrüstung erzeugen würde, der die schuldige Regierung hinwegfegen müßte. Die Entente sei in den Augen Englands kein Bündnis, sie sei nicht gegen Deutschland gerichtet und sei nicht ausschließlich. Kein vernünftiger Mensch in England wünsche die

französischen Hitzköpfe, die den Streit mit Deutschland nicht ruhen lassen wollten, in ihrem Treiben zu bestärken.

Kundgebungen wie die des Herrn Lavisse und ähnliche Äußerungen der französischen Presse, die die Absicht Frankreichs zeigen, England, wenn auch in freundschaftlicher Form, zur Verstärkung seiner Heeresrüstung oder zu festerer vertraglicher Bindung zu veranlassen, sind unter den gegenwärtigen Umständen hier einer ungünstigen Aufnahme gewiß. Es muß daher als eine grobe Ungeschicklichkeit bezeichnet werden, daß gerade vor dem Königsbesuche wieder einmal ein derartiger Versuch gemacht worden ist. Wie ich vertraulich höre, hat der Lavissesche Brief auch bei der hiesigen Regierung verstimmt; ebenso ist auch die hiesige französische Botschaft über den wenig angenehmen Auftakt zu der Reise des englischen Königspaares nach der französischen Hauptstadt wenig erfreut.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 20. 4. 1914

Die radikale Linke in England fährt fort, gegen die von Professor Lavisse in seinem Briefe an die „Times“ vertretene Auffassung des französisch-englischen Verhältnisses ärgerlich zu protestieren. Das Wochenblatt „Nation“, das die Anschauungen dieser Kreise widerspiegelt, verwahrt sich, wenn auch in etwas weniger schroffem Tone als die „Daily News“, gegen jeden Versuch, dem Einvernehmen mit Frankreich den Charakter eines militärischen Bündnisses zu verleihen.

Mr. Garvin, der von Anfang an zu den wärmsten Verfechtern der Entente gehört hat, bringt im Sonn-

tagsblatt „Observer“ eine Betrachtung, die vor allem durch ihre Mäßigung auffällt und als neuer Beweis dafür angesehen werden kann, wie groß die Disziplin der englischen Presse in wichtigen Momenten ist. Der sonst durch seine Heftigkeit bekannte Journalist führt aus, England und Frankreich würden diese Woche ihre Freundschaft erneuern. Nach einem kurzen Rückblick auf die Wirkungen des Einverständnisses auf die europäische Politik, bei dem er die Erleichterung der Lage in Ägypten und die gebesserte Stimmung zwischen französischen und englischen Kanadiern hervorhebt, betont er, daß die bestehende Freundschaft zwischen beiden Ländern keines daran hindere, freundschaftliche Annäherung an dritte Länder zu suchen. Höher aber als alle politischen Ergebnisse des Einverständnisses müsse man die kulturellen Resultate stellen, die dem Geiste beider Völker gestattet hätten, sich gegenseitig zu durchdringen und anzuregen.

Der Brief Professor Lavisses war übrigens, wie ich vertraulich höre, von einer Gruppe französischer Politiker als große Aktion gedacht und sorgfältig vorbereitet worden. Auszüge davon befanden sich schon vier Wochen vor der Veröffentlichung in den Händen englischer Journalisten. Daß der Brief in amtlichen Kreisen nicht günstig aufgenommen wurde, wird mir von verschiedenen Seiten bestätigt. Sir W. Tyrrell äußerte einem zuverlässigen Gewährsmann gegenüber, es entspreche nicht dem Wesen der Freundschaft, vor einem Besuche die Vorteile öffentlich zu erörtern, welche die Freunde gegenseitig von ihrem Verhältnisse hätten. Fingen Freunde erst einmal an, sich gegenseitig vorzurechnen, welchen Vorteil ihnen das Verhältnis bringe, so sei es um die Freundschaft schlimm bestellt. Lichnowsky.

London, 22. 4. 1914

In den letzten Tagen haben sich fast alle maßgebenden hiesigen Blätter in ausführlichen Leitartikeln über die Bedeutung des Besuchs Seiner Majestät des Königs in Paris geäußert.

Der Ton der Artikel ist, wie die Gelegenheit es vorschreibt, im allgemeinen herzlich. Es wird betont, daß das Freundschaftsverhältnis der beiden Staaten während der zehnjährigen Dauer seines Bestehens die englische und französische Nation einander nahegebracht habe, so daß ihr politisches Zusammengehen nicht mehr auf dem Willen der Kabinette, sondern dem Willen der beiden Völker beruhe. In warmen Worten werden die prunkvollen Vorbereitungen geschildert, die Paris zum würdigen Empfang des englischen Herrscherpaares getroffen hat.

Bei der Würdigung der bisherigen Ergebnisse der englisch-französischen Ententepolitik wird in erster Linie hervorgehoben, daß sie der Wahrung des europäischen Friedens gedient habe, und die Wahrung des Friedens wird auch als das zukünftige Hauptziel der Entente hingestellt.

Die bekannten Darlegungen des Professors Lavissee in der „Times“ und ähnliche Äußerungen der französischen Presse haben andererseits dazu beigetragen, die englische Presse in eine gewisse Abwehrstellung zu versetzen, die fast durchweg in mehr oder minder kühlen Zusätzen zum Ausdruck kommt.

Der Gedanke der Umwandlung des Ententeverhältnisses in ein Bündnis findet in keiner der bedeutenderen Zeitungen beider Parteien Unterstützung, vielmehr begegnet er allenthalben, wo er aufgeworfen wird, einer höflichen, aber bestimmten Ablehnung. In klaren Worten wird ferner erklärt, daß England weder

gewillt noch in der Lage sei, einer Angriffspolitik des Freundes die Hand zu bieten. Auf der anderen Seite wird aber Frankreich Unterstützung gegen einen ungerechtfertigten Angriff von dritter Seite in Aussicht gestellt. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des status quo auf dem Kontinent erscheint erneut als das Hauptziel der englischen Kontinentalpolitik. Aus der Abneigung Englands, in kontinentale Händel hineingezogen zu werden, wird kein Hehl gemacht.

Vielfach wird betont, daß die Entente keine Spitze gegen irgendeine andere Macht habe, daß sie durchaus nicht ausschließlich sei und die Ententegenossen nicht hindere, mit dritten Mächten in nähere Beziehungen zu treten.

Der Gesamteindruck, den die Presseartikel erwecken, ist der freundschaftlicher Wärme, die jedoch von einer gewissen Zurückhaltung nicht frei ist; von Begeisterung kann nicht die Rede sein.

Ich gestatte mir, dabei insbesondere auf die bemerkenswerten Äußerungen der der Regierung nahestehenden „Westminster Gazette“ hinzuweisen.

Das Blatt bedauert die früher aus dem englisch-französischen Freundschaftsverhältnis erwachsenen Unstimmigkeiten mit Deutschland und betont, die englischen Väter der Entente hätten diese niemals als einen Sprung in die europäische Kontinentalpolitik aufgefaßt und täten dies auch jetzt nicht. In jüngster Zeit hätte sich Gelegenheit geboten zu zeigen, daß die englisch-französische Freundschaft durchaus mit einer freundlichen Haltung Englands gegenüber Deutschland vereinbar sei. England werde seinen Freunden und Nachbarn den größten Dienst erweisen, indem es keinen Zweifel darüber lasse, daß seine Macht und sein Einfluß dazu benutzt werden würde, Angriffen

entgegenzutreten und jede Angriffspolitik, durch wen auch immer sie unternommen werden sollte, zu hemmen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 27. 4. 1914

Nach einem kurzen weekend, das sich der Pariser Reise anschloß, ist Sir Edward Grey heute früh nach London zurückgekehrt und beabsichtigt, Donnerstag wieder für einige Tage fortzugehen, um dem Angelsport sich nochmals zu widmen, der durch den Aufenthalt an der Seine und die hiesige Krise beeinträchtigt worden war.

Heute früh ließ er mich wissen, daß er mich zu sehen wünsche.

Es lag ihm augenscheinlich daran, mit mir über Paris und seine dortigen Eindrücke zu sprechen, schon um der Meinung vorzubeugen, daß sein Wunsch, mit uns in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben, durch französischen Einfluß irgendwie gelitten hätte. In gewohnter heiterer Stimmung erzählte er von seinen Erlebnissen, von der großen Herzlichkeit des Empfanges und der guten Haltung der Volksmassen, deren Kundgebungen alle Erwartungen übertroffen hätten. Die Majestäten seien durch die ihnen bereiteten Huldigungen tief gerührt gewesen, und die von den Parisern zur Schau getragene harmlos-heitere Lebenslust habe eine angenehme Erinnerung hinterlassen.

Von Geschäften sei in erster Linie die griechische Note besprochen worden, und er habe die größte Bereitwilligkeit gefunden, auf unsere Vorschläge einzugehen. Im übrigen habe er die Franzosen politisch in einer sehr ruhigen, durchaus friedliebenden Stim-

mung gefunden und ohne chauvinistische Regungen; das sei seiner dortigen Tätigkeit besonders zustatten gekommen.

Er schien von dem Ergebnis der Reise außerordentlich befriedigt zu sein, weniger aber von der inneren Lage. Keinesfalls werde man mit den Wahlen angesichts der sich häufenden Schwierigkeiten bis zu nächstem Jahr warten; die Auflösung des Hauses sei daher in nicht zu ferner Zeit zu gewärtigen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 29. 4. 1914

**I**n der gestrigen Unterhaussitzung wurde an Sir Edward Grey die Anfrage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß jüngst die Forderung aufgestellt worden sei, die Mächte des Dreiverbandes sollten sich militärisch enger zusammenschließen im Hinblick auf ein Zusammenwirken auf dem Kontinent unter gewissen Umständen, und ob die Politik Englands noch immer auf dem Grundsatz der Freiheit von allen Verpflichtungen, sich in militärische Unternehmungen auf dem Kontinent einzulassen, fuße.

Sir Edward Grey beantwortete den ersten Teil der Anfrage in verneinendem Sinne. Bezüglich des zweiten Teiles verwies er auf eine vom Premierminister am 24. März v. Js. abgegebene Erklärung, die er als auch jetzt noch zutreffend bezeichnete. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 1. 5. 1914

**A**us guter Quelle erfahre ich, daß die Aussprache zwischen Sir Edward Grey und Monsieur Doumergue sehr zur Befriedigung des ersteren ausgefallen ist. Eine Vertiefung des bisherigen Einverständnisses,

das, wie ich wiederholt dargelegt habe, im wesentlichen in der britischen Zusicherung besteht, die Franzosen, falls sie angegriffen werden sollten, zu schützen, ist hiernach überhaupt nicht angeregt, und der Abschluß eines eigentlichen Bündnisses gar nicht zur Sprache gekommen. Herr Doumergue, der auf die britischen Herren einen sehr vorteilhaften Eindruck machte, soll sich darauf beschränkt haben, auf das bestimmteste zu betonen, daß Frankreich jedem Gedanken an auswärtige Abenteuer abhold sei und sich um so mehr dem inneren Ausbau widmen wolle.

Auch Herr Clemenceau hat sich in ähnlichem Sinne geäußert. Er soll dem britischen Minister gesagt haben, er sei nunmehr ganz mit der Entente ausgesöhnt, da er von England die Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland erwarte, um ein vertrauensvolles Verhältnis herbeizuführen, das eine Einschränkung der Rüstungen ermögliche.

Alle Treibereien, die auf ein Bündnis hinzielen, werden hier Herrn Iswolsky\*) zugeschoben, der gern eine große Rolle spielen möchte und von Eitelkeit erfüllt sei.

Alles in allem ist die hiesige Regierung mit dem jetzigen Pariser Kabinett sehr einverstanden und hofft, daß es sich recht lange am Ruder erhalten wird.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 18. 5. 1914

Sowohl Mr. Asquith als auch Sir Edward Grey haben wiederholt und zuletzt am 25. bzw. 28. v. Mts. erklärt, daß keine geheimen Verträge oder Abmachungen bestehen, welche der britischen Re-

\*) Russischer Botschafter in Paris, ehemaliger Minister des Äußeren.

gierung die Verpflichtung auferlegen, im Falle eines festländischen Krieges sich an demselben zu beteiligen und für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen. Aus dem Bedürfnisse eines Zusammenschlusses der beteiligten Mächte gegenüber der in dem Dreibund verkörperten Machtvereinigung hervorgegangen in dem Augenblick, als Frankreich sich in der Marokkokrise durch uns bedroht fühlte und einer weiteren Anlehnung bedurfte, hat die Entente sich demnach nicht zu einem Bündnis verdichtet, als dessen Voraussetzung beiderseitige formelle Verabredungen und Vereinbarungen anzusehen wären. Auch der jüngste Königsbesuch in Paris hat an dem bisherigen Verhältnis nichts zu ändern vermocht, und es ist, wie ich berichtet habe, die Frage eines eigentlichen Bündnisses überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

Wenn ich trotzdem der Überzeugung wiederholt und mit Nachdruck Ausdruck gegeben habe, daß England im Fall eines Krieges zwischen uns und Frankreich, namentlich aber im Fall eines deutschen Angriffs auf den westlichen Nachbar seine schützende Hand über den französischen Freund halten würde, so ist diese Auffassung wohl mit den wiederholten Erklärungen englischer Minister vereinbar, daß formelle Abmachungen zwischen beiden Ländern nicht bestehen, die der britischen Regierung irgendwelche Verpflichtungen auferlegen. Die Grundlage der britischen Auslandspolitik, soweit europäische Mächte in Betracht kommen, ist viel zu bekannt und durchsichtig, als daß sie irgendeinem Zweifel unterliegen könnte. Sie beruht in erster Linie auf dem Grundsatz des Gleichgewichts der Gruppen. Die Hegemonie einer einzelnen Macht auf dem europäischen Festland entspricht ebenso-

wenig dem britischen Interesse wie das Übergewicht einer Gruppe. Die zunehmende Erstarkung unserer Flotte hat das Bedürfnis, die französisch-russische Gruppe zu stützen, nicht gezeitigt, wohl aber gefördert, da sie ebenso wie etwa die Abnahme der französischen Bevölkerung oder die Niederlagen Rußlands in Ostasien eine Verschiebung der kontinentalen Machtverhältnisse zu unseren Gunsten und zu Ungunsten der französisch-russischen Gruppe in sich schloß. Wie die meisten Fragen auch in der Politik nicht nur eine, sondern mehrere Seiten haben, so hat wohl ohne Zweifel die Entwicklung unserer Seemacht sowohl den Wunsch, mit uns in Frieden zu leben, in England gefördert als auch die Erkenntnis begünstigt, daß es im englischen Interesse läge, die uns gegnerische Gruppe zu stützen. Es liegt daher auf der Hand, daß jede weitere Schwächung Frankreichs, namentlich aber eine Niederlage auf dem Schlachtfelde, die uns außerdem von der Notwendigkeit umfangreicher Rüstungen zu Lande für die Zukunft befreien und die Möglichkeit noch größerer Ausgaben für die Seemacht schaffen könnte, nicht im britischen Interesse liegt.

Bald nach meiner Ankunft in London, zur Zeit, als die Entwicklung des Balkankrieges die Gefahr eines europäischen Krieges gewärtigen ließ, suchte mich Lord Haldane auf, wie ich am 3. Dezember 1912 zu berichten die Ehre hatte (1130), und machte mich auf die Folgen aufmerksam, die ein europäischer Krieg für England haben könnte. Aus seinen Worten ging deutlich hervor, daß England sich alsdann genötigt sehen könnte, Frankreich zu schützen, trotzdem hier der lebhafteste Wunsch bestehe, mit uns dauernd in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß er im Auftrage und im Einverständnis Sir Edward Greys gehandelt hat,

und daß der Zweck seines Besuches war, uns davor zu warnen, uns etwa Österreich zuliebe in einen Krieg mit Rußland und Frankreich einzulassen. Dieselbe Warnung, wenn auch in etwas weniger verbindlicher Form, war im Sommer 1911 erfolgt, und zwar durch den Mund Mr. Lloyd Georges, als unser Erscheinen in Agadir hier den Verdacht erregt hatte, wir suchten nach einer Gelegenheit, um mit Frankreich anzubinden, und nachdem Sir Edward Grey durch mehrere Wochen vergeblich auf eine Aufklärung gewartet hatte.

Auch von seiten Sir Edward Greys sind mir in den ersten Monaten meines Hierseins während des Balkankrieges wiederholt Andeutungen in dem Sinne gemacht worden, daß England in einem europäischen Kriege nicht müßig würde zusehen können. Seine Bemerkungen waren nicht mißzuverstehen, wenn es auch nur leise Andeutungen waren, und ich konnte bei jeder Gelegenheit beobachten, wie sehr er bestrebt war, jeder Zuspitzung der europäischen Lage vorzubeugen und auch andererseits allen Regungen des französischen Chauvinismus entgegenzutreten, um nicht genötigt zu sein, zugunsten Frankreichs einzugreifen.

Es wäre nun sehr wunderbar, wenn diese Verhältnisse einem so gewiegten Diplomaten, wie Herr Cambon es ist, entgangen sein sollten, und wenn über so wichtige Fragen nie ein Meinungs-austausch zwischen ihm und Sir Edward Grey stattgefunden hätte. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß mein französischer Kollege ebenso genau wie ich es weiß, daß man hier den Revanchekrieg ebensowenig zulassen will wie eine Wiederholung der Ereignisse der Jahre 1870/71. Bei einer so klaren Lage der Verhältnisse bedarf es keiner formellen Verpflichtungen oder schriftlichen

Verträge; auch dürfte sich Sir Edward Grey gehütet haben, die Form des Schutzes näher zu bezeichnen, denn unter Umständen genügt ja schon die diplomatische Dazwischenkunft. Eine militärische Hilfe ist nicht unbedingt erforderlich und braucht daher gar nicht zugesichert zu werden. Die Franzosen wissen auch ohne feierliche Verpflichtung, daß sie im Falle eines deutschen Angriffs auf britische Unterstützung rechnen können. Das genügt.

Nach der Rückkehr des Königs aus Paris hatte ich Gelegenheit, mich mit einer genau unterrichteten Persönlichkeit über den Verlauf der Reise und ihr Ergebnis zu unterhalten. Auf seine Versicherung, daß alles unverändert geblieben sei und keine Vereinbarungen getroffen wurden, ließ ich die Worte fallen „protection in case of aggression“; er nickte zustimmend.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 29. 5. 1914

**I**n einem vermutlich aus der Feder des bekannten Professors Henri Spencer Wilkinson stammenden Leitartikel äußert sich die „Morning Post“ heute in wenig freundlichen Worten zu den jüngsten Auslassungen Professor Schiemanns über die englisch-russischen Beziehungen.

Das Blatt spricht von einem Versuch, England die Pistole auf die Brust zu setzen und stellt die Schiemannschen Anregungen den rücksichtslosen politischen Mitteln an die Seite, die Bismarck gegen die deutschen Staaten und später auch gegen Rußland angewendet habe.

Es bestehe heutzutage, so heißt es weiter in dem Artikel, große Bereitwilligkeit in England, im politischen Verkehr mit Deutschland die Vergangenheit ruhen zu lassen und auf der Grundlage freimütiger Offenheit neu zu beginnen. Dies werde gerade durch solche anmaßende Auslassungen, wie die Professor Schiemanns, erschwert.

Ob England für oder gegen Deutschland sei, müsse ganz von dem Verhalten Deutschlands abhängen. Ein deutscher Angriff auf Frankreich müsse logischerweise England auf Frankreichs Seite finden. Hingegen glaube man in England nicht, daß man Frankreich zu einem Angriff auf Deutschland ermutigen solle. Das Interesse der Selbsterhaltung fordere es im Falle eines solchen Angriffs nicht, Frankreich Unterstützung zu leisten.

Der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ hat hier in weiteren Kreisen sehr unangenehm berührt und dürfte eher geschadet als genützt haben. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 12. 6. 1914

Gestern wurde im Unterhause von ministerieller Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien und Rußland jüngst ein Marineabkommen abgeschlossen hätten, und ob Verhandlungen zwecks Abschluß einer solchen Vereinbarung unlängst zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten oder gegenwärtig im Gange seien.

Sir Edward Grey nahm in seiner Antwort Bezug auf ähnliche im Vorjahre an die Regierung gerichtete Anfragen. Der Premierminister habe damals, so fuhr Sir Edward fort, geantwortet, es beständen für den Fall des Ausbruchs eines Krieges zwischen euro-

päischen Mächten keine unveröffentlichten Vereinbarungen, die die freie Entschliebung der Regierung oder des Parlaments darüber, ob Großbritannien an einem Kriege teilnehmen wolle oder nicht, einengen oder hemmen würden. Diese Antwort sei heute ebenso zutreffend wie vor einem Jahre. Es seien seither keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden, die die fragliche Erklärung weniger zutreffend machen würden; keine derartigen Verhandlungen seien im Gange und es sei auch, soweit er urteilen könne, nicht wahrscheinlich, daß in solche eingetreten werden würde; wenn aber irgendein Abkommen abgeschlossen werden sollte, das eine Zurücknahme oder eine Abänderung der erwähnten letztjährigen Erklärung des Premierministers nötig machen sollte, so müßte dasselbe seiner Ansicht nach, und das würde wohl auch der Fall sein, dem Parlament vorgelegt werden.

Die hiesigen Blätter enthalten sich heute in ihrer großen Mehrzahl jeglicher Bemerkungen zu der Erklärung des Ministers.

Nur die beiden radikalen Blätter „Daily News“ und „Manchester Guardian“ äußern sich in kurzen Leitartikeln. Die erstgenannte Zeitung begrüßt die Worte Sir Edward Greys mit Genugtuung und meint, sie seien klar genug, um jeden Zweifel zu zerstreuen. England sei nicht im Schlepptau irgendeines anderen Landes. Es sei nicht der Vasall Rußlands, nicht der Verbündete Frankreichs und nicht der Feind Deutschlands. Die Erklärung sei eine heilsame Lektion für diejenigen englischen Preßleute, die glauben machen wollten, daß es eine „Tripelentente“ gebe, die dem Dreibund wesensgleich sei.

Lichnowsky.

## Siebzehnter Abschnitt

### VOR DER KATASTROPHE

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 24. 6. 1914

Ich benutzte meinen heutigen Besuch, um Sir Edward Grey den Dank Ew. Exzellenz für seine offenen und geraden Erklärungen im Unterhause auszusprechen, durch welche er den Gerüchten über ein angebliches englisch-russisches Marineabkommen entgegengetreten ist. Ich knüpfte hieran die Bemerkung, daß Ew. Exzellenz seine Ausführungen um so lebhafter begrüßt hätten, als dieselben nicht unwesentlich dazu beitragen, die Befürchtungen zu zerstreuen, welche namentlich in neuester Zeit weite Kreise des deutschen Volkes hinsichtlich unserer auswärtigen Lage erfaßt hätten. In erster Linie sei es Rußland, welches dieser Beunruhigung und den daraus hervorgehenden Bestrebungen für eine weitere Vermehrung unserer Rüstungen Nahrung zuführe, und ich könne in dieser Hinsicht ganz besonders auf den Artikel der „Nowoje Wremja“ verweisen, welcher in Deutschland unliebsames Aufsehen erregt hätte. Angesichts der Möglichkeit, daß ein Balkankrieg wiederum ausbräche und daß Rußland sich alsdann zu einer etwas aktiveren Auslandspolitik entschlösse, erschien es uns von größter Wichtigkeit, daß die intime Fühlung-

nahme, welche zwischen uns während der letzten Krise bestand, auch allen zukünftigen Ereignissen gegenüber aufrechterhalten bliebe, um auf Grundlage gemeinsamer Verabredung einer kriegerischen Politik erfolgreich begegnen zu können. Ich wies den Minister ferner darauf hin, daß nur durch die Aufrechterhaltung der bisherigen deutsch-britischen Intimität, gepaart mit unserer Überzeugung, daß er auch in Zukunft bestrebt sein werde, kraft seines weitreichenden Einflusses in Paris und Petersburg allen abenteuerlichen Regungen entgegenzutreten, es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, das auch bei uns zeitweise überhandnehmende Rüstungsfieber niederzuhalten und den Rahmen der bestehenden Wehrgesetze einzuhalten. Ich vermied es dabei absichtlich, auf unser Flottengesetz näher einzugehen, da ich dieses heikle Thema mit dem Minister seit meiner Ankunft in London noch nie berührt habe und er auch es bisher sorgsam unterlassen hat, diesen Gegenstand mit mir zu erörtern.

Der Minister nahm meine Eröffnungen mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und sagte, daß es ebenso sein Bestreben sei, mit uns auch ferner Hand in Hand zu gehen und allen auftretenden Fragen gegenüber in enger Fühlung zu bleiben. Er habe in dieser Absicht soeben mit mir die gegenwärtige orientalische Lage besprochen und glaube, daß dieser Weg für unsere beiderseitigen Ziele der geeignete sei. Was Rußland beträfe, so habe er nicht den geringsten Grund, an den friedlichen Absichten der russischen Regierung zu zweifeln. Daß Graf Benckendorff hier keine deutschfeindliche Politik betreibe, brauche er mich nicht erst zu versichern. Kaiser Nikolaus und Herr Sasonow sprächen sich stets in friedlichem Sinne Sir George W. Buchanan gegenüber aus; nur sei es nicht zu leugnen, daß Herr Sasonow den Wunsch hege,

gewissermaßen als Gegengewicht gegen den festgefühten Block des Dreibundes den Dreiverband etwas kräftiger in die Erscheinung treten zu lassen. Was aber den Artikel der „Nowoje Wremja“ betreffe, auf den ich angespielt hätte, so sei er ihm, dem Minister, überhaupt nicht bekannt. Lachend fügte er hinzu, er habe erst gestern abend einen heftigen Angriff des gedachten Blattes gegen Großbritannien zu Gesicht bekommen wegen des persischen Ölabkommens. Was aber Frankreich anlange, so wisse er aus guter Quelle und würde in dieser Auffassung auch durch fremde, z. B. amerikanische Nachrichten bestärkt, daß die Franzosen nicht die geringste Lust zu einem Kriege verspürten.

Es bestünden, so sagte mir Sir Edward, keine nicht veröffentlichten Abmachungen zwischen Großbritannien und den Verbandsgenossen. Er könne mir dies wiederholen, wie er es im Parlament erklärt habe, und er freue sich, hinzufügen zu können, daß von ihm aus niemals etwas geschehen werde, um diesem Verhältnis eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben. Er glaube auch, daß in den letzten Zeiten bei uns über diese Frage eine befriedigtere Auffassung Platz gegriffen habe. Er wolle aber mit mir ganz offen sein und wünsche nicht, daß ich mich zu irrigen Auffassungen verleiten ließe, und möchte daher die Gelegenheit benutzen, um mir zu sagen, daß trotz obiger Tatsachen sein Verhältnis zu den beiden Genossen nach wie vor ein sehr intimes sei und dasselbe nichts von seiner früheren Festigkeit eingebüßt habe. Über alle wichtigen Fragen stände er mit den betreffenden Regierungen in dauernder Fühlungnahme.

Ich dankte dem Minister für seine vertrauensvollen Eröffnungen, die er in freundschaftlich-gemütlicher Form vortrug, und erwiderte, daß für uns kein Grund

vorläge, daran Anstoß zu nehmen, solange er seinen mächtigen Einfluß zugunsten des Friedens und der Mäßigung zum Ausdruck brächte.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 6. 7. 1914

**I**ch besuchte heute nachmittag Sir Edward Grey und nahm dabei Gelegenheit, die gesamte europäische Lage mit ihm in vertraulichem Tone zu besprechen.

Zunächst glaubte ich ihn darauf hinweisen zu sollen, daß die österreichisch-ungarisch-serbischen Beziehungen durch die Ermordung des Thronfolgers eine nicht unbedenkliche Zuspitzung erhalten hätten. Man könne es der k. u. k. Regierung nicht verübeln, wenn sie diese neue Herausforderung angesichts der Unterstützung, die die Verschwörer erwiesenermaßen aus Belgrad erhalten hätten, nicht ungesühnt lassen und von der serbischen Regierung Genugtuung verlangen würde. Ob und in welcher Form dies geschehe, sei mir zwar nicht bekannt, aber ich glaubte, daß es sich schon jetzt empfehlen würde, die Möglichkeit einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad ins Auge zu fassen, damit er, Sir Edward, rechtzeitig in der Lage sei, seinen Einfluß in Petersburg dahin geltend zu machen, daß von dort auf Serbien im Sinne der Nachgiebigkeit gegenüber den österreichischen Forderungen gewirkt würde.

Sir Edward schien in dieser Richtung noch keinerlei Nachrichten erhalten zu haben. Er verkannte jedoch nicht die Gefahr, die die Lage mit sich bringen könnte, und schien zu begreifen, daß es für einen leitenden österreichisch-ungarischen Staatsmann schwer sei, sich auf die Dauer aller energischeren Maßnahmen zu enthalten. Er versprach mir, auch über diese Frage

mit uns in Fühlung zu bleiben, enthielt sich aber vorläufig einer bestimmteren Meinungsäußerung.

Sodann erwähnte ich unter Bezugnahme auf unsere letzte Unterhaltung, daß die gewaltigen Rüstungen Rußlands und gewisse andere Anzeichen, wie der Bau strategischer Bahnen, nach meinen letzten persönlichen Eindrücken in Berlin nicht verfehlt hätten, dort ein gewisses Unbehagen hervorzurufen. Die Stimmung Rußlands für uns und Österreich-Ungarn sei zweifellos keine freundliche. Diese Tatsachen, verbunden mit dem bosnischen Frevel, hätten bei uns eine etwas pessimistische Auffassung der auswärtigen Lage gezeitigt. Da wir aber überzeugt wären, daß wir uns mit der britischen Politik in dem Wunsche begegneten, den Frieden zu erhalten und die Gruppen einander zu nähern, so glaubte ich, durch eine Aussprache mit ihm den beiderseitigen Zwecken zu dienen.

Sir Edward wiederholte mir ungefähr dasselbe, was er mir erst kürzlich gesagt hatte, nämlich, daß ihm keine Anzeichen einer deutschfeindlichen Stimmung in St. Petersburg bekannt seien. Noch weniger glaube er an kriegerische Absichten Rußlands, er wolle aber der Frage erneut seine Aufmerksamkeit zuwenden und mit mir gelegentlich darauf zurückkommen, da auch er den Wunsch hege, über alle Fragen der auswärtigen Politik mit uns in Fühlung zu bleiben.

Zum Schlusse sagte ich, er müsse mir gestatten, da ich ganz offen mit ihm sein wolle und ich es für wichtig hielte, daß er über unsere Auffassungen und Stimmungen genau unterrichtet sei, ein etwas heikles Thema in vertraulicher Weise zu berühren. Wir wüßten aus seinen Erklärungen, daß geheime Abmachungen politischer Natur zwischen England und Rußland nicht bestünden. Wir hätten selbstverständlich nicht

den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit seiner Worte zu zweifeln, bedauerten aber um so mehr, daß immer wieder Gerüchte auftauchten, welche von einer Flottenverständigung zu berichten wüßten, die ein beiderseitiges Zusammenwirken gegen uns im Kriegsfall bezwecke. Ich wäre nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Gerüchte zu prüfen, könne mir aber wohl denken, daß etwaige Besprechungen der beiderseitigen Seebehörden nicht in den Rahmen politischer Abmachungen und bindender Verträge fielen, und daß sie daher mit seinen Erklärungen zu vereinbaren wären. In diesem Falle aber glaubte ich ihn darauf aufmerksam machen zu müssen, daß derartige Verabredungen notwendigerweise dazu beitragen würden, die in Rußland zweifellos bestehende nationalistische Strömung zu bestärken und andererseits bei uns das Verlangen nach vermehrten Rüstungen zu fördern und der Regierung es zu erschweren, den ihm bekannten, den Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufwendungen überschreitenden Forderungen entgegenzutreten.

Sir Edward entgegnete, ohne auf die von mir berührte Frage eines Flottenübereinkommens näher einzugehen, daß er mir bereits vor kurzem gesagt habe, daß kein neues oder geheimes Übereinkommen bestünde, daß aber die Beziehungen zu den Verbandsgenossen nichtsdestoweniger einen sehr intimen Charakter trügen. Aus seiner Zurückhaltung und der Bemerkung, daß er mit mir noch einmal auf die Angelegenheit zurückkommen wolle, konnte ich entnehmen, daß er sich die ganze Frage reiflich überlegen will, ehe er mir gegenüber zu meiner Anregung Stellung nimmt. Auf jeden Fall hat er eine Fühlungnahme der beiden Marinen für den Fall eines gemeinsamen Krieges nicht direkt in Abrede gestellt. Er betonte aber auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß sein Bestre-

ben dahin ginge, die beiden Gruppen einander näherzubringen und dadurch europäischen Verwicklungen vorzubeugen und eine Verständigung über alle auftauchenden Fragen zu erleichtern.

Der Minister stand sichtlich unter dem Eindruck meiner Eröffnungen und dankte mir für die offene Aussprache, die sich in gewohnter gemüthlicher und freundschaftlicher Form vollzogen hatte.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 9. 7. 1914

Sir Edward Grey ließ mich heute zu sich bitten und gab mir zunächst Kenntniss von der Aufzeichnung, die er über unsere Unterredung gemacht hatte, die kurz vor meiner Reise nach Berlin und Kiel stattfand. Er sagte, er habe seinen damaligen Worten auch heute nichts hinzuzufügen und könne nur wiederholen, daß geheime Abmachungen zwischen Großbritannien einerseits und Frankreich und Rußland andererseits, welche Großbritannien im Falle eines europäischen Krieges Verpflichtungen auferlegten, nicht bestünden. England wolle sich vollkommen freie Hand bewahren, um bei festländischen Verwicklungen nach eigenem Ermessen handeln zu können. Die Regierung habe gewissermaßen dem Parlament gegenüber die Verpflichtung übernommen, sich in keine geheimen Verbindlichkeiten einzulassen. Auf keinen Fall werde bei festländischen Verwicklungen die britische Regierung auf seiten des Angreifenden zu finden sein.

Da er mich aber nicht habe irreführen wollen — as I did not want to mislead you —, habe er gleich hinzugefügt, daß nichtsdestoweniger seine Beziehungen zu den genannten Mächten nichts von ihrer früheren Innigkeit verloren hätten. Wenn auch also

keine Abmachungen bestünden, die irgendwelche Verpflichtungen auferlegten, so wolle er doch nicht in Abrede stellen, daß von Zeit zu Zeit Unterhaltungen (conversations) zwischen den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden stattgefunden hätten, und zwar die erste schon im Jahre 1906, dann während der Marokkokrise, als man hier geglaubt habe, wie er lachend hinzufügte, daß wir die Franzosen angreifen wollten. Aber auch diese Unterhaltungen, von denen er meist nichts Näheres gewußt habe, hätten durchaus keine aggressive Spitze, da die englische Politik nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei und in eine sehr peinliche Lage käme, wenn ein europäischer Krieg ausbräche.

Ich wiederholte dem Minister ungefähr dasselbe, was ich ihm schon neulich gesagt hatte, und gab ihm dann zu verstehen, daß es wünschenswert wäre, daß solche militärische Konversationen auf ein Mindestmaß beschränkt blieben, da sie sonst leicht zu unerwünschten Folgen führen könnten.

Seit unserer letzten Unterhaltung, fügte Sir Edward hinzu, habe er sich über die Stimmung, die in Rußland uns gegenüber bestehe, eingehend erkundigt und keinen Grund zu einer beunruhigenden Auffassung gefunden; er schien auch bereit zu sein, falls wir es wünschten, in irgendeiner Form auf die Haltung Rußlands einzuwirken. Auch sei er bestrebt gewesen, für den Fall, daß das Wiener Kabinett sich genötigt sehe, infolge des Sarajewoer Mordes eine schärfere Haltung gegen Serbien einzunehmen, die russische Regierung bereits jetzt für eine ruhige Auffassung und versöhnliche Haltung gegen Österreich zu gewinnen. Sehr viel würde freilich, so meinte Sir Edward, von der Art der etwa gedachten Maßnahmen abhängen, und ob dieselben nicht das slawische Gefühl in einer Weise er-

regten, die es Herrn Sasonow unmöglich machen würde, dabei passiv zu bleiben.

Im allgemeinen war der Minister in durchaus zuversichtlicher Stimmung und erklärte in heiterem Tone, keinen Grund zu haben zu einer pessimistischen Auffassung der Lage.

Lichnowsky.

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES AN  
DEN BOTSCHAFTER IN LONDON                      Berlin, 12. 7. 1914

Die Untersuchung des Mordes von Sarajewo läßt immer deutlicher erkennen, daß die geistigen Urheber in politischen und militärischen Kreisen Belgrads sitzen. Es besteht die Möglichkeit, daß Österreich sich infolgedessen zu ernsteren Maßnahmen gegen Serbien entschließen und diese zu allgemeinen Komplikationen führen könnten. Wir wünschen unter allen Umständen Lokalisierung des Konflikts. Hierzu ist es nötig, daß die öffentliche Meinung in Europa es ihren Regierungen ermöglicht, der Austragung der Differenz zwischen Österreich und Serbien ohne Parteinahme zuzusehen. Es ist daher erforderlich, daß auch in der dortigen Presse schon jetzt eine Stimmung geschaffen wird, die in dem Attentat ebenso wie seinerzeit in der Ermordung des serbischen Königspaares den Ausfluß einer mit dem Kulturgewissen Europas unvereinbaren politischen Verbrechermoral sieht und die es begreiflich erscheinen läßt, daß die Nachbarmonarchie sich gegen diese dauernde Bedrohung von serbischer Seite zur Wehr setzt. Bitte in diesem Sinne tunlichst auf die dortige Presse einzuwirken, dabei aber sorgfältig alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als hetzten wir die Österreicher zum Kriege.

J a g o w.

Ich habe bereits versucht, in diesem Sinne vertraulich und vorsichtig Fühlung zu nehmen, verspreche mir aber angesichts der bekannten Unabhängigkeit der hiesigen Presse derartigen Einwirkungen gegenüber nur wenig Erfolg. Es wird schwer halten, die gesamte serbische Nation als ein Volk von Bösewichten und Mördern zu brandmarken und ihm dadurch, wie der Lokalanzeiger bestrebt ist, die Sympathien des gesitteten Europas zu entziehen; noch schwerer aber die Serben, wie eine amtliche Persönlichkeit dem Wiener Vertreter des „Daily Telegraph“ gegenüber tut, auf dieselbe Stufe zu stellen mit den Arabern in Ägypten und in Marokko oder mit den Indianern in Mexiko. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die hiesigen Sympathien sich dem Serbentum sofort und in lebhafter Form zuwenden werden, sobald Österreich zur Gewalt greift, und daß die Ermordung des hier schon wegen seiner klerikalen Neigungen wenig beliebten Thronfolgers nur als ein Vorwand gelten wird, den man benutzt, um den unbequemen Nachbarn zu schädigen. Die britischen Sympathien, namentlich aber die der liberalen Partei, haben sich in Europa meist dem Nationalitätenprinzip zugewandt, bei den Kämpfen der Italiener gegen die österreichische, päpstliche oder bourbonische Herrschaft, und haben bei Balkankrisen gewöhnlich den dortigen Slawen gegolten. Sowohl während der Annexionskrise als auch im vorigen Winter bei akuten Fragen neigte die hiesige öffentliche Meinung zur Parteinahme für Serbien und Montenegro, und es wäre daher damals schwer gefallen, die britische Zustimmung zu einem energischeren Vorgehen gegen König Nicolaus zu erlangen.

So sehr man also auch eine unnachsichtige straf-

rechtliche Verfolgung der Mörder begreifen wird, so wenig, fürchte ich, wird die öffentliche Meinung dafür zu haben sein, daß man die Angelegenheit auf das politische Gebiet hinüberspielt und sie zum Ausgangspunkt militärischer Maßnahmen gegen ein Volk von Verbrechern macht. In diesem Falle dürfte auch das durch die innere Krise bereits geschwächte gegenwärtige Kabinett kaum die Kraft besitzen, um eine Politik zu unterstützen, die sowohl den ethischen Empfindungen der Nation als der Geschmacksrichtung der (liberalen) Partei widerspräche.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 15. 7. 1914

**I**ch habe bereits versucht, sowohl durch wiederholte Besprechungen mit Sir E. Grey, über die ich berichtet, als auch durch vorsichtige Fühlungnahme mit der hiesigen Presse für eine günstige Beurteilung etwaiger sich als notwendig erweisender ernsterer Maßnahmen Österreichs gegen Serbien vorzuarbeiten. Sir E. Grey sagte, alles käme darauf an, welcher Art etwaige Eingriffe sein würden, keinesfalls dürfe eine Schmälerung des serbischen Gebietes in Frage kommen. Er hat auch, wie berichtet, sich daraufhin bemüht, in Petersburg zugunsten der österreichischen Ansprüche zu wirken. Sollte aber in Rußland infolge militärischer Maßnahmen Österreichs eine gewaltig erregte Bewegung entstehen, so würde er gar nicht in der Lage sein, die russische Politik in der Hand zu behalten, und wird schon mit Rücksicht auf die Mißstimmung, die gegen England augenblicklich in Rußland herrscht, und von der Graf Pourtalès zu berichten weiß, auf russische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen müssen. Der Minister wird jedenfalls, dessen bin ich gewiß, bei Ausbruch eines österreichisch-serbischen Streits

sein möglichstes tun, um Rußland zurückzuhalten. Ich glaube aber nicht, daß er dort, wie etwa in Paris, in der Lage ist, das entscheidende Wort zu sprechen.

Was aber die hiesige öffentliche Meinung betrifft, so bedauere ich, die Ausführungen meines Telegramms voll aufrechterhalten und nachdrücklich vor Täuschungen warnen zu müssen. Trotz der Bomben der Mazzinisten, die in der Verfolgung ihrer politischen Zwecke kaum zartfühlender waren als die Mitglieder der Ochrana und bekanntlich auch vor Attentaten auf Allerhöchste und Höchste Häupter nicht zurückschreckten, wandte sich die hiesige öffentliche Meinung der italienischen Einheitsbewegung zu, feierte Garibaldi hier in überschwenglicher Form. Es gelang damals Österreich ebensowenig, der italienischen Bewegung den Todesstoß zu versetzen wie sich hier Sympathie zu erwerben, und ich bezweifle, daß das Serbentum zum Verzicht auf Betätigung seiner nationalen Ideale und Hoffnungen außerhalb seiner amtlichen Grenzen durch Aufwerfung der Machtfrage zu bewegen sein wird.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 16. 7. 1914

**H**eutige „Times“ bringt Leitartikel über Österreich und Serbien und verurteilt auf das schärfste herausfordernde Haltung der Belgrader Presse, die der serbischen Sache die Sympathien des gebildeten Europas entfremdete. Das Blatt erwartet bereitwilliges Entgegenkommen serbischer Regierung zur Aufklärung des Verbrechens und Bürgschaft gegen fernere Unterstützung der revolutionären Bewegung. Gleichzeitig warnt das Blatt die Österreicher vor der Befolgung einer Politik, wie die militärischen Zeitschriften sie fordern, bei der alles zu verlieren und nichts

zu gewinnen sei. Die südslawische Frage, schwierigste aller österreichisch-ungarischen Probleme, könne niemals durch Gewalt gelöst werden oder durch Drohungen. Jeder Versuch in dieser Richtung würde vielmehr den europäischen Frieden gefährden. Die eigene Geschichte lehrt die Monarchie, wohin es führe, wenn sie die Politik der ruhigen Selbstbeherrschung verlasse.

Ich wiederhole meine Auffassung, daß bei militärischen Maßnahmen gegen Serbien gesamte öffentliche Meinung gegen Österreich-Ungarn Stellung nehmen wird.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 16. 7. 1914

Vom Standpunkt des Grafen Berchtold ist es vollkommen begreiflich, daß er seine durch den Bukarester Frieden stark erschütterte Stellung und den durch den Abfall Rumäniens verminderten Einfluß der Monarchie auf dem Balkan dadurch wieder zu heben gedenkt, daß er die jetzige verhältnismäßig günstige Gelegenheit zu einem Waffengange mit den Serben benutzt. Die leitenden militärischen Persönlichkeiten in Österreich haben bekanntlich schon seit längerer Zeit dahin gedrängt, das Ansehen der Monarchie durch einen Krieg zu befestigen. Einmal war es Italien, dem der Irredentismus ausgetrieben, ein andermal Serbien, das durch Kriegstaten à la Prinz Eugen zur Entsagung und zu besseren Sitten gezwungen werden sollte. Ich begreife, wie gesagt, diesen Standpunkt der österreichischen Staatsleiter und würde in ihrer Lage vielleicht schon früher die serbischen Wirren dazu benutzt haben, um die südslawische Frage im habsburgischen Sinne zu lösen.

Die erste Voraussetzung für eine derartige Politik

müßte aber ein klares Programm sein, das auf der Erkenntnis beruht, daß der heutige staats- und völkerrechtliche Zustand innerhalb der serbo-kroatischen Völkerfamilie, der einen Teil dieser nur durch die Religion, nicht aber durch die Rasse gespaltenen Nation dem österreichischen, einen anderen dem ungarischen Staat, einen dritten der Gesamtmonarchie und einen vierten und fünften endlich unabhängigen Königreichen zuweist, auf die Dauer nicht haltbar ist. Denn das Bestreben, den geheiligten status quo aus Bequemlichkeitsgründen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, hat schon oft und so erst bei der jüngsten Balkankrise zu einem völligen Zusammenbruch des auf diesen Grundlagen erbauten politischen Kartenhauses geführt.

Zunächst bezweifle ich nun, daß in Wien ein großzügiger Plan, der allein die Grundlagen einer dauernden Regelung der südslawischen Frage bieten würde, ich meine den Trialismus mit Einschluß Serbiens, gefaßt worden ist. Nach meiner Kenntnis der dortigen Verhältnisse glaube ich auch gar nicht, daß man in der Lage ist, eine derartige staatsrechtliche Umgestaltung der Monarchie in die Wege zu leiten. Denn es wäre hierzu vor allem der Widerstand Ungarns zu überwinden, das sich gegen eine Abtretung von Kroatien mit Fiume auf das äußerste wehren würde. Zur Durchführung eines derartigen Programms fehlt es in Wien auch an der hierzu geeigneten kraftvollen Persönlichkeit. Man sucht dort vielmehr meist nur den Bedürfnissen des Augenblicks zu genügen und ist froh, wenn die vielen politischen Schwierigkeiten, die niemals aussterben, da sie sich aus der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung des Reiches ergeben, so weit behoben sind, daß Aussicht besteht, wieder einige Monate fortwursteln zu können.

Eine militärische Züchtigung Serbiens hätte daher niemals den Zweck oder das Ergebnis einer befriedigenden Lösung der so überaus schwierigen südslawischen Frage, sondern bestenfalls den Erfolg, die mühsam beigelegte orientalische Frage von neuem ins Rollen gebracht zu haben, um Österreich eine moralische Genugtuung zu verschaffen.

Ob Rußland und Rumänien hierbei müßig zusehen und Österreich freie Hand lassen würden, werden Ew. Exzellenz besser zu beurteilen in der Lage sein als ich. Nach meinen hiesigen Eindrücken, namentlich aber nach den vertraulichen Unterhaltungen, die ich mit Sir Edward Grey gehabt habe, glaube ich, daß meine kürzlich in Berlin vertretenen Ansichten über die Absichten Rußlands uns gegenüber zutrafen. Sir Edward Grey versichert mir, daß man in Rußland nicht daran denke, mit uns Krieg führen zu wollen. Ähnliches sagt mir mein Vetter Graf Benckendorff. Eine gewisse antideutsche Stimmung kehre dort von Zeit zu Zeit regelmäßig wieder, das hänge mit dem slawischen Empfinden zusammen. Dieser Strömung gegenüber bestehe aber immer eine starke prodeutsche Partei. Weder der Kaiser noch irgendeine der maßgebenden Persönlichkeiten sei antideutsch und seit der Beilegung der Limanfrage sei keine ernste Verstimmung wieder eingetreten. Hingegen gab Graf Benckendorff offen zu, daß ein starkes antiösterreichisches Empfinden in Rußland bestehe. Es denke aber dort niemand daran, Teile von Österreich, wie etwa Galizien, erobern zu wollen.

Ob angesichts dieser Stimmung es möglich sein würde, die russische Regierung beim österreichisch-serbischen Waffengange zur passiven Assistenz zu bewegen, vermag ich nicht zu beurteilen. Was ich aber glaube, mit Bestimmtheit sagen zu können ist, daß es

nicht gelingen wird, im Kriegsfall die öffentliche hiesige Meinung zuungunsten Serbiens zu beeinflussen, selbst durch Heraufbeschwörung der blutigen Schatten Dragas und ihres Buhlen, deren Beseitigung vom hiesigen Publikum schon längst vergessen ist und daher zu den historischen Ereignissen gehört, mit denen, soweit außerbritische Länder in Frage kommen, man hier im allgemeinen weniger Vertrautheit besitzt, als bei uns etwa der durchschnittliche Quartaner.

Es fragt sich, ob es sich für uns empfiehlt, unsern Genossen in einer Politik zu unterstützen, bzw. eine Politik zu gewährleisten, die ich als eine abenteuerliche ansehe, da sie weder zu einer radikalen Lösung des Problems noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen wird. Wenn die k. und k. Polizei und die bosnischen Landesbehörden den Thronfolger durch eine „Allee von Bombenwerfern“ geführt haben, so kann ich darin keinen genügenden Grund erblicken, damit wir den berühmten pommerschen Grenadier für die österreichische Pandurenpolitik aufs Spiel setzen, nur damit das österreichische Selbstbewußtsein gekräftigt werde, das in diesem Falle, wie die Ära Aehrenthal nach der bosnischen Krise gezeigt hat, sich als vornehmste Aufgabe die möglichste Befreiung von der Berliner Bevormundung hinstellt.

Sollte aber wirklich für unsere politische Haltung die Ansicht ausschlaggebend sein, daß nach Verabreichung des „Todesstoßes“ an die großserbische Bewegung das glückliche Österreich, von dieser Sorge befreit, sich uns für die geleistete Hilfe dankbar erweisen wird, so möchte ich die Frage nicht unterdrücken, ob nach Niederwerfung des ungarischen Aufstandes durch die Hilfe des Kaisers Nikolaus und die vielseitige Inanspruchnahme des Galgens nach Be-

zwingung der Ungarn bei Világos und unter der Oberleitung des kaiserlichen Generals Haynau die nationale Bewegung in Ungarn erdrückt wurde, und ob die rettende Tat des Zaren ein inniges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden Reichen begründet hat.

Lichnowsky.

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN VON JAGOW  
AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON, FÜRSTEN VON  
LICHNOWSKY

Berlin, 18. 7. 1914

Lieber Lichnowsky!

Ihr Urteil über unsere Politik, wie sie Ihr serbischer Bericht enthält, ist mir stets wertvoll, und ich glaube, daß der Reichskanzler darüber ebenso denkt. Ich stehe auch nicht an, viele Ihrer Bemerkungen als berechtigt anzuerkennen. Aber wir haben nun einmal ein Bündnis mit Österreich: hic Rhodus, hic salta. Auch darüber, ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zersetzenden Staatsgebilde an der Donau ganz auf unsere Rechnung kommen, läßt sich diskutieren, aber ich sage da mit dem Dichter — ich glaube, es war Busch —: „Wenn Dir die Gesellschaft nicht mehr paßt, such' Dir eine andere, wenn Du eine hast.“ Und zu einem vollen Erfolg bietenden Verhältnis zu England sind wir leider noch immer nicht gekommen, konnten nach allem, was vorausgegangen, auch gar nicht dazu kommen — wenn wir überhaupt je dazu kommen können.

Österreich, welches durch seine mangelnde Aktionskraft mehr und mehr Einbuße an seinem Ansehen erlitten hat, zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Die Balkankrise hat seine Stellung noch geschwächt. Durch dieses Zurückgehen der österreichischen Machtstellung ist auch unsere Bündnisgruppe entschieden geschwächt worden.

Österreich will sich die serbische Minierarbeit nicht mehr gefallen lassen, ebensowenig die fortgesetzt provokatorische Haltung des kleinen Nachbarn in Belgrad — siehe die Sprache der serbischen Presse und des Herrn Paschitschs. — Es erkennt wohl, daß es viele Gelegenheiten versäumt hat, und daß es jetzt noch handeln kann, in einigen Jahren vielleicht nicht mehr. Österreich will sich jetzt mit Serbien auseinandersetzen und hat uns dies mitgeteilt. Während der ganzen Balkankrise haben wir mit Erfolg im Sinne des Friedens vermittelt, ohne Österreich dabei in kritischen Momenten zur Passivität gezwungen zu haben. Daß wir trotzdem — zu Unrecht — in Österreich vielfach der Flaumacherei beschuldigt sind, ist mir gleichgültig. Wir haben auch jetzt Austria nicht zu seinem Entschluß getrieben. (?) Wir können und dürfen aber ihm nicht in den Arm fallen. Wenn wir das täten, könnte Österreich (und wir selbst) uns mit Recht vorwerfen, daß wir ihm seine letzte Möglichkeit politischer Rehabilitierung verkehrt haben. Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. Seine Stellung im Balkan wäre für immer dahin. Daß eine absolute Stabilisierung der russischen Hegemonie im Balkan indirekt auch für uns nicht admissibel ist, werden Sie mir wohl zugeben. (?) Österreichs Erhaltung, und zwar eines möglichst starken Österreichs, ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. Daß es sich nicht ewig wird erhalten lassen, will ich gern zugeben. Aber inzwischen lassen sich vielleicht Kombinationen finden.

Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluß seiner Ententebrüder ab-

hängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es stützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepolter in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. Frankreich und England werden jetzt auch den Krieg nicht wünschen. In einigen Jahren wird Rußland nach aller kompetenten Annahme schlagfertig sein. Dann erdrückt es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. In Rußland weiß man es wohl, und will deshalb für einige Jahre absolut noch Ruhe. Ich glaube gern Ihrem Vetter Benckendorff, daß Rußland jetzt keinen Krieg mit uns will. Dasselbe versichert auch Sasonow, aber die Regierung in Rußland, die heute noch friedliebend und halbwegs deutschfreundlich ist, wird immer schwächer, die Stimmung des Slawentums immer deutschfeindlicher. Wie Rußland uns im Grunde behandelt, zeigt der vorige Herbst. Während der Balkankrise konnte es uns nicht genug danken für unsere beruhigende Einwirkung. Kaum war die akute Krise vorbei, begannen die Unfreundlichkeiten — wegen Liman usw. Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Österreich an, so tritt der casus foederis ein, so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer nicht gerade proud zu nennenden Isolation. Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen.

Ich hoffe und glaube auch heute noch, daß der Konflikt sich lokalisieren läßt. Englands Haltung wird dabei von großer Bedeutung sein. Ich bin vollständig

überzeugt, daß die öffentliche Meinung dort sich nicht für Österreichs Vorgehen begeistern wird, und erkenne alle ihre Argumente in dieser Hinsicht als richtig an. Aber man muß tun, was irgend möglich ist, daß sie sich nicht zu sehr für Serbien begeistert, denn von Sympathie und Antipathie bis zur Entfachung eines Weltbrandes ist doch noch ein weiter Weg. Sir Grey spricht immer von dem Gleichgewicht, das durch die beiden Mächtegruppen hergestellt wird. Er muß sich daher auch klar darüber sein, daß dieses Gleichgewicht total in die Brüche ginge, wenn Österreich von uns lâchiert und von Rußland zertrümmert würde, und daß das Gleichgewicht auch durch einen Weltbrand erheblich ins Wanken gebracht würde. Er muß daher, wenn er logisch und ehrlich ist, uns beistehen, den Konflikt zu lokalisieren. Doch nun satis superque, es ist 1 Uhr nachts geworden. Wenn diese Ausführungen über unsere Politik Sie vielleicht auch nicht überzeugt haben mögen, so weiß ich doch, daß Sie letztere unterstützen werden.

Mit besten Grüßen aufrichtigst der Ihre! Jagow.  
den 19. Juli.

Eben erhalte ich Ihren Brief vom 17. Die Hauptsache ist durch obiges beantwortet. Der Urlaub zunächst eine cura posterior, wegen Kolonialabkommen antworte ich demnächst. J.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 17. 7. 1914

Die heutige „Westminster Gazette“ bringt den beiliegenden Leitartikel über die europäische Lage, der sich durch die ruhige und sachliche Erörterung des österreichisch-serbischen Gegensatzes auszeichnet. Bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen

dem Herausgeber Mr. Spender und Sir Edward Grey liegt die Annahme nicht fern, daß die Ansichten des Ministers dabei nicht ohne Einfluß gewesen sind, und daß meine wiederholten Besprechungen mit ihm dazu beigetragen haben, das Recht Österreichs auf Genugtuung zu berücksichtigen. Aber auch diese regierungsfreundliche Stimme spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die „ultima ratio“ vermieden werde.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 20. 7. 1914

**G**raf Benckendorff, mit dem ich gestern das Weekend bei Lord Lansdowne verbrachte, sagte mir, er könne mich versichern, daß seine mir neulich mitgeteilten Ansichten über unser Verhältnis zu Rußland vollkommen den Auffassungen des Herrn Sasnow entsprächen. Man empfinde es sogar als eine Unbequemlichkeit, daß gerade jetzt der Besuch des Herrn Poincaré erfolge, habe ihm aber nicht abwinken können. In Rußland denke niemand an Krieg, die Rüstungen seien lediglich eine Folge aller übrigen und der gebesserten Finanzen. Es sei daher sehr bedauerlich, daß Mißstimmungen, die völlig unberechtigt seien, und wohl nur auf Klatsch und falschen Nachrichten beruhten, entstehen könnten. Eine offene Aussprache würde wohl am ehesten zum Ziel führen. In Belgrad werde nach Möglichkeit abgewiegelt.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 20. 7. 1914

**B**ei meinem heutigen Besuch entnahm ich den Äußerungen Sir E. Greys, daß er den österreichisch-serbischen Zwist vorläufig noch optimistisch beurteilt und an eine friedliche Lösung der Frage glaube.

Er sagte, er habe keine Nachrichten erhalten, die auf das Gegenteil hindeuteten. Ich wiederholte bei dieser Gelegenheit, daß ich überzeugt sei, Graf Berchtold werde nach genauer Untersuchung aller Vorgänge und an der Hand überzeugenden Materials sich genötigt sehen, Genugtuung von Serbien zu verlangen und Bürgschaft für die Zukunft, und daß ich hoffte, es werde dem Einfluß Rußlands und Englands gelingen, Serbien zur Erfüllung dieser berechtigten Forderungen zu veranlassen. Er entgegnete, daß alles darauf ankomme, welche Form von Genugtuung verlangt werde, und ob dies mit Mäßigung geschehe, namentlich aber auch, ob die gegen Serbien erhobenen Klagen auf beweiskräftiger Grundlage geltend gemacht würden. Auf diese Weise hoffe er, daß der Streit sich werde beilegen und begrenzen lassen, denn der Gedanke an einen Krieg zwischen europäischen Großmächten müsse unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Der Minister hat übrigens in Wien erklären lassen, daß der neuliche Artikel in der „Westminster Gazette“, über den ich berichtet habe, nicht von ihm veranlaßt worden sei, da er in Erfahrung gebracht, daß man ihn dort als Ermutigung zum Losschlagen auffasse.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 22. 7. 1914

Sir Edward Grey wird, wie ich vertraulich erfahre, dem Grafen Mensdorff morgen erklären, die britische Regierung werde sich bemühen, ihren Einfluß dahin zur Geltung zu bringen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie gemäßigt seien und sich mit der Selbständigkeit des serbischen Staates vereinbaren ließen, von der serbischen Regierung angenommen würden.

Lichnowsky.

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES AN  
DEN KAISER

Berlin, 23. 7. 1914

**E**w. M. Botschafter in London telegraphiert:

„Sir Edward Grey wird, wie ich vertraulich erfahre, dem Grafen Mensdorff morgen erklären, die britische Regierung werde ihren Einfluß dahin zur Geltung bringen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie gemäßigt seien und sich mit der Selbstständigkeit des serbischen Staats vereinbaren ließen, von der serbischen Regierung angenommen würden. In ähnlichem Sinne glaube er auch, daß Sasonow seinen Einfluß in Belgrad geltend machen werde. Voraussetzung für diese Haltung sei aber, daß von Wien aus keine unbewiesenen Anklagen à la Friedjung vorgebracht würden, und daß die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage sei, den Zusammenhang zwischen dem Mord von Sarajewo mit den politischen Kreisen Belgrads unzweideutig festzustellen. Alles hängt von der Art ab, wie man in Wien die Note gestalte und von den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung. Auf Grund leichtfertiger Behauptungen sei es jedoch unmöglich, in Belgrad Vorstellungen zu machen. Ich bemühe mich unterdessen, hier dahin zu wirken, daß man mit Rücksicht auf das berechtigte Verlangen Österreichs nach einer Genugtuung

darüber zu befinden steht ihm nicht zu, das ist Sache S. M. des Kaisers Franz Josef!

ist ihre Sache!

was ist leichtfertig? Wie kann Grey so ein Wort über den alten ehrwürdigen Herrn gebrauchen!

gibt es nicht!

Wie käme ich dazu!  
geht mich garnichts  
an! was heißt unerfüllbar?  
die Kerls haben Agitation mit  
Mord getrieben und  
müssen geduckt  
werden.

Das ist eine ungeheuerliche  
Britische Unverschämtheit.  
Ich bin nicht berufen,  
a la Grey S. M., dem Kaiser  
Vorschriften über die  
Wahrung seiner Ehre zu machen!

richtig! Das soll Grey  
aber recht ernst und deutlich  
gesagt werden!  
Damit er sieht, daß ich  
keinen Spaß verstehe.  
Grey begeht den Fehler,  
daß er Serbien mit Öster-

und endlichen Einstellung der dauernden Beunruhigungen für eine bedingungslose Annahme der österreichischen Forderungen eintritt, selbst wenn sie der nationalen Würde Serbiens nicht vollauf Rechnung tragen sollten. Ich begegne hierbei der Erwartung, daß es unserem Einfluß in Wien gelungen ist, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken. Man rechnet mit Bestimmtheit damit, daß wir mit Forderungen, die offenkundig den Zweck haben, den Krieg herbeizuführen, uns nicht identifizieren würden, und daß wir keine Politik unterstützen, die den Sarajewoer Mord nur als Vorwand benutzt für österreichische Balkanwünsche und für die Vernichtung des Friedens von Bukarest. Im übrigen hat mir Sir Edward Grey auch heute wieder sagen lassen, daß er in Petersburg bestrebt ist, im Sinne des österreichischen Standpunkts zu wirken. Es hat aber hier nicht angenehm berührt, daß Graf Berchtold es bisher ganz auffallend vermieden hat, mit Sir Maurice de Bunsen über die serbische Frage zu sprechen.

Ew. M. Botschafter in London erhält Instruktion zur Regelung seiner Sprache, daß wir österreichische Forderungen nicht kannten, sie aber als interne Frage Österreich-Ungarns betrachteten, auf die uns Einwirkung nicht zustände.

Alleruntertänigst Jagow.

reich und anderen Großmächten auf eine Stufe stellt! Das ist unerhört! Serbien ist eine Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß! Ich werde mich in nichts einmischen, was der Kaiser zu beurteilen allein befugt ist! Ich habe diese Depesche erwartet und sie überrascht mich nicht! Echt Britische Denkweise und herablassend befehlende Art, die ich abgewiesen haben will!

Wilhelm, I. R.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 23. 7. 1914

**M**ein italienischer Kollege sagte mir im Laufe einer längeren vertraulichen Unterhaltung, es würde für jede italienische Regierung außerordentlich schwer sein, dem Lande gegenüber die Teilnahme an einem Kriege zu vertreten, welcher etwa die Eroberung oder Austriazisierung Serbiens bezwecke. Italien unterhalte lebhaftere Handelsbeziehungen mit Serbien und habe gar kein Interesse daran, diese durch Österreich vernichtet zu sehen. Der Krieg würde also dem italienischen Interesse direkt zuwiderlaufen und wäre daher nur zu führen, wenn Österreich entsprechende Gegenleistungen in Aussicht stellte.

Ich möchte bitten, diese Äußerungen als streng vertrauliche behandeln zu wollen. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 23. 7. 1914

**D**er ehemalige rumänische Minister Take Jonescu, der augenblicklich hier weilt und mir von meiner Bukarester Zeit her bekannt ist, erzählte mir, Herr Sasonow habe dem König Karl bei seinem kürzlichen Besuch die bündigsten Erklärungen hinsichtlich der russischen Friedensliebe abgegeben. Auch habe der russische Minister sich jeder Anregung hinsichtlich eines engeren Einvernehmens mit Rumänien enthalten. Herr Sasonow habe aber in bestimmter Form erklärt, daß Rußland einen An-

griff Österreichs auf Serbien nicht dulden könne. Herr Take Jonescu meint, daß Rußland, falls Österreich serbisches Gebiet betrete, sich genötigt sehen werde, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin, militärisch einzugreifen. Aus Äußerungen des kürzlich, und zwar vor dem Attentat in Sarajewo in Bukarest gewesenen Botschafters Markgrafen Pallavicini will der rumänische Staatsmann entnommen haben, daß Österreich schon vor der Ermordung den Krieg gewünscht und auf eine passende Gelegenheit gewartet habe, um seine durch die Politik des Grafen Berchtold verlorengegangene Stellung auf dem Balkan wiederherzustellen. Auch er betrachtet die Lage als überaus ernst und gab mir zu verstehen, daß Rumänien bei einem neuen Balkankriege nicht gleichgültig bleiben könne und den Bukarester Frieden erhalten wissen wolle.

Das Verhältnis zu Österreich bezeichnete Herr Take Jonescu als schlecht, der russische Besuch sei dem König Carol daher ungelegen gekommen, er habe ihn aber nicht abweisen können.

Noch vor 14 Tagen sei Rumänien bereit gewesen, eine größere Truppenmacht nach Albanien zu senden, falls jede der Großmächte auch nur 100 Mann hinschicken wollte. Ob diese Bereitwilligkeit heute noch bestehe, könne er mir nicht sagen. Er glaube nicht, daß die aufständische Bewegung in Albanien von serbischer oder griechischer Seite genährt werde, sie sei vielmehr von den Jungtürken ausgegangen, die glaubten, daß bei neuen Verwicklungen wieder etwas für sie abfallen könne. Serbien wisse genau, daß man es nicht nach Nordalbanien lassen werde, und ihm sei der Fürst Wilhelm lieber wie eine österreichisch-italienische Besetzung.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 24. 7. 1914

**G**raf Benckendorff suchte mich auf und sagte mir streng vertraulich, er halte es für kaum möglich, der serbischen Regierung, falls sie nicht zu einem Vasallen Österreichs herbabsinken solle, die Annahme derartiger Bedingungen zu raten. Er glaube nicht, daß Rußland hierzu in der Lage sei. Es hieße doch so viel, wie die Serben bedingungslos in die Hände Österreichs ausliefern. Das würde die öffentliche Meinung in Rußland nicht vertragen. Eine solche Note schreibe doch nur eine Regierung, die den Krieg wolle; das sei nicht der Ton des Friedens. Sir E. Grey hat bisher nicht mit ihm gesprochen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 24. 7. 1914

**S**ir E. Grey ließ mich soeben zu sich bitten. Der Minister war sichtlich stark unter Eindruck der österreichischen Note, die seiner Ansicht nach alles überträfe, was er bisher in dieser Art jemals gesehen habe. Er sagte, er habe bisher keine Nachricht aus Petersburg und wisse daher nicht, wie man dort die Sache auffasse. Er bezweifelt aber sehr, daß es der russischen Regierung möglich sein werde, der serbischen Regierung die bedingungslose Annahme der österreichischen Forderungen anzuempfehlen. Ein Staat, der so etwas annehme, höre doch eigentlich auf, als selbständiger Staat zu zählen. Es sei für ihn, Sir E. Grey, auch schwer, in diesem Augenblick in Petersburg irgendwelche Ratschläge zu geben. Er könne nur hoffen, daß dort eine milde und ruhige Auffassung der Lage Platz greife. Solange es sich um einen, wie Eure Exzellenz in dem von mir Sir E. Grey gegenüber verwerteten Erlaß 1055 betonen, lokalisierten Streit zwischen Österreich und Serbien

handele, ginge ihn, Sir E. Grey, die Sache nichts an, anders würde die Frage aber, wenn die öffentliche Meinung in Rußland die Regierung zwingt, gegen Österreich vorzugehen.

Auf meine Bemerkung, daß man die Balkanvölker nicht mit demselben Maßstabe messen dürfe wie europäische Kulturvölker, und daß man daher ihnen gegenüber, das habe schon die barbarische Art ihrer Kriegführung gezeigt, eine andere Sprache führen müsse, wie etwa gegen Briten und Deutsche, entgegnete der Minister, daß, wenn auch er diese Auffassung vielleicht teilen könne, er doch nicht glaube, daß sie in Rußland geteilt werde. Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich serbischen Boden betrete, in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Krieges zu vier, er betonte ausdrücklich die Zahl vier, und meinte damit Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich, seien vollkommen unabsehbar. Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel vernichtet und die Kapitalkraft zerstört würde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der darniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein. Was Sir E. Grey am meisten beklagt, neben dem Ton der Note, ist die kurze Befristung, die den Krieg beinahe unvermeidlich mache. Er sagte mir, er würde bereit sein, mit uns zusammen im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, da sich dann vielleicht ein Ausweg finden lasse. Er bat mich, diesen Vorschlag Eurer Exzellenz zu übermitteln. Fernerregte er an, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung

zwischen Rußland und Österreich, die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich und Italien zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollen. Auch diesen Vorschlag bat er mich, Eurer Exzellenz zu unterbreiten.

Der Minister ist sichtlich bestrebt, alles zu tun, um einer europäischen Verwicklung vorzubeugen, und konnte sein lebhaftes Bedauern über den herausfordernden Ton der österreichischen Note und die kurze Befristung nicht verhehlen.

Von anderer Seite wird mir im Foreign Office gesagt, daß man Grund zur Annahme habe, daß Österreich die Widerstandskraft Serbiens sehr unterschätze. Es werde auf jeden Fall ein langwieriger, erbitterter Kampf werden, der Österreich ungemein schwächen und an dem es sich verbluten werde. Auch will man wissen, daß die Haltung Rumäniens mehr als ungewiß sei, und daß man in Bukarest erklärt hätte, man würde gegen jeden sein, der angriffe. Lichnowsky.

AN DEN STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES  
(PRIVATBRIEF)

London, 23. 7. 1914

Lieber Jagow!

**V**ielen Dank für Ihren Brief vom 18., der mich aber leider nicht ganz hat überzeugen können.

Allerdings haben wir ein Bündnis mit Österreich, und ich möchte gleich wiederholen, daß ich dasselbe für nützlich halte, wenn es auch vielleicht den Voraussetzungen nicht mehr vollständig entspricht, unter denen Bismarck es abgeschlossen hat. Bismarck stand unter dem Eindruck der Gefahr eines Revanche-

krieges mit russischer Hilfe. Diese Gefahr besteht aus bekannten Gründen heute für uns nicht mehr in demselben Maße wie damals. Rußlands Interessengebiet hat sich nach Osten verschoben, wo immer neue Gebiete der russischen Machtentfaltung erschlossen werden und immer wieder Fragen auftauchen, die die russische Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Ich glaube nicht an den russischen Krieg, und zwar schon deshalb nicht, weil es doch ganz klar ist, daß Frankreich nur so lange der Vasall Rußlands bleiben wird und auch England nur so lange anderthalb Augen über das russische Vordringen in Asien schließen wird, als wir die Aufmerksamkeit beider in erster Linie in Anspruch nehmen. Welches Interesse hätte denn Rußland, um den Krieg zu machen? — Solange ich mich entsinnen kann, das heißt, solange ich mit der Diplomatie in Fühlung stehe, und das sind beinahe nun 30 Jahre, kann ich mich erinnern, daß es hieß, Rußland sei nicht fertig, werde aber in einigen Jahren fertig sein, und daß der Generalstab beunruhigt sei. Und immer war es nicht fertig, wenn diese Jahre herankamen, und so wird es auch wohl in Zukunft sein. Ebenso habe ich immer wieder die Frage des sogenannten prophylaktischen Krieges erörtern hören. Schon Bismarck stand diesem Gedanken sehr skeptisch gegenüber und sagte zu Waldersee und anderen Militärs, die ihm die Notwendigkeit des prophylaktischen Krieges klarmachen wollten, er könne sich ohne Beweise nicht überzeugen lassen, und Beweise konnte niemand ihm liefern. Ich glaube auch heute nicht, daß wir mit Rußland einen Krieg werden führen müssen, wenn unsere Politik geschickt geleitet wird, am allerwenigsten aber glaube ich, daß durch einen prophylaktischen Krieg etwas anderes zu erreichen wäre, als daß wir uns

bestenfalls einen zweiten Nachbarn zum unver-  
söhnlichen Feind gemacht hätten.

Ich möchte aber nicht dahin verstanden werden, als ob ich etwa für eine Preisgabe Österreichs etwa zugunsten einer russischen oder gar einer englischen Freundschaft eintreten wollte. Die Erhaltung Österreichs ist uns von größter Wichtigkeit, nur müssen wir bei dem Bündnis der leitende, nicht aber der leidende Teil sein. Das Bündnis war doch als eine gegenseitige Versicherung gedacht gegen politische Wetterschäden, nicht aber als ein Zusammenschluß zu einer gemeinsamen politischen Firma. Wir müssen Österreich zwar schützen, es liegt aber nicht in unserem Interesse, es bei einer aktiven Balkanpolitik zu unterstützen, bei der wir alles zu verlieren und absolut nichts zu gewinnen haben. Welche Vorteile versprechen Sie sich denn für uns davon, daß das österreichische Ansehen auf dem Balkan und sonstwo gestärkt werde? Österreichs Bundeswert beruht doch vor allem auf seiner militärischen Leistungsfähigkeit, nicht aber auf seinem auswärtigen Prestige, und unsere Machtstellung ist groß genug, um der Dreibundgruppe auch trotz der diplomatischen Niederlagen des Grafen Berchtold Einfluß zu verschaffen. Was würden Sie dazu sagen, wenn England oder Rußland die Franzosen zur Wiederbelebung ihres doch tatsächlich sehr gesunkenen Ansehens zu einer aktiven und gefährlichen Auslandspolitik ermutigte? Gerade die verhältnismäßige Schwäche Frankreichs und die Angst vor uns sind die Faktoren, die es veranlassen, sich an England und Rußland anzuschmiegen und sich willfährig zu erweisen. Ähnlich ist es mit Österreich; ich will nicht sagen das geschwächte, wohl aber das geängstigte Österreich ist für uns ein bequemer Bundesgenosse,

das Zurückgehen des österreichischen Einflusses auf dem Balkan hat sich bisher in sehr vorteilhafter Weise für unsere dortigen wirtschaftlichen Interessen geltend gemacht. Wirtschaftlich sind wir und Österreich auf dem Balkan Rivalen, und überall tritt dort immer mehr und mehr, wie mir erst kürzlich ein leitender Wiener Finanzmann klagte, der deutsche Handel in die Stellung ein, die früher der österreichische innehatte.

Ob man uns in Wien der Flaumacherei beschuldigt, ist doch vollkommen gleichgültig, geschimpft wird über uns dort stets, und mit der berühmten Nibelungentreue werden wir nachträglich doch nur ausgelacht. An den baldigen Zerfall Österreichs glaube ich aber ebensowenig wie an die Möglichkeit, der inneren Schwierigkeiten durch eine aktive Auslands politik Herr zu werden. Das südslawische Nationalgefühl und das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen, kann durch einen Krieg nicht vernichtet werden und wird vielleicht nur um so heftiger in die Erscheinung treten. Durch ein aktives Vorgehen Österreichs aber werden gerade die Balkanstaaten noch mehr der russischen Hegemonie in die Arme getrieben, während sie sonst, wie das Beispiel von Rumänien und auch von Bulgarien zeigt, die Tendenz haben, sich auf eigene Füße zu stellen.

Was schließlich die „Lokalisierung“ des Streites anlangt, so werden Sie mir zugeben, daß sie, falls es zu einem Waffengange mit Serbien kommt, dem Gebiete der frommen Wünsche angehört. Es scheint mir also alles darauf anzukommen, daß die österreichischen Forderungen so formuliert werden, daß sie mit einigem Druck aus Petersburg und London in Belgrad annehmbar sind, nicht aber, daß sie notwendigerweise zu einem Kriege führen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

**W**erde mich entsprechend äußern. Auch hier Auffassung verbreitet, daß uns zum mindesten moralische Mitverantwortung trifft, da ohne unsere Ermütigung derartige Note undenkbar wäre. Graf Mensdorff weiß auch von entsprechenden Äußerungen Sr. M. des Kaisers und Königs und des Herrn Reichskanzlers zu berichten. Gesamteindruck hier geradezu vernichtend, ohne Beteiligung an vermittelnder Aktion wird das Vertrauen in uns und unsere Friedensliebe hier endgültig erschüttert sein. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

**M**öchte dringend raten, Vorschlag Sir E. Greys betreffend Fristverlängerung nicht abzuweisen, da uns sonst Vorwurf hier treffen wird, nicht alles zur Erhaltung Friedens unversucht gelassen zu haben. Ablehnende Haltung könnte für spätere Stellungnahme Englands von großem Einfluß sein.

Heutige „Morning Post“, führendes konservatives Blatt, sagt bereits am Schluß eines, Österreichs Vorgehen verurteilenden Artikels, Note sei Herausforderung des Dreiverbandes und wolle England zwingen sich zu entscheiden, ob es weiterhin an europäischer Politik teilnehmen wolle. Trotz häuslicher Zwiste, die britische Nation bewegten, werde dieselbe geschlossen hinter Regierung stehen und ihren Kurs unterstützen, welcher Art dieser auch sei.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

Privat für Staatssekretär v. Jagow!

**I**ch möchte Sie nochmals auf die Bedeutung des Greyschen Vorschlags der Vermittelung zu vieren zwischen Österreich und Rußland hinweisen. Ich

erblicke hierin die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, bei dem für uns alles auf dem Spiele steht und nichts zu gewinnen ist. Ablehnen wir, so wird auch Grey sich nicht mehr rühren. Solange wir noch nicht mobilisiert, ist die Vermittlung immer noch möglich und eine Beilegung des Streitigen, die für Österreich annehmbar ist. Unsere Ablehnung aber würde hier sehr verstimmen, und ich glaube nicht, daß, falls Frankreich hineingezogen wird, England gleichgültig bleiben dürfte. Ich rate noch einmal dringend dazu, den englischen Vorschlag anzunehmen und dies in Wien und Petersburg bekanntzugeben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

**H**abe soeben Sir E. Grey gesehen und Inhalt Telegramms Nr. 169 verwertet. Der Minister nahm meine Erklärungen mit vollem Verständnis für unseren Standpunkt entgegen. Ohne jede Gereiztheit oder Verstimmung und mit großer Ruhe besprach er mit mir abermals die gesamte Lage und schien wieder hoffnungsvoller zu sein als gestern, da Graf Mensdorff ihm im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt hat, daß Österreich nach Ablehnung seiner Forderungen zunächst nicht beabsichtige, die serbische Grenze zu überschreiten, sondern nur zu mobilisieren. Sir E. Grey ist vorläufig noch ohne Nachricht über die in Petersburg gefaßten Beschlüsse, rechnet aber mit Bestimmtheit darauf, daß der österreichischen Mobilisierung die russische folgen werde. Alsdann sei seiner Ansicht nach der Augenblick gekommen, um im Verein mit uns, Frankreich und Italien eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland eintreten zu lassen. Ohne unsere Mitwirkung, meinte er, sei jede Vermitt-

lung aussichtslos, und könne er allein nicht an Russen und Österreicher herantreten. Ob Frankreich mitmachen wolle, wisse er noch nicht. Er habe mit Herrn Cambon gesprochen, aber noch keine Antwort erhalten, und ihm dabei gesagt, daß er mir den gleichen Vorschlag gemacht habe. Er rechnet bestimmt auf die Zusage Frankreichs, obwohl er nicht weiß, wie weit dieses schon mit Petersburg verpflichtet ist.

Der Minister unterscheidet scharf, wie er mir wiederholte, zwischen dem österreichisch-serbischen und österreichisch-russischen Streit. In ersterem wolle er sich nicht mischen, da er ihn nichts angehe. Der österreichisch-russische Streit aber bedeute unter Umständen den Weltkrieg, den wir im vorigen Jahre durch die Botschafterkonferenzen gemeinsam hätten verhindern wollen. Europäische Verwicklungen aber seien auch für Großbritannien nicht gleichgültig, obwohl es durch keinerlei bindende Abmachungen verpflichtet wäre.

Er wolle daher mit uns zusammen wie bisher, so auch jetzt, im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens Hand in Hand vorgehen, und er hoffe von unserer beiderseitigen Vermittlung, der sich wohl auch Frankreich und Italien anschließen würden, die Verhütung eines österreichisch-russischen Krieges.

Was die österreichische Note betreffe, so erkenne er das berechtigte Verlangen Österreichs nach Genugtuung vollkommen an, ebenso das Begehren nach Bestrafung aller mit dem Morde in Verbindung stehenden Personen, auf Einzelheiten der Note ließ er sich nicht ein, schien aber zu hoffen, daß es unserer Vermittlung gelingen werde, eine Einigung auch hierüber zu erzielen.

Ich erachte es als meine Pflicht, Eure Exzellenz darauf hinzuweisen, daß die hiesige Regierung meiner Überzeugung nach solange bestrebt sein wird, eine uns freundschaftliche und möglichst unparteiische Haltung einzunehmen, als sie an unsere aufrichtige Friedensliebe glaubt und an unser Bestreben, Hand in Hand mit England an der Abwendung des aufsteigenden europäischen Gewitters mitzuwirken. Die Zurückweisung seines Vorschlages aber, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, oder eine schroffe Haltung, die zu der Annahme berechtigen könnte, daß wir den Krieg mit Rußland herbeiwünschen, würde wahrscheinlich zur Folge haben, England bedingungslos auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu treiben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

Erhalte soeben folgenden eigenhändigen Brief Sir Edward Greys: Anbei den voraussichtlichen Inhalt der serbischen Antwort, der mir soeben mitgeteilt worden ist. Es scheint mir, daß er einen günstigen Eindruck in Wien machen müßte, aber es ist schwer für jeden, der nicht Verbündeter ist, der österreichischen Regierung nahezu legen, wie sie diese Antwort auffassen solle.

Ich hoffe, daß, wenn die serbische Antwort bei ihrem Eintreffen in Wien diesen voraussichtlichen Inhalt entspricht, die deutsche Regierung es für möglich erachten wird, die österreichische Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie diese Antwort günstig auffaßt.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1914

**I**m Anschluß an Telegramm Nr. 156. — Anlage zum Brief Sir Edward Greys: „Telegramm von Hr. Crackanthorpe, Belgrad, 25. Juli 1914. Der Minister rat entwirft jetzt die Antwort auf die österreichische Note. Ich erfahre vom Unterstaatssekretär des Auswärtigen, daß sie in versöhnlicher Form gehalten sein und soweit als möglich den österreichischen Forderungen entgegenkommen wird. Der Unterstaatssekretär gab mir im voraus eine kurze Inhaltsangabe der beabsichtigten Erwiderung. Die serbische Regierung stimmt darin der Veröffentlichung einer Erklärung in ihrem offiziellen Organ zu und nimmt die zehn Punkte unter Vorbehalten an. Sie stimmt der Entlassung und gerichtlichen Verfolgung der Beamten zu, deren Schuld klar nachgewiesen werden kann, und sie hat schon den in der österreichischen Note bezeichneten Offizier verhaften lassen. Sie erklärt sich bereit, eine gemischte Untersuchungskommission zuzugestehen, vorausgesetzt, daß nachgewiesen werden kann, daß die Einsetzung einer solchen Kommission mit dem internationalen Brauch in Übereinstimmung steht.

Lichnowsky.

DER REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG AN DEN  
BOTSCHAFTER IN LONDON, FÜRSTEN VON LICHNOWSKY

Berlin, 26. 7. 1914

**Ö**sterreich hat Rußland offiziell erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige und seinerseits Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier von vertrauenswürdiger Seite eingelangten, allerdings noch nicht verbürgten Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservistenjahrgänge un-

mittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Sollten sich diese Nachrichten bewahrheiten, so würden wir gegen unseren Wunsch zu Gegenmaßregeln gezwungen werden. Unser Streben geht auch heute dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher Sir Edward Grey, in diesem Sinne in Petersburg zu wirken.

Bethmann Hollweg

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 26. 7. 1914

Prinz Heinrich bittet mich, Eure Exzellenz zu melden, Seine Majestät der König habe ihm den lebhaften Wunsch zu erkennen gegeben, daß es der britisch-deutschen Gemeinschaft unter Zutritt Frankreichs und Italiens gelingen möge, der so überaus ernststen Lage im Sinne des Friedens Herr zu werden.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 26. 7. 1914

Heute Sonntag niemand im Foreign Office zu sprechen, kann daher Auftrag vor morgen nicht ausrichten. Bezweifle, daß Sir E. Grey in der Lage, in Rußland im gedachten Sinne zu wirken, da nach Erscheinen österreichischer Forderungen hier niemand mehr an Möglichkeit glaubt, Konflikt zu lokalisieren. Daß aus derartigem Vorgehen Österreichs Weltkrieg hervorgehen muß, hat hier niemand bezweifelt. Halte Augenblick für gekommen, Vermittlung im Sinne Sir E. Grey eintreten zu lassen, was allerdings wohl zur Voraussetzung hätte, daß Österreich bereit, auf weitere Lorbeeren zu verzichten.

Lichnowsky.

**H**abe soeben mit Sir A. Nicolson und Sir W. Tyrrell gesprochen. Nach hier vorliegenden Nachrichten steht allgemeine Einberufung russischer Reservisten nicht bevor, sondern nur partielle Mobilisierung fern unseren Grenzen. Beide Herren erblicken im Vorschlage Sir E. Greys, hier Konferenz zu vier abzuhalten, einzige Möglichkeit, allgemeinen Krieg zu vermeiden und hoffen, daß es hierbei gelingen werde, Österreich volle Genugtuung zu verschaffen, da Serbien eher geneigt sein würde, dem Drucke der Mächte zu weichen und sich in deren vereinten Willen zu fügen als den Drohungen Österreichs. Unbedingte Voraussetzung sei aber für Gelingen der Konferenz und für Erhaltung Friedens, daß alle militärischen Bewegungen unterblieben. Sei erst serbische Grenze überschritten, so wäre alles verloren, denn keine russische Regierung würde dies dulden können und zum Angriff gegen Österreich zu schreiten gezwungen sein, falls sie nicht ihre Stellung bei den Balkanstaaten für immer verlustig gehen wollte. Sir W. Tyrrell, der Sir E. Grey noch gestern abend gesehen hat und von dessen Ansichten genau unterrichtet ist, wies mich wiederholt und mit Nachdruck auf die ungeheure Wichtigkeit hin, daß bis zur Erledigung der Konferenzfrage serbisches Gebiet nicht berührt werde, da sonst alle Bemühungen vergeblich und der Weltkrieg unabwendbar sei. Die in Berlin erhoffte Lokalisierung des Konflikts sei vollkommen unmöglich und müsse aus der praktischen Politik ausscheiden. Gelänge uns beiden, Seiner Majestät dem Kaiser bzw. dessen Regierung und Vertretern im Verein mit Sir E. Grey, den europäischen

Frieden zu retten, so seien die deutsch-englischen Beziehungen für immerwährende Zeiten auf eine sichere Grundlage gestellt. Gelänge dies nicht, so stehe alles in Frage.

Ich möchte dringend davor warnen, an die Möglichkeit der Lokalisierung auch fernerhin zu glauben, und die gehorsamste Bitte aussprechen, unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volk einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat.

Sir E. Grey kehrt heute abend zurück.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 26. 7. 1914

**W**ie ich im Foreign Office vertraulich höre, ist die Stimmung in Italien nach den dort vorliegenden Nachrichten derart gegen eine Beteiligung am Kriege, daß die Regierung es nicht wagen würde, aktiv einzugreifen. Die von Wien aus verbreitete Nachricht, Italien habe seine Zustimmung ausgesprochen und bundesgemäße Zusagen gemacht, entspreche nicht den Tatsachen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 27. 7. 1914

**S**ir E. Grey ließ mich soeben kommen und bat mich, Eure Exzellenz nachstehendes zu übermitteln.

Der serbische Geschäftsträger habe ihm soeben den Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische Note übermittle. Aus derselben gehe hervor, daß Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfange entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe; bis auf einen

Punkt, der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen, habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm verlangt worden sei. Es sei klar, daß diese Nachgiebigkeit Serbiens lediglich auf einen Druck von Petersburg zurückzuführen sei.

Begnüge sich Österreich nicht mit dieser Antwort, bzw. werde diese Antwort in Wien nicht als Grundlage für friedliche Unterhandlungen betrachtet, oder gehe Österreich gar zur Besetzung von Belgrad vor, das vollkommen wehrlos daliegt, so sei es vollkommen klar, daß Österreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien solle aber alsdann Rußland getroffen werden und der russische Einfluß auf dem Balkan. Es sei klar, daß Rußland dem nicht gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Herausforderung auffassen müsse. Daraus würde der fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen könne.

Wir hätten uns, so meinte der Minister, wiederholt und so noch gestern mit der Bitte an ihn gewandt, in Petersburg in mäßigendem Sinne vorstellig zu werden. Er habe diesen Bitten stets gern entsprochen und sich während der letzten Krise Vorwürfe aus Rußland zugezogen, daß er sich zu sehr auf unsere und zu wenig auf ihre Seite stelle. Nun wende er sich mit der Bitte an uns, unseren Einfluß in Wien dahin zur Geltung zu bringen, daß man die Antwort aus Belgrad entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen. Er sei überzeugt, daß es in unserer Hand liege, durch entsprechende Vorstellungen die Sache zu erledigen, und er betrachte es als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft, wenn es uns

beiden abermals gelänge, durch unseren beiderseitigen Einfluß auf unsere Verbündeten den Frieden Europas gesichert zu haben.

Ich fand den Minister zum ersten Male verstimmt. Er sprach mit großem Ernst und schien von uns auf das Bestimmteste zu erwarten, daß es unserem Einfluß gelingen möge, die Frage beizulegen. Er wird auch heute ein statement im House of Commons machen, worin er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. Auf jeden Fall bin ich der Überzeugung, daß, falls es jetzt doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Österreichs alle Zeichen üblen Willens erblicken würde. Auch ist hier alle Welt davon überzeugt, und ich höre es auch aus dem Munde meiner Kollegen, daß der Schlüssel der Lage in Berlin liegt, und falls man dort den Frieden ernstlich will, Österreich davon abzuhalten sein wird, eine, wie Sir E. Grey sich ausdrückt, tollkühne Politik zu treiben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 27. 7. 1914

**I**m Anschluß an mein heutiges Telegramm möchte ich hervorheben, daß von dem Erfolge dieses Schrittes Sir Edward Greys unsere gesamten zukünftigen Beziehungen zu England abhängen. Gelingt es dem Minister in diesem bedeutsamen Augenblick, in dem zweifellos trotz aller innerer Spaltungen die gesamte britische Nation hinter ihm steht, durch unser Eingehen auf sein Bitten eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern, so stehe ich dafür ein, daß unsere Beziehungen zu Großbritannien auf unabsehbare Zeit den vertrauensvollen und

intimen Charakter tragen werden, der sie seit anderthalb Jahren kennzeichnet. Die britische Regierung, ob liberal oder konservativ, sieht in der Erhaltung des europäischen Friedens auf Grundlage des Gleichgewichts der Gruppen ihr vornehmstes Interesse, und die Überzeugung, daß es lediglich von uns abhängt, ob Österreich durch eine hartnäckige Prestigepolitik den europäischen Frieden gefährdet, bringt es mit sich, daß jede entgegenkommende Haltung Österreichs als ein Beweis unseres aufrichtigen Wunsches, mit Großbritannien vereint einen europäischen Krieg zu verhindern, zugunsten unserer Freundschaft mit England und unserer Friedensliebe gedeutet werden wird.

Sollten wir hingegen unsere Sympathien für Österreich und der Korrektheit unserer Bundesverpflichtungen eine so weitgehende Auffassung zugrunde legen, daß alle übrigen Gesichtspunkte dagegen zurücktreten, und sogar den wichtigsten Punkt unserer Auslands politik — unser Verhältnis zu England — den Sonderinteressen unseres Bundesgenossen unterordnen, so glaube ich, daß es niemals mehr möglich sein wird, diejenigen Fäden wieder anzuknüpfen, welche in der letzten Zeit uns verbunden haben.

Der Eindruck greift hier immer mehr Platz, und das habe ich aus meiner Unterredung mit Sir Edward Grey deutlich entnommen, daß die ganze serbische Frage sich auf eine Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zuspitzt. Sollte daher die Absicht Österreichs, den gegenwärtigen Anlaß zu benutzen, um Serbien niederzuwerfen (to crush Servia, wie Sir E. Grey sich ausdrückte), immer offenkundiger in Erscheinung treten, so wird England, dessen bin ich gewiß, sich unbedingt auf Seite Frankreichs und Rußlands stellen, um zu zeigen,

daß es nicht gewillt ist, eine moralische oder gar militärische Niederlage seiner Gruppe zu dulden. Kommt es unter diesen Umständen zum Krieg, so werden wir England gegen uns haben. Denn die Empfindung, daß der Krieg angesichts des weitgehenden Entgegenkommens der serbischen Regierung sich hätte vermeiden lassen, wird für die Haltung der britischen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 27. 7. 1914

**A**llerdings unterscheidet der Minister scharf zwischen österreichisch-serbischen und österreichisch-russischem Konflikt, d. h. er wollte sich in den österreichisch-serbischen solange nicht einmischen, als aus demselben sich nicht ein österreichisch-russischer entwickelt hatte. Solange es ein österreichisch-serbischer bliebe, hielte er sich zurück. Jetzt aber sieht er sich genötigt einzugreifen, da daraus ein österreichisch-russischer und somit ein europäischer zu werden droht. Der österreichisch-russische läßt sich demnach vom österreichisch-serbischen gar nicht trennen, da ersterer auf letzterem beruht, und in diesem Sinne sprach auch der Minister mit mir. Eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland beruht auf Beilegung des österreichisch-serbischen Zwistes. Ohne diese Beilegung erscheint nach hiesiger Auffassung jeder Vermittlungsversuch ganz aussichtslos. Wie soll ich für Lokalisierung des Konflikts eintreten, wenn hier niemand daran zweifelt, daß durch das Vorgehen Österreich-Ungarns ernste russische Interessen auf dem Spiele stehen, und daß Rußland sich, falls von uns aus kein Druck auf Österreich ausgeübt wird, selbst gegen seinen Wunsch zum Ein-

schreiten genötigt sehen wird? Ich errege damit nur Heiterkeit und Achselzucken.

Sollte sich Einigung zwischen Wien und Petersburg auf Grundlage der österreichischen Note erzielen lassen unter Vermeidung militärischer Maßnahmen gegen Serbien, so wäre alles erreicht, was Sir E. Grey erstrebt. Was er vermeiden möchte, ist Österreichs Waffengang gegen Serbien, weil er von diesem Störung europäischen Friedens befürchtet.

Er bestätigt mir übrigens heute, daß keine russische Einberufung der Reserven stattfindet.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 28. 7. 1914

Die Mitglieder der hiesigen österreichischen Botschaft, einschließlich des Grafen Mensdorff, haben in ihren Gesprächen mit den Mitgliedern der Botschaft und mit mir nie das geringste Hehl daraus gemacht, daß es Österreich lediglich auf Niederwerfung Serbiens ankomme, und daß die Note absichtlich so gefaßt wurde, daß sie abgelehnt werden mußte. Als die Nachricht am Sonnabendabend hier von der „Central News“ verbreitet wurde, Serbien habe nachgegeben, waren die genannten Herren geradezu niedergeschmettert. Graf Mensdorff sagte mir gestern noch vertraulich, man wolle in Wien unbedingt den Krieg, da Serbien „niedergebegelt“ werden solle. Auch erzählten die genannten Herren, man beabsichtige, Teile von Serbien an Bulgarien (und vermutlich auch an Albanien) zu verschenken. Ich möchte aber dringend bitten, diese Äußerungen nicht in Wien zu verwerten, da ich meine freundschaftlichen Beziehungen zu Graf Mensdorff nicht aufs Spiel setzen will. Ob die Herren sich auch anderen Personen gegenüber in ihren Gesprächen ähnlich äußerten, weiß ich nicht, die An-

nahme dürfte aber nicht unberechtigt sein, daß es sich nicht bloß um so harmlose, pädagogische Monita handeln sollte, zu denen die mangelhafte Vigilanz des polnischen Schwätzers Bilinski den Anstoß gab.

Ich bin hier stets energisch für den österreichischen Standpunkt eingetreten und habe den Herren Sir E. Grey und Sir W. Tyrrell auseinandergesetzt, daß schon der Selbsterhaltungstrieb den Grafen Berchtold veranlassen müßte, eine aktive Tätigkeit zu entfalten, da er und Österreich sonst in eine unhaltbare Stellung gerieten. Das haben sie auch eingesehen, und ich glaube, daß die bisherige objektive Haltung der hiesigen Regierung nicht zum geringsten Teil auf unseren vertrauensvollen Beziehungen beruht.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 29. 7. 1914

Bei meinem heutigen Besuch auf dem Foreign Office hatte ich eine kurze Unterredung mit Sir W. Tyrrell, der nach Sir E. Grey heute zweifellos die einflußreichste und unterrichtetste Persönlichkeit dort ist. Er gab mir wiederum zu verstehen, daß nach ihren Nachrichten der Dreibund die Probe eines Weltkriegs nicht bestehen würde. Er wisse, daß Italien sich an einem wegen Serbien ausgebrochenen Weltkrieg nicht beteiligen würde, und wir sollten uns durch anderslautende amtliche Nachrichten nicht täuschen lassen. Ich vermute, daß diese Auffassung auf der Berichterstattung Sir Renel Rodds beruht, und ich hatte nicht den Eindruck, daß Sir W. Tyrrell sie erfunden hat, um uns einzuschüchtern.

Lichnowsky.

Habe soeben mit Sir E. Grey gesprochen, der die Lage überaus ernst beurteilt. Den unangenehmsten Eindruck hat auf ihn ein gestriges Telegramm Sir Maurice de Bunsens gemacht, wonach Graf Berchtold Vorschlag Sasonows, Graf Szápáry zu ermächtigen, mit ihm in Besprechungen des serbisch-österreichischen Streits einzugehen, unbedingt abgelehnt habe. Minister betrachtet auch heutigen direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg für den gangbarsten Weg, fragte mich aber, was geschehen soll, wenn, wie es nach dem Wiener Telegramm den Anschein habe, die Besprechungen zusammenbrechen. Ob wir alsdann in der Lage seien, irgendeinen Vorschlag zu machen? Er habe die Konferenz der hiesigen Botschafter angeregt, die uns nicht als gangbar erscheine, wir hätten die Vermittlung zu vieren aber angenommen, und er würde froh sein, wenn wir in der Lage wären, irgendeinen Vorschlag zu machen. Ich sagte, wir betrachten den österreichisch-serbischen Zwist als eine Angelegenheit, in die wir uns nicht hineinmischen wollten, wir könnten auch Österreich keine Demütigungen zumuten. Österreich tue nur das, was es tun müsse, um an seiner Grenze Ruhe und Ordnung zu schaffen. Das sei auch gleichzeitig ein Interesse des europäischen Friedens. Auch beabsichtige Österreich keinen territorialen Erwerb, sondern nur die Herstellung erträglichen Zustandes.

Er entgegnete, er begreife vollkommen, daß Österreich nicht gedemütigt werden dürfe, davon könne nicht die Rede sein. Er hoffe, daß sich ein Ausweg finden lasse, der es Österreich ermögliche, volle Genugtuung zu bekommen, ohne daß es Rußland zumute, ruhig zuzusehen, bis Österreich an das äußerste Ende seiner kriegerischen Unternehmungen gelangt

sei. Das wäre gleichbedeutend mit einer Demütigung Rußlands, die letzteres unmöglich hinnehmen könne.

Ich entgegnete, daß Rußland um so weniger Anlaß habe, sich in diesen grenznachbarlichen Streit einzumischen, als Österreich Serbien nicht zu annektieren beabsichtige.

Er entgegnete, daß es ohne Annexion auch eine Form gebe, die Serbien in einen Vasallenstaat Österreichs verwandeln würde. Das könne und werde Rußland niemals mit ansehen. Rußlands Stellung bei der orthodoxen Christenheit stände auf dem Spiel. Er ließ hierbei den Gedanken fallen, ob es denn nicht möglich sei, über die Ausdehnungen der militärischen Operationen Österreichs und über die Forderungen der Monarchie eine Verständigung herbeizuführen?

Aus den heutigen Ausführungen des Ministers entnahm ich von neuem, daß man hier fest davon überzeugt ist, wie ich mich wiederholt beehrt habe, Eure Exzellenz zu berichten, daß ohne die Bereitwilligkeit Österreichs, in eine Erörterung der serbischen Frage einzutreten, der Weltkrieg unvermeidlich sein wird.

Sir E. Grey ließ hierbei halb im Scherz die Bemerkung fallen, man könne nie wissen, welche Häuser bei einem derartigen Brand unversehrt bleiben würden, jetzt rüste sogar schon das kleine Holland.

Der Minister war sichtlich erfreut über meine Mitteilung, daß Eure Exzellenz bisher mit gutem Erfolg bestrebt gewesen sind, zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln und erklärte sich zu jeder Beteiligung bereit, die Aussicht auf Erfolg verspräche.

Ich bat den Minister von neuem, in Petersburg vor übereilten Entschlüssen zu warnen und namentlich zu verhindern, daß dort eine allgemeine Mobilmachung

Platz greife, die auch unsere Grenze berühren würde. Die Folgen müßten unabsehbar sein. Der Minister versprach mir wiederum, in diesem Sinne zu wirken und dafür zu sorgen, daß die Köpfe möglichst kühl bleiben.

Schließlich teilte mir der Minister mit, daß der serbische Geschäftsträger in Rom dem Marquis di San Giuliano erklärt habe, daß, unter der Voraussetzung gewisser Erläuterung der Art der Beteiligung österreichischer Agenten, Serbien geneigt sein würde, auch die Artikel 5 und 6 der österreichischen Note, mithin also alle Forderungen zu schlucken. Da nicht anzunehmen wäre, daß Österreich sich in direkte Unterhandlungen mit Serbien einlassen würde, könnte die Sache durch Vermittlung der Großmächte als Rat an Serbien gelangen. Marquis di San Giuliano meint, daß auf dieser Grundlage sich eine Einigung erzielen lassen könne. Vor allem aber wünsche der Minister die unverzügliche Aufnahme der Besprechung. Sir E. Grey hat Marquis di San Giuliano an die Wiener und Berliner Kabinette verweisen lassen, da er ohne deren Zustimmung nicht in der Lage sei, Besprechungen aufzunehmen.

Schließlich teilte mir der Minister ein Telegramm Sir George Buchanans mit, wonach russisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den fremden Preßvertretern mitgeteilt haben soll, daß, da Unterhandlungen zwischen Wien und Petersburg ergebnislos verlaufen seien, Rußland sich genötigt sehe, Betreten serbischen Bodens durch österreichische Truppen als Kriegsfall zu betrachten.

Lichnowsky.

Sir E. Grey ließ mich soeben nochmals zu sich bitten. Der Minister war vollkommen ruhig, aber sehr ernst, und empfing mich mit den Worten, daß die Lage sich immer mehr zuspitze. Sasonow habe erklärt, nach der Kriegserklärung nicht mehr in der Lage zu sein, mit Österreich direkt zu unterhandeln und hier bitten lassen, die Vermittlung wieder aufzunehmen. Als Voraussetzung für diese Vermittlung betrachtet die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Sir E. Grey wiederholte seine bereits gemeldete Anregung, daß wir uns an einer solchen Vermittlung zu vieren, die wir grundsätzlich bereits angenommen hätten, beteiligen sollten. Ihm persönlich schiene eine geeignete Grundlage für eine Vermittlung, daß Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe. Sollten Ew. Exzellenz jedoch die Vermittlung übernehmen, wie ich heute früh in Aussicht stellen konnte, so wäre ihm das natürlich ebenso recht. Aber eine Vermittlung schiene ihm nunmehr dringend geboten, falls es nicht zu einer europäischen Katastrophe kommen solle.

Sodann sagte mir Sir E. Grey, er hätte mir eine freundschaftliche und private Mitteilung zu machen, er wünsche nämlich nicht, daß unsere so herzlichen persönlichen Beziehungen und unser intimer Gedankenaustausch über alle politischen Fragen mich irreführten und er möchte sich für später den Vorwurf der Unaufrichtigkeit ersparen. Die britische Regierung wünsche nach wie vor mit uns die bisherige Freundschaft zu pflegen und sie könne, solange der Konflikt sich auf Österreich und Rußland beschränke, abseits stehen. Würden wir aber und Frank-

reich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere und die britische Regierung würde unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen. In diesem Falle würde es nicht angehen, lange abseits zu stehen und zu warten. „If war breaks out, it will be the greatest catastrophe that the world ever has seen“. Es liege ihm fern, irgendeine Drohung auszusprechen zu wollen, er habe mich nur vor Täuschungen und sich vor dem Vorwurf der Unaufrichtigkeit bewahren wollen und daher die Form einer privaten Verständigung gewählt.

Sir E. Grey fügt noch hinzu, die Regierung müsse auch mit der öffentlichen Meinung rechnen; bisher sei dieselbe im allgemeinen für Österreich günstig gewesen, da man die Berechtigung einer gewissen Genugtuung anerkenne, jetzt aber fange sie an, infolge der österreichischen Hartnäckigkeit vollkommen umzuschlagen.

Meinem italienischen Kollegen, der mich soeben verläßt, hat Sir E. Grey gesagt, er glaube, falls die Vermittlung angenommen werde, Österreich jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können, ein demütiges Zurückweichen Österreichs käme gar nicht mehr in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und unter der Zustimmung Rußlands genötigt werden würden, sich den österreichischen Wünschen unterzuordnen. Österreich könne also auch ohne einen Krieg, der den europäischen Frieden in Frage stelle, Bürgschaften für die Zukunft erlangen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 30. 7. 1914

**H**abe soeben mit Sir E. Grey gesprochen. Er sagt, Her könne mir versichern, daß die Franzosen ihren ganzen Einfluß in Petersburg im Sinne einer fried-

lichen Entwicklung geltend machten. Auch sei nach hiesigen Nachrichten bisher lediglich die Einberufung der Urlauber an der deutschen Grenze erfolgt. Eigentliche Kriegsvorbereitungen, wie Einberufung der Reservisten, seien nicht erfolgt. Er wird übrigens heute nachmittag mit Cambon sprechen und hat mich nochmals zu sich bestellt, um mir das Ergebnis mitzuteilen.

Was die russischen Rüstungen betrifft, so wird er versuchen, im gewünschten Sinne durch Graf Benckendorff heute noch zu wirken.

Der Minister hofft zuversichtlich, daß es der vermittelnden Tätigkeit Ew. Exzellenz gelingen werde, eine Einigung herbeizuführen, und will auch in Petersburg im Sinne seines Vorschlages wirken. Zu einem Vertrauten hatte er heute früh gesagt, daß, wenn es dem deutsch-englischen Zusammenwirken diesmal gelänge, den Frieden zu retten, so glaube er, daß unsere Beziehungen für alle Zeiten sichergestellt seien, und daß es ihm in Zukunft glücken werde, durch entsprechenden Einfluß auf seine Genossen die Wiederholung ähnlicher Krisen zu verhindern.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 30. 7. 1914

Sir E. Grey zeigte mir soeben ein Telegramm an Sir George Buchanan, worin er ihn anweist, unsere Anregung zu unterstützen, in Besprechungen über Verständigung sich einzulassen, falls Österreich einwillige, nach Besetzung gewisser Grenzorte Feindseligkeiten einzustellen. Auf meinen Wunsch ist hierin vom österreichischen Ultimatum überhaupt nicht mehr die Rede, sondern lediglich von Unterhandlungen über die Serbien aufzuerlegenden Lasten und Verpflichtungen. Die dem Grafen Pourtalès er-

teilte und vom Grafen Benckendorff hier übermittelte Antwort des Herrn Sasonow über Umwandlung des Ultimatums bezeichnete ich dem Minister als unannehmbar und hielte es daher für praktischer, das Wort Ultimatum überhaupt nicht mehr zu erwähnen.

Der Minister war vollkommen ruhig und schien noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 30. 7. 1914

**E**inziger friedlicher Ausweg liegt nach meiner und hiesiger Auffassung darin, daß Graf Berchtold durch uns veranlaßt wird, zu erklären, er sei mit Rücksicht auf europäischen Frieden und die Wünsche seiner Verbündeten bereit, sich mit bisherigen Erfolgen vorläufig zu begnügen, militärische Operationen einstweilen einzustellen und sich durch unsere Vermittlung mit Sasonow über Serbien aufzuerlegende Bedingungen zu unterhalten, falls russische Regierung weitere Rüstungen an österreichischer Grenze unterläßt. Habe in diesem Sinne auch mit österreichisch-ungarischen Kollegen gesprochen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 30. 7. 1914

**S**ir Edward Grey und Mr. Asquith gaben heute im Unterhaus Erklärungen ab, in denen sie großen Ernst der Lage betonten. Ersterer teilte mit, daß England nach wie vor das eine große Ziel der Wahrung des Friedens verfolge. Asquith ließ amendment bill von Tagesordnung fallen, da Parteistreit augenblicklich nicht am Platze und England, das selbst nicht direkt interessiert sei, geeinte Front darbieten müsse. Er hoffe, daß der Patriotismus aller Parteien dazu beitragen werde, das drohende Verhängnis, wenn nicht abzuwenden, so doch wenigstens zu umgrenzen.

Lichnowsky.

Telegramm an Sir George Buchanan. (Britischer Botschafter in Petersburg.)

Deutscher Botschafter teilt mir mit, daß deutsche Regierung sich bemühen würde, Österreich zu beeinflussen, daß es nach der Besetzung von Belgrad und serbischem Grenzgebiet verspricht, nicht weiter vorzurücken, während Mächte sich bemühen zu erreichen, daß Serbien hinreichende Genugtuung gibt, um Österreich zu beruhigen. Besetztes Gebiet würde natürlich geräumt werden, wenn Österreich befriedigt ist. Ich schlug das gestern als mögliche Erleichterung der Lage vor, und falls es erreicht werden kann, hoffe ich fest, daß man übereinkommt, weitere militärische Vorbereitungen auf allen Seiten einzustellen.

Der russische Botschafter sprach mir von Bedingung, die Sasonow gestellt, wie in Ihrem Telegramm Nr. 155 angeführt, und fürchtet, sie könne nicht abgeändert werden, aber, wenn der österreichische Vormarsch nach der Einnahme von Belgrad zum Stehen kommt, denke ich, die Formel des russischen Ministers des Auswärtigen könnte dahin geändert werden, daß sie lautet, die Mächte würden prüfen, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte oder seiner Unabhängigkeit Österreich volle Genugtuung geben könnte.

Wenn Österreich nach Besetzung von Belgrad und angrenzendem serbischem Gebiet sich bereit erklärt, im Interesse des europäischen Friedens seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, daß Rußland sich auch zu einer Erörterung und zur Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen bereit erklären wird, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun."

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 31. 7. 1914

**W**äre nicht Allerhöchstes Telegramm an Zaren gangbarer Weg, worin S. M. im Interesse europäischen Friedens Einstellung russischer Rüstungen vorschlägt, falls Österreich Operationen gegen Serbien einstellt, und Aufnahme Vermittlung durch Ew. Exzellenz über Lösung serbischer Frage?

Hinsichtlich der von Sasonow dem Grafen Pourtalès gestellten Bedingungen könnte vielleicht gesagt werden, die erste sei durch die Tatsache erfüllt, daß Graf Berchtold bereit sei, mit ihm durch Ew. Exzellenz in Gedankenaustausch einzutreten, und bezüglich des Ultimatums sei er bereit, auch andere Garantie in Berücksichtigung zu ziehen und zu besprechen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 31. 7. 1914

**H**abe Telegramm 192\*) soeben bei Sir E. Grey verwertet. Der Minister meinte zunächst, daß Rußland hinsichtlich der Kriegsmaßnahmen etwas empfindlich geworden sei, da eine entsprechende Anregung von uns dort als Drohung verstanden worden wäre. Er will aber versuchen, in diesem Sinne zu wirken.

Bezüglich der österreichisch-russischen Unterhaltungen meinte er, daß alles darauf ankäme, daß Österreich ein derartiges Zugeständnis mache, daß Rußland ins Unrecht versetzt werde, falls es dann noch ablehne, — dann sei er in der Lage, einen Druck auf Paris und Petersburg auszuüben. Auch deutete er mir an, daß gerade diese Frage der Billigkeit unter Umständen auch ausschlaggebend sein könne für die Hal-

\*) Das Telegramm 192 betrifft Wiederaufnahme österreichisch-russischer Besprechungen.

tung Englands, das durch keinerlei feste Abmachungen gebunden sei. Sowie Frankreich ins Spiel käme, würde die öffentliche Meinung sich hier sehr erregen, welche vorläufig noch in keiner Weise gegen Deutschland Stellung genommen habe, und er müßte in der Lage sein, gegebenenfalls mit irgendeinem greifbaren Unrecht auf russischer Seite eine zurückhaltende Stellungnahme Englands zu begründen. Er sprach dieses letzte Wort nicht direkt aus, aber gab es deutlich zu verstehen, daß er nur dann den Gedanken nicht sofortiger Anteilnahme für Frankreich vertreten könne, wenn er auf irgendein greifbares Entgegenkommen hinzuweisen in der Lage sei. Er betonte immer wieder, daß England durch keinerlei Verträge gebunden wäre. Ich vermute, daß er seine ursprüngliche Anregung, die militärischen Operationen in Serbien einzustellen, im Auge hat, nach deren Übermittlung Ew. Exz. mich zu der Erklärung bevollmächtigten, daß Sie in diesem Sinne in Wien zu wirken beabsichtigten.

Auch ich möchte meinen, daß, wenn Graf Berchtold sich auf die Wiederholung bekannter Erklärungen und Erläuterungen beschränkte, Verhandlungen wenig aussichtsvoll sein werden, und daß die russische öffentliche Meinung Vordringen österreichischer Heere in Serbien, verbunden mit der Zerstörung von Städten und Ortschaften, nicht ertragen und die Regierung vielleicht gegen ihren Willen zum Eingreifen zwingen würde. Nach meiner Kenntnis Wiener Verhältnisse wird es nur ein sehr energischer, von Berlin ausgeübter Druck erreichen, daß man sich in Wien zu einem derartigen Zugeständnis entschließt, dessen Gewährung für die zukünftige Haltung Englands im Kriege, falls er trotzdem ausbrechen sollte, von ausschlaggebender Bedeutung sein könnte. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 1. 8. 1914

Sir E. Grey läßt mir soeben durch Sir W. Tyrrell sagen, er hoffe, mir heute nachmittag als Ergebnis einer soeben stattfindenden Ministerberatung Eröffnungen machen zu können, welche geeignet wären, die große Katastrophe zu verhindern. Gemeint damit scheint zu sein, nach Andeutung Sir Williams, daß, falls wir Frankreich nicht angriffen, England auch neutral bleiben und die Passivität Frankreichs verbürgen würde. Näheres erfahre heute nachmittag.

Eben hat mich Sir E. Grey ans Telephon gerufen und mich gefragt, ob ich glaubte, erklären zu können, daß für den Fall, daß Frankreich neutral bliebe in einem deutsch-russischen Kriege, wir die Franzosen nicht angriffen. Ich erklärte ihm, die Verantwortung hierfür übernehmen zu können, und wird er diese Erklärung in der heutigen Kabinettsitzung verwerten.\*)

Nachtrag. Sir W. Tyrrell bat mich dringend, dahin zu wirken, daß unsere Truppen nicht die französische Grenze verletzen. Alles hänge davon ab. Die französischen Truppen seien zurückgewichen bei einer vorgekommenen Überschreitung. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 1. 8. 1914

Sir William Tyrrell war eben bei mir, um mir zu sagen, Sir E. Grey wolle mir heute nachmittag Vorschläge für Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, daß wir mit Rußland wie mit Frankreich Krieg hätten. Ich sehe Sir E. Grey um 3<sup>30</sup> und werde sofort berichten. Lichnowsky.

\*) Hier handelt es sich insofern um ein Mißverständnis, als Sir E. Grey gemeint hatte, daß wir dann überhaupt neutral bleiben sollten, d. h. auch in dem österreichisch-russischen Konflikt.

Sir E. Grey liest mir soeben die nachstehende Erklärung vor, die vom Kabinett einstimmig gefaßt worden war: Die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens ist ungemein bedauerlich, weil die Neutralität Belgiens von Einfluß auf die Stimmung in England ist. Wenn Deutschland eine Möglichkeit sehen könnte, dieselbe bestimmte Antwort zu geben, wie Frankreich sie gegeben hat, so würde das wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und Spannung hier zu beheben, während es andererseits außerordentlich schwierig sein würde, die öffentliche Stimmung in England zu beschwichtigen, wenn eine Verletzung der Neutralität Belgiens durch einen der Kriegführenden stattfände, während der andere sie beachtet.

Auf meine Frage, ob er unter der Bedingung, daß wir die belgische Neutralität wahrten, mir eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritanniens abgeben könne, erwiderte der Minister, das sei ihm nicht möglich, doch würde diese Frage eine große Rolle bei der hiesigen öffentlichen Meinung spielen. Verletzten wir die belgische Neutralität in einem Kriege mit Frankreich, so würde sicherlich ein Umschwung in der Stimmung eintreten, die es der hiesigen Regierung erschweren würde, eine freundliche Neutralität einzunehmen. Vorläufig bestände nicht die geringste Absicht, gegen uns feindlich vorzugehen. Man würde dies, wenn irgend möglich zu vermeiden wünschen. Es ließe sich aber schwerlich eine Linie ziehen, bis wohin wir gehen dürften, ohne daß man diesseits einschreite. Er kam immer wieder auf die belgische Neutralität zurück und meinte, diese Frage würde jedenfalls eine große Rolle spielen. Er habe sich auch schon gedacht, ob es denn nicht mög-

lich wäre, daß wir und Frankreich uns im Falle eines russischen Krieges bewaffnet gegenüberstehen blieben, ohne uns anzugreifen. Ich fragte ihn, ob er in der Lage wäre, mir zu erklären, daß Frankreich auf einen derartigen Pakt eingehen würde. Da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietsteile erobern wollten, könnte ich mir denken, daß wir uns auf ein derartiges Abkommen einlassen würden, das uns die Neutralität Großbritanniens sichere.

Der Minister sagte, er wolle sich erkundigen, verkannte auch nicht die Schwierigkeiten, beiderseits das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten.

Mein Gesamteindruck ist der, daß man hier, wenn irgend möglich, aus dem Kriege herausbleiben möchte, daß aber die vom Herrn Staatssekretär dem Sir E. Goschen erteilte Antwort über die Neutralität Belgiens einen ungünstigen Eindruck gemacht hat.

Lichnowsky.

DER REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG AN DEN  
BOTSCHAFTER IN LONDON, FÜRSTEN VON LICHNOWSKY

Berlin, 1. 8. 1914

Soeben meldet Paris, daß Frankreich heute Nachmittag 5 Uhr, also genau zu derselben Stunde und Minute wie wir, mobilisiert hat. Wir können Zusage, daß wir französische Grenze bis Montag nachmittag 7 Uhr nicht überschreiten werden, natürlich nur unter Bedingung aufrechterhalten, daß auch Frankreich unsere Grenze strengstens respektiert.

Bethmann Hollweg.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 1. 8. 1914

„Westminster Gazette“ hält Lage für äußerst kritisch. England müsse sich über Stellungnahme klar werden. Premierminister habe im Unterhaus einmal ausgesprochen, daß England im Falle eines Krieges durch keinerlei Verträge zur Teilnahme gezwungen sei. England habe also jetzt freie Hand, Deutschland müsse sich aber klarmachen, daß gewisse veröffentlichte Verträge bestünden, deren Verletzung durch Deutschland England in eine schwierige Lage bringen würde. Deutschland wisse ferner, daß ein deutsch-französischer Kampf Folgen haben könne, welche die öffentliche Meinung in England entzünden und England zum Aufgeben seiner Neutralität bewegen könnten. Ganz zu verwerfen sei der von mancher Seite gemachte Versuch, hier ein Kriegsfieber hervorzurufen und den Plan zu propagieren, ein Expeditionskorps nach dem Kontinent zu schicken. England habe an Pflichten seines Weltreichs zu denken, besonders an Sicherheit Ägyptens und Indiens. Englands Stärke liege in seiner Seemacht, und diese müsse dazu dienen, den Frieden für England zu erhalten und den Kampf zwischen anderen Ländern in gewissen Grenzen zu halten. Zwar liege auch in Friedenspolitik gewisse Gefahr, aber es sei doch sehr zu hoffen, daß England imstande sein werde, seine Stelle als Versammlungsplatz derjenigen zu erhalten, welche den Frieden in Europa wünschen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 8. 1914

Wie aus meinen letzten Telegrammen hervorgeht, ist die im dortigen Telegramm Nr. 206 nochmals besprochene Angelegenheit vollkommen erledigt und unsere Handlungsfreiheit dadurch nicht beschränkt.

Lichnowsky.

London, 2. 8. 1914

**A**nregungen Sir E. Greys, die auf Wunsch beruhten, möglichst dauernde Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis Mobilmachung erfolgt, inzwischen als aussichtslos völlig aufgegeben. Bitte dringend Antwort, ob Telegramme 212, 214 und dringendes offenes Telegramm ohne Nummer eingegangen?

Lichnowsky.

London, 2. 8. 1914

**D**ie Frage, ob wir bei dem Krieg gegen Frankreich das belgische Gebiet verletzen, dürfte von ausschlaggebender Bedeutung für die Neutralität Englands sein. Ich werde in diesem Eindruck sowohl durch die Äußerungen Sir E. Greys als durch Mitteilungen der österreichischen Botschaft wie durch hiesige Presse bestimmt bekräftigt. Verletzen wir die Neutralität Belgiens und entwickelt sich daraus ein Krieg gegen die Belgier, so glaube ich nicht, daß die Regierung gegenüber dem sich in der hiesigen öffentlichen Meinung alsdann zu gewärtigenden Sturm in der Lage befinden wird, länger neutral zu bleiben. Sollten wir die belgische Neutralität hingegen achten, so ist es immerhin möglich, daß England neutral bleibt, falls wir beim Sieg über Frankreich maßvoll vorgehen. Da man aber hier nunmehr glaubt, mit der Verletzung belgischer Neutralität rechnen zu sollen, so halte ich es nicht für unmöglich, daß England schon in nächster Zeit gegen uns Stellung nimmt. Heute Sonntag findet Kabinettsitzung statt, ein unerhörtes Ereignis, und ich nehme an, daß man sich hierbei schon mit dieser Frage befassen wird.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 8. 1914.

**S**ir Eyre Crowe äußerte gesprächsweise, nach einer ganz kürzlich hier gemachten Mitteilung scheinere Österreich jetzt bereit, grundsätzlichen Besprechungen seiner Streitpunkte mit Serbien durch eine Vier-Mächte-Konferenz in London zuzustimmen. Die Mitteilung sei aber zu spät gekommen, um noch praktischen Nutzen zu haben.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 8. 1914.

**S**ir Eyre Crowe sagt mir soeben, daß im Foreign Office eine Drahtmeldung eingelaufen ist, wonach die deutschen Truppen in der Gegend von Nancy an mehreren Stellen in starken Abteilungen die französische Grenze überschritten hätten, ohne daß vorher eine Kriegserklärung in Paris erfolgt wäre. Er ließ dabei durchblicken, daß diese Nachricht in dem im Lauf des Abends zur erneuten Besprechung zusammentretenden Kabinettsrat einen schlechten Eindruck machen und vielleicht auf die endgültige Entscheidung nicht ohne Einfluß sein werde. Ich erwiderte Sir Eyre Crowe, wir hätten bezügliche Nachrichten nicht empfangen, es scheinere empfehlenswert, genaue Bestätigung aus unabhängiger Quelle abzuwarten.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 8. 1914.

**E**inmarsch in Frankreich ohne Krieg hat hier verhängnisvollen Eindruck hervorgerufen und Rechtsgefühl der Engländer schwer verletzt.

Bitte dringend Aufklärung zur Verwertung.

Morgenblätter verurteilen unser Vorgehen und bezeichnen uns als eigentliche Friedensstörer.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 8. 1914.

**Z**eitungen melden Beschlagnahme englischer Dampfer im Kaiser-Wilhelm-Kanal, ebenso Bewegung deutscher Flotte nach Westen.

Bitte dringend Aufklärung, um Berichtigung eintreten lassen zu können.

Hiesige öffentliche Meinung nimmt seit gestern entschiedene Stellung gegen uns. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 8. 1914.

**H**abe soeben Sir E. Grey entsprechende Mitteilung gemacht. Der Minister schien sehr verstimmt und wies darauf hin, daß England den Bruch der belgischen Neutralität, die es ausdrücklich gewährleistet habe, nicht so ruhig hinnehmen könnte. Was die französische Truppenansammlung an der belgischen Grenze betreffe, so hätte Frankreich erklärt, nur unter der Bedingung, daß die französischen Truppen zu Hilfe gerufen würden, die belgischen Grenzen zu überschreiten.

Der Minister sagte mir, er beabsichtige heute nachmittag ein statement zu machen, in dem er die Bedingungen für seine Neutralität darlegt. Er sprach von einem conditional rupture.

Ich bat ihn dringend, die Neutralität Belgiens nicht als *conditio sine qua non* anzuführen, da dies von verhängnisvollen Folgen sein würde. Er gab mir keine Zusicherungen, aber ich habe den bestimmten Eindruck, daß er, wenn irgend möglich, auch weiter neutral bleiben möchte. Ich verpflichtete mich ihm gegenüber zur nachstehenden Erklärung:

1. daß wir selbst im Falle eines Waffenganges mit Belgien die Unversehrtheit des belgischen Gebiets aufrechterhalten wollen;

2. daß wir im Falle der englischen Neutralität uns mit unserer Flotte nicht im Kanal und der Nordküste Frankreichs nähern wollten.

Letztere Erklärung gab ich ab nach Rücksprache mit dem hiesigen Marineattaché. Ich hoffe noch immer, daß es möglich sein wird, auf dieser Grundlage eine Einigung zu erzielen, da man hier einsieht, daß durch einen Waffengang mit uns weder für Frankreich noch für Belgien ein Vorteil entstehen könnte. Ob letzterer zu vermeiden sein wird, hängt zum großen Teil von der Stimmung im Kabinett sowie von der hiesigen öffentlichen Meinung ab, die vielleicht durch unser Vorgehen in Belgien in allzu stürmische Erregung versetzt werden könnte.

Sir W. Tyrrell gab mir zu verstehen, daß man nach den Telegrammen Herrn de Bunsens in Österreich zu der Auffassung gelange, daß, da wir die Angreifer seien und nicht angegriffen worden wären, der Wortlaut des Dreibundvertrages Österreich nicht zur Mitwirkung verpflichtet.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 8. 1914.

Sir W. Tyrrell mitteilte im Gespräch, daß belgischer Gesandter heute nachmittag Wortlaut deutschen Ultimatums und belgische Antwort übergeben habe, Kabinett berate eben hierüber. Verständigung des Unterhauses sei wahrscheinlich. In Hinsicht auf Sir Greys heutige Rede bemerkte der Diplomat, die Frage, ob Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien England zur Aufgabe seiner Neutralität veranlassen werde, sei vorläufig weder mit ja noch mit nein zu beantworten. Endgültige Beschlüsse würden erst gefaßt, wenn über die Haltung des Unterhauses Klarheit geschaffen sei.

Lichnowsky.

Gestern war mir der gesamte Wortlaut der Rede Sir E. Greys noch nicht bekannt, von der lediglich ein kurzer Parlamentsbericht vorlag, und nach der heutigen Bekanntgabe des Gesamtinhalts muß ich meine gestrige Auffassung dahin berichtigen, daß ich nicht glaube, daß wir sehr viel länger noch mit der Neutralität Englands zu rechnen haben werden.

Wie ich Ew. Exzellenz wiederholt berichtet habe, bildete Frage der Verletzung belgischer Neutralität einen der wichtigsten Punkte für die Zurückhaltung Englands. Sowohl Mr. Asquith als Sir E. Grey hatten mich hierauf hingewiesen, und konnte ich, wie berichtet, gestern vor der Sitzung feststellen, daß Sir E. Grey sich infolge der Verletzung des belgischen Gebiets durch unsere Truppen in tiefer Erregung befand.

Welche Form das britische Eingreifen annimmt, und ob dasselbe sofort erfolgt, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich sehe aber nicht, wie nach gedachter, mir gestern nur auszugsweise bekannter Rede die hiesige Regierung zurückweichen sollte, falls wir nicht in der Lage sind, das belgische Gebiet in aller kürzester Frist zu räumen. Wir haben daher mit der baldigen Gegnerschaft Englands zu rechnen. Die Aufnahme, die die Rede Sir E. Greys im Hause gefunden hat, kann dahin gedeutet werden, daß die Regierung außer dem linken Flügel ihrer eigenen Partei die überwiegende Mehrheit des Parlaments bei einer aktiven Politik, die Frankreich und Belgien zu schützen bezweckt, hinter sich haben wird.

Die gestern eingetroffenen Nachrichten über Einmarsch deutscher Truppen in Belgien hatten in der öffentlichen Meinung einen völligen Umschwung zu

unseren Ungunsten herbeigeführt. Der in bewegten Worten gehaltene Appell des Königs der Belgier vertieft bedeutend diesen Eindruck.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 4. 8. 1914.

**E**rfahre soeben, daß belgischer Gesandter Foreign Office Einrücken deutscher Truppen in Belgien angezeigt hat.

Unterredung mit Sir William Tyrrell bestätigt meinen Eindruck, daß nach Eintreffen der Nachricht über ernste deutsch-belgische Zusammenstöße auf Fortdauer der englischen Neutralität nicht gerechnet werden kann und Abbruch Beziehungen bevorstehen dürfte.

Lichnowsky.

DIE GRUNDLAGEN DES NORDISCHEN FRIEDENS

REISEBERICHT VON NORDEN NACH SÜDEN

DES DR. phil. phil. G. FRÖLICH

VERLAG VON G. BRUNNEN, BREMEN

1918

Preis 1,50 M.

Alle Rechte vorbehalten

Druck von G. Brunnens, Bremen

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

Anhang:

NACH DER FLUT

AUFZEICHNUNGEN AUS DER ZEIT NACH DEM

ZUSAMMENBRUCH

Die folgenden Aufzeichnungen gelangten an den jeweils angegebenen Tagen im „Berliner Tageblatt“ zur Veröffentlichung, desgleichen von den „Briefen“ Nr. 1 und 2 sowie die beiden Arbeiten „Die Wurzeln der Katastrophe“ und „Diplomatie und Demokratie“. Der letzte Aufsatz erschien in der „Neuen Rundschau“.

## DIE GRÜNDLAGEN DES RUSSISCHEN FRIEDENS

AUFZEICHNUNGEN VOM 8. JANUAR 1918

Die Sorge um die Schicksale der christlichen Völker und die Meerengenfrage" bezeichnete Fürst G. Trubetzkoi in seinem noch vor den beiden Balkankriegen erschienenen Buche: „Rußland als Großmacht“ als die Grundprobleme der russischen Orientpolitik. Wenn Rußland nicht in der Lage wäre, sein entscheidendes Wort hierbei zu sagen, so wäre seine Rolle als Großmacht erledigt.

Nicht notwendigerweise der Besitz von Konstantinopel, wohl aber die Meerengen weder in der Hand einer europäischen Großmacht, noch in der einer widerstandsfähigen Türkei, sowie das religiöse, aus dem sich später auch das nationale Protektorat über die Glaubens- und Stammesbrüder entwickelte und deren Unabhängigkeit! Das sind die Ziele der russischen Orientpolitik seit den Tagen Katharinas, die zu den Kriegen führten, die den Besitz der Küste, die Schwächung der Türkei, die Befreiung der Balkanvölker und die Befestigung der religiösen und politischen Macht Rußlands bezweckten. War die Haltung Rußlands in der Meerengenfrage von wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnissen geleitet, da der Handel des gesamten Schwarzen Meer-Beckens in Frage stand und der russischen Flotte der Zutritt zum Weltmeer versagt war, so lagen den Balkanfragen auch Imponderabilien zugrunde, die im theokratischen Charakter des Zarentums wurzelten.

Der im Jahre 1774 zwischen Katharina und der Pforte geschlossene Frieden von Kütschük (Klein) Kainardje, einem Dorfe in der Dobrudscha, begründete eigentlich erst die Stellung Rußlands im Orient, da er dem Zarentum das Recht sowohl der freien Schifffahrt, wie das der Vertretung religiöser Interessen osmanischer Christen verlieh. Im engen Zusammenhange mit diesen Erfolgen der russischen Politik im Südwesten stand das Vordringen Rußlands im Westen gegen Polen, den Verbündeten der Türkei. Auch hier sahen wir religiöse und politische Motive sich vermengen, da das Eingreifen Katharinas zugunsten der Dissidenten den Anlaß bot zur ersten Teilung Polens, der bald nach dem zweiten Türkenkriege die zweite folgte. Orientpolitik und Polenpolitik in steter Verbindung bildeten die Grundlagen der russischen Machtentfaltung und erst seit Katharina kann Rußland als europäische Großmacht gelten.

Während Rußland sich in der polnischen Frage mit seinen beiden Nachbarn zu einigen vermochte, begegnete es auf dem Wege nach dem Balkan und dem Mittelmeer dem Widerstand europäischer Mächte, die den russischen Einfluß im Orient und im Mittelmeer fürchteten: erst England, Frankreich, dann auch Italien. Diesen gesellte sich Österreich zu, das ehemals mit Katharina Hand in Hand ging, ohne freilich sich am Kampfe zu beteiligen. Seit dem Krimkrieg ist aber der Gegensatz zwischen Österreich und Rußland nicht mehr verschwunden. Hinter Österreich-Ungarn stand seit dem Berliner Kongreß die erste Militärmacht der Welt, das Deutsche Reich, welches nach Bismarck und gegen seine Absichten das als Folge des Kongresses und der deutsch-russischen Verstimmung geschlossene Bündnis zu einem Blankokredit für die Orientinteressen des Verbündeten erweiterte.

Hatte schon Bismarck auf dem Kongreß mehr unter dem Einfluß persönlicher Gereiztheit als sachlicher Erwägungen Rußland nur lau unterstützt und um den vollen Ertrag des Sieges gebracht, sowie dem Grafen Andraszy zur „Okkupation“ türkischer, aber ethnographisch vorwiegend serbischer Landesteile verholfen, so führte später unsere Haltung bei der Annexion Bosniens, die die serbischen Zukunftsträume zerstörte, zu einer weiteren Entfremdung mit dem östlichen Nachbarn und traditionellen Freunde, dessen Neutralität die Erfolge von 1866 und 1870/71 ermöglichte. Der Kündigung des Rückversicherungsvertrages war die russisch-französische Verbrüderung gefolgt, die nach Algeciras auch noch durch die britisch-russische Verständigung ergänzt ward.

Während eine weitgehende Auslegung des Bündnisses unseren austromagyarischen Freunden gestattetete, mit unserer Hilfe die serbischen, von Rußland unterstützten Einigkeitsbestrebungen zu bekämpfen, erregte andererseits auch die Vormachtstellung, die wir am Bosphorus erstrebten, begleitet von militärischen Missionen, welche die Widerstandskraft der Türken stärken sollten, das Mißfallen der zaristischen Regierung. Flotte und Algeciras einer-, Serben- und Türkenpolitik andererseits schufen die Stimmung, aus der die Entente hervorwuchs.

Auf der Londoner Botschafterkonferenz wurde alsdann Albanien mit unserer Hilfe durchgedrückt, in der Absicht, Serbien von der Adria auszuschließen. Hierdurch sah sich dieses veranlaßt, nach Süden zu drängen, die Wardarlinie zu besetzen, um im Anschluß an das befreundete Griechenland bei Saloniki das Meer zu erreichen. Und als schließlich Graf Berchtold, der den Bukarester Frieden nie wirklich anerkannt hatte, gestützt durch das Bündnis, daran gehen

wollte, den genannten Vertrag zu revidieren, entwickelte sich durch den Widerstand Rußlands der Weltkrieg, der uns jetzt vor die Aufgabe stellt, für unsere künftigen Beziehungen zu Rußland neue und hoffentlich dauerhafte Grundlagen zu finden.

Der Weg, der zum Kriege führte, würde sicherlich auch den besten Hinweis liefern für die Grundlagen des Friedens, um so mehr als direkte deutsche Lebensfragen nicht in Frage stehen. Dieser logischen Erwägung begegnen jedoch folgende Bedenken:

1. die Interessen unserer Verbündeten;
2. die Gründung Polens;
3. die innere Lage Rußlands.

Um gleich mit letzterer zu beginnen, so läßt sie sich dahin zusammenfassen: Wird das jetzige kommunistische Regiment von Dauer sein, oder haben wir mit dem Übergang zu einer demokratischen Förderativrepublik etwa nach amerikanischem Muster zu rechnen? Die monarchische Restauration möchte ich ganz ausschalten, teils weil sie nicht sehr wahrscheinlich ist, teils aber weil es wohl keinem Zweifel unterläge, daß eine Monarchie nicht anders könnte, als hinsichtlich Polens und des Orients zu den Traditionen Katharinas und ihrer Nachfolger zurückzukehren, Frieden und Freundschaft mit Rußland auf die Dauer also nur auf Grundlage der alten russischen Polen- und Orientpolitik zu finden wäre.

Hält sich die jetzige Ochlokratie, so bedeutet das die Rückkehr Rußlands zur Naturalwirtschaft, die nur den Bedürfnissen des Augenblicks und den einfachen Ansprüchen des Landvolks und der städtischen Arbeiterschaft genügt. Sie produzieren dann nur, was sie selbst verbrauchen. Handel und Industrie, beide Kapital bildend, würden entweder ganz aufhören, oder sich wenigstens nur so weit entwickeln, als sie nötig

sind, um den Bedürfnissen der einfachsten Lebensführung zu genügen. „Die Kunst, Geld zu verdienen und Hühneraugen gründlich zu vertreiben“, rief Bazarow\*) mit verächtlichem Lächeln. Vom Standpunkt der heutigen Bazarows entfällt das Bedürfnis nach Großmachtstellung, nach Imperialismus und seinen Attributen: Handel, Wehrmacht, Gebietserweiterung und Einflußsphäre.

Der Imperialismus, die Bejahung des Kollektivwillens, in nationalistischer Form durch Gewalt und auch auf Kosten gleichberechtigter Kulturvölker, in pazifistischer durch Sitte und Handel, durch höhere Zivilisation, ist untrennbar von der kapitalistisch-bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsform, von einem starken und daher organisierten Gesamtwillen, von der Fähigkeit zu gelegentlicher Macht- und Kraftentfaltung. Mit der heutigen Regierungsform Rußlands steht und fällt also die Frage nach der Zukunft des russischen Imperialismus.

Selbst eine demokratische Bundesrepublik nach dem Vorbilde der amerikanischen Union, die sich allmählich aus primitiven agrarischen Ansiedlerverbänden zu der größten Kapitalmacht der Welt entwickelte, könnte auf imperialistische Bestrebungen im Interesse des Unternehmertums, auf Kolonisation, Handel und auf entsprechende politische Machtstellung nicht verzichten. Hat sich nicht auch die Union immer wieder neue Gebilde angegliedert im Interesse ihrer Kolonisten und ihrer Ausbreitung, ist nicht auch hier der politische Einfluß dem wirtschaftlichen gefolgt? Hat sie nicht spanische Sprachgebiete erworben, die wir jüngst Herrn Carranza so hochherzig anboten, hat sie sich nicht mit der Monroedoktrin und ihrer seitherigen

---

\*) Nihilist aus Tolstois „Väter und Söhne“.

Handhabung durch Ausschaltung aller europäischen Eingriffe den Primat der angelsächsischen Rasse in dem transatlantischen Weltteil gesichert?

Es ist wohl nicht unwahrscheinlich, daß Rußland sich aus der heutigen Anarchie zu einer demokratischen Bundesrepublik ausgestaltet, in der wirtschaftliche Interessen und die russische Sprache, als die der überwiegenden Mehrheit, das gemeinsame Band bilden, ohne daß deshalb auf andere Völkerschaften ein gewaltsamer Druck ausgeübt wird. Wir werden vielleicht mit den Vereinigten Staaten von Rußland zu rechnen haben, wie mit den Vereinigten Staaten von Amerika, China, Brasilien oder dem Common Wealth von Australien.

Würde dieser demokratische und daher pazifistische Bundesstaat, dem der theokratische Charakter des Zarentums abgeht, sich auf die moderne Grundlage des Rationalismus stellen und jede Rücksicht auf die Empfindungen der noch immer mächtigen Geistlichkeit und der unter ihrem Einfluß stehenden orthodoxen Landbevölkerung unterdrücken können? Wird er der kirchlich-nationalistischen Slawophilie entgegentreten und die Glaubens- und Stammesbrüder des Balkans ihrem Schicksal überlassen? Wird das künftige Rußland, wenn es sich erholt und zu einem modernen Verfassungsstaat oder Staatenbund emporgearbeitet hat, auf Ausbreitung und Einfluß in Asien und am Schwarzen Meer, auf den Zutritt zum Mittelmeer verzichten? Es ist nicht anzunehmen.

Wird es ferner den Verlust Polens verschmerzen, der ihn vom Westen trennt, und die Klagen der Ruthenen überhören, die sich schon früher über die polnische Bedrückung beschwerten? Die übereilte polnische Schöpfung, die ein weiteres Hindernis bilden kann für eine dauernde Verständigung und Versöhnung

wie auch für direkte Handelsverbindungen zu Rußland, erinnert nur zu sehr an das Herzogtum Warschau. Wird sie auf den Zutritt zum Meere verzichten wollen? Welcher aber ist der naturgemäße Weg zum Meere? Doch nur der Lauf der Weichsel! Es ist harmlos, zu glauben, daß das neue Polen bei Alexandrowo Halt machen, den Hut ziehen und dem Fluß „aus Dankbarkeit“ Adieu sagen wird.

Welche Lösung unsere auswärtige Politik auch finden mag, sie muß sich namentlich eins vor Augen halten: Die Notwendigkeit unserer künftigen Anlehnung an Rußland, politisch und wirtschaftlich. Falls alles hinweggeräumt wird, was der Versöhnung im Wege steht, wird sich in dem aufstrebenden Riesenreiche für unsere Industrie und Technik, für den deutschen Unternehmungsgeist ein weites Wirkungsfeld eröffnen!

Also mit der Front gegen England? Ganz gewiß nicht! Die können wir dann ruhig anderen überlassen!

DIE AUFTEILUNG  
ODER VERGESELLSCHAFTLICHUNG  
DES GROSSGRUNDBESITZES

AUFZEICHNUNGEN VOM 10. UND 11. DEZEMBER 1918

I.

Großbetriebe mit intensiver und mit  
industrieller Bewirtschaftung

**D**ie Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen muß in den nächsten Jahren während der Übergangswirtschaft für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mit allen Mitteln gefördert werden, da unter den zurzeit obwaltenden Verkehrsverhältnissen, die erst in einer Reihe von Jahren wieder auf den früheren Zustand gebracht werden können, die Erzeugung auf eigener Scholle allein Sicherheit dafür bietet, daß das deutsche Volk wieder in ein normales Wirtschaftsleben hinübergeführt wird.

Die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen kann jedoch unter den Betriebs- und Wirtschaftsverhältnissen, wie sie die lange Kriegsdauer hervor gebracht hat, nur dann wieder gehoben werden und auf den Zustand vor dem Kriege zurückgebracht werden, wenn an den bestehenden Besitz- und Bewirtschaftungsverhältnissen wenigstens zunächst während der Übergangswirtschaft möglichst wenig gerüttelt wird. Eine gewaltsame Aufteilung der landwirtschaftlichen Großbetriebe aber

müßte mit absoluter Sicherheit zu einem verhängnisvollen Produktionsrückgang und schließlich zur Hungersnot führen, so wichtig auch eine sachgemäße Ansiedlungspolitik zweifellos für unsere Zukunft ist. Erstens sind vorläufig gar nicht genügend Menschen vorhanden, die ausreichende Kenntnisse der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse besitzen, um als Bauern mit Erfolg im großen Maßstab angesiedelt zu werden, zweitens für die nächsten Jahre auch nicht ausreichende Betriebsmittel, um den aufgeteilten Großgrundbesitz zu bewirtschaften. Schließlich ist die genaue Kenntnis des Grund und Bodens, der aufgeteilt werden soll, der klimatischen, Verkehrs- und sonstigen landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse die notwendigste Voraussetzung für befriedigende Leistungen. Die Kenntnis der Produktionsverhältnisse läßt sich jedoch nicht von heute auf morgen erwerben.

Auch die Zeit nach der Übergangswirtschaft kann und wird nicht zu einer grundsätzlichen Aufteilung des Großgrundbesitzes führen können, und zwar aus folgenden Erwägungen:

Den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz kann man nach Art der Bewirtschaftung in drei Klassen zergliedern:

1. mit extensiver Bewirtschaftung,
2. mit intensiver Bewirtschaftung,
3. mit industrieller Bewirtschaftung.

Zum Großgrundbesitz mit extensiver Bewirtschaftung gehören alle Großbetriebe, die arbeits- und kapitalschwach arbeiten. Ohne Untersuchungen darüber anzustellen, ob diese volkswirtschaftlich berechtigt sind, obwohl diese Art der Bewirtschaftung sehr wohl betriebstechnisch richtig sein kann (für Pferde- und

Viehzucht, Kartoffel- und Roggenanbau usw.), so sind sie für Ansiedelungen aber in erster Linie geeignet, weil in dieser Form des Großgrundbesitzes das in Gebäuden und Betriebsmitteln angelegte Kapital außerordentlich gering ist. Eine Entwertung von bereits vorhandenen Werten wird auf diesen Besitzungen bei einer Aufteilung, wenn überhaupt, in nur geringem Umfang in Erscheinung treten.

Zum Großgrundbesitz mit intensiver Bewirtschaftung gehören alle Großbetriebe, die arbeits- und kapitalstark arbeiten. In diesen Betrieben sind die in Gebäuden und Betriebsmitteln angelegten Werte sehr hoch, das Betriebskapital hat hier bereits einen bedeutenden Umfang angenommen. Sie sind für die Aufteilung deshalb schon ungeeignet, weil die vorhandenen Gebäudewerte und Betriebsmittel (Dampfpflüge, Riesendreschsätze und sonstige Maschinen) bei Aufteilung des Besitzes eine völlige Entwertung erfahren würden, wodurch eine außerordentliche Belastung des aufzuteilenden Grund und Bodens einträte, die vom Bauer unmöglich aufgebracht werden könnte. Bei dieser Besitzgruppe kommt daher nur die Abgabe bzw. Aufteilung von Ländereien in Frage, die für die Bewirtschaftung ungünstig liegen. Diese beschränkte Abgabe hätte in manchen Fällen sogar den Vorteil, daß zu einer noch intensiveren Bewirtschaftung des restlichen Besitzes geschritten werden könnte, weil dann vor allem die Unterbringung genügender menschlicher Arbeitskräfte für den verbliebenen Besitz gewährleistet wäre.

Zum Großgrundbesitz mit industrieller Bewirtschaftung gehören alle Großbetriebe, die mehr oder weniger durch entsprechende Betriebseinrichtungen eine Veredelung der landwirtschaftlichen Pro-

duktion vornehmen. Diesen zuzurechnen sind die großen Mastwirtschaften (besonders in der Provinz Sachsen und Posen), die Zuckerrübenwirtschaften, die Kartoffelgroßwirtschaften mit Brennereien, Stärke- und Sirupfabriken, Gemüsegroßwirtschaften mit Gemüsetrocknungsanlagen, auch die Fettweidewirtschaften gehören hierher, ebenso die Flachsveredelung mit ausgedehntem Flachsanzbau. In diesen Betrieben ist das zur Veredelung der erzeugten landwirtschaftlichen Produktion angelegte industrielle Kapital oft höher als der Bodenwert einschließlich des Gebäudekapitals und der Betriebsmittel. Das umlaufende Kapital erreicht in diesen Betriebswirtschaften eine ganz außerordentliche Höhe.

Der Großgrundbesitz mit industrieller Bewirtschaftung ist ausnahmslos auf die Weiterveredelung der selbsterzeugten Produkte in eigenen Industrien eingestellt. Alle Betriebseinrichtungen sind dementsprechend angelegt, weshalb in einem derartig betriebenen Großgrundbesitz durch eine Aufteilung oder auch nur durch Zwangsabgabe die vorhandenen industriellen Betriebe zum Stillstand kämen bzw. schwer geschädigt würden. Ganz abgesehen hiervon würde eine Aufteilung derartiger Großbetriebe eine vollständige Entwertung des sehr hohen Gebäudekapitals, das bis 1000 Mark pro Hektar beträgt, bedeuten, ferner der riesigen Werte in Feldbahnanlagen (bis 400 Mark pro Hektar).

Großbetriebe mit intensiver und namentlich aber solche mit industrieller Bewirtschaftung sind von der größten volkswirtschaftlichen Bedeutung. Sie bringen, wie durch ungezählte einwandfreie Untersuchungen festgestellt, die höchstmöglichen Nährwert-einheiten von der Flächeneinheit hervor. Diese Be-

triebe aufzuteilen, hieße daher die nationale Produktion empfindlich verringern, da für die Kleinbewirtschaftung alle Voraussetzungen fehlen, um ähnlich intensiv arbeiten zu können. Beim Zuckerrübenanbau bei mittlerer Ernte werden zwölfmal, beim Kartoffelanbau bei mittlerer Ernte achtmal soviel Nährwerteinheiten von der Flächeneinheit geerntet wie beim Weizenanbau bei mittlerer Ernte, ein landwirtschaftlicher Betrieb leistet mithin dem Staat um so größere Dienste, je größer im Verhältnis zur Gesamtfläche sein Hackfruchtanbau ist, denn nur dieser kann die höchsten Nährwerteinheiten hervorbringen.

Da aber nur im Großbetriebe bis dreiunddreißig Prozent, ja bis fünfzig Prozent der Ackerflächen mit Hackfrüchten bestellt werden kann, darf ein Staat sich niemals dieser wichtigsten Produktionsquellen berauben, am allerwenigsten in einer Zeit wie der gegenwärtigen.

An die Frage des Ankaufs von Großgrundbesitz durch den Staat für die Zwecke der Aufteilung und Ansiedelung muß daher nur mit größter Vorsicht und Fachkenntnis herangetreten werden. Jede Überstürzung oder auch eine schematische Zwangsabgabe ohne Rücksicht auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und auf sonstige Voraussetzungen würde zu Mißgriffen führen, die nicht nur die Steuerkraft des Landes, sondern auch namentlich die notwendige Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer gefährden würde. Auch wird die Zahl der „Kriegsbeschädigten“ und anderer Bewerber, die sich zur ländlichen Ansiedelung drängen und die nötigen Kenntnisse und körperlichen Voraussetzungen besitzen, für die mühevollen und wenig abwechslungsreichen ländlichen Berufstätigkeit keineswegs so erheblich sein, um Zwangsmaßnahmen zu rechtfertigen. Es werden auch

(ganz abgesehen von Staatsdomänen) genügend Güter, deren wirtschaftliche Lage infolge des Krieges gelitten hat, auf den Markt gelangen und eine reichliche Auswahl bieten für eine sachgemäße Parzellierung, zu deren Durchführung noch ein Vorkaufsrecht des Staates in Betracht käme, das etwa auch mit rückwirkender Kraft auf die während des Krieges umgesetzten Güter ausgedehnt werden könnte. Wo sollte ferner das Geld herkommen, um für Hunderttausende in aller Eile neue Wohnstätten zu errichten?

Daß schließlich die Gesamtheit aus einer Verstaatlichung landwirtschaftlicher Großbetriebe nicht den geringsten Nutzen ziehen würde, liegt für jeden auf der Hand, der die einschlägigen Verhältnisse nicht bloß in seiner Bibliothek studiert hat. Zunächst würde eine derartige Maßnahme geradezu ein Heer von landwirtschaftlichen Staatsbeamten voraussetzen mit den nötigen Kontrollorganen, die zusammen schon eine schwere finanzielle Belastung darstellen. Dann wäre aber jede freie private Initiative unterbunden, der allein namentlich die intensiv und industriell bewirtschafteten Güter ihren Aufschwung verdanken, der Ansporn zu technischen Fortschritten und zur Produktionserhöhung genommen. Der gesamte Großgrundbesitz würde alsdann bürokratisch und nach Schema F verwaltet werden müssen!

Schon die bei den in Preußen noch immer 430 000 Hektar betragenden Domänen gemachten Erfahrungen sprechen gegen diese Art der „Vergesellschaftlichung“ des Großgrundbesitzes. Man ist hier zur Verpachtung übergegangen, da die Selbstbewirtschaftung durch den Staat sich als unpraktisch und unrentabel erwies. Aber trotzdem lastet der schwerfällige Beamtenapparat auf dem ganzen Betriebe. Als einmal auf einer königlichen Domäne ein neuer Schornstein gebaut werden sollte,

erschien zuerst eine Kommission, um den Tatbestand festzustellen und um ein Protokoll aufzunehmen, dann noch eine zweite und eine dritte. Schließlich kosteten die Kommissionen mehr als die neue Esse. So etwa würde es bei der „Vergesellschaftlichung“ überall aussehen! Würden gar noch alle industriellen Großbetriebe mit eingezogen, so würde im Zukunftsstaat etwa jeder dritte Mensch ein Staatsbeamter sein und wir hätten ein bürokratisches Regime, das den seligen preußischen Beamtenstaat als einen unschuldsvollen Waisenknaben erscheinen ließe!

Will man aber zwangsweise den landwirtschaftlichen Großbetrieb in genossenschaftlicher Weise einführen, so fällt damit die vielgerühmte Selbständigkeit und Freiheit des kleinen Mannes naturgemäß fort. Er wird unter die Vormundschaft des Staates gestellt, der ihm vorschreibt, wie und was er anbauen soll, er darf seinen Acker nicht mehr nach eigenem Gutdünken bewirtschaften, sondern hat sich den Anordnungen der Behörde zu fügen. Also eine neue Form der Beamtenwillkür, der Obrigkeitsstaat bis in die intimsten Privatverhältnisse!

Gegen die Annahme, daß die sogenannten Latifundien volkswirtschaftlich unter allen Umständen verwerflich seien, spricht übrigens die Tatsache, daß der Körnerertrag pro Hektar der Weizenfläche in Deutschland nur von Belgien übertroffen wird, während alle übrigen europäischen Länder, auch das so stark parzellerte Frankreich, zurückbleiben.

## II.

**F**ür den Forstbetrieb ist der Großgrundbesitz unentbehrlich. Forst, das ist Nutzwald, der der Allgemeinheit zu dienen berufen ist, kann, ob er sich

nun im Besitze einzelner oder des Staates befindet, mit wenigen Ausnahmen nur in hohen Umtrieben von 80—140 Jahren je nach der Holzart bewirtschaftet werden. Diese langen Wirtschaftszeiträume, also die Frist, in der sämtliche Waldbestände eines Forstes verjüngt werden, schließen ohne weiteres die Wirtschaft im Kleinbetrieb aus, da einerseits die jährliche Betriebsfläche, die einem der Umtriebshöhe entsprechenden Bruchteil der Gesamtfläche gleichkommt, für eine erfolgreiche Wirtschaft zu klein wäre und andererseits der Besitzer wegen der Geringfügigkeit des Ertrages auf die Nachhaltigkeit des Betriebes keinen Wert legen würde.

Die Nachhaltigkeit des Forstbetriebes aber, verbürgt durch Einhaltung des für richtig erkannten Umtriebsalters, die Nutzung des jährlichen, im Walde erfolgenden Holzzuwachses, und durch ordnungsmäßiges Verjüngungswesen, ist die Grundlage für stetig bleibende Holzerträge und damit für dauernde Versorgung der heimischen Volkswirtschaft mit nach Möglichkeit hohen Holzmengen in den begehrten Holzsorten und deshalb oberster Grundsatz jedes geordneten Forstbetriebes.

Der forstliche Kleinbesitz hat nur in den Fällen und in dem Ausmaß, daß der Wald die Bedürfnisse seines Landwirtschaft treibenden Besitzers deckt, seine gewisse Berechtigung. Notwendig ist er aber nicht, da der benachbarte Großwaldbesitz die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei intensiver Benutzung der Waldfläche weit eher zu erzeugen in der Lage ist. Wer jemals Bauernwälder zu betrachten Gelegenheit hatte, weiß, daß der zum Kennwort schlechter forstlicher Wirtschaftsweise gewordene Ausdruck „Bauernwald“ nur allzu bezeichnend ist.

Im Kleinbesitz werden mangels wissenschaftlicher Pflege nicht im entferntesten die Holzwerte und die Holz mengen erzeugt, die der Großbesitz auf gleicher Fläche erzielen kann und auf die die Allgemeinheit Anspruch hat.

Überließe man unsere Wälder aber der Gesellschaft, d. h. der freien Nutzung aller Staatsbürger, so würde bald wie in gewissen Teilen Italiens und des Orients kein Baum das Auge mehr stören. Der Mühe des Aufforstens würde sich niemand freiwillig unterziehen, wenn es nicht für seine Kinder und Enkel geschieht. Die Verstaatlichung forstlicher Großbetriebe, um sie vor Raubbau zu schützen, empfiehlt sich nur da, wo eine wissenschaftlich geregelte Forstwirtschaft, die als solche schon den Zwecken der Allgemeinheit dient, nicht genügend gewährleistet ist. Jedenfalls ist sie eher in Betracht zu ziehen, als die Verstaatlichung landwirtschaftlicher Großbetriebe, die viel weniger als erstere nach einem feststehenden wissenschaftlichen Schema verwaltet werden können und deren Rentabilität in erster Linie von persönlicher Initiative und Urteilskraft abhängt und auch Kapital beansprucht, falls der Boden Höchsterträge liefern soll.

Die Aufteilung des forstlichen Großgrundbesitzes wäre daher niemals, die Verstaatlichung nur da gerechtfertigt, wo durch mangelhafte Waldpflege ein nachweislicher volkswirtschaftlicher Schaden entsteht, ein Übel, dem sich übrigens durch staatlich fachmännische Beaufsichtigung der Wirtschaftsführung steuern läßt. Von der gesamten Forstfläche Preußens befinden sich gegenwärtig fünfzig Prozent, von der des Deutschen Reiches sechsundvierzig Prozent in Privatbesitz.

Will man die Fideikomnisse (von deren

Fläche etwa die Hälfte Wald ist) als nicht mehr zeitgemäß abschaffen, oder weil sie in einzelnen Fällen nicht genügend leisten, namentlich wo sie zu extensiv bewirtschaftet werden, oder weil sie der Ansiedlungspolitik im Wege stehen, so gestatte man wenigstens etwa nach der bestehenden Anerbengesetzgebung die fideikommissarische Substitution (Nacherbe) wie in England, unter Ausschaltung des Pflichtteils, und bedenke, daß naturgemäß jeder Besitzer sehr viel geneigter ist, Aufwendungen für seinen Besitz (auch für Leutewohnungen usw.) zu machen, wenn er das Bewußtsein hat, ihn seinen Nachkommen ungeteilt zu hinterlassen, ohne daß diese gezwungen sind, ihn wegen Erbteilung zu veräußern oder zu zerstücken. Jedenfalls hat bisher das so angefochtene Fideikommißwesen in vielen Fällen eine sichere und notwendige Grundlage geliefert für rationell bewirtschaftete Großbetriebe, die ohne Fideikommiße kaum denkbar wären. Von der Gesamtfläche des preussischen Staates sind 7 Prozent gebundener Besitz, ohne Berechnung der Gesamtwaldfläche 5 Prozent. Die Fideikommißwaldfläche beträgt aber 3,3 Prozent der Staatsfläche, 13,8 Prozent der Gesamtwaldfläche und 46 Prozent der Fideikommißfläche.

Gerade für die Forstwirtschaft sind Fideikommiße deshalb schon von außerordentlicher Bedeutung, weil hier die Fideikommißbehörde, das Oberlandesgericht, jeden Raubbau verhindern kann, während jedem Besitzer bei freiem Eigentum das Recht zusteht, den Bestand nach Belieben abzuholzen.

Selbst wenn der Großgrundbesitz Hunderttausende von Hektaren freiwillig für Besiedelungszwecke zur Verfügung stellt, so bleibt es doch ein Werk, zu dessen Durchführung Jahrzehnte gehören! Vorläufig würde der heimkehrende Krieger sich doch nur auf

eine leere Schneefläche gestellt sehen! Wo sollen mit einem Zauberschlage die vielen Wohnstätten, das unbedingt erforderliche Vieh, die Geräte herkommen, selbst wenn die Ansiedler Kenntnisse, Erfahrungen und Arbeitslust mitbringen? Was sollte aus Ansiedlungen werden, die mehr auf bukolischen als auf ökonomischen Grundlagen ruhen, wenn der enttäuschte Vaterlandsverteidiger nach einiger Zeit erklärt: „Das habe ich mir ganz anders vorgestellt“, und die Scholle verläßt?

Jeder erfahrene Landwirt kann nicht dringend genug davor warnen, Leute, die bisher in anderen Berufen tätig waren, durch die Aussicht auf ein idyllisches Schäferleben auf das Land zu locken. Die unausbleibliche Enttäuschung würde nur durch den angerichteten volkswirtschaftlichen Schaden übertroffen. Man kann daher unseren Kriegern nur raten, möglichst in die Berufe zurückzukehren, aus denen sie gekommen sind. Die Ansiedlung ist ein großes Werk sowohl volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch, es braucht aber sehr viel Zeit, sehr viel Geld und sehr viel Verständnis, wenn es nicht fehlschlagen und zu Katastrophen führen soll!

Zu einer sachgemäßen Ansiedlungspolitik werden sich auch ohne Zwangsmaßnahmen genügend Gelegenheiten bieten, eine überstürzte gewalttätige würde aber nicht zum Ziele führen und dem nationalen Wirtschaftsleben schwere Erschütterungen bereiten.

Unter Demokratie und Freiheit verstehe ich das denkbar geringste Maß obrigkeitlicher Bevormundung und gesetzlichen Zwanges, nicht aber das Gegenteil, sei es nun, daß die Behörde mit dem Schmuck des Roten Adlerordens oder ohne ihn einherschreitet.

Ein Staatswesen auf demokratischer Grundlage mit sozialpolitischen Tendenzen, nicht aber ein Sprung ins Land Utopia, bei dem wir uns Hals und Beine brechen!

Will man hohe direkte Steuern erheben und dabei natürlich den kleinen Mann möglichst entlasten und zu diesem Zwecke gar noch alle indirekten Steuern abschaffen (welch letzteres aus finanziellen Gründen völlig undurchführbar und auch volkswirtschaftlich verfehlt wäre), so ergibt sich logischerweise um so mehr die Notwendigkeit, die Hennen nicht zu schlachten, von denen man goldene Eier fordert, die Kapitalbildung also nicht zu verhindern, sondern sie zu fördern! Nur bei hohen Einnahmen und zwar bei möglichst vielen hohen Einnahmen sind hohe Steuern denkbar, die doch notwendig sind, um die ungeheuren Lasten des Reiches zu verzinsen. Woher sollen denn die Steuern kommen, wenn es keine zahlungsfähigen Bürger mehr gibt, wenn der Unternehmergewinn derartig eingeengt wird, daß niemand mehr Lust hat, ein Geschäft zu betreiben, ein Risiko zu übernehmen oder gar etwas zurückzulegen, weil ihm doch nichts mehr zur freien Verfügung gehört und er und sein Eigentum unter der Vormundschaft der „Gesellschaft“ stehen?

Die „Vergesellschaftlichung“ ist ein Ideal, das wir niemals ganz erreichen können, dem wir aber immer näher kommen. Dafür sorgen schon die Reichschulden, Steuern, Monopole, hohe Löhne und die sozialpolitische Gesetzgebung. Die Verwirklichung würde aber sowohl den Tod des Ideals wie den der „Gesellschaft“ bedeuten.

„Ich weiß, warum es keine wirkliche Sittlichkeit und Gerechtigkeit gibt“, sagte Konfuzius, „die Weisen in ihrem geistigen Stolz gehen zu weit, und die Toren

gehen nicht weit genug!" Hoffen wir also, daß unsere Weisen nicht zu weit gehen!

Man wird lächeln und mir sagen, ich spräche pro domo. Ich entgegne mit Horaz: „Nam tua res agitur paries dum proximus ardet!“

## DER EINHEITSSTAAT

AUFZEICHNUNGEN VOM 16. JANUAR 1919

**D**as Deutsche Reich, die Schöpfung Bismarcks, war bekanntlich auf bundesstaatlich-dynastischer Grundlage errichtet. Er legte gerade auf den dynastischen Unterbau das entscheidende Gewicht, wie aus den „Gedanken und Erinnerungen“ hervorgeht. Die Dynastien und drei freie Städte schlossen zur Gründung des Reiches einen „ewigen Bund“, ein Plebiszit wie in Italien hatte nirgends stattgefunden. Da, wo Dynastien verschwanden, sind sie nicht wie dort der Revolution, sondern nur den Waffen gewichen und zwar zugunsten der führenden Hausmacht. Der Gedanke, durch revolutionäre Mittel die deutsche Frage zu lösen, wurde gerade von Bismarck in der preußischen Nationalversammlung heftig bekämpft. Aus der Konservativen Partei hervorgegangen und in seiner Jugend ultrakonservativ, hat er die konservative Ideenwelt niemals verlassen, wenn er sich auch später dem bürgerlich-oligarischen und ihm gefügigen Liberalismus angeschlossen hat. Eine starke Hausmacht bildete die Grundlage des neuen Reiches, wie sie die Grundlage des alten gebildet hatte, wenn auch mit nationaler Färbung und neuer Spitze. In der Demokratie mußte Bismarck als konservativer Staatsmann und dynastischer Politiker seinen Hauptfeind erblicken, da die demokratische Staatsidee mit dem dynastisch-förderalistischen Charakter seiner Schöpfung unvereinbar war. Sie hätte mit parlamentarischer

Regierung zum Einheitstaate geführt und den Schwerpunkt der Machtbefugnisse von den Einzelstaaten und Dynastien, oder richtiger gesagt, von der Haus- und Vormacht Preußen, in die gewählte Volksversammlung verlegt. Die oft wiederholte Behauptung, eine parlamentarische Regierung wäre mit dem föderalistischen Charakter des Reiches unvereinbar, war insofern zutreffend, als der föderalistisch-dynastische Aufbau auf der konservativen Weltanschauung beruhte, die die Krone oder die Kronen im Gegensatz zur Volksvertretung verklärte! Die Dynastie ist der Kopf, Militär und Beamtentum sind das Gerippe des Staatswesens, dem Volke aber fällt etwa die Rolle der Hände zu, während die Landwirte als die Beine erscheinen. Daher war auch der Standpunkt Bismarcks der Sozialdemokratie gegenüber gegeben, er konnte sie nicht anders als eine Störung in seinem Organismus betrachten und immer nach neuen Medikamenten greifen, um diese zu beseitigen.

Der aus konservativen Anschauungen hervorgegangene Reichskörper war aber so kräftig und hatte sich mit Hilfe des kapitalistischen Bürgertums, das dem militärischen und bureaukratischen Gerippe neue und willkommene Kräfte zuführte, so glänzend entwickelt, daß es eines schweren Unfalls bedurfte, um ihn zu vernichten; sich selbst überlassen mit einem vernünftigen Regime, hätte er noch lange bei strotzender Gesundheit gedeihen können. Dieser Unfall trat nicht wie in England und in Frankreich als Folge finanziellen Siechtums ein, oder wie in Rußland als das Ergebnis einer morschen Verwaltungskonstitution; eine wahnwitzige Außenpolitik hat das Bismarcksche Deutschland zerstört.

Mit dem gewiß höchst beklagenswerten Zusammenbruch der Firma Hohenzollern u. Co. und der mo-

narchischen G. m. b. H. sieht sich das deutsche Volk vor die Aufgabe gestellt, eine neue Gesellschaft zu bilden. Das seit dem Jahre 1848 nach dem kläglichen Ausgang der Nationalversammlung und der Revolution in Verruf geratene demokratische Prinzip tritt jetzt siegreich hervor, nachdem das konservative Gebäude, dem die Reaktion der fünfziger Jahre und die späteren militärischen Erfolge zur Grundlage dienten, im Weltkriege zusammengebrochen ist. Scheiterte damals der republikanische Einheitsgedanke an der Macht der Dynastien und an der Anhänglichkeit der leitenden Kreise an die altgewohnten Verhältnisse, der monarchische Einheitsgedanke aber hauptsächlich an dem Widerwillen Friedrich Wilhelms IV. und seiner Umgebung vor einer Verbrüderung mit der Revolution unter Preisgabe aller „altpreußischen“ Traditionen, so hat die jüngste Revolution alle Hindernisse hinweggeräumt, die sich dem demokratisch-nationalen Staats- und Einheitsgedanken bisher entgegenstellten.

Es fragt sich nun, ob mit dem Fortfall der Dynastien auch die dynastischen Gebilde, die bisherigen Bundesstaaten, die mit alleiniger Ausnahme der freien Städte im engsten Zusammenhange mit den regierenden Geschlechtern entstanden sind und auch vor hundert Jahren lediglich vom Gesichtspunkte der Hauspolitik geschaffen, erweitert oder erhalten wurden, ob diese Staaten nunmehr jede Berechtigung verloren haben, oder ob alte Gewohnheit, Stammeseigenart, engeres Heimatsgefühl, und wie die löblichen Tugenden alle noch heißen, ein ferneres Sonderleben rechtfertigen. Wir sehen außerdem Bestrebungen, aus einzelnen Teilen der preußischen Monarchie besondere Republiken erstehen zu lassen und auch andererseits mehrere Kleinstaaten zu Republiken zusammenzuschließen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß, wenn überhaupt, eine staatliche Gliederung einzelner deutscher Landesteile nach historischen, wirtschaftlichen oder „völkischen“ Gesichtspunkten gerechtfertigt wäre, Schlesier oder Rheinländer den gleichen Anspruch erheben dürfen wie etwa Bayern oder Mecklenburger. Die Vereinigung der ersteren zu einem Staatswesen ist zu jung, um die Gegensätze des Volkscharakters sowie wirtschaftliche und lokale Sonderinteressen ganz vergessen zu lassen. Das gemeinsame Band der Dynastie ist verschwunden, wenn auch das der Bürokratie vorläufig noch besteht, und das Bewußtsein tritt hervor, daß die enge Verbindung hauptsächlich ein Ergebnis dynastischer, also jetzt obsoletter Politik war. Es kommt noch eins hinzu: ein weitverbreiteter Widerwillen gegen das sogenannte Preußentum, verkörpert durch Bürokratie, Militarismus und „Junkertum“. Man hat es erduldet, so lange alles gut ging, und es durch seine Erfolge in der Vergangenheit, wie durch Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit in der Gegenwart in glänzendem Lichte erstrahlte. Man liebte es nie, es war aber sehr geachtet, und zwar mit vollem Rechte. Mit dem Verschwinden des ancien régime, der Dynastie, des Militarismus und einer konservativ gefärbten Bürokratie erlischt aber auch der alte Nimbus des Preußentums, man macht es sogar, und vielleicht nicht ganz mit Unrecht, für die Katastrophe mitverantwortlich. Das Los-von-Berlin, das Los-von-Preußen, wird zur Parole, „wir wollen Deutsche sein, aber uns nicht von Preußen oder von Berlin was vorschreiben lassen!“ Die Furcht vor der Berliner Ochlokratie, vor der Berliner Diktatur von unten, statt der früheren von oben, trägt auch dazu bei, den Separatismus zu stärken, das Bestreben nach Bildung von Sonderrepubliken zu fördern.

Der Separatismus aber muß überwunden werden, genau so wie der Spartakismus. Beides sind Kinderkrankheiten der Republik, Begleiterscheinungen des jähen Umsturzes, der plötzlichen Umwertung aller politischen Werte!

Die französische Revolution hat alle historischen Erinnerungen zerstört. Im November 1789 ersetzte bekanntlich die Pariser Nationalversammlung die bisherigen Provinzen durch 83 nach geographischen Benennungen bezeichnete Departements. „Une et indivisible“ war der Grundsatz, der Gedanke, die Schaffung einer über alle Teile des Landes reichenden machtvollen Zentralgewalt. Die große Revolution hat vielleicht mit den Erinnerungen der Vergangenheit zu gründlich gebrochen. Die Zentralisierung ist mit Hilfe des bürokratischen Präfektensystems so weit durchgeführt, daß für die Geschicke Frankreichs eigentlich nur noch Paris maßgebend bleibt und das dortige Parlament. Aber sie hat einen einheitlichen und widerstandsfähigen Organismus erzeugt, in dem das Nationalgefühl alle regionalen und sozialen Gegensätze zurückdrängt, der das Land befähigt hat, die schwersten Stürme zu überstehen und, wie wir gesehen, einen über Erwarten entschlossenen Widerstand zu leisten.

Italien, das neben einer Theokratie ebenso wie wir aus dynastischen Staaten bestand, wurde durch eine monarchistische Revolution geeinigt. Es zerfällt ganz ähnlich wie Frankreich in 69 Provinzen, die wiederum in 16 historische Compartimenti verbunden sind. Auch hier hat sich das Bedürfnis nach föderalistischer Fortführung der staatsrechtlichen Überlieferungen nicht geltend gemacht. Der demokratische Gedanke hat sowohl in Frankreich wie in Italien zum Einheitsstaat geführt.

Wenn Nordamerika ein Bundesstaat ist, so wird das bedingt durch die ungeheure Ausdehnung und die Verschiedenartigkeit seines Gebietes, sowie durch das ganz allmähliche Entstehen der einzelnen Staaten, die sich meist erst später dem ursprünglichen Bunde anschlossen oder ihm angeschlossen wurden. Braucht man beinahe eine Woche, um von einem Ende des Landes zum anderen zu gelangen, so bestehen für ein einheitliches Staatswesen räumliche Hindernisse, die nicht vorhanden sind, wenn eine einzige Nachtfahrt genügt, um von Berlin an das Ende des Reiches zu fahren.

Wenn Rußland, wie vielleicht anzunehmen, aus den Wirren des Krieges und der Revolution als ein Bundesgenosse hervorgeht, so spricht die Ausdehnung des Reiches wie bei Nordamerika, Brasilien und Australien dafür, nicht minder aber die Zahl seiner Völker und Völkerschaften, die bisher der Zarismus und seine Bureaukratie einheitlich zusammenhielt.

Bei den Völkern Österreich-Ungarns, falls sie sich etwa in verkleinerter Form mit oder ohne Deutschösterreich als Staatenbund einigen, sind die Grundlagen der Föderalisierung durch die nationalen Verschiedenheiten gegeben, nachdem die Niederlagen von 1866 und 1918 sowohl den Einheitsstaat wie den Dualismus zerstörten. Wo aber liegen bei uns die Voraussetzungen, die die künstliche Schöpfung neuer Einzelstaaten oder die Erhaltung alter bedingen? In der Stammeseigenart? In der Eigenbrötelei? Ist denn etwa der Rheinländer verschiedener vom Schlesier wie der Pikarde vom Provenzalen oder wie der Neapolitaner vom Piemontesen? Haben nicht Ostpreußen und Schlesier sich bisher in einem Staate mit Westfalen, Hessen-Nassauern und Schleswig-

Holsteinern vertragen? Warum sollten es nicht Bayern, Schwaben und Mecklenburger?

Mit dem Fortfall der Dynastien und der höfischen und materiellen Mittelpunkte, die sie bildeten, sind auch die Voraussetzungen verschwunden für den Fortbestand der Einzelstaaten. Weshalb wollen wir bestrebt sein, einen rheinischen oder schlesischen Partikularismus zu züchten und zu befestigen, oder einen bayerischen und sächsischen künstlich zu erhalten, die des Mittelpunktes beraubt sind, um den sie sich kristallisierten? Der bayerische Partikularismus ist ohne die Wittelsbacher ebenso schwer denkbar, wie der sächsische ohne die Wettiner und ihren Hof.

Will man „mit feudalen Überresten gründlich aufräumen“, die tatsächlich außer in der Bonner „Borussia“, im würdigen Herrenhause und in gewissen Regimentern, wo vornehme junge Leute für wenig Geld und viele Grobheiten Rekruten exerzierten, im wesentlichen noch bei einigen ostelbischen Landräten und bei Hofwürdenträgern zu finden waren, so fange man zunächst mit der Kleinstaaterei an, die doch nur in Verbindung mit feudalen Traditionen eine Berechtigung hatte! Entfällt aber die höfische Grundlage der Kleinstaaterei, so besteht weder geographisch, noch wirtschaftlich, noch verwaltungstechnisch eine stichhaltige Veranlassung für die Schaffung einzelner Republiken!

Man wird mir vielleicht den berühmten „Wasserkopf“ entgegenhalten. Dem möchte auch ich entgegengehen. Aber die wirtschaftliche Dezentralisierung ist bei uns so weit vorgeschritten, die Industrie nahezu über das ganze Reich verteilt, von den vielen Pflegestätten der Kunst und Literatur nicht zu reden, daß diese Gefahr bei uns sehr viel geringer ist als woanders. Und um das Parlament vor ochlokratischer

Terrorisierung zu schützen, muß doch eine Wehrmacht da sein, deren kein Staatswesen, auch kein republikanisches, entraten kann, falls es nicht zur völligen Ohnmacht verurteilt sein soll!

Hiernach gäbe es zwei empfehlenswerte Lösungen: entweder das Präfektensystem wie in Frankreich und Italien, etwa nach Maßgabe der preußischen oder bayerischen Regierungsbezirke mit entsprechender Selbstverwaltung; oder aber die Zusammenfassung verschiedener Bezirke zu Provinzen wie in Preußen auf historisch-geographischen, wenn auch nicht immer auf den bisherigen politischen Grundlagen. Jede Provinz könnte dann ihren eigenen Landtag und eine erweiterte Selbstverwaltung haben, und falls ein Senat gebildet wird, dessen Mitglieder aus der Zahl ihrer Landtagsabgeordneten wählen. Ich würde die Provinzialverfassung vorziehen, da es gemeinsame Angelegenheiten in Verwaltungsfragen gibt, die über den Rahmen der Bezirke hinausreichen. Wir hätten alsdann etwa die Provinzen: Bayern, Franken, Schwaben, Thüringen, Obersachsen, Niedersachsen, Mecklenburg, Pommern, Schlesien usw.

Die Reichsprovinz wäre also ein Zwischenglied zwischen dem Departement und der parlamentarischen Zentralregierung, eine gemilderte und unbedenkliche Form des föderalistischen Gedankens, ohne dessen Gefahren für Kraft und Einigkeit.

Der föderalistisch-demokratische Staat ist tatsächlich nur da berechtigt, wo geographische und ethnographische Voraussetzungen den Einheitsstaat unmöglich machen. Ein ganz überwiegend national-homogenes Gebilde, wie das deutsche, dessen geographische Ausdehnung die Frankreichs nicht übertrifft, dessen wirtschaftliches Leben aber ein enges Zusammenwirken aller Teile bedingt, könnte durch

Schaffung von Bundesrepubliken, namentlich nach Fortfall einer ausschlaggebenden und bürokratisch-zentralisierten Vormacht, die Stellung der Gesamtregierung unnötig beeinträchtigen und Reibungen herbeiführen, die die Schwächung des Ganzen bedeuten.

Monarchie oder Republik? Wir stehen kaum vor einem Zweifel! Wenn das deutsche Volk sich aber für die Republik entschließt, so gehe es entschlossen zum Einheitsstaat über und kehre nicht zur Kleinstaaterie zurück, die durch so viele Jahrhunderte das monarchistische Deutschland belastet hatte! Auch aus finanziellen Gründen dürfte der Einheitsstaat zu empfehlen sein.

## DAS SELBSTVERSTÜMMELUNGSRECHT

AUFZEICHNUNGEN VOM 14. APRIL 1919

**A**ls der Weltkrieg ausbrach, für den weder das deutsche Volk noch der Reichstag verantwortlich war, sondern lediglich die Unfähigkeit der deutschen Staatsmänner und eine seit vielen Jahren falsch orientierte Politik, die kurz gesagt, statt mit Rußland zu gehen, mit Österreich-Ungarn sich identifizierte, da gab es nur wenige, die nicht der Suggestion des „Überfalls“ und des „aufgedrungenen Krieges“ erlagen. Volk und Volksvertretung waren vorher weder befragt, noch genau eingeweiht worden; sie standen plötzlich vor vollendeten Tatsachen und mußten schon, um nicht als unpatriotisch zu gelten, sich der allgemeinen Hurra Stimmung anschließen. „Eine Welt von Feinden“ sollte „niedergerungen“ werden; der angeblich von angelsächsischen Handelsneid, russischem Imperialismus und gallischer Revanchelust entfesselte Kampf mußte, darüber gab es unter allen Gutgesinnten keinen Zweifel, in einer Form abschließen, die „Sicherungen“ gegen Wiederholungen bot, die dem deutschen Volke den Platz an der Sonne, den niemand ihm hatte verwehren wollen, für ewige Zeiten gewährleistete. Kindische Professoren und urteilslose Zeitungsskribenten, von Jugend an im Ahnenkultus erzogen und durch den Götzendienst des Autoritätsglaubens der Fähigkeit freien, selbständigen Denkens beraubt, taten das ihre, um dem Auslande die Meinung beizubringen, daß das

gesamte Deutschland mit verschwindenden Ausnahmen den Krieg als ein „Stahlbad“ begrüße und eine Politik, die auch das neutrale Ausland als hellen Wahnsinn erkannte, in voller Kenntnis des Hergangs billige.

Und doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn der Reichstag oder das gesamte Volk durch Plebiszit gefragt worden wäre, ob wir wegen des modernen Aristogiton, oder weil der Generalstab Angst vor den russischen Rüstungen und Bahnbauten hatte, oder für die Ehre unseres „Bundesgenossen“ einen Kampf mit Rußland, Frankreich und England entfesseln und den von Bismarck so befürchteten Koalitionskrieg herbeiführen sollten, die Entscheidung nicht im Sinn unserer damaligen Haltung gefallen wäre.

Der Irrtum unserer Gegner, die sich anscheinend anschicken, namentlich unter französischem Einfluß eine Mahlzeit zu bereiten, deren Genuß wir ebenso höflich als bestimmt ablehnen müssen, falls wir nicht infolge von Vergiftungserscheinungen oder Amputationen dem dauernden Siechtum verfallen sollen, der Irrtum dieser Herren liegt in der falschen Prämisse. Die allerdings märchenhafte Unzulänglichkeit, die den Weltkrieg herbeiführte, und die naive Urteilslosigkeit, die ihn billigte, werden auf das Debetsaldo des deutschen Volkes gebucht, dessen Kriegswille hiernach als erwiesen gilt, das folglich bestraft werden muß. In logischer Weiterentwicklung verlangt namentlich Frankreich „Sicherungen“ und sagt sich nicht, daß die einzig zuverlässige Sicherung in der demokratischen Regierungsform zu finden ist, die Kabinettskriege sowie das Übergewicht militärischer Einflüsse für alle Zukunft ausschließt. Unsere Gegner vergessen, daß jede anderweitige Sicherung unerträgliche Zustände schafft, daher entweder gar nicht oder nicht bona fide angenommen werden kann, mit einer reser-

vatio mentalis, die gerade das Gegenteil von dem bedeutet, was der Friedensschluß bezweckt, nämlich die Abrüstung und den dauernden Frieden.

Jeder Gewaltfrieden, der uns in politische oder auch nur in finanzielle Abhängigkeit und Knechtschaft brächte, der uns wichtiger Landesteile beraubt, deren die Firma politisch oder wirtschaftlich bedarf, sei es nun, daß diese Gebiete ganz oder nur teilweise von Germanen besiedelt sind, jeder Friedensschluß, der uns zu Fronarbeitern des Auslands hinabdrückt, setzt zunächst einen Gewaltfriedenzustand auch nach der Unterzeichnung voraus. Unsere Gegner müssen sich sagen, daß ohne gewaltige Machtmittel ein Gewaltfrieden keine Dauer verspricht, und daß ein solcher Frieden in dem Augenblick zusammenbricht, wo die Gegner nicht in der Lage sind, seine restlose Durchführung zu erzwingen. Statt zur Abrüstung zu führen, wird ein dem deutschen Volk abgetrotzter Frieden nur neue Rüstungen gebären. Das Gespenst eines neuen Weltkrieges, das doch alle Beteiligten, Deutsche wie Engländer, Franzosen und Amerikaner, mit gleicher Aufrichtigkeit für alle Zukunft verscheuchen möchten, würde weiter in allen Häusern spuken. Ein Gewaltfrieden ist eben nur durch Gewalt aufrechtzuerhalten, müßte also notwendigerweise gerade zum Gegenteil von dem führen, was Herr Wilson als sein Programm verkündet hat, dessen Grundlagen wir annehmen, und die die Voraussetzungen bilden für alle weiteren Unterhandlungen.

Wie unsere Annexionisten während des Krieges die flandrische Küste verlangten, weniger bescheidene sogar ganz Belgien und Nordfrankreich, während Kleinmütige sich mit Briey zufriedengaben, ohne deshalb ganz auf Ägypten oder Kurland verzichten zu können, so treibt die Kriegspsychose, die bei uns in-

zwischen der Revolutionspsychose gewichen ist, heute in Paris die herrlichsten Blüten. Mich wundert nur, daß die französischen Wünsche am Rheine haltmachen statt bis an die Elbe zu gehen. Alles übrige käme dann an Polen! Das entspräche doch dem Reiche Karls des Großen und unsere Grenzen bis Otto dem Großen! „Historische Grenzen“ ist ein sehr dehnbare Begriff, da spielen einige Jahrhunderte keine Rolle. Gehörte nicht Oberschlesien bis 1163 zu Polen? Wohnen da nicht auch Polen und Deutsche? Ist nicht Westpreußen durch die Schlacht von Tannenberg von den Jagellonen zurückerobert worden? War nicht Ostpreußen einst polnisches Lehen? Warum sollten sie nicht alle an Polen zurückfallen?

Wo gibt es überhaupt im Deutschen Reiche „unbestritten“ polnische Gebiete? Ist nicht der Streit um die Ostmarken so alt wie die deutsche Geschichte selbst, ein Streit, der schließlich zugunsten der höheren Ordnung und Gesittung entschieden wurde, die den gemischtsprachigen, früher polnischen Bezirken Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung brachten? Waren es nicht gerade England und Frankreich, die uns auf dem Wiener Kongreß polnische Landesteile anboten, während Preußen sich mit der geographisch, strategisch und wirtschaftlich damals wie heute gleich nötigen Verbindungslinie zwischen Schlesien und Ostpreußen begnügte?

Warum werden wir nicht ebenso behandelt wie damals Frankreich, das seine alten Grenzen zurück erhielt, und dessen Vertreter, Fürst Talleyrand, erklären konnte, er sei der ministre de Sa Majesté Très-Chrétienne und weder er noch Frankreich seien für die Sünden der Vergangenheit verantwortlich? Unsere Gegner haben während des Krieges so oft verkündet,

daß niemand daran dächte, das deutsche Volk zu vernichten, sondern nur das System, die Autokratie, den Militarismus, daß wir doppelt berechtigt wären, alle Zumutungen, die über eine wohlwollende Auslegung der 14 Punkte hinausgehen, unbedingt abzulehnen.

Wenn Polen Danzig verlangt, so könnten die Tschechen mit gleichem Rechte Hamburg beanspruchen! Weshalb denn nicht? Beides sind alte deutsche Hansastädte, und Hamburg liegt an der Mündung der Elbe, wie Danzig an der der Weichsel. Um von uns unabhängig zu sein, braucht Böhmen den Besitz von Hamburg und eines „Korridors“ längs der Elbe dahin!

Die polnische Frage ist tatsächlich unlöslich, wenn die Entente darauf besteht, einen völlig selbständigen Staat zu schaffen, statt Polen wie auch die Ukraine, Litauen, Kurland und alle anderen Bestandteile des russischen Reiches zu den Vereinigten Staaten von Rußland, etwa nach nordamerikanischem Muster, zusammenzuschließen. Wenn der Bolschewismus zusammenbricht, dann ist der Augenblick gekommen, um den Zusammenschluß zu bewerkstelligen, der schon deshalb angezeigt erscheint, weil das neue Rußland sich mit den Grenzen aus der Zeit vor Peter dem Großen und ohne Zugang zum Meere auf die Dauer nicht abfinden könnte. Eine Zerstückelung Deutschlands mit einer Zickzackgrenze gegen Polen aber würde ebenso wie eine Zerstückelung Rußlands, das, wenn auch keine ethnische, so doch eine geographische und wirtschaftliche Einheit bildete, den Keim zu neuen Konflikten und Kriegen liefern.

Eine Einigung mit Tschechien wäre unschwer zu erreichen, wenn wir auf den Anschluß von Nordböhmen und Nordmähren verzichten, den böhmischen Wünschen hinsichtlich der Elbschiffahrt und der

Frachten nach Hamburg entgegenkommen und die tschechischen Ansprüche auf Ostschlesien (Teschen) unterstützen. Natürlich muß der tschechische Staat alle Ansprüche auf unser Reichsgebiet fallenlassen. Zur Angliederung an uns würde sich nur Westschlesien (Troppau) eignen, das überwiegend deutsch ist und geographisch und wirtschaftlich zu Oberschlesien gehört.

Für Elsaß-Lothringen können wir das Selbstbestimmungsrecht verlangen. Lehnt Frankreich diesen Gedanken ab, so haben wir auch nicht die geringste Veranlassung, ihn im Osten und Norden zuzulassen, es sei denn, daß ein Gewaltfrieden statt eines Rechtsfriedens uns beschert würde. Dann aber ist auch das ganze Gerede vom Völkerbund leeres Geschwätz, da dieser dann doch keine Rechts-, sondern eine Gewaltsorganisation sein müßte. Ein Vertrag, der auf Gewalt beruht, ist nur mit Gewalt zu erhalten, es wäre die Weltentente in Permanenz, also das Gegenteil des Völkerbundes und der Abrüstung.

Jeder Gewaltfrieden ist unbedingt abzulehnen, und zwar im Interesse aller Völker. Den Krieg gegen uns kann niemand wieder anfangen, und aushungern kann man uns auch nicht, ohne daß der gemeinsame Feind, der kommunistische Terrorismus, die gesamte Menschheit in ihren Urstand zurückversetzt! Mit dem Selbstverstümmelungsrecht, statt des Selbstbestimmungsrechtes, ist uns nicht gedient.

## ZUM ULTIMATUM

AUFZEICHNUNGEN VOM 18. JUNI 1919

Da die Entente auf die bis an die Grenze der Selbstaufopferung gehenden deutschen Gegenvorschläge nicht eingegangen ist und die Pariser Atmosphäre mit den Autofahrten in die leider nur allzu verwüstete schöne Landschaft einen verheerenden Einfluß auf die britischen und amerikanischen Staatsmänner ausgeübt hat, so muß das deutsche Volk es ablehnen, für Dinge gestraft und verantwortlich gemacht zu werden, für die, was auch die Ententemächte in ihrer Mantelnote sagen, weder es selbst, noch das heutige Regime, sondern schlimmstenfalls nur seine früheren Leiter und der militaristisch-bureaukratische Patriarchalstaat die Schuld tragen. Das deutsche Volk ist vor die Wahl gestellt, sich entweder Bedingungen zu fügen, die ihm für immer die Möglichkeit rauben, sich zu erholen und den ihm gebührenden Platz im friedlichen Wettbewerb der Völker einzunehmen, — oder aber zu erklären, daß es das eigene Todesurteil nicht unterschreibe und es den Gegnern überlassen müsse, durch Anwendung brutaler Gewalt gegen einen geschlagenen und opferwilligen Feind das Weltgewissen zum Widerspruch zu wecken. Schon haben die letzten Wochen den Beweis dafür erbracht, daß unsere ablehnende Haltung den geradezu ungeheuerlichen Forderungen der Entente gegenüber selbst im feindlichen Auslande zur Erkenntnis geführt hat, daß diese Be-

dingungen undurchführbar sind und daß Verständigung geboten erscheint. Diese entgegenkommende Stimmung würde zweifellos noch weit mächtiger im gesamten Auslande hervortreten, wenn nicht leider im eigenen deutschen Lager immer wieder einzelne Politiker und Publizisten, und unter letzteren solche, die jenseits unserer Grenzen Beachtung finden, der deutschen Sache durch Befürwortung des feindlichen Standpunktes den denkbar größten Schaden zufügten.

In wiederholten Auslassungen habe ich mich bemüht, auf die Wichtigkeit der Ostmarkenfrage hinzuweisen und auch das Ausland davon zu überzeugen, daß Deutschland nicht auf Posen, Ostpreußen und Oberschlesien verzichten kann, selbst wenn in einzelnen Teilen dieser Provinzen das Germanentum sich in der Minderheit befindet, und daß das Polenreich, das in einem deutschen Staatsmann seinen Stifter verehren darf, keinen höheren Anspruch auf Gebiete zu erheben berechtigt ist, in denen sich polnische Mehrheiten befinden, als das Deutsche Reich auf alle Länder außerhalb unserer Grenzen mit überwiegend oder rein deutscher Bevölkerung. Nordböhmen, Sudetenland, Deutschösterreich, die deutsche Schweiz und namentlich auch das Elsaß und Luxemburg sind unbestreitbar deutsche Gebiete. Ganz ähnlich verhält es sich übrigens mit dem böhmischen Anspruch auf die an der Oppa liegenden „mährischen“ Teile der Provinz Schlesien, die zu Tschechien kommen sollen. Ich habe, nebenbei gesagt, dort meinen Wohnsitz und einen Teil meiner Güter, und meine Familie gehörte ehemals zum böhmischen, nicht aber zum polnischen Adel (wie die Endung „sky“ statt „ski“ beweist). Ebensowenig wie ich hat dort irgendein anderer vernünftiger Mensch die Neigung, sich von

Deutschland zu trennen, und der Ratiborer Kreistag nahm im Dezember vorigen Jahres folgende Erklärung einstimmig an:

„Angesichts der Bestrebungen, die sowohl von polnischer wie von tschechischer Seite darauf ausgehen, Oberschlesien vom preußischen Staat und vom Deutschen Reiche loszulösen, so namentlich den Kreis Ratibor zwischen Polen und Tschechen zu teilen, spricht der Kreistag einmütig den Entschluß aus, sich einer etwaigen Teilung und Loslösung zu widersetzen und nach wie vor bei Preußen und Deutschland verbleiben zu wollen, da er in diesem Verband allein die Voraussetzungen erblickt für das zukünftige Gedeihen des oberschlesischen Volkes, ohne Unterschied der Konfessionen und der Sprache.“

Inzwischen hat die gewaltige Bewegung, die in Oberschlesien gegen die Loslösung entstanden ist, ja auch das Ausland darüber belehrt, daß die Einverleibung Oberschlesiens in fremde Staatsgebiete auf den heftigsten Widerstand seiner Bewohner stoßen und unhaltbare Zustände schaffen würde. Mit vollem Rechte hatte die Reichsregierung für dieses Gebiet keine Volksabstimmung vorgeschlagen, da es seit 1163 nicht mehr zu Polen gehört und von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung überhaupt nicht die Rede sein kann. Bei der systematischen Verhetzung namentlich der ländlichen Volkskreise und deren Verärgerung über die unleugbaren Härten der Zwangsaufbringungen und angesichts der mangelhaften Lebensmittelversorgung auf dem Lande ist es aber immerhin möglich, daß sich in einzelnen Kreisen Oberschlesiens eine Mehrheit für das Polentum ergibt. Die unwissende Menge sieht gewöhnlich nur die Mißstände des Augenblicks und erhofft nur allzuleicht von jedem Wechsel eine Besserung, indem sie auf unerfüllbare Verheißungen vertraut.

Die Entente hat das Selbstbestimmungsrecht für Oberschlesien verkündet, wobei es sehr auf die Art der Abstimmung ankommt, und sie will ebenso in Nordschleswig ein Plebiszit stattfinden lassen. Unter Berufung auf die von Herrn Wilson verkündeten Grundsätze, die freilich, wie Prinz Max von Baden schlagend nachgewiesen hat, von den Verbündeten überall durchlöchert wurden, fragen wir, warum das Selbstbestimmungsrecht dann nicht allen Gebieten zugestanden wird, die man uns nehmen will. Ich meine Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen und auch die deutschen Teile Österreichs. Ich glaube, daß dieser Standpunkt sowohl im neutralen Auslande wie im gegnerisch-pazifistischen Lager volles Verständnis und Unterstützung finden sollte. Da unsere Gegner aber weder für Posen und Westpreußen, noch für Elsaß-Lothringen und die deutschen Teile Österreichs das Selbstbestimmungsrecht gelten lassen, so haben wir nicht den geringsten Grund, seine Gewährung in Oberschlesien als ein Zugeständnis zu betrachten oder uns durch dieses Zugeständnis für den Raub unentbehrlicher Provinzen abfinden zu lassen.

Was Elsaß-Lothringen betrifft, so muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das sogenannte „Unrecht“ von 1871 nicht größer war als das von 1674 bzw. 1681, wo diese Länder auch durch Waffengewalt erobert wurden, und daß mithin der Frankfurter Vertrag ebenfalls eine „Desannexion“ bedeutete, und zwar eines Landes, das mehr deutsch ist wie Posen etwa polnisch.

Das an Polen im Jahre 1772 begangene „Unrecht“, mit dem man jetzt namentlich in Amerika und England auf harmlose und unkundige Gemüter erfolgreich gegen uns Stimmung macht, erscheint dem Historiker übrigens in einem wesentlich anderen Lichte. „Selbst

auf den Gütern der größeren Edelleute waren die Wirtschaftsgebäude verfallen und unbrauchbar, freilich konnte auch ein großer Teil des Adels ebenso wenig lesen und schreiben wie die Bauern. Auch die Überzahl des Landvolks lebte in jämmerlichen Zuständen. Wer sich dort einem Dorfe nahte, sah große, windschiefe Hütten mit zerrissenen Strohdächern auf kahler Fläche, ohne Baum, ohne Garten. Das schmutzige wüste Volk lebte von Brei und Roggenmehl, von Krautsuppe, Heringen und Branntwein, dem Männer wie Frauen unterlagen; Brot wurde nur von den Reichsten gebacken, viele hatten in ihrem Leben nie einen solchen Leckerbissen gesehen. Stumm und schwerfällig trank das Volk den schlechten Branntwein, prügelte sich und taumelte in die Winkel. Auch der Bauernadel unterschied sich kaum von den Bauern. Er führte seinen Rakenflug selbst und klapperte in Holzpantoffeln auf dem Lehmfußboden seiner Hütte. Eine Rechtspflege gab es kaum im Lande. Nur die größeren Städte bewahrten kraftlose Gerichte. Die Edelleute verfügten mit grausamer Willkür ihre Strafen. Sie prügelten Bürger und Bauern, warfen sie in scheußliche Kerker und ließen sie darin verkommen. Hatten die Schlachzizen selbst Streit untereinander, so kämpften sie durch Bestechung bei den wenigen Gerichten, die über sie urteilen durften. In den letzten Jahren hatte das auch fast aufgehört. Sie suchten ihre Rache auf eigene Faust durch Überfall und blutigen Bürgerkrieg."

Diese Sätze entnehme ich der Schilderung, die Gustav Freytag von den Zuständen entwirft, die damals in Westpreußen herrschten, und die er den Berichten der Beamten entlehnte, die Friedrich II. in das unglückliche Land entsandte. Da man aber diese Zeugen als „Boches“ verdächtigen wird, so mögen noch

polnische Autoren folgen, die beweisen, daß diese Zustände nicht nur in Westpreußen, sondern auch in ganz Polen herrschten. Der Geschichtsschreiber Staszic schreibt zu derselben Zeit: „Vor meinen Augen stehen fünf Sechstel des polnischen Volkes, bedeckt mit Fellen und rauhem Tuch, von Schmutz und Krankheit entstellt, mit tiefliegenden Augen, kurzatmig, mürrisch, verkommen, verdummt. Sie empfinden wenig, denken wenig, kaum erkennt man in ihnen die vernünftige Seele. Sie haben mehr das Aussehen von Tieren als von Menschen.“ Und ein anderer, der erste Prälat Polens, der Erzbischof Labiński von Gnesen, schreibt aus jenen Tagen: „In der Geschichte wird niemand ein Beispiel solcher Unordnung finden wie in Polen. Man muß deshalb schließen, daß ein Reich von so elender Beschaffenheit entweder ein Raub der Feinde werden, oder sich mit der Zeit in tatarische Felder verwandeln wird.“

## DIE ZUKÜNFTIGE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK

FEBRUAR 1919

**D**ie Grundlinien der zukünftigen deutschen Außenpolitik lassen sich wohl am klarsten erkennen, wenn man sich die Irrtümer vergegenwärtigt, die unsere frühere belasteten, und die die Katastrophe herbeigeführt haben. Wenn auch das Endergebnis des Krieges noch nicht genau zu übersehen ist, so kann man doch schon sagen: Wir müssen in Zukunft so ziemlich das Gegenteil machen von dem, was wir bisher taten, und zwar unter sehr viel weniger günstigen Voraussetzungen. Waren wir früher die erste Militär- und Handelsmacht des Festlandes, mit der alle übrigen politischen Firmen in Eintracht und Einvernehmen zu bleiben wünschten, und der man auf allen Gebieten ein weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen bereit war, wenn wir nur auf Kraftproben, Demütigungen, Drohungen und herausfordernde Handlungen verzichteten, so stellen wir vorläufig keine Macht mehr dar, mit der die übrigen Staaten meinen rechnen zu müssen. Nationen, die unsere Freunde sein wollten, haben wir uns zu Feinden gemacht, und solchen, die niemals unsere Freunde sein werden, haben wir die staatliche Selbständigkeit durch den Krieg verschafft. Immerhin läßt sich aber annehmen, daß ein Volk von der kulturellen und materiellen Bedeutung des deutschen, ein Volk von etwa siebzig (mit den Deutsch-Österreichern etwa achtzig) Millionen zwar geschwächt

und um Jahrzehnte zurückgeworfen, nicht aber dauernd ausgeschaltet werden kann, und daß die allgemeine Weltpolitik mit dem deutschen Staate später ebenso zu rechnen haben wird, wie etwa auch mit dem russischen.

Rußland hat durch den Krieg noch viel mehr gelitten als wir, es wäre aber auch verfehlt, Rußland als politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor für die Zukunft außer Betracht zu lassen. Seine Teile werden sich nach Überwindung des Bolschewismus voraussichtlich auf neuer demokratisch-föderalistischer Grundlage zusammenfinden. Das Russentum wird trotz aller schönen Theorien über Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund sich auch fernerhin in Asien ausdehnen und neue Gebiete erwerben, also eine halbasiatische Großmacht bleiben. Hat es die amerikanische Union den Indianern, Franzosen, Spaniern, Negern, ja auch den Russen (in Alaska) gegenüber nicht gerade so gemacht? Hat sie sich nicht aus den primitivsten agrarischen Ansiedelungen zur ersten Kapitalmacht der Welt entwickelt? Ist der angelsächsische Kolonisator nicht immer weiter nach dem Westen und nach dem Süden seines Erdteils vorgedrungen und mit ihm das Sternenbanner? Hat nicht die Union auch die Hand auf die Philippinen, Honolulu, Cuba und Haiti gelegt? Warum sollte das republikanische Rußland nicht ganz ähnlich in Persien, Zentralasien und in der Mongolei vorgehen, da, wo der russische Siedler und Kaufmann unterstützt vom Soldaten den geringsten Widerstand findet?

Die Weltpolitik wird in Zukunft mit uns rechnen müssen, wie auch mit Rußland, wenn wir auch nicht mehr in der Lage sind, mit demselben Nachdruck und gleichem Ansehen aufzutreten wie von 1871 bis 1914, und die Möglichkeit, uns auf fremden Erdteilen unter

eigener Flagge auszubreiten, uns wohl genommen ist. Ein dauernder politischer und wirtschaftlicher Boykott ist aber schon deshalb unwahrscheinlich, weil dessen notwendige Voraussetzung die vollkommene Einigkeit aller übrigen Völker bildet, diese Einigkeit aber erfahrungsgemäß nur so lange besteht, wie der gemeinsame Gegensatz. Der Haß, die Entrüstung allein genügen nicht auf die Dauer, so stark diese Gefühle auch zur Zeit bei allen unseren Gegnern noch hervortreten. Allmählich drängen andere und zwar materielle und abweichende Erwägungen in den Vordergrund, die Einigkeit der Gegner, die auf der gemeinsamen Gefahr und Bedrohung beruhte, zerbröckelt. Durch eine Politik, über deren erbliche Belastung die Klagen nicht verstummen, und die in regelmäßiger Abwechslung von önologischen und von pathologischen Beamten geleitet wurde, eine Geschäftsgebarung, die nur mit der des „Fürstenkonzerns“ zu vergleichen war, hatten wir es dahin gebracht, daß alle anderen Großmächte ihre Gegensätze begruben und sich zum Schutze gegen uns verbanden. Sie bildeten eine auf gegenseitige Versicherung gegen Kriegsgefahr beruhende Genossenschaft und erweiterten diese schließlich über das ganze Erdenrund, als unsere letzte Kraftprobe mißglückte und nachdem sie zum Weltkriege geführt hatte.

Mit unserer Niederlage ist die frühere Gefahr verschwunden, eine neue aber tritt für die übrige Menschheit höchstens noch in der Form des Bolschewismus, nicht mehr aber in der des Militarismus hervor. Auch die neue „Heilige Allianz“ wird und muß sich daher mit der Zeit lockern, wenn wir auch mit ihr unter amerikanischem Ehrenpräsidium und englischem Präsidium zu rechnen haben. Von hehren Theorien und Maximen allein können weder Menschen noch Völker leben, ebensowenig wie von Haß und von Liebe. Eine

ganz neue Welt- und Staatenordnung aber wird der Völkerbund ebensowenig einführen, wie etwa die Sozialdemokratie eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das Ergebnis des Krieges wird schließlich nach beiden Richtungen nur eine beschleunigte Weiterentwicklung sein, ein Ruck nach einem bestimmten Ziele, dem demokratischen Ideal.

Der Kernpunkt des Völkerbundes ist das Zwangsschiedsgericht für internationale Streitigkeiten. Alle beteiligten Staaten werden sich verpflichten, ihre Gegensätze nicht durch Waffengewalt auszutragen, sondern sie durch den Urteilsspruch eines Völkergerichtshofes zu erledigen. Der Völkerbund ist die Weltentente, die Verwandlung der bisherigen Kampforganisation in eine Schutzorganisation, der wir vielleicht angeschlossen sind, die aber dafür sorgt, daß wir nicht neue Händel suchen. Denn darüber können doch nur politische Kinder im Zweifel sein, daß der Völkerbund nicht etwa gegen amerikanische, englische, französische oder italienische Übergriffe, sondern vor allem gegen das rauflustige Germanentum gerichtet ist.

Wird etwa die Union, falls in einer der spanischen Republiken Leben und Eigentum nordamerikanischer Bürger oder die Interessen großer Handelsgenossenschaften durch Anarchie oder Revolution gefährdet sind, zugunsten des Völkerbundes darauf verzichten, nötigenfalls durch Heer oder Flotte ihre Rechte zur Geltung zu bringen? Wird England, falls in Persien, Afghanistan, Tibet, oder sonstwo britische Interessen auf dem Spiele stehen, sich des Eingriffs enthalten und sich an den Völkerbund wenden oder bei einem Aufstand in Indien, in Ägypten oder in Südafrika sich der Vermittelung des Schiedsgerichts bedienen? Sind nicht Hindus, Araber, Buren und Kaffern auch Menschen und gleichberechtigte Nationen? Werden Engländer

und Amerikaner ihre Flotten abschaffen und abrüsten? Sie denken nicht daran. Sie betrachten sich vielmehr als das *brachium seculare* des Völkerbundes, der Weltentente, dazu berufen, die Weltpolizei auszuüben, den Machtfaktor der Friedensorganisation zu bilden. Der Weltkrieg hat, wie ich voraussah und sagte, zur angelsächsischen Hegemonie und Weltherrschaft geführt. Mit dieser haben wir zu rechnen, wenn sie auch in der Gestalt des Völkerbundes auftritt. Es ist die *Pax Britannica*, „*Rule Britannia*“ als Schäferlied. Fügen wir uns nicht dem Urteil des Areopags, so entsteht eben ein neuer Weltkrieg. Alles übrige ist Ideologie, Geschwätz von Kannegießern und Phrasengießkannen.

England braucht uns aber als Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland. Es braucht uns sowohl als Abnehmer seiner Waren, wie als Lieferanten. Wir waren vor dem Kriege sein bester Kunde. Das Hauptärgernis, unsere Flotte, die England in die Arme Frankreichs und Rußlands trieb, ist beseitigt, unsere Kolonien verloren, unser überseeischer Handel vernichtet. Wenn unmittelbar vor dem Kriege die Verständigung mit England trotz Flotte, trotz Kolonien und trotz Handelsrivalität erreicht war, weshalb sollte sie ohne Flotte, ohne Kolonien und ohne Handelsrivalität später nicht wieder zu erreichen sein, wenn jenseits des Kanals die Erbitterung allmählich verbraucht? Aber freilich, es wird noch lange dauern, ehe man sich dort beruhigt.

Eine Wiederannäherung wird aber auch dadurch erleichtert, daß eine Bedrohung Frankreichs oder Belgiens durch uns in Zukunft höchst unwahrscheinlich ist, England in diesen empfindlichsten Punkten also nichts mehr zu befürchten hat. England kann aber ein übermächtiges Spanien, Frankreich oder Ruß-

land ebensowenig dulden, wie eine deutsche Hegemonie auf dem Festlande. Auf diesem Grundsatz beruhte ja seine gesamte traditionelle Kontinentalpolitik, seine Kriege gegen Philipp II., Ludwig XIV., XV., die Republik, Napoleon I. und Nikolaus I.

Der andere Machtfaktor, mit dem wir rechnen müssen, ist, wie schon gesagt, Rußland, wenn es sich zu Vereinigten Staaten zusammengeschlossen hat. Der Bismarcksche Grundsatz: „Rücken an Rücken mit Rußland“ war vollkommen zutreffend, nur hat er ihn leider bei und nach dem Berliner Kongresse mißachtet. Der Irrtum wuchs dann im Zeitalter der Epigonen im Quadrat der Entfernung vom Meister. Im Jahre 1890 hatte er bekanntlich zu Rußland zurückschwenken wollen. Den Dreibund nahm er nie sehr au sérieux „rebus sic stantibus“, er entsprang mehr einer Laune, einer schlechten Laune des Riesen. Dieser wollte eigentlich nur Gortschakow bekämpfen, nicht aber Rußland.

Die Abkehr von Rußland war der Kardinalfehler der Epigonen. In der Vorkriegszeit, der Ära diplomatischer Hohl-, Kraus- und Wasserköpfe führte dieser Irrtum zur Weltkatastrophe, nicht die Vernachlässigung Englands! Die Rückkehr zu Rußland ist auch mit das Hauptproblem unserer künftigen Auslandspolitik.

Anlehnung, nicht aber Bündnis! Jedes Bündnis, selbst ein defensives, setzt einen gemeinsamen Gegensatz voraus, hat eine Spitze gegen eine dritte Macht, und dieser Gegensatz überträgt sich unwillkürlich auch auf Dinge, die dem ursprünglichen Zweck des Rechtsgeschäfts fernlagen. Jedes Bündnis mit Rußland hätte also eine Spitze gegen England und umgekehrt!

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Anlehnung an Rußland uns in einen Gegensatz

zu England bringen muß, daß wir gewissermaßen zwischen Rußland und England zu optieren haben. Im Gegenteil, die deutsch-englische Verständigung ist um so leichter, wenn wir gut mit Rußland stehen, wenn wir Rußland entlasten, statt es abzulenken, wie wir es taten, wenn es in Asien und im Orient freie Hand hat. *Duobus litigantibus* —. War doch die russisch-englische Freundschaft unser Werk, eine Folge der Vergrämung beider. Ebenso war die russisch-französische Allianz eine Folge des Berliner Kongresses und der Erneuerung des Dreibundes nach Kündigung des Rückversicherungsvertrages.

So leicht freilich wie mit dem uns so wohlgesinnten zaristischen Rußland, das uns immer zurief: „*Lâchez l'Autriche, et nous lâcherons les Français*“ ist die Annäherung an Rußland nicht wieder zu bewerkstelligen; wir haben es erreicht, auch dort gründlich verhaßt zu sein, und müssen es der Entente überlassen, das bürgerliche Rußland unter ihren Schutz zu nehmen. Charles Rivet, der langjährige Vertreter des „*Temps*“ in Petersburg, schließt sein interessantes Buch: „*Le dernier Romanof*“ mit der Bemerkung: „*Puissions-nous avoir réussi dans cet ouvrage à donner au moins une vision de ce qui fut la Russie à jamais disparue aujourd'hui, pour faire comprendre ce que les adversaires de l'Allemagne viennent de gagner avec la chute du dernier Romanof.*“ Und als infolge der törichten Mission Liman von Sanders die Erregung in Rußland hoch ging und die französische Presse bemüht war, Öl ins Feuer zu gießen, erklärte ihm Herr Sasonow: „*Quoique vous fassiez, monsieur, vous ne nous brouillerez pas avec l'Allemagne.*“ Herr Rivet fügt hinzu: „*Celle-ci s'est chargée elle-même en 1914 de prendre sur elle, ce que redoutait tant cet excellent M. Sazonoff.*“

Von Rußland haben wir nichts zu befürchten und hatten es nicht. Der sogenannte Panslawismus und der moskowitzische Imperialismus richteten sich gegen Österreich-Ungarn, die Türkei, Persien, Zentralasien, China, Japan, nur nicht gegen uns, wenn wir uns nicht schützend vor Austro-Magyaren und Türken stellten. Im Gegenteil, die polnische Frage bildete eine sichere Grundlage der Verständigung und Freundschaft zwischen uns und Rußland.

Mit Japan werden wir uns schnell verstehen können, da seit dem Verlust von Kiautschou kein Gegensatz zwischen uns und Japan mehr besteht und niemand uns zwingt, wie 1895, uns dazu zu drängen, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Nach unserer politischen und wirtschaftlichen Ausschaltung aus Ostasien wird der Gegensatz Japans zur Union und auch zum verbündeten England zu unserem Vorteil hervortreten.

Das sind wohl im wesentlichen die Grundlagen unserer künftigen Auslandspolitik, soweit wir überhaupt in der Lage sein werden, Auslandspolitik selbständig zu treiben. Es trennen uns gar keine Gegensätze von Rußland, auch keine von England, Nordamerika und Japan. Mit diesen Mächten werden wir auch in Zukunft, der Frieden mag ausfallen wie er will, in erster Linie zu rechnen haben. Hingegen ist der Gegensatz zu Polen am schwersten überbrückbar. Sollten wir aber die deutsch-österreichische Erbschaft antreten, so geraten wir auch noch mit Tschechen, Magyaren, Italienern und Südslawen in Streit. Polen und Tschechen werden jederzeit an Frankreich, unserem unversöhnlichsten Gegner, eine bereitwillige Stütze finden.

Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß das deutsche Volk den Verlust des deutschen Elsaß, das Frank-

reich uns nun zum zweiten Male durch die Waffen entreißt, niemals verschmerzen wird! Es muß sich aber sagen, daß die Schuld bei ihm selbst liegt, indem es zuließ, daß die nämliche Richtung, die uns die Elsässer entfremdet und ihnen bundesstaatliche Rechte verweigerte, den frischen fröhlichen Krieg seit Jahren gepredigt hat.

Der ewige Frieden, die civitas dei! Ein schöner Traum. Wir konnten ihn aber verwirklichen, mit breiter, kolonialer und unbeschränkter wirtschaftlicher Entwicklung, denn alles, was durch Krieg zu erreichen war, war erreicht. Wir mußten lediglich auf die törichte Bündnis- und Orientpolitik unter voller Wahrung unserer Interessen verzichten und ebenso auf uferlose Flottenprogramme und auf Bedrohungen Frankreichs. Dann hatten wir den ewigen Frieden mit allmählicher Abrüstung. Diese einfachen Wahrheiten waren aber unseren „Staatsmännern“ nicht beizubringen, die stets Irrwege gingen. Werden wir den ewigen Frieden haben? Wenn man uns unsere Grenzen im wesentlichen läßt und uns keine unerträglichen Bedingungen auferlegt. Druck erzeugt Gegendruck, auch Explosionen.

Kriege waren und bleiben nur gerechtfertigt als Mittel zum Zweck, niemals als Selbstzweck. Ein zweckloser Krieg aber ist ein Verbrechen sowohl an der Menschheit, wie an dem eigenen Volke. Vielleicht gehen wir der Zeit entgegen, in der es nur mehr einen Hirt gibt und eine Herde? Wer aber wird der Hirt sein? Zur Herde eignen sich recht, recht viele.

WICHTIGE NEUE BÜCHER  
DES VERLAGES  
CARL REISSNER IN DRESDEN

Faint, illegible text at the top of the page, possibly bleed-through from the reverse side.

Faint, illegible text in the middle section of the page.

Faint, illegible text in the lower middle section of the page.

Faint, illegible text in the bottom section of the page.

Faint, illegible text at the bottom of the page.

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erschien:

WALTHER RATHENAU  
BRIEFE

Herausgegeben von seiner Mutter

Zwei starke Bände mit 850 Seiten und Bildern

Preis in Ganzleinen mit Kasette M. 16.—

Vier Jahrzehnte eines beispiellos inhaltsreichen Lebens und Wirkens sind in diesen beiden Bänden enthalten; und selten werden Bücher veröffentlicht, die ähnlich wie dies äußerlich und innerlich monumentale Werk die Summe eines solchen Lebens dokumentieren. Rathenau als Mensch und Schöpfer in eigenen intimsten Bekenntnissen und Erinnerungen — in diese Formel läßt sich die Bedeutung des Werkes am ehesten fassen. Das Menschentum dieses seltenen Mannes kommt hier ebenso zum Ausdruck wie sein Schöpfertum. Hier sind die Bausteine zu seinen Erinnerungen, deren Niederschrift ein Revolverschuß vereitelte. Doch diese Lebensdokumente sind ungleich wertvoller als Erinnerungen, weil sie näher den Erlebnissen stehen und den unmittelbaren Niederschlag der großen Ereignisse seiner Zeit und seines eigenen Daseins bilden. Derjenige kennt nicht Rathenau, dem dies Werk unbekannt bleibt. Darüber hinaus bietet es jedoch noch einen anderen Reiz: es enthält einen Geistesaustausch mit fast allen namhaften Persönlichkeiten seiner Epoche, mit Stinnes ebenso wie mit Gerhart Hauptmann, auf künstlerischem und literarischem Gebiet nicht minder als auf wirtschaftlichem und politischem — ein unvergleichlicher Spiegel der Zeit und Zeitgenossen. „Kein Denkmal kann erschütternder zeigen als diese Bände, was das deutsche Volk, was der deutsche Staat, was die deutsche Kultur an Rathenau verloren haben“, schrieb die Vossische Zeitung. „Sie lüften den Schleier, den dieser im tiefsten einsame Geist vor das Wesentliche seines Ichs zu hängen liebte.“

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erscheint demnächst:

ARISTIDE BRIAND  
FRANKREICH UND DEUTSCHLAND

Gebunden etwa M. 5.50

Dies Werk, dessen Plan und Entstehung von Stresemann schon vor Jahresfrist lebhaft begrüßt wurde, hat in Art und Bedeutung kein Gegenstück in der Literatur: der Außenminister Frankreichs gibt hier seine einzige Buchpublikation heraus, die allein sein Wollen und seine Persönlichkeit erkennen läßt und die ihn sogar für sein eigenes Land teilweise in einem unbekanntem Licht zeigt. Das Einzigartige liegt nun darin, daß der Staatsmann diese Veröffentlichung einem deutschen Verlag übergibt, so daß das Werk erst auf diesem Umweg in sein eigenes Land gelangt. Daher wird dies Buch ein großes Aufsehen nicht allein in Deutschland erregen — bedeutet es doch eine Gabe Briands an das deutsche Volk, dargebracht von dem Mann, der sich seit Jahren als aufrichtiger Nachbar Deutschlands bekennt und dem wir zum erstenmal eine Friedensgesinnung in der französischen Politik zu verdanken haben, trotz Poincaré. Briand läßt dies Werk in dem gleichen Verlag erscheinen, der die großen Ausgaben von Rathenau, Ebert und Stresemann herausgebracht hat — bedarf es noch eines stärkeren Beweises, welche nationale Aufgabe dies Werk zu erfüllen hat? Besonders ausführlich sind hier die Erörterungen der Locarno-Probleme. Briand ist eine der interessantesten politischen Persönlichkeiten des heutigen Europa, ein Führer unserer Zeit. Hier ist das einzige Werk, in dem er selbst Aufschluß und Rechenschaft über sein Tun und Lassen ablegt, vor allem durch eine Auswahl seiner wichtigsten Reden, diesen Meisterschöpfungen. Es ist ein Quellenwerk, an dem niemand vorbeigehen kann, der die Zeitereignisse verfolgt, ein Gesamt-Selbstbildnis Briands, das weit über ein politisches Maß hinausgeht und das sich zu einem Stück Weltgeschichte weitet. Briand hat sich mit dieser Publikation sogar noch während einer Erkrankung beschäftigt: so aufrichtig ist sein Wunsch, hiermit Deutschland die Hand zu reichen.

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erschien:

## ABD EL KRIM

### MEMOIREN

#### Mein Krieg gegen Spanien und Frankreich

Mit 42 Bildern / Geheftet M. 4,—, gebunden M. 5.50

Diese Memoiren, die Abd el Krim nach seiner Gefangennahme als sein Vermächtnis uns gab, bedeuten eine Sensation: sie stellen ein Quellenwerk von einzigartiger weltgeschichtlicher Bedeutung dar. Seine Erinnerungen bringen endlich Licht in die bisher unklaren Ereignisse in Marokko — war es doch des Verfassers eigener „Heiliger Krieg“, den er lange Jahre gegen eine oft hundertfache Übermacht geführt hat, mit einer Heftigkeit und in einem Umfange, von denen wir uns keinen Begriff machen. Abd el Krim ist kein „Halbwilder“, sondern ein Gebildeter aus uraltem Geschlecht, dabei ein genialer Finanzmann und Feldherr. Hier gewährt er uns Blicke hinter die Kulissen der Weltgeschichte und enthüllt ein Intrigenspiel, das alle Vorstellungen übersteigt. Zum Beispiel berichtet er, wie Mussolini ihn mit ungeheuren Geldmitteln bestechen wollte, Frankreich anzugreifen, und wie der spanische Diktator ihm gleichfalls Geld, Mannschaften und Waffen anbot, wenn er sich entschlösse, gegen die Franzosen — die Bundesgenossen der Spanier! — zu kämpfen. Welcher Hohn auf den Völkerbund! Ein heldenhaftes und erschütterndes Buch, das menschlich, literarisch und geschichtlich ein unvergängliches Dokument der Anklage gegen koloniale Unterdrückung ist.

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erschien:

## B I S M A R C K

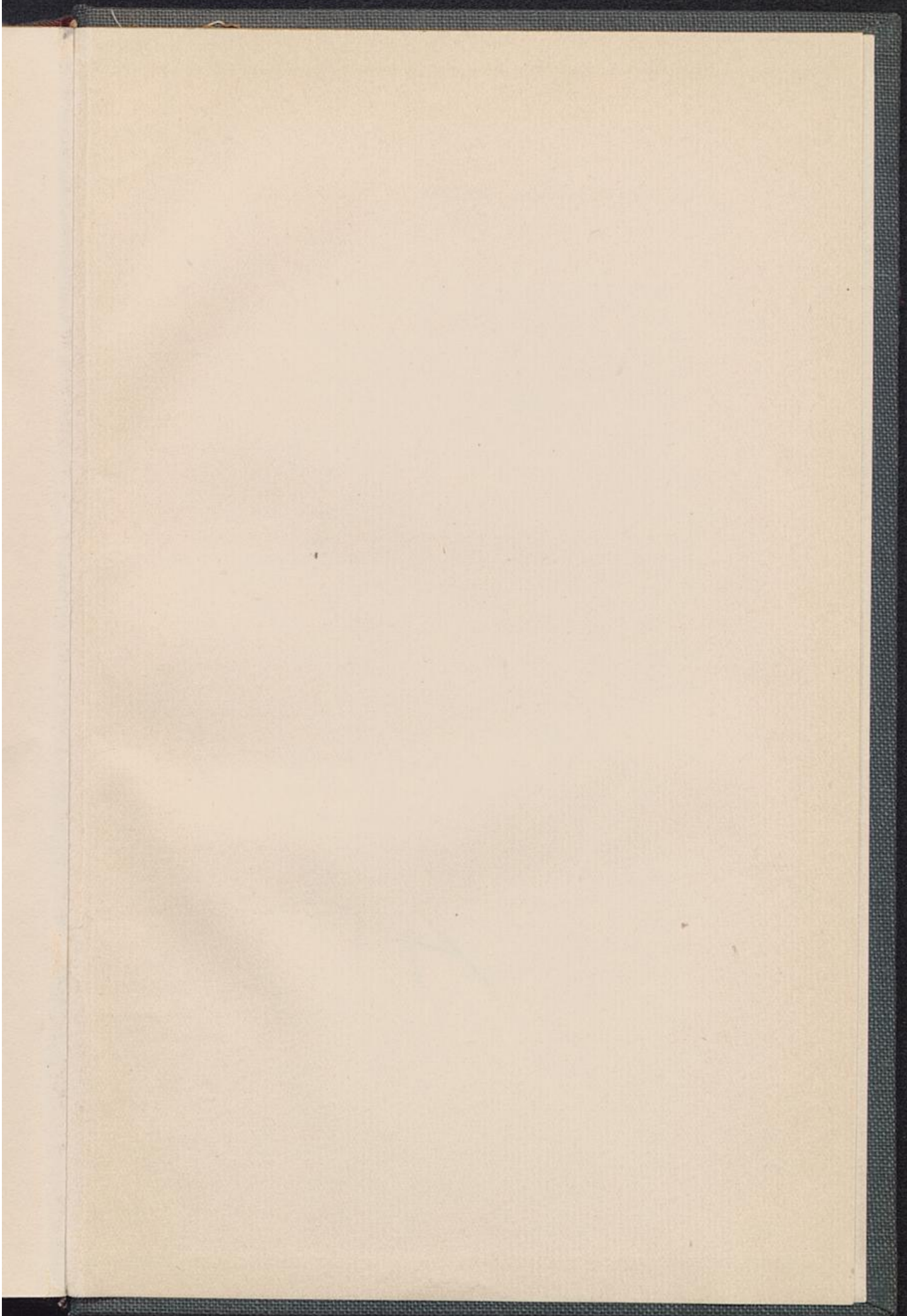
### VERTRAULICHE GESPRÄCHE

u. a. über Wilhelm den Zweiten

Von seinem Anwalt Justizrat Ferdinand Philipp  
aufgezeichnet und aus dessen Nachlaß heraus-  
gegeben

Mit 8 Bildern / Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.50

Diese Gespräche stammen aus Bismarcks wichtigsten Jahren: aus der Zeit seiner Diktatur sowie vor und nach der Entlassung. Sie geben manchen neuen Einblick in den intimen Bismarck, und manches Selbstbekenntnis erschließt uns ein neues Verständnis für diesen Recken, wenn er z. B. von dem anderen Kerl in sich spricht, dem er seine besten Entschlüsse zu verdanken habe, usw. Geschichtlich aber sind diese Gespräche von noch höherem Interesse. Offen spricht Bismarck davon, wie er mit riesigen Summen eine Frau bestach, um ein politisches Ziel zu erreichen, und wie er noch 1887 einen Verfassungsbruch, eine Alleinherrschaft ohne Reichstag plante. Das Interessanteste jedoch sind seine Berichte über den Kaiser: Diese gibt er mit einer Rückhaltlosigkeit, wie er es schriftlich nie gewagt hätte. Sie stellen eine schärfere Verurteilung dar, als etwa Emil Ludwigs Buch. Kein Deutscher kann an diesem bisher unbekanntem Urteil über den Kaiser vorübergehen — denn wer vermag Bismarcks Autorität abzulehnen? Bismarck kannte ihn wie kein Zweiter. Wäre dies Urteil schon zu seinen Lebzeiten bekanntgeworden, so wäre der Widersinn eingetreten, daß er, der Gründer des kaiserlichen Deutschland, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt worden wäre. Dies Buch ist eins der wichtigsten Bismarck-Dokumente. Jetzt erst, so lange nach seinem Tode, erfahren wir seine wahre, durch keine Rücksichtnahme mehr getrübe Beurteilung des Kaisers.



A 17

